

Archiv der Gossner Mission

im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1552

Aktenzeichen

ohne

Titel

Konsultationsprozess zum Ant-Wort-Papier aus dem Osten zum Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen in Deutschland 1995

Band

Laufzeit

1995

Enthält

Unterlagen über ein "Ostvotum" zum Wirtschafts- und Sozialwort der EKD u. d. Deutschen Bischofskonferenz "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland", 1995; Schriftwechsel v. a. Annette Flade, Bernd Krause; Stellungnahmen, Ergänzungen, Vorsch

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

GEMEINSAME TEXTE 3

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Diskussionsgrundlage
für den Konsultationsprozeß
über ein gemeinsames Wort der Kirchen

Herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
---------------	---

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland	9
--	----------

2. Eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt – Kontexte wirtschaftlichen und sozialen Handelns	14
---	----

Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen	14
--	----

3. Herausforderungen zum Handeln – Problemfelder	20
--	----

3.1 Wege aus der Arbeitslosigkeit	21
3.2 Stärkung der Familien	27
3.3 Reform und Konsolidierung des Sozialstaates	30
3.4 Der Armut entgegenwirken	34
3.5 Bewahrung der Schöpfung	37
3.6 Weitere Anliegen zur Verbesserung von Sozialstruktur und Sozialkultur	38

4. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft	43
--	----

4.1 Der Grundwert Freiheit	46
4.2 Der Grundwert soziale Gerechtigkeit	49
4.3 Wirtschaft und Kultur	51

5. Ausblick	52
-------------------	----

Herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herren-
häuser Straße 12, 30419 Hannover, und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskon-
ferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn

Führung des Konsultations- prozesses	54
---	----

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	5
<i>1. Unsere Verantwortung in Wirtschaft und Gesellschaft</i>	9
1.1 Das Anliegen der Kirchen	9
1.2 Drei Optionen	13
<i>2. Eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt – Kontexte wirtschaftlichen und sozialen Handelns</i>	14
2.1 Die innere Einheit vollenden	14
2.2 Neues Denken und Handeln für eine gemeinsame europäische Zukunft	17
2.3 Verantwortung für die eine Welt	18
<i>3. Herausforderungen zum Handeln – Problemfelder</i>	20
3.1 Wege aus der Arbeitslosigkeit	21
3.2 Stärkung der Familien	27
3.3 Reform und Konsolidierung des Sozialstaates	30
3.4 Der Armut entgegenwirken	34
3.5 Bewahrung der Schöpfung	37
3.6 Weitere Anliegen zur Verbesserung von Sozialstruktur und Sozialkultur	38
<i>4. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft</i>	43
4.1 Der Grundwert Freiheit	46
4.2 Der Grundwert soziale Gerechtigkeit	49
4.3 Wirtschaft und Kultur	51
<i>5. Ausblick</i>	52
<i>Begleitinformation zur Durchführung des Konsultations- prozesses</i>	54

Vorwort

Vorbereitung eines gemeinsamen Wortes

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie vor dem Hintergrund besorgniserregender Probleme sind die evangelische und die katholische Kirche übereingekommen, ein Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland vorzubereiten. Teil dieser Vorbereitung soll ein möglichst breit angelegter Konsultationsprozeß in Kirche und Gesellschaft sein. In einem öffentlichen Gespräch sollen, angestoßen durch den hier vorgelegten Text, die vielschichtigen Fragestellungen, die Erfahrungen, die konkreten Nöte und Bedrängnisse der Gesellschaft, die vielen Vorschläge zur Verbesserung der Situation zur Sprache kommen und diskutiert werden.

Der Text ist von einer evangelisch-katholischen Arbeitsgruppe vorbereitet worden. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben Anregungen zur Überarbeitung gegeben und der Veröffentlichung als Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß zugestimmt. Der Text ist von vornherein als ein Impulspapier konzipiert, das Anstöße für eine Diskussion geben kann, aber auch der Diskussion bedarf. Er beschränkt sich deshalb auf einige wichtige Themenschwerpunkte wie die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Situation der Familien, die Bekämpfung von Armut und Verarmung und die Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme. Daneben werden weitere Fragestellungen aufgegriffen, die für unser gesellschaftliches Miteinander wichtig sind. Die Diskussionsgrundlage sollte vergleichsweise kurz sein. Aus diesem Grunde konnten nicht alle Themen, die im Blick auf die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland wichtig sind, angesprochen werden. So mußte manche Unvollständigkeit in Kauf genommen werden. Gleichwohl erscheint der Text geeignet für eine vertiefte Diskussion über unser soziales Gemeinwesen und über Grundfragen der Wirtschaft.

Die Diskussionsgrundlage will und kann nicht das vorgesehene gemeinsame Wort vorwegnehmen. Dieses soll vielmehr erst nach Abschluß des Konsultationsprozesses und unter Berücksichtigung seiner Ergebnisse in der Verantwortung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz entstehen.

Gestaltung des Konsultationsprozesses

Für ihr Vorhaben, das gemeinsame Wort im Wege eines Konsultationsprozesses unter Beteiligung möglichst vieler Menschen, Gruppen und Institutionen vorzubereiten, haben sich beide Kirchen positive Erfahrungen im katholischen und im evangelischen Bereich zum Vorbild genommen. Hier ist beispielsweise an vergleichbare Vorhaben der US-amerikanischen und österreichischen katholischen Bischofskonferenzen, aber auch an die Behandlung von Synodalvorlagen in einigen evangelischen Landeskirchen zu denken.

Konsultation meint zum einen, miteinander über die hier angesprochenen bedrängenden Probleme, Anliegen und Fragestellungen zu beraten. Zum anderen ist gemeint: sich beraten lassen, kompetenten Rat einholen, um am Schluß auf der Grundlage von vielen Hinweisen und Vorschlägen Position beziehen zu können. Demgemäß richtet sich die Einladung zur Teilnahme an dem Konsultationsprozeß zunächst an die Kirchen selbst: an die Gemeinden, die kirchlichen Verbände, Einrichtungen, Organisationen, die Räte, Werke, Orden und Gemeinschaften, die Akademien und Erwachsenenbildungseinrichtungen, Institute, insgesamt an alle Christen, die ihre Stimme einbringen wollen. Die evangelische und katholische Kirche haben ausdrücklich auch die übrigen Mitglieds- und Gastkirchen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) eingeladen, sich an dem Prozeß zu beteiligen.

Ein besonderes Augenmerk muß den Menschen in unserem Lande gelten, die als Betroffene vor Schwierigkeiten stehen, die mit Belastungen leben müssen und besorgt über die Zukunft unseres Landes sind. Sie sollten sich so weit wie möglich aktiv an dem Gespräch beteiligen.

Der Konsultationsprozeß soll aber nicht auf den kirchlichen Dialog beschränkt bleiben. Es geht nicht allein um kirchliche Aspekte, sondern um die Verantwortung für das Gemeinwesen, für unsere Wirtschaft und unser Land. Aus diesem Grunde sind auch die Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen eingeladen, sich zu beteiligen und Stellung zu nehmen. Auch in diesem Bereich gilt es, die eigentlich Betroffenen als Dialogpartner einzubeziehen.

Partner und Dauer des Konsultationsprozesses

Initiatoren des Konsultationsprozesses sind der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz, die aus ihrer Verantwortung für das vorgesehene Wort um Rat und Unterstützung bei seiner

Vorbereitung bitten. Mit dem Vorhaben ist deshalb auch die Selbstverpflichtung verbunden, daß sich die Verantwortlichen in der Kirche dem Dialog stellen und die Erfahrungen und Meinungen der Menschen zu den aufgeworfenen Fragen hören. Der Dialog soll im übrigen offen gehalten werden und selbsttragend verlaufen.

Insgesamt wird von einer rund einjährigen Dauer des Konsultationsprozesses ausgegangen. Dieser Zeitraum scheint angemessen, um eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragestellungen und ihre eingehende Beratung zuzulassen. Dies bedeutet, daß die Beiträge und Wortmeldungen zur Kenntnis genommen, dokumentiert, zusammengeführt und ausgewertet werden. Dabei kann sicherlich nicht alles seinen Niederschlag in dem späteren Wort finden. Es werden letztlich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz sein, die auf der Basis der Ergebnisse des Konsultationsverfahrens in eigener Verantwortung ein gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland formulieren. Der Verlauf und das Ergebnis des Konsultationsprozesses sollen in einer Dokumentation publiziert werden.

Organisation und Verfahrensweise

Um einen erfolgreichen Verlauf des Konsultationsprozesses sicherzustellen, sind die notwendigen Vorkehrungen getroffen worden. Im einzelnen geht es dabei um folgendes:

- Es ist ein gemeinsames übergreifendes **Koordinierungsgremium** gebildet worden, das die Durchführung des Konsultationsprozesses verantwortlich begleitet. In diesem Gremium sollen alle maßgebenden gemeinsamen Vorgaben, Initiativen und Verfahrensempfehlungen zur Gestaltung und Durchführung des Konsultationsprozesses und zur Auswertung seiner Ergebnisse beraten werden.
- Beide Kirchen haben jeweils für ihren Bereich einen **Arbeitsausschuß** gebildet. Dieser hat die Aufgabe, Impulse, Anleitungen und Arbeitshilfen für Aktivitäten und Initiativen im Rahmen des Konsultationsprozesses zu geben, zentrale Veranstaltungen zu organisieren und die inhaltliche, organisatorische und personelle Vorbereitung von Konsultationsveranstaltungen auch auf regionaler Ebene zu unterstützen.
- Beide Kirchen haben schließlich jeweils ein Institut als zentrale **Informations- und Clearingstelle** beauftragt, alle einschlägigen Materialien und Informationen im Verlauf des Konsultationsprozesses zu sammeln, auf Anforderung zur Verfügung zu stellen und am Ende des Konsulta-

tionsprozesses die Beratungsergebnisse zusammenzuführen und auszuwerten. Auf katholischer Seite ist dies das Katholisch-Soziale Institut (KSI) der Erzdiözese Köln (Bad Honnef) und auf evangelischer Seite das Sozialwissenschaftliche Institut (SWI) der Evangelischen Kirche in Deutschland (Bochum).

Die Landeskirchen und Diözesen können auf regionaler Ebene vergleichbare Vorkehrungen treffen.

Erwartungen an den Konsultationsprozeß

In Kirche und Öffentlichkeit bestehen hohe Erwartungen an das Vorhaben, im Wege eines breit angelegten Konsultationsprozesses ein gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland vorzubereiten. Dies hat die breite öffentliche Diskussion bestätigt, die aufgrund von Vorveröffentlichungen im Vorfeld des Konsultationsprozesses stattgefunden hat. In beiden Kirchen haben sich bereits verschiedene Diözesen, Landeskirchen, Verbände, Werke, Gemeinschaften und Einrichtungen auf das Vorhaben eingestellt. In gewisser Weise gilt: Der Weg ist das Ziel. Schon das gemeinsame engagierte Gespräch, das ernsthafte gemeinsame Nachdenken, die vielen Versuche, Lösungen zu finden, machen diesen Konsultationsprozeß wertvoll und geben ihm eine eigenständige Bedeutung neben dem endgültigen Ergebnis. Alle Interessierten, Betroffenen und engagierten Christen und Nichtchristen, Gruppen, Verbände und Institutionen sind aufgerufen, sich zu beteiligen und ihren Rat, ihre Erfahrungen und ihre Gestaltungsvorstellungen für eine sozial gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einzubringen. Lassen Sie uns gemeinsam suchen nach den richtigen Bewertungen, nach weiterführenden Einsichten, nach hilfreichen Lösungsmöglichkeiten und nach Zukunftsperspektiven. Lassen Sie uns gemeinsam nachdenken über das, was unser Gemeinwesen und unser Land humaner, solidarischer und zukunftsfähiger machen kann und was dabei jedem und jeder einzelnen an persönlicher Verantwortung zugemutet und eröffnet ist. Dazu möge uns Gott Gnade und Weisheit geben.

Hannover/Bonn, im November 1994

Kirchenamt der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Sekretariat der
Deutschen Bischofskonferenz

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

1. Unsere Verantwortung in Wirtschaft und Gesellschaft

1.1 Das Anliegen der Kirchen

(1) Die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche, die wir gegenwärtig in unserem Land, in Europa und weltweit miterleben, stellen uns und unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor grundlegende Herausforderungen. Nur wenige Jahre nach dem verheißungsvollen Ende des globalen Ost-West-Konflikts mit der Überwindung von Mauer und Stacheldraht in Deutschland müssen wir feststellen, daß sich anstelle der anfänglichen Aufbruchstimmung und Freude über die erlangte Wiedervereinigung und Freiheit zunehmend Ernüchterung und Enttäuschung, aber auch Gleichgültigkeit und Kleinmut breitmachen. Dabei sehen viele Menschen nur ihre ganz persönliche Situation und verlieren den Blick für die Herausforderungen und Verantwortlichkeiten, die sich aus dem deutschen und europäischen Einigungsprozeß und dem globalen Zusammenwachsen der einen Welt ergeben. Oft verhindert einseitiges Anspruchsdenken die Einsicht, daß die eigenen Ansprüche neu überprüft und in ein faires Verhältnis zu anderen berechtigten Ansprüchen gebracht werden müssen.

(2) Der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ und die gleichzeitig eingetretene weltweite Wirtschaftskrise haben schlaglichtartig sichtbar werden lassen, wie entscheidend wirtschaftlicher Fortschritt und allgemeiner Wohlstand für sozialen Frieden und politische Stabilität sind. Unsere jüngste, bisher schwierigste Konjunktur- und Strukturkrise hat nicht nur die Verteilungskämpfe bei insgesamt enger gewordenen Verteilungsspielräumen verschärft und Grenzen der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme aufgezeigt. Sie hat auch offenbart, in welchem Ausmaß der Sinn für das Wohl aller Menschen sowie die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Bekämpfung der Krise in gemeinsamer Verantwortung verloren gegangen sind und daß versäumt wurde, diesen Sinn wachzuhalten bzw. zu wecken.

(3) Die im Grunde von vielen als notwendig erachtete Überprüfung und Neuabgrenzung von individuellen Ansprüchen und Gemeinwohlinteressen erweisen sich dabei um so schwieriger, als jede Veränderung schnell als bedrohliche Beeinträchtigung von bisher sicher geglaubten Besitzständen be-

trachtet wird. Jeder ist bestrebt, die eigene Position für die Zukunft zu sichern. Wo immer aber sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stellt, richten sich viele Erwartungen auch an die Kirchen.

2 (4) Aus biblischer Tradition schöpfend können die Kirchen Mut machen zur Zukunft und Vertrauen in die Möglichkeit ihrer Gestaltung wecken. Sie können Bedingungen gelingenden sozialen Lebens aufzeigen und versuchen, ihre Erfahrungen im Ringen um das Verständnis und die Verwirklichung der biblischen Botschaft mit den daraus gewonnenen Wert- und Leitvorstellungen in den gesellschaftlichen Dialog einzubringen.

3 sehr
alle 2 (5) Diesen Dialogprozeß gilt es in doppelter Perspektive zu führen; in der Perspektive der ganzen Gesellschaft, aber auch in der Perspektive der Bedürftigen und Benachteiligten. Dabei stellt sich die Frage, ob nicht in den vergangenen Jahrzehnten bei unserem weitgehend vom Interessenpluralismus bestimmten Miteinander übergeordnete Interessen des Gemeinwohls immer mehr zurücktraten und bei den Entscheidungen der Politik und den Ergebnissen der Verbände-Verhandlungen die Interessen sozial Schwacher und Benachteiligter sowie wenig organisierter Gruppen (der Arbeitslosen, der Wohnungssuchenden, der Kinderreichen, der Alleinerziehenden) und die Belange der Entwicklung der armen Länder zu wenig berücksichtigt wurden. Hat aber damit die Gesellschaft nicht gewaltige Chancen ausgelassen, die auf Dauer auch für jeden einzelnen Vorteile mit sich bringen könnten? Die Qualifikation und Arbeitsbereitschaft der Arbeitslosen bleiben ungenutzt, Kinder, auf die unsere Zukunftshoffnungen gründen, werden nicht geboren, die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Länder werden nicht ausreichend gefördert, in manchen Fällen geradezu behindert. Ohne eine gemeinsame Zukunft für die Weltgemeinschaft insgesamt aber werden wir Gefangene einer Ordnung, die der Vergangenheit verhaftet ist.

S
alle (6) Auch wir Christen und nicht zuletzt unsere Kirchen müssen in dieser Situation unserer Verantwortung gerecht werden und die Verbesserung der Zukunftschancen als eine gemeinsame Aufgabe der Erneuerung begreifen. Dabei ist es eine genuin christliche Aufgabe, für die einzustehen, die bedürftig, arm und benachteiligt sind. Unser Ziel ist eine soziale Ordnung, die nicht nur in unserem Land neue Lösungsmöglichkeiten eröffnet und einen gerechten Ausgleich schafft, sondern angesichts der globalen Abhängigkeiten und Verflechtungen auch eine faire Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklung und Beteiligung für alle Völker ermöglicht. In der Bundestradition des Alten Testaments ist für das Zu-

sammenleben das Wissen bestimmend, daß die Menschen ihre Existenz und das Land, in dem sie leben, Gott verdanken. Gottes gute Schöpfung, deren Güter für alle – auch für die künftigen Generationen – bestimmt sind, ist uns gemeinsam als Leihgabe zum pfleglichen und verantwortlichen Umgang anvertraut.

(7) In diesem Bewußtsein suchen wir das Gespräch mit allen verantwortlichen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen. Uns geht es dabei nicht darum, abstrakt den Vorrang von Gemeinwohl oder Einzelwohl vorzugeben, sondern darum, die Verständigung über einen gemeinsamen Verhaltenskodex zu erreichen, der eine verbindliche Richtschnur auch für das eigene Handeln darstellt. Nur wo wir die Chancen gemeinsamer Zukunft wahrnehmen und auch den Mut haben, zusammen an deren Realisierung zu arbeiten, können wir die Heilszusage des Evangeliums bezeugen und sie für viele erfahrbar machen.

was
heißt
das

1.2 Drei Optionen

(8) Wenn sich die Kirchen zu der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland äußern, tun sie dies aufgrund ihres christlichen Auftrages und ihrer Verantwortung. Sie sind dabei von drei Optionen geleitet: der Option für die Schwachen, der Option für eine soziale Friedensordnung und der Option für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt. Diese Optionen sind Teil unserer Gesamtverantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind orientiert an dem Gebot der Gerechtigkeit.

große
Sätze

Option für die Schwachen

(9) Die Bibel bezeugt Gott als einen Fürsprecher der Schwachen, der Armen und Benachteiligten. Im biblischen Zeugnis nimmt Gott immer wieder Partei für die Schwachen und fordert, „an die Hungrigen dein Brot auszuteilen, die obdachlosen Armen ins Haus aufzunehmen, wenn du einen Nackten siehst, ihn zu bekleiden und dich deinen Verwandten nicht zu entziehen.“ (Jes 58,7) Dieses soziale Tun, die Hilfe der Gläubigen für die Schwachen, das Eintreten für die Linderung der Not steht danach in einem unauflöslichen Zusammenhang mit dem Weg des Heils.

(10) Immer wieder appelliert die Bibel an das soziale Gewissen, weist in einer großen Alltagsnähe auf die reale Lebenssituation von Menschen hin,

fordert tätige Hilfe für die Schwachen und schlägt eine Brücke zum Heilshandeln Gottes. Hier geht es nicht nur um die Selbstmitteilung und Selbstoffenbarung Gottes, der sich in Barmherzigkeit und Gnade denen zuwendet, die „schwere Lasten zu tragen“ haben. (Mt 11,28) Es geht auch um die Überwindung der Selbstbezogenheit und Ichbezogenheit des Menschen, der die Not seiner Mitmenschen nicht sieht, und die Überwindung von Gruppenegoismen. Der Glaube an Gott wird konkret in der tätigen Parteinahme für die Schwachen. Christen werden in diesem Sinne dazu aufgerufen: „Hört das Wort nicht nur an, sondern handelt danach“ (Jak 1,22).

(11) Es ist eine neue Perspektive für uns und unseren Lebensalltag, die solcher Glaube vermittelt. Auf die Menschen in unserer Gesellschaft, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben, wird unsere Aufmerksamkeit gelenkt. Die christliche Botschaft lenkt unseren Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschenunwürdige, auf strukturelle Benachteiligungen und Ungerechtigkeit. Der Glaube hält uns an zu Einsichten und Einfällen sozialer Phantasie, wie den Bedürftigen geholfen werden kann. Der Glaube vermag nicht nur die Herzen und die Einstellungen zu verändern, sondern auch die Vernunft. Christen sollten deshalb solche Maßstäbe der Mitmenschlichkeit und der Hilfe für die Schwachen auch in die Lebenswirklichkeit ihrer modernen, säkularen Alltagswelt tragen und von da her kritisch Gesellschaft und Gemeinwesen befragen. Mit ihrem Engagement können sie sich einbringen und die christliche Option für die Schwachen auch im politischen Leben gestaltend und verändernd geltend machen. In besonders intensiver Form verwirklichen diese Option die Menschen, die sich im sozialen Ehrenamt engagieren.

*Keine
Salige
keine
wird
Opt.!!
für +
gege* *der Gesellschaft die die ~~ste~~ produziert*
Option für eine soziale Friedensordnung

(12) Der Begriff Friede meint nach biblischem Verständnis das Heil Gottes im umfassenden Sinn („Schalom“). Er bezieht die Rechtfertigung und Versöhnung mit Gott ebenso ein wie die Versöhnung unter den Menschen.

(13) Der Apostel Paulus sagt: „Und der Friede Gottes, der alles Verstehen übersteigt, wird eure Herzen und eure Gedanken in der Gemeinschaft mit Christus Jesus bewahren“. (Phil 4,7) In diesem Segenswunsch gibt der Apostel seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Friede Gottes zu einer bestimmen-

den Größe im Leben der Christen werden möge. Er „übersteigt alles Verstehen“, d.h. er erhebt seinen versöhnenden Anspruch auch dann, wenn die Vernunft den Streit, die konfrontative Interessenwahrung und die entschlossene Selbstdurchsetzung fordern zu müssen meint. Dieser Friede ist grundlegende Lebensorientierung selbst da, wo menschliches Denken, Vernunft und Verstehen an ihre Grenzen geraten. Der Friede ist höher als alle Vernunft, er ist gewissermaßen „höhere Vernunft“, denn er zielt auf ein bewahrtes und versöhntes Leben in einer Gemeinschaft ohne Bedrohungen. In unserem Alltag hingegen beobachten wir, wie kurzsichtig, einseitig und friedensblind unsere Vernunft sein kann.

(14) Es ist ein großes Geschenk, wenn Friede eine Gemeinschaft bestimmt, wenn es für die Bereinigung gesellschaftlicher Konflikte Instrumente der friedlichen Konfliktklärung gibt, wenn ein gesellschaftlicher Grundkonsens die Austragung von Gegensätzen in fairen und geordneten Formen zuläßt und trotz erheblicher Konfliktlagen Kompromisse möglich macht. Es ist ein Geschenk, wenn in einer Gesellschaft immer wieder ein friedlicher Ausgleich geschaffen werden kann und die gesellschaftlichen Kräfte unter anderem nach Gesichtspunkten des Gleichgewichts geordnet und sich ihrer sozialen Friedensverantwortung bewußt sind. Friede als soziales Gestaltungskriterium setzt auf einen konstruktiven, nicht zerstörerischen Umgang mit Interessengegensätzen. Er vermag heilend zu wirken, wenn unter Gesichtspunkten der sozialen Friedensstiftung nach Wegen des Ausgleichs gesucht wird. Friedensverantwortung jedoch versagt, wenn soziale Gegensätze und Spannungen unbearbeitet bleiben und sich Spaltungen in der Gesellschaft vertiefen.

So ist
es aber
+ die

Spaltung werde
größt

Option für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt

(15) Verantwortung für die Zukunft muß mehr einschließen als nur die jeweils eigene Sicherheit und Vorsorge. Sie ist von ihrem tiefsten Wesen her eine verantwortliche Haushalterschaft, die über die eigenen Belange hinausgeht. Sie ist eine Verantwortung für andere, für Gottes Schöpfung, für Folgewirkungen des gegenwärtigen Tuns. Es ist aber auch eine Verantwortung vor (!) dem anderen, eine Verantwortung vor Gott, vor den Mitmenschen, vor den Mitgeschöpfen und eine Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und Nachkommen. Zukunftsverantwortung wahrnehmen heißt, sich weitreichenden Verantwortlichkeiten stellen und in der Gegenwart das tun, was bei weitreichenden Wirkungen vor der Zukunft bestehen kann.

wo+wie muß Liebe
da ungewöhnliche "Ebedliche" fälle?

(16) Eine Verantwortung für die Zukunft, die beispielsweise nur auf den eigenen Erfolg setzt und nicht in Kooperation mit anderen Akteuren weiterführende Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten einbezieht, muß fragwürdig erscheinen. Eine Zukunftsverantwortung, die einfach nur auf die Fortführung des Bisherigen setzt und nicht Veränderungen, Erschwernisse, Folgekosten und Folgewirkungen einbezieht, verdient diesen Namen nicht.

d. Z. } Auf Gottes kommendes Reich und seine Gerechtigkeit setzen heißt, im
↳ Blick auf die Zukunft unseres Gemeinwesens und unserer Wirtschaft auf
das das Maßstäbe zu setzen, die eine menschliche, friedliche, gerechte und die
schöne Schöpfung bewahrende Zukunft und Verantwortung gegenüber künftigen
Generationen zum Inhalt haben.

Wirkungsanalyse + - Politik sein?!

2. Eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt – Kontexte wirtschaftlichen und sozialen Handelns

1. (17) Für die menschengerechte Gestaltung unserer künftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind vor allem drei unterschiedliche, sich aber jeweils gegenseitig ergänzende und bedingende Dimensionen der Verantwortung bestimmend: Es gilt zum einen die innere Einheit zu vollenden und in ganz Deutschland gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen sowie Chancengerechtigkeit zu verwirklichen. Für die Zukunft unseres Landes in der Mitte des europäischen Kontinents ist es zum anderen entscheidend, die europäische Integration fortzuentwickeln und die freiheitliche und demokratische Entwicklung in ganz Europa zu sichern. Wir müssen uns schließlich unserer Mitverantwortung für die Schicksalsgemeinschaft aller Menschen in der einen Welt stellen, die aufgrund der weltweiten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung heute in einer neuen Dimension über Grenzen und Kontinente hinweg miteinander verbunden sind.

2.1 Die innere Einheit vollenden

(18) Die Teilung Deutschlands und zugleich die Spaltung Europas und der Welt in zwei Blöcke wurde vorwiegend durch gewaltfreie Revolutionen überwunden. In die anfängliche Freude darüber mischte sich alsbald auch Enttäuschung über nicht erfüllte Erwartungen. Es setzte sich nur langsam

die Erkenntnis durch, daß die Vereinigung der über 40 Jahre getrennten Teile Deutschlands langwieriger und teurer sein wird, als von den meisten ursprünglich angenommen. Unbestreitbar hat die Vereinigung vielen Menschen in den neuen Bundesländern neue persönliche und wirtschaftliche Chancen und Perspektiven eröffnet. Neben denen, die durch die Einheit eine erhebliche Verbesserung ihrer Lebenssituation erfahren haben, gibt es jedoch auch viele, für die Arbeitslosigkeit inzwischen zur Alltagserfahrung geworden ist. Andere sorgen sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, ihres Einkommens oder ihrer Wohnung.

(19) Die deutsche Wiedervereinigung war für die meisten Menschen in den neuen Bundesländern innerhalb kürzester Zeit mit grundlegenden Änderungen ihrer bis dahin gewohnten Lebensbedingungen verbunden. Es wurden und werden von ihnen große Anstrengungen erwartet, um sich in den neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten zurechtzufinden. Bei den Menschen in den alten Bundesländern war anfangs große Bereitschaft zu Solidarität vorhanden, doch fragt sich, ob sie politisch auch ausreichend genutzt und unterstützt wurde. Die innere Einheit unseres Landes kann nur gelingen, wenn die Menschen im Interesse des Ganzen bereit sind, entsprechend ihren Möglichkeiten auch über einen längeren Zeitraum Einschränkungen in Kauf zu nehmen.

(20) Die meisten Menschen in den neuen Bundesländern sind dankbar für die Befreiung von der Diktatur und für die Einheit unseres Landes. Sie freuen sich über die neu gewonnenen Freiheiten, z. B. darüber, daß sie unbehindert reisen, ihre Gedanken frei äußern und Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen können. Auch geht es den meisten von ihnen materiell besser als vor der Wende. Darüber hinaus sind die Fortschritte auf vielen Gebieten und die ermutigenden Beispiele des inneren Aufbruchs und der wirtschaftlichen Erneuerung nicht zu übersehen. Obwohl es deutliche Anzeichen für einen beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern gibt, sind diese noch auf weitere solidarische Hilfe angewiesen. Daß dort die wirtschaftliche und gesellschaftliche Erneuerung gelingt, liegt in gleicher Weise im Interesse der Menschen in den alten Bundesländern.

(21) Eine wesentliche Ursache für die Schwierigkeiten auf dem Weg zur inneren Einheit besteht u. a. darin, daß weder die Menschen noch die Wirtschaft in den neuen Bundesländern auf die mit der Wirtschafts- und Währungsunion abrupt eingeführten Wettbewerbsbedingungen des markt-

wirtschaftlichen Systems vorbereitet waren. Auch wenn es dazu letztlich keine realistische Alternative gab, ist doch festzustellen, daß den vielfältigen positiven Aspekten in diesem Prozeß auch neue soziale Ungerechtigkeiten und wirtschaftliche Probleme gegenüberstehen. So endete der hoffnungsvolle Aufbruch für viele in einem beruflichen Abbruch mit der Folge, daß über Jahrzehnte erworbene Arbeitserfahrungen und berufliche Qualifikationen entwertet wurden und soziale Bindungen zerbrachen. Auch kam es offensichtlich zu wirtschaftlichem und politischem Machtmißbrauch. Viele Menschen in den neuen Bundesländern erfahren und empfinden die neue Wirtschaftsordnung, von der sie oft nur die Schattenseiten zu spüren bekommen, nicht als sozial. Auch scheint alles nichts mehr wert zu sein, was in 40 Jahren erarbeitet wurde und wofür die einzelnen ihre Kraft und Zeit eingesetzt haben. Besonders schwer haben es jetzt vor allem jene Frauen, die ihren Arbeitsplatz auf Dauer verloren haben.

Die Spaltung
war schon
vorher
in BRD
daß jetzt
noch mehr
sozial
ungleich
+ tief

(22) Für die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist eine gelebte Solidarität weiterhin unerlässlich, um der Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung zu begegnen. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Beschäftigungskrise erschwert das Zusammenwachsen. Diese ist jedoch nicht die Folge der Einheit, sondern hat ihre Ursachen in dem gewaltigen konjunkturellen und strukturellen Umbruch, der die Wirtschaft weltweit erfaßt hat. In den alten Bundesländern wurde diese Strukturkrise durch die positiven wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung erst zwei Jahre später spürbar.

Zeits-
druck

(23) Die in Politik und Wirtschaft verantwortlichen Personen, Verbände und Institutionen brauchen Phantasie und Kraft für langfristige gemeinsame und miteinander abgestimmte Anstrengungen, um die Herausforderungen und Schwierigkeiten auf dem Weg zur Vollendung der inneren Einheit zu bewältigen. Wir alle werden dieser Aufgabe nur gerecht, wenn wir sie nicht allein auf ihre finanziellen oder materiellen Aspekte reduzieren. Über ihren gesellschaftspolitischen Auftrag hinaus ist es dabei Aufgabe der Kirchen, geistige und geistliche Hilfen und Wertorientierungen zu bieten, damit es den Menschen besser gelingt, Verständnis für die jeweils unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebenslagen aufzubringen und in gegenseitiger Anerkennung aufeinander zuzugehen. Wir dürfen die Vereinigung weder in rückwärtsgerichtetem Streit verspielen noch zulassen, daß in den Köpfen und vielleicht auch in den Herzen neue Vorbehalte oder gar Mauern errichtet werden. Die Zuversicht, die wir brauchen, um die soziale und wirtschaftliche Einheit in Deutschland zu vollenden, erwächst aus der ehrlichen und nüchternen Einsicht in die unterschiedlichen Entwicklungen während

der über 40jährigen Teilung unseres Landes und dem ebenso ehrlichen Bemühen um die notwendigen Schlußfolgerungen zur Überwindung dieser Unterschiede.

2.2 Neues Denken und Handeln für eine gemeinsame europäische Zukunft

(24) Die Europäische Union hat sich in ihrer bisherigen über 40jährigen Geschichte für alle ihre Mitgliedstaaten, nicht zuletzt für uns Deutsche, als ein Hort des Friedens und der Freiheit und als Quelle des wirtschaftlichen Fortschritts und materiellen Wohlstands erwiesen. Ohne sie wäre die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit nicht denkbar gewesen. Auch wenn der über viele Jahre anhaltende, von einem beachtlichen Wirtschaftsaufschwung getragene Optimismus und Einigungswille inzwischen von einer gewissen Ernüchterung und auch Skepsis gegenüber einem europäischen Zentralismus und Bürokratismus überlagert wird, kann sich die Europäische Union dennoch auf ein stabiles Fundament von gegenseitigem Verständnis und Solidarität stützen.

(25) Europa und mit ihm die Europäische Union stehen an der Schwelle zum Jahr 2000 vor einer Umbruchsituation historischen Ausmaßes. Diese wird gekennzeichnet durch den Zerfall der früheren Sowjetunion, die Wiedervereinigung Deutschlands, die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien und die Bildung neuer demokratischer Staaten in Mittel-, Südost- und Osteuropa. Hinzu kommt, daß Europa wie die übrige industrialisierte Welt gegenwärtig eine Zeit tiefgreifenden Wandels durchlebt. Die Globalisierung des Handels und der Produktion einschließlich der Finanz- und Kapitalmärkte, die weitreichenden Folgen neuer Technologien für die Arbeitswelt, die Gesellschaft und den einzelnen Bürger, die Schwerpunktverlagerung der Alterspyramide nach oben und die anhaltend hohen Arbeitslosenquoten führen zusammengenommen zu nie dagewesenen Belastungen für das wirtschaftliche und soziale Gefüge aller Mitgliedstaaten.

Handwritten notes:
w/er
sich
entwickelt
positiv
bei
dieser
Aufbruch

(26) Europa ist ein Kontinent, der seine geistigen und kulturellen Werte vornehmlich aus dem christlichen Glauben bezogen hat. Die christlich-europäische Kultur ist die verbindende Klammer über die bestehenden Grenzen hinweg. Es gilt, auf diesen gemeinsamen Wertgrundlagen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit neuem Denken und Handeln ein demo-

kratisches, föderatives, soziales, bürgernahes und zugleich solidarisches Europa zu verwirklichen und der kommenden Generation eine Gemeinschaft zu übergeben, die deren Hoffnung auf eine bessere, offenere und vom Geist der Geschwisterlichkeit geprägte Welt nicht enttäuscht. Mit dieser Vision ist ein zentralistischer europäischer Überstaat nicht vereinbar. Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken und die kulturelle Vielfalt Europas und die Identität seiner Völker zu wahren, sind daher nachhaltig die regionalen und föderalen Strukturen zu stärken und die politischen Verantwortlichkeiten unter strikter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips festzulegen.

2.3 Verantwortung für die eine Welt

(27) Über die uns mit der Vollendung der deutschen Einheit und dem europäischen Einigungsprozeß gestellten Aufgaben dürfen wir nicht die globalen Herausforderungen aus dem Auge verlieren: Deutschland und Europa sind keine Insel, sondern Teil der einen Welt.

(28) Für uns ist diese eine Welt in vielfacher Hinsicht unmittelbar erfahrbar: In wirtschaftlicher Hinsicht stehen wir einem globalen Wettbewerb mit einer weltweiten Arbeitsteilung und einem praktisch unbegrenzten Austausch von Informationen, Ideen, Gütern und Dienstleistungen gegenüber. Mit dieser Globalisierung der Märkte geht nicht nur eine zunehmende Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften einher, sondern auch ein heilsamer Zwang, Konflikte friedlich zu lösen. Die Folgen der weltweit fortschreitenden Belastung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen machen nicht vor Landesgrenzen halt, sondern drohen über die Kontinente hinweg zu einer ernsthaften Gefährdung der gesamten Menschheit zu werden. Die vielen Krisen und kriegesischen Auseinandersetzungen in aller Welt, die oft ihre Ursache in ungerechten ökonomischen und politischen Verhältnissen haben, bedrohen den Frieden in der Welt und verstärken soziale Not, Hunger und Vertreibung.

(29) Wir, das heißt die wohlhabenden Industrienationen, und mit ihnen die gesamte Menschheit, können nur dann in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit überleben, wenn es gelingt, Hunger und Not in aller Welt zu bannen und die Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern dieser Erde zu überwinden. Die UNCED-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 hat gezeigt, daß Umweltschutz und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung

zwei eng miteinander verknüpfte Anliegen sind. Wir müssen daher bei unserer Art des Wirtschaftens nicht nur die Interessen der Natur und künftigen Generationen, sondern auch die Interessen der heute Notleidenden berücksichtigen. Die Bewahrung der Schöpfung und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind zu einer Überlebensfrage der gesamten Menschheit geworden. Daraus ergeben sich nicht zuletzt kritische Anfragen an unser eigenes Wohlstandsmodell, das in hohem Maße auf ein die natürlichen Ressourcen belastendes und ausbeutendes, nicht nachhaltig tragfähiges Wachstum angewiesen ist.

(30) Bisher haben die wohlhabenden Industrienationen allerdings keine große Bereitschaft zur Hilfe und damit zur Überwindung der Kluft zwischen armen und reichen Ländern erkennen lassen. So haben die protektionistischen Entwicklungstendenzen der meisten Industriestaaten, weltweite Handelsbeschränkungen und Wettbewerbsverzerrungen sowie nicht zuletzt Exportsubventionen insbesondere im Agrarbereich nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt beeinträchtigt; ihr daraus entstandener Schaden überstieg den Wert der Entwicklungshilfe bei weitem. Zwar ist es mit dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen der GATT-Uruguay-Runde gelungen, den weltweit drohenden Handelsprotektionismus einzudämmen und dabei insbesondere auch Exportsubventionen im Agrarbereich abzubauen. Doch haben in den letzten 20 Jahren die wenigsten Industrienationen die bereits auf der UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 geforderte Zielvorgabe erreicht, einen Anteil von 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungshilfe aufzubringen. Inzwischen wäre ein noch höherer Anteil erforderlich, um eine nachhaltige wirtschaftliche und umweltverträgliche Entwicklung in den Entwicklungsländern zu fördern. Nicht minder wichtig ist eine konsequente Strategie zur direkten Armutsbekämpfung durch die Mobilisierung der produktiven Möglichkeiten der armen Länder und ihre echte Partizipation am Entwicklungsprozeß.

(31) Weltweit wird trotz aller Bemühung um Abrüstung immer noch sehr viel mehr in die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern investiert als in sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Es bedarf einer wirksamen Kontrolle von Rüstungsexporten und internationalem Waffenhandel. Entsprechende gesetzliche Bestimmungen dürfen daher nicht gelockert, sondern müssen verschärft werden. Dabei müßte die Bundesrepublik Deutschland als einer der größten Exporteure von Rüstungsproduktion bei sich selbst beginnen.

12 } Erforderlich ist eine breite Bewegung zur Bildung neuer Allianzen der Solidarität – der armen Länder untereinander und der reichen mit den armen Ländern –, die um der Würde eines jeden Menschen willen die Option für die Armen Realität werden läßt.

3. Herausforderungen zum Handeln – Problemfelder

(32) Nach langen Jahren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sind in Deutschland strukturelle Verwerfungen und Fehlentwicklungen unübersehbar, die die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen und das System der sozialen Sicherheit gefährden. Die nach Umfang und Intensität für alle westlichen Industrieländer bisher stärkste Wachstums-, Konjunktur- und Strukturkrise in der Nachkriegsgeschichte trifft in Deutschland mit der historisch einmaligen Aufgabe zusammen, die soziale und wirtschaftliche Einheit herzustellen. Die mit diesen Aufgaben verbundenen Herausforderungen stellen Unternehmer, Arbeitnehmer, Sozialpartner und Politiker, aber auch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege vor eine außergewöhnliche Bewährungsprobe, bei der nicht auf bekannte Lösungsmuster zurückgegriffen werden kann, sondern auch neue Wege gesucht und erprobt werden müssen.

für
we? } (33) Besonders besorgniserregend ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die eine ernsthafte Bedrohung der Humanität in unserer modernen Industriegesellschaft darstellt. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist Deutschland andererseits nach wie vor ein wohlhabendes Land mit einer hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und großer sozialer Sicherheit. Für Verzagtheit und Zukunftsangst besteht daher jedenfalls kein Grund. Um so weniger können und dürfen wir uns mit der zunehmenden Armut und Verarmung mitten in der Wohlstandsgesellschaft abfinden. Die Spaltung der Gesellschaft in solche, denen es gut und immer besser geht, und andere, die arm und benachteiligt sind, ist eine Anfrage an die solidarischen Beziehungen zwischen allen Bürgern wie auch an die gegenwärtige Praxis der Sozialen Marktwirtschaft.

Falsch
dar-
stellg
00

als
des
wirklich? } (34) Die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme hat sich bisher bewährt und muß sich in der jetzt angespannten Situation weiter bewähren. Die notwendige Erneuerung und Konsolidierung des Sozialstaates ist deshalb in erster Linie unter dem Aspekt zu prüfen, ob und inwieweit seine Leistungsfähigkeit bei erschweren wirtschaftlichen und finanziellen Bedin-

Kide?

! *Reis-
folge
nicht
erwart!*

gungen aufrecht erhalten werden kann. Für uns hat dabei über die Überwindung der Arbeitslosigkeit und Armut hinaus die wirtschaftliche und soziale Sicherung der Familien einen besonderen Rang. Gleichzeitig ist uns in diesem Zusammenhang und darüber hinaus die Gleichstellung der Frauen besonders angelegen. Frauen sind von den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und Umbrüchen in der Bundesrepublik Deutschland oftmals besonders hart betroffen, vor allem, wenn sie alleinerziehend oder erwerbslos sind. Schließlich ist die Bewahrung der Schöpfung eine immer dringlicher werdende Aufgabe und verpflichtender Bestandteil einer verantwortlichen Generationenvorsorge.

3.1 Wege aus der Arbeitslosigkeit

(35) Seit zwei Jahrzehnten wird in den meisten entwickelten Industriegesellschaften Europas die Vollbeschäftigung, ein Hauptziel der Wirtschaftspolitik, verfehlt. 1994 waren in Deutschland vier Millionen Menschen arbeitslos – nicht gerechnet Arbeitnehmer, die an Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen teilnahmen, in Kurzarbeit oder im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt waren oder sich resignierend zurückgezogen haben. Innerhalb der Europäischen Union waren 1994 20 Millionen Menschen als arbeitslos gemeldet.

(36) Arbeitslosigkeit ist das für hochentwickelte Gesellschaften gravierendste wirtschaftliche und soziale Problem. Denn für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist die Erwerbsarbeit die praktisch einzige Form, ihre Existenz selbst zu sichern. Arbeitslosigkeit ist für die meisten Betroffenen gleichbedeutend mit dem Verlust der Möglichkeit der persönlichen Entfaltung durch Arbeit und mit Einbußen an Einkommen, eigenständiger Lebensplanung und Lebensgestaltung verbunden. Arbeit gehört mit zu den unverzichtbaren Selbstverständlichkeiten des Lebens und zum „täglichen Brot“, um das wir Gott im Vaterunser bitten.

(37) Die hohe Arbeitslosigkeit markiert einen tiefen Riß in unserer Gesellschaft, durch den viele Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen werden und der die gesellschaftlichen Beziehungen belastet. In besonderer Weise gilt dies für die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit mit einer Arbeitslosigkeit von einem und mehr Jahren, die einen immer höheren Anteil an der Gesamtarbeitslosenzahl ausmacht. Hunderttausende fühlen sich nicht mehr gefragt, vereinsamen, bekommen

S. 22
12
Selbstwertprobleme, erfahren gesellschaftliche Diskriminierungen, ziehen sich aus Scham zurück, empfinden Zorn und Wut, fragen nach Schuldigen. Arbeitslose, die über längere Zeit keine Arbeit finden, werden schließlich unfähig, Arbeit zu suchen, und werden zu Menschen ohne Hoffnungen und Erwartungen. Viele werden für Feindbild- und Sündenbockparolen empfänglich. Arbeitslose werden allmählich zu Erwartungslosen. Die besondere Form ihrer Belastung wird von denen, die sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsmarktchancen haben, oft nicht verstanden.

Was heißt das?
(38) Besonders betroffen sind vor allem die Schwächeren, d. h. Menschen, die an Belastungen und Defiziten zu tragen haben: Menschen, die langsamer, weniger oder nicht ausgebildet, weniger gesund, weniger belastbar sind als andere, Ältere und Behinderte. Vor erheblichen Schwierigkeiten stehen auch Menschen mit besonders belastender Lebenssituation wie etwa Alleinerziehende und Pflegende. In einer Arbeitswelt, die auf hohe Effektivität und Produktivität setzt, haben es Menschen mit Erschwernissen wie besonderen Versorgungsverpflichtungen, chronischen Krankheiten, sozialer Isolation, ungünstiger persönlicher Wohnsituation u. a. schwerer als andere. Solche Belastungen in der persönlichen Situation erhöhen das Arbeitsplatzrisiko. Aber mehr und mehr sind auch Gutsausgebildete, Akademiker, Techniker, Facharbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen.

Ist das nicht anders?
(39) Wenngleich immer noch Millionen von Arbeitssuchenden jährlich in neue Arbeitsstellen vermittelt werden können und die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im internationalen Vergleich deutlich geringer ausfällt, so bleiben doch grundlegende Sorgen bestehen. Der Gesellschaft droht bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit wegen sinkender Beitragseinnahmen einerseits und laufender hoher Sozialausgaben andererseits zudem eine Gefährdung des Systems sozialer Sicherung. Die Verbitterung und die Resignation zerstört das Vertrauen in die demokratische Gestaltbarkeit unserer Gesellschaft. Perspektivlosigkeit und die Angst vor dem sozialen Abstieg sind ein Nährboden für Gewaltbereitschaft, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit, nicht nur unter Arbeitslosen. Insbesondere die Jugend wird um ihre Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven gebracht.

2291
(40) Die Ursachen für die bestehende Arbeitslosigkeit sind vielfältig und in ihrem unterschiedlichen Gewicht im einzelnen umstritten und nicht eindeutig bestimmbar. Als wichtige Ursachen gelten der stärker gewordene Druck des internationalen Wettbewerbs und die mit ihm sowie mit dem technischen Fortschritt einhergehenden Rationalisierungseffekte ebenso wie die

nicht selten von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität abgekoppelte Entwicklung des Lohn- und Gehaltsniveaus und der Lohn- und Gehaltsstruktur. Erfreulicherweise haben die jüngsten Tarifabschlüsse inzwischen jedoch ein höheres Maß an Flexibilität erkennen lassen. Auch werden die Lohnnebenkosten genannt, die zuletzt nicht unerheblich dadurch erhöht wurden, daß der Aufbau in den neuen Bundesländern mit Hilfe erhöhter Sozialversicherungsbeiträge statt – wie es ordnungskonform wäre – durch höhere Steuern mitfinanziert wird. Sie haben inzwischen ein Ausmaß erreicht, das die Flucht in die Schattenwirtschaft in nicht unerheblichem Maße begünstigt. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wird nicht zuletzt auch darauf zurückgeführt, daß es den maßgeblichen Kräften in Politik und Gesellschaft nicht gelungen ist, angesichts absehbarer Entwicklungen, die die Bedingungen des Wirtschaftens tiefgreifend veränderten, sich auf längerfristig geplante und gemeinsam umgesetzte konzertierte Aktionen zu verständigen.

Was
heißt
das?

(41) Für die Überwindung der Arbeitslosigkeit gibt es keinen Königsweg oder gar Patentrezepte. Insbesondere kann in unserer Gesellschaftsordnung eine hohe Beschäftigung nicht staatlich verordnet werden. Aufgabe des Staates ist es vielmehr, mit attraktiven Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen und Strukturanpassungen Voraussetzungen für ausreichende und rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Eine wesentliche Mitverantwortung für einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad liegt bei den Tarifvertragsparteien, die bereit sein müssen, zu konzertierten Aktionen mit Bundesregierung und Bundesbank konstruktiv beizutragen. Insgesamt kommt es darauf an, alle möglichen und sinnvoll erscheinenden Anstrengungen zu unternehmen, um die Massenarbeitslosigkeit mit Hilfe eines breit angelegten wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepts wirksam zu bekämpfen. Zu einem solchen Konzept gehören im wesentlichen die folgenden Elemente:

die
Sprache

(42) Wirtschaftswachstum ist ein institutionalisiertes Ziel unserer Wirtschaftsordnung. Gleichwohl kann die durch die Nachkriegserfahrungen entstandene und gestärkte Erwartung, die Volkswirtschaft könne Jahr für Jahr wachsen und Realeinkommenserhöhungen möglich machen, nicht länger aufrecht erhalten bleiben. Insbesondere in Jahren anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit und unübersehbar verschärften internationalen Wettbewerbs mit Niedriglohnländern erscheint es ökonomisch geboten und sozial vertretbar, für Lohn- und Gehaltszuwächse einzutreten, die sich am Produktivitätsfortschritt orientieren und die Lohnstückkosten nicht erhöhen.

(43) Um bei sinkender bzw. stagnierender Lohnquote und steigender Gewinnquote das verteilungspolitische Risiko bei Arbeitnehmern und neue Verteilungskonflikte zu vermeiden, sollten kumulativ erwogen werden:

- die Förderung einer Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen durch Investivlohnvereinbarungen oder durch Vereinbarungen über investive Gewinnbeteiligungen;
- der ständige, ernsthafte und geduldige Versuch der wesentlichen Träger der Wirtschaftspolitik, insbesondere Bundesregierung, Bundesbank und Tarifvertragsparteien, sich über eine Finanz-, Geld- und Tarifpolitik zu verständigen, die den Zielen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums entspricht, also auch einen hohen Beschäftigungsstand anstrebt. Die Tarifparteien werden allerdings zu einer gemeinwohlorientierten Politik nur bereit sein, wenn sie davon ausgehen können, daß die Erträge und die Lasten einer gemeinwohlorientierten Politik in der Gesellschaft fair verteilt werden.

11. 06. (44) Bei hoher und andauernder Arbeitslosigkeit ist es ökonomisch sinnvoller, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Daher sollten mit Hilfe des Instrumentariums des Arbeitsförderungsgesetzes durch die Bundesanstalt für Arbeit verstärkt gemeinwirtschaftliche Arbeiten gefördert werden, die wegen fehlender privatwirtschaftlicher Rentabilität eher zu den Aufgaben der öffentlichen Hand gehören, wie z. B. Arbeiten in den Bereichen Umweltschutz, Sanierungsarbeiten in der Stadt, Jugendarbeit und soziale Dienste (wie z. B. Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit sowie Alten- und Krankenpflege). Dabei erscheint es jedoch geboten, die Förderungsbedingungen so zu definieren, daß die geförderten, d. h. subventionierten Arbeitsmärkte nicht die Funktionsfähigkeit der primären, d. h. förderungsfreien, Arbeitsmärkte beeinträchtigen.

Was
sagt
das?
Sch
das
muss
ab 2
(45) Die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Prognosen für das nächste Jahrzehnt deuten auf eine Umschichtung zwischen Arbeitsmarkt und Beschäftigungsgruppen mit einer deutlichen Verringerung minderqualifizierter und einer Ausdehnung höherqualifizierter Tätigkeiten hin. Nicht zuletzt deshalb muß der beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten eine hohe Priorität eingeräumt werden.

(46) Um das Wachstum bzw. die absolute Höhe der Lohnnebenkosten zu verringern, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen, sollten zwei Wege überprüft werden:

- die Befreiung der Einrichtungen sozialer Sicherung, vor allem der Renten und der Arbeitslosenversicherung, von den sog. versicherungsfremden Lasten (diese müßten systemkonform eigentlich aus Steuermitteln finanziert werden);
- die Einführung zusätzlicher Bemessungsgrundlagen für die Finanzierung der Sozialversicherungen neben der Lohn- und Gehaltssumme.

(47) Arbeit dort zu teilen, wo dies möglich ist, wird zu einem humanen Gebot. Dieser wichtige Grundgedanke vom Teilen war den Kirchen in der Diskussion um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stets wichtig. Wer zu essen hat, soll dem abgeben, der nichts zu essen hat. Wer in Wohlstand und gesicherten Verhältnissen lebt, soll dem helfen, der in Not ist. Arbeitszeitverkürzungen auch ohne vollen Lohnausgleich (allenfalls für die unteren Lohngruppen) und mehr Wahlmöglichkeiten für die individuelle Arbeitszeit, wie z. B. Teilzeitarbeit, sind ein letztlich unverzichtbarer Beitrag zur Minderung der Arbeitslosigkeit. 111

(48) Eine stärkere Umverteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen ist sicher kein Patentrezept, das die schwierigen Beschäftigungsprobleme auf einfache Weise lösen könnte. Nicht jede Arbeit läßt sich teilen, nicht in jedem Betrieb ist die Teilung von Arbeitsplätzen möglich. Geteilte Arbeit bedeutet auch geteilten Lohn; nicht jeder kann sein u. U. ohnehin schon zu geringes Einkommen teilen. Trotzdem muß es auch das Teilen in unserer Arbeitswelt geben. Bei einer verantwortlichen Handhabung kann die Arbeitsumverteilung in vielen Bereichen durchaus zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation führen, ohne zugleich zu einer unzumutbaren Belastung für Volkswirtschaft und Betrieb zu werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß die Möglichkeiten längst noch nicht ausgeschöpft sind. Es müssen im Blick auf die Teilung von Arbeitsstellen auch ungewöhnliche Wege gegangen werden. 111

(49) Arbeitslosigkeit ist häufig auch eine Folge der Subventionspolitik, wenn sie über zeitlich befristete Anpassungssubventionen hinausgehend versucht, vorhandene Industrie- und Beschäftigtenstrukturen entgegen den Trends der wirtschaftlichen Entwicklung zu erhalten. Solche Erhaltungssubventionen verringern für die Begünstigten die Notwendigkeit der Anpassung an neue Markt- und Rahmenbedingungen und erhöhen die Steuer- und Kostenlast anderer, nicht subventionierter Wirtschaftsunternehmen. Beide Effekte einer Zahlung unbefristeter Subventionen führen zu einer Verkrustung und Überalterung der Wirtschaftsstruktur und beeinträchtigen die not-

wendige Strukturanpassung, die wiederum unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades ist. Daher ist es auch geboten, die Subventionspolitik sowohl in Deutschland als auch der Europäischen Union in eine vorausschauende Strukturpolitik zu überführen.

(50) Im Laufe der Jahre hat sich die Zahl der für die Zulassung von Unternehmen und der für die Genehmigung von Bau- und bestimmten Sachinvestitionen erforderlichen Voraussetzungen erhöht. Die Dauer der Genehmigungsverfahren hat sich verlängert. In einem dicht besiedelten und hoch industrialisierten Land ist diese hohe Regulierungsdichte gerade angesichts neuer und dringender Bedürfnisse z. B. des Umwelt- und Gesundheitsschutzes generell notwendig. Dennoch müssen administrative und bürokratische Verfahren auf ihre sachliche Berechtigung und auf die Möglichkeit hin überprüft werden, die Verfahren abzukürzen.

(51) Die laufende Erhöhung der Arbeitslosigkeit darf nicht einfach als eine unabwendbare wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit hingenommen werden. Um so notwendiger ist es, den Kenntnisstand über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeiten ihrer Überwindung nachhaltig, gezielt und systematisch zu verbessern.

(52) Arbeitslosigkeit, insbesondere verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, muß als eine ernste Bedrohung der Humanität in der modernen Industriegesellschaft bezeichnet werden. Die seit vielen Jahren bestehende hohe Arbeitslosigkeit stellt nicht nur eine Verletzung des Sozialstaatsgebots dar, sondern widerspricht auch dem im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft sowie dem im Arbeitsförderungsgesetz verankerten Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes. Parlament und Regierung wie Tarifparteien müssen diesem Ziel wieder erste Priorität einräumen.

(53) Wenngleich es kein vollzugsreifes und individuell einklagbares Recht auf Arbeit gibt, so gibt es doch ein ethisch begründetes und verpflichtendes Menschenrecht auf Arbeit. Es leitet sich her aus dem Anspruch des Menschen, in seine Gemeinschaft eingebunden zu sein und an den gesellschaftlichen Lebens- und Entfaltungschancen als aktives Glied der Gemeinschaft mit dem Beitrag eigener Arbeit teilzuhaben. Hinter dieser Prämisse steht ein Menschenbild, das den Menschen als aktives, verantwortliches, der Gemeinschaft eingeordnetes und ihr und in ihr dienendes Individuum versteht. Die bloße soziale Sicherung von Menschen, die keine Arbeit haben, mag für

den Notfall gerechtfertigt erscheinen, als Massenschicksal jedoch ist das Fehlen einer Beschäftigung für diese Menschen unvertretbar und nicht verantwortlich. Der Verlust dieser Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander eines ganzen Bevölkerungsteils ist eine ständige kritische Anfrage an unser Gemeinwesen.

(54) Hieraus ergibt sich die ständige Verpflichtung, nach Möglichkeiten einer hohen Beschäftigung zu suchen und auch den dafür notwendigen Preis zu bezahlen. Es müssen effizientere Mittel gefunden werden, die die besonders Bedürftigen und Nottleidenden, die Leistungsschwächeren erreichen und die Verpflichtung des Gemeinwesens zu einer Einlösung des Menschenrechts auf Arbeit in die Tat umsetzen.

3.2 Stärkung der Familien

(55) Die Förderung und Stärkung von Ehe und Familie sind sowohl ein Ge-bot des Grundgesetzes als auch eine in zahlreichen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts enthaltene Forderung an den Gesetzgeber. Nach christlichem Verständnis ist die Ehe die Grundform verlässlicher und dauerhafter Partnerschaft im Zusammenleben von Mann und Frau und eine bewährte Grundlage für das Zusammenleben von Eltern mit ihren Kindern in der Familie in gemeinsamer Verantwortung und Solidarität. Trotz der Zunahme von anderen Formen der Partnerschaft bilden Ehe und Familie in Deutschland nach wie vor die ganz überwiegend bevorzugte Lebensform; über 80 % der Kinder wachsen bei ihren beiden miteinander verheirateten Eltern auf. Sie zu fördern und zu schützen bleibt in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft eine vordringliche Aufgabe.

(56) Die Familie ist vor allem ihrer Kinder und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft wegen eine besonders sensible, schutzbedürftige Gemeinschaft. Belastungen für die Familie, Erschwerungen ihres Lebensalltags und Beschränkungen der Entfaltungschance treffen in besonderer Weise die Kinder. Die Familie ist der zentrale Ort, an dem die personale Entfaltung von Kindern geschieht, soziale Verantwortung und Solidarität grundgelegt, gelehrt und gelernt sowie Erfahrungen und Traditionen weitergegeben werden. In der Familie in erster Linie erlernen die Menschen soziale Verantwortung und solidarisches Verhalten. In der Familie vor allem erfahren sie den Wert der Gemeinschaft und lernen Liebe und Vertrauen kennen. In der Familie können aber auch widrige wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu

belastenden und inakzeptablen Lebensbedingungen für Erwachsene und Kinder führen. Familien haben Anspruch auf eine ausreichende Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben. Familie und Ehe stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

(57) Der überragenden Bedeutung der Familie für die Sicherung der Humanität und Zukunft der Gesellschaft, für die ethische und kulturelle Qualität einer Gemeinschaft trägt die Politik trotz ständig wiederholter Beteuerungen des Wertes der Familie nur unzureichend Rechnung. Vielmehr müssen Eltern im Vergleich zu Kinderlosen um ihrer Kinder willen massive wirtschaftliche Benachteiligungen in Kauf nehmen. Diese umfassen: vergleichsweise niedrige und mit wachsender Kinderzahl immer niedriger werdende Pro-Kopf-Einkommen; Einschränkungen der Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung kindererziehender und -versorgender Eltern und hierbei besonders der Mütter; finanzielle, aber auch soziale Grenzen der Beschaffung quantitativ und qualitativ ausreichenden Wohnraums; wesentliche Einkommenseinbußen im Alter – obwohl es doch die Familien sind, ohne deren Kinder die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Einrichtungen sozialer Sicherung nicht aufrechterhalten werden kann. Die Einschränkungen treffen vor allem die Frauen. Das bestehende Mißverhältnis zwischen der gesellschaftlichen Bedeutung von Kindern für die Gesellschaft und dem Umfang der Entlastung der Eltern von den Aufwendungen für Kinder durch staatliche Transfers stellt einen Verstoß gegen die soziale Gerechtigkeit dar.

(58) Für Familien mit mehreren Kindern und geringem Einkommen bedeuten die Kinder ein Armutsrisiko. Besonders schwer haben es Alleinerziehende (zumeist Frauen) mit Kindern, die nicht nur mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben, sondern auch bei fehlenden Hort- und Kindergartenplätzen erhebliche Schwierigkeiten haben, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Der reale Beitrag der Eltern zum Generationenvertrag wird von der Gesellschaft bei weitem zu wenig geachtet. Benachteiligungen im Lebensalltag bis hin zur Wohnungssuche oder Arbeitssuche kommen hinzu.

(59) Bei alledem geht es nicht allein um die Lebenssituation der Kinder selbst, sondern vor allem auch darum, unter welchen Bedingungen die Eltern leben. Arbeitslosigkeit der Eltern, soziale Isolation, Langzeiterkrankung (auch Suchtkrankheiten) belasten die Lebensmöglichkeiten ihrer Kinder in hohem Maße. Arbeitslosigkeit erweist sich so häufig geradezu als

„erblich“. Erziehungsversagen von Eltern hängt oft auch mit ihrer schweren Lebenslage und der Überforderung ihrer Selbsthilfekompetenz zusammen.

(60) Entgegen einem auch im politischen Raum verbreiteten Mißverständnis geht es in der Familienpolitik nicht in erster Linie um bevölkerungspolitische Ziele, sondern darum, einerseits wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jungen Menschen erlauben, ihren prinzipiell vorhandenen Wunsch nach Kindern und nach einem Leben in der Familie verwirklichen zu können, ohne gravierende wirtschaftliche und soziale Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, und andererseits darum, den Kindern Lebensbedingungen zu sichern, die der Würde des Menschen entsprechen und die Entfaltung der Persönlichkeit fördern.

(61) Die Verantwortung für die Familien schließt die Fürsorge für Ausländer-Familien ein, die in einer häuslich besonders belasteten Situation leben müssen. Das Recht auf Familieneinheit, ob bei Migranten oder Flüchtlingen, muß für sie wie für Deutsche Gültigkeit haben. Im Blick auf ihre besonders erschwerte Situation zwischen Entwurzelung aus der alten Heimat und Verwurzelung in der neuen Heimat bedürfen sie besonderer Unterstützung in ihren Lebenslagen.

(62) Um eine angemessene materielle Absicherung und gesellschaftliche Anerkennung von Familien zu erreichen, ist es insbesondere geboten,

- Eltern (insbesondere Frauen) im Rahmen des Systems sozialer Sicherung, vor allem in der Rentenversicherung, nicht mehr länger zu diskriminieren, d. h. vor allem die Zahl der Erziehungsjahre (gestaffelt nach der Kinderzahl) zu erhöhen. Auch Vorschläge, die Beitragssätze in der Rentenversicherung für Eltern, die Kinder versorgen, zu ermäßigen, sollten in die Reformdiskussion einbezogen werden;
- das Steuersystem familiengerecht auszugestalten, d. h. Ehepaare mit Kindern und Alleinstehende mit Kindern steuerlich spürbar besser zu stellen als kinderlose Steuerzahler;
- das Kindergeld sowie das Erziehungsgeld zu erhöhen und sozial gerecht auszugestalten;
- die monetären Leistungen für Kinder zu dynamisieren;
- die Wohnungspolitik familiengerecht auszugestalten;
- die Wiedereingliederungshilfen zur beruflichen Reintegration von Eltern zu verbessern;

- die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten, insbesondere durch eine Erhöhung der Zeitsouveränität von Eltern im Wege der Flexibilisierung der Arbeitszeit und Formen der Arbeit;
- den Familienlastenausgleich so zu finanzieren, daß die Mittel im größten Umfang nicht von den Familien selbst aufzubringen sind.

(63) Auf familienergänzende Maßnahmen wie Kindergärten, Kindertagesstätten, Tagesmütter sowie Familienferien kann in unserer Gesellschaft nicht mehr verzichtet werden. Bei der geringen Zahl von Kindern und den beengten Wohnverhältnissen ist ein Aufwachsen unter Gleichaltrigen weit hin überhaupt nicht mehr möglich, aber für die Entwicklung der Kinder unverzichtbar. Ebenso bedürfen die Eltern der Beratung und Bildung für die Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben.

3.3 Reform und Konsolidierung des Sozialstaates

(64) Es ist ein wesentliches Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft, daß sie die Konzeption einer auf wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftlichem Wettbewerb beruhenden und daher hoch leistungsfähigen Wirtschaft mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit verbindet. Tatsächlich hat die Mehrheit der Bevölkerung der Sozialen Marktwirtschaft einen noch nie dagewesenen Wohlstand zu verdanken. Eine im Laufe der Jahrzehnte konsequent betriebene sozialstaatliche Politik, in deren Mittelpunkt der Ausbau des Systems sozialer Sicherung stand, hat dafür gesorgt, daß breite Schichten an der Entwicklung des Wohlstandes teilhatten und der soziale Friede bewahrt wurde.

(65) Allerdings hat die wirtschaftliche und soziale Krise zu einer abrupten Erhöhung des Anteils der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt und der Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt. Die Sozialausgaben haben eine bisher nicht gekannte Höhe erreicht. Die Staatsquote, d. h. der Anteil der Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie der Ausgaben der Sozialversicherung am Bruttosozialprodukt, betrug 1993 mehr als 50%, die Abgabenbelastung, d. h. der Anteil der Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge am Bruttosozialprodukt, belief sich allein auf 44%. Selbst wenn man einrechnet, daß es aus konjunkturellen Gründen durchaus verständlich ist, wenn in Zeiten der Krise die Sozialleistungsquote und die gesamte Staatsausgabenquote antizyklisch ansteigen, während sie in Jahren konjunktureller Erholung rückläufig sind, bleiben doch ernste Sor-

gen. Dies gilt um so mehr, als infolge der noch auf viele Jahre hin unab-
weisbar hohen finanziellen Vereinigungslasten für mindestens ein Jahrzehnt
eine merklich erhöhte Staatsausgabenquote und eine hohe Abgabenbelas-
tung hingenommen werden müssen. Die Aufgaben im sozialen Bereich
nehmen jetzt zu und nicht ab. Sorgen im Blick auf die Finanzierbarkeit des
Systems sind darum nicht unbegründet. Es ist eine wichtige Aufgabe, daß
die Politik eine glaubwürdige Verteilung der Abgabenbelastung herstellt
und daß Gerechtigkeitslücken, wie sie z. B. durch die ordnungswidrige Fi-
nanzierung von Transfers in die neuen Bundesländer aus Sozialbeiträgen
entstanden sind, abgebaut werden. Steuerhinterziehung und mißbräuchliche
Steuerumgehung müßten als sozialschädliches Verhalten mit der gleichen
Intensität aufgedeckt werden wie die unberechtigte und unbegründete Inan-
spruchnahme von sozialen Leistungen.

(66) Nicht nur die Übertretung von Gesetzesnormen sollte uns zu einer
Überprüfung sozialstaatlicher Leistungen veranlassen, sondern auch die mit
einem hochbelasteten Sozialstaat verbundene Gefahr der Verletzung von
Grundwerten der Gesellschaft, die in Form von Einschränkungen der indi-
viduellen Freiheit, der Möglichkeit zu selbstverantwortlicher Vorsorge und
der Beeinträchtigung solidarischen Verhaltens durch zu hohe Abgaben
droht. Die Leistungsbereitschaft und der eigene Beitrag derer, die von der
Gemeinschaft unterstützte Hilfen erhalten, muß gestärkt und nicht durch die
Hilfe überflüssig gemacht werden.

(67) Anlaß zu einer Überprüfung der Reformbedürftigkeit unseres Sozial-
leistungssystems geben auch Fehlentwicklungen wie Überversorgungen im
Alter einerseits und sozial ungerechtfertigte Unterversorgungen anderer-
seits. Es gibt Mehr- und Einpersonenhaushalte, die aufgrund von Kumula-
tionen von gesetzlichen Renten (z. B. zwei Altersrenten oder eine Alters-
und eine Hinterbliebenenrente) mit Betriebsrenten als Überversorgt gelten
müssen, während andere Haushalte unterversorgt sind, wie z. B. Eltern, die
mehrere Kinder erzogen haben und deswegen Rentenansprüche nur für ein
Elternteil erwerben konnten. Als eine sozialstaatliche Fehlentwicklung ist
es auch anzusehen, daß zahlreiche Entlastungen, wie z. B. Kinderfrei-
beträge, Ausbildungsfreibeträge für Kinder, die steuerliche Absetzbarkeit
von Kinderbetreuungskosten, die Abschreibungen im Rahmen der Woh-
nungsbauförderung nach Paragraph 10e Einkommensteuergesetz und das
Baukindergeld die Begünstigten um so mehr entlasten, je höher ihr steuer-
pflichtiges Einkommen ist.

(68) Angesichts der deutlich gemachten Probleme bedarf es dringend einer verantwortlichen Fortentwicklung des Sozialstaates. Fortentwicklung des Sozialstaates heißt nicht Abbau des Sozialstaates, im Gegenteil, wir brauchen angesichts der beträchtlichen sozialen Probleme jetzt mehr Solidarität und nicht weniger. Fortentwicklung des Sozialstaates kann aber auch nicht heißen, seine geschaffenen Instrumente in einer geänderten Situation und bei veränderten Aufgaben unverändert beizubehalten. Fortentwicklung des Sozialstaates muß vor allem heißen, Aufwendungen dort, wo sie überhöht sind, zu begrenzen, und dort, wo Defizite vorliegen, Verbesserungen vorzusehen.

(69) Ein Umbau des Sozialstaates ist unbestreitbar notwendig – zumal angesichts der demographischen Entwicklung. Er bedarf der analytisch und konzeptionell sorgfältigen Vorbereitung. Im einzelnen verdienen die folgenden Aspekte Beachtung:

(70) Ein Umbau muß zwar darauf zielen, die sozialen Leistungen zu sichern, ohne sie weiter auszudehnen. Jedoch kann es in bestimmten Fällen dennoch zu einem Anstieg der Sozialabgabenquote kommen, beispielsweise dann, wenn es um die Finanzierung primär politischer Aufgaben geht. Dies gilt etwa für einen Großteil der Sozialtransfers für die neuen Bundesländer oder für die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

(71) Voraussetzung für die ethische Akzeptanz von Veränderungen ist die Einhaltung bestimmter „Nebenbedingungen“. Dazu gehören in erster Linie Ausgewogenheit und Differenziertheit. Ausgewogenheit bedeutet: Bei den notwendigen Veränderungen darf es nicht einfach um die Reduzierung von Sozialleistungen gehen. Vielmehr muß gleichzeitig mit einem Abbau von Subventionen, der Durchforstung der steuerlichen Begünstigungen für Bürger mit höheren Einkommen, die kein unternehmerisches Risiko tragen, und mit dem Abbau der ungleichgewichtigen steuerlichen Belastung kinderloser Ehen einerseits und der Familien andererseits begonnen werden. Differenziertheit bedeutet, die Sozialleistungen nicht einfach nach Rasenmäher-Methode zu kürzen, sondern den unterschiedlichen Prioritäten nach ihrer sozialen Dringlichkeit Rechnung zu tragen. Zum Beispiel müssen Leistungen für die sozial Schwachen, wie einkommensschwache Mehrkinderfamilien und Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Obdachlose, von Kürzungen ausgenommen bleiben. Bei Kürzungen muß eine soziale Symmetrie beachtet werden, denn gerade die Starken müssen die Lasten mittragen. Die strenge Unterscheidung zwischen arbeitsfinanzierten Sicherungs-

systemen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Renten) und steuerfinanzierter Sozialhilfe ist zu erhalten.

(72) Eine ausgewogene und differenzierende Sozialreform macht es erforderlich, das gesamte Sozialleistungssystem in einer sorgfältig geplanten Reihe von Schritten so zu verändern, daß es durchgängig den Zielen der Sozialpolitik und den für die Sozialpolitik der Bundesrepublik geltenden Prinzipien entspricht. Zu diesen Zielen gehören soziale Gerechtigkeit, sozialer Friede und soziale Sicherheit in einem ein menschenwürdiges Leben gewährender Mindestumfang für alle. Zu den Prinzipien gehören außerdem die Selbstverantwortung und Selbsthilfe, die Solidarität und die Subsidiarität.

(73) Bei der Anwendung dieser Prinzipien dürfen jedoch nicht die ihnen innewohnenden Grenzen und ihre gegenseitigen Verbindungen übersehen werden. So setzen selbstverantwortliche Vorsorge gegen Lebensrisiken und Selbsthilfe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ein bestimmtes Maß an Eigenverantwortlichkeit voraus. Diese stoßen jedoch unter den in unserer Gesellschaft gegebenen sozioökonomischen Rahmenbedingungen auf Grenzen und bedürfen daher der solidarischen Ergänzung in Form von Solidargemeinschaften. Solidarität wiederum wird dauerhaft und im erforderlichen Umfang nur praktiziert werden, wenn mit den solidarischen Hilfen verantwortungsvoll umgegangen wird. Die Funktionsfähigkeit von Solidargemeinschaften hängt überdies davon ab, daß die Aufgaben gegenseitiger Hilfe und sozialer Sicherung entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip den jeweils für die Wahrnehmung dieser Aufgabe leistungsfähigsten sozialen Einheiten übertragen wird.

(74) Bei einer Sozialstaatsreform verdient die Aktivierung und die gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit besondere Berücksichtigung. Denn in der Gesellschaft schlummern, wie die ehrenamtlich erbrachten Leistungen bei den Wohlfahrtsverbänden zeigen, ergiebige Quellen der Bereitschaft, dem Nächsten zu helfen und sich für gemeinnützige Ziele einzusetzen. Diese Quellen könnten effektiver genutzt werden als bisher, wenn die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten entsprechend ausgestaltet wären, zum Beispiel durch die Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen und durch eine bescheidene Kostenerstattung.

(75) In die Reformdiskussion müssen neben den Fehlentwicklungen auch die Maßnahmen zur Überwindung bestehender sozialstaatlicher Defizite

einbezogen werden. Zu nennen sind:

- (76) die Schaffung von Rahmenbedingungen, die sicherstellen, daß die Gesellschaftsmitglieder aus eigener Kraft für ihre Existenzsicherung sorgen können. Dazu gehören u. a.: die Sicherung einer beruflichen Ausbildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen für alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen, eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Sicherung kindererziehender und -versorgender Eltern und die Verwirklichung der geplanten, vom Bundesverfassungsgericht geforderten Freistellung des Existenzminimums von der Besteuerung;
- (77) ähnlich wie eine Besteuerung von Einkommen, die unterhalb des Existenzminimums liegen, Sozialhilfebedürftigkeit verursachen kann, kann mittlerweile die sehr hohe Belastung niedriger Einkommen durch die Sozialversicherungsbeiträge zu Sozialhilfebedürftigkeit oder zu einer spürbaren Beeinträchtigung der Lebenslage der Angehörigen unterer Lohngruppen führen. Daher sollte geprüft werden, ob für Arbeitseinkommen, die unter einer bestimmten Grenze liegen, ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge eingeführt werden können, ohne daß diese Ermäßigung zu einer Absenkung der Leistungen der Sozialversicherung führt;
- (78) eine Verlagerung von Teilen des Sozialleistungsbudgets von der sozialen Sicherung der im Arbeits- und Wirtschaftsleben berufstätigen Bürger hin zu ausreichender und wirksamer Hilfe für die wirklich wirtschaftlich und sozial Schwachen, z. B. die körperlich oder geistig Behinderten, die Menschen in besonders belasteter Lebenssituation, die Obdachlosen, aber auch die einkommensschwachen Mehrkinderfamilien. Verbesserungsbedürftig ist auch die soziale Sicherung der Gruppen, die für die Gesellschaft unverzichtbare Leistungen erbringen wie ehrenamtlich Tätige und die Familien.

3.4 Der Armut entgegenwirken

(79) Wie Armutsuntersuchungen der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände gezeigt haben, gibt es in Deutschland trotz der Wohlstandsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte offene und verdeckte Armut in einem Umfang, der eine gezielte Politik der Armutsbekämpfung erforderlich macht, wenn-
gleich die Armut in Deutschland keineswegs so dramatische Ausmaße hat

Ich will
Bedarfe
des
Reich-
tums??
beset

wie in anderen wirtschaftlich entwickelten Ländern, nicht zu reden von vielen Ländern in der Dritten Welt. Etwa 150.000 Obdachlose leben zur Zeit auf der Straße, weitere 800.000 Menschen in Notunterkünften. Etwa 50.000 Kinder leben in Notunterkünften, in Obdachlosenheimen und auf der Straße. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien mit geringem Einkommen – besonders bei Ausländern –, ältere Menschen mit geringem Einkommen, vor allem Frauen ohne eigenen Rentenanspruch („verschämte Altersarmut“), Langzeitarbeitslose, Asylbewerber und Aussiedler. Besonders in den neuen Ländern sind viele Menschen durch Armutsrisiken bedroht. Die bestehende Wohnungsnot und die außergewöhnlich angespannte Situation am Arbeitsmarkt verschärfen die Probleme.

(80) Armut ist mehr als einfach nur Einkommensarmut. Wo die Lebensverhältnisse geordnet, gute Wohnmöglichkeiten gegeben, Arbeit und Einkommen gesichert sind und die Gesundheit gewährleistet ist, dort sind Menschen meist auch in der Lage, mit Belastungen zurecht zu kommen, wie etwa mit der Last eines geringen Einkommens. Armut im strengen Sinn hingegen ist ein komplexes „Verliererschicksal“, bei dem mehrere Belastungen kumulieren, wie etwa geringes Einkommen, ungesicherte und zudem schlechte Wohnverhältnisse, hohe Verschuldung, chronische Erkrankung, psychische Probleme, langdauernde Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, aufzehrende Versorgungsverpflichtungen, Perspektivlosigkeit. Diese Armutssituationen treffen besonders Familien und Einzelpersonen, die mehrere Jahre auf Sozialhilfe angewiesen sind.

(81) Elementare Merkmale eines humanen Lebens (wie z. B. Spielräume haben, Chancen haben, etwas geben oder helfen können) entfallen. Es ist die Lebensqualität, die hier nachhaltig und tiefgreifend beeinträchtigt ist. Armut ist das Verwiesensein auf die Befriedigung sogenannter „primärer Bedürfnisse“ (Ernährung, Kleidung, Wohnung usw.) und das Nicht-befriedigen-Können der „höheren Bedürfnisse“ (Selbstentfaltung in der Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung, Unterhaltung, Geschenke machen u. ä.). In der Psyche der Menschen trägt solche Armut die Kennzeichen einer Lebenskatastrophe. Viele unter uns leben in diesem Sinn in Armut. Es sind „Mühselige und Beladene“, die besonders uns Christen am Herzen liegen müssen.

(82) Die Sozialhilfe ist ein unverzichtbares Instrument für die Bekämpfung der Armut. Sie sichert die Existenzgrundlage und schafft Linderungen, aber

sie vermag nicht die Wurzeln der Probleme zu verändern. Die hohe und immer noch steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger ist nicht nur ein Indiz für das Anwachsen relativer Einkommensarmut, sondern auch ein Indiz für die Zunahme von Armut im strengen Sinn, die das Alltagsleben für die Betroffenen besonders schwierig werden läßt.

(83) Armut darf nicht als ein Randproblem unserer Gesellschaft mißdeutet und bagatellisiert werden. Armut ist nicht einfach „Schicksal“, es gibt vielmehr neben der Eigenverantwortlichkeit stets auch eine Mitverantwortlichkeit der Gemeinschaft für die Lebenssituation der in ihr lebenden Benachteiligten. Das große Unverständnis breiter Teile der Bevölkerung für die wirklichen Belastungen dieser Benachteiligten ist eine schwere Last nicht allein für die Betroffenen selbst, sondern auch für unser Gemeinwesen. Wir brauchen neben den nötigen strukturellen, präventiven und therapeutischen Maßnahmen auch mehr Verstehen, spontane Hilfe, solidarisches Handeln.

(84) Auch hier geht es um das Teilen und Anteil-Geben. In Not geratene Menschen dürfen weder ausgegrenzt noch stigmatisiert noch pauschal verächtigt (Mißbrauchsdiskussion) werden. Bestimmten ausgrenzenden Entwicklungen (Tendenz zur Ausgrenzung von sozial Schwachen aus guten und mittleren Wohngebieten, harsche Wohnungskündigungs- und Räumungspraxis in vielen Einzelfällen u. a.) muß entgegengewirkt werden. Arme Menschen müssen mehr Anteil an den Lebensmöglichkeiten der in Sicherheit und Wohlstand lebenden Bevölkerungsmehrheit haben.

(85) Armut ist ein strukturelles Problem. Deshalb muß auch nach Wirkungen in unserer gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung gefragt werden, die in unheilvoller Weise selektierend und armutsfördernd sein können und die Zielbestimmungen unseres sozialen Rechtsstaates latent unterlaufen. Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Armut kommen dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorrangige Bedeutung zu. Zur Beseitigung struktureller Armutsursachen gehören ferner bessere Hilfen zur Vermeidung von Überschuldung und Insolvenz, die Erhöhung der Unterhaltszahlungen für Kinder sowie die Erhöhung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder und die Erhöhung des Wohngeldes für die unteren Einkommensgruppen. Ziel muß es zudem sein, die Armen zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung zu befähigen. Unabhängig davon müssen unsere sozialen Sicherungssysteme in die Lage versetzt werden, noch besser auf die Probleme der Armut einzu-

gehen. Sie müssen zudem im Blick auf manche entmündigend wirkende Ausgestaltung deutlicher an der Personenwürde der Betroffenen ausgerichtet werden.

3.5 Bewahrung der Schöpfung

(86) In den letzten Jahren hat es erhebliche Fortschritte bei den Bemühungen gegeben, die Gefährdungen von Natur und Umwelt zu vermindern und zu neuen Ansätzen in der Umweltpolitik zu kommen. Es ist nicht zu verkennen, daß in Deutschland ein Umdenkungsprozeß in großem Stil eingesetzt hat und sich die am Wirtschaftsprozess Beteiligten zunehmend der Aufgabe der Schonung der Umwelt stellen. Gleichwohl nehmen die Gefährdungen, Schädigungen und Belastungen ihren Fortgang. Ausmaß und Intensität der Eingriffe in natürliche Wirkungszusammenhänge sind weiter angestiegen. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden zum Schaden der Gesundheit gefährdet, auch durch begrenzte Eingriffe werden ökologische Zusammenhänge zerstört.

(87) Im Blick auf globale Gefährdungen wie den Abbau der Ozonschicht und die Erwärmung der Erdatmosphäre (Treibhauseffekt) wurde bisher nicht in der notwendigen Weise geantwortet. Viele Bemühungen um Verbesserungen scheiterten am Egoismus einzelner Industriestaaten und an der Kurzsichtigkeit von Branchen.

(88) Die ökologische Krise ist Ausdruck und Folge eines Denkens, das die natürliche Mitwelt des Menschen fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des kurzfristigen ökonomischen Nutzens betrachtet. Unsere Gesellschaft ist trotz der klaren Fortschritte im Umweltdenken in den letzten Jahren weiter von einem deutlichen Anspruchsdenken, von Verbrauchs- und Wegwerfmentalität geprägt, die zu Lasten der Natur gehen. Ohne Veränderungen und politische Vorgaben wird das wirtschaftliche Handeln weiterhin auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen gehen.

(89) Wie aber können die Menschen die Fähigkeit erwerben, sich so zu verhalten und mit den technischen, wirtschaftlichen und politischen Mitteln so umzugehen, daß wirtschaftliches Handeln mit der Schöpfung verträglich ist? Wie muß die Wirtschaft organisiert werden, um in der Orientierung an den Erfordernissen der Existenzsicherung, der Sozialverträglichkeit und der ökologischen Verträglichkeit ein gesellschaftliches und lebenserhaltendes

Optimum zu erzielen? Wie müssen Standards des Wohlstands und des Verbrauchs geändert werden, damit Gefährdungen für unsere Umwelt vermindert werden können, ohne damit Gefährdungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu erzeugen? Ist in einer wohlhabenden, von Wachstum bestimmten Wirtschaft nicht auch Platz für eine größere Bescheidenheit und Rücksicht, für mehr einsichtige Selbstbegrenzung, für mehr Ehrfurcht vor dem Leben? Wie können wir zu einer im Blick auf unsere ökologische Zukunftsverantwortung intelligenteren und umweltverträglicheren Lebenskultur kommen?

(90) Die Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns müssen konsequent auf die ökologische Herausforderung ausgerichtet werden. Umweltschonendes Produzieren und Konsumieren muß über den Preis zum Bestandteil des Marktgeschehens gemacht werden. Sobald die Kosten für die Belastung der Umwelt, wie sie nicht nur bei der Produktion, sondern auch beim Gebrauch und der Entsorgung entstehen, im Preis eines Gutes enthalten sind, werden umweltfreundliche Güter von selbst kostengünstiger sein. Der Wettbewerb am Markt führt dann zu mehr Umweltschonung. Die Minderung der Umweltbelastung, der sparsame Verbrauch von Rohstoffen und Energie, die Wiederverwendung gebrauchter Waren und Abfälle sowie das Vorantreiben des technischen Fortschritts im Bereich umweltfreundlicher Technologie müssen auf diese Weise „ökonomisch interessant“ gemacht werden. Die Knappheit der Umweltgüter Wasser, Boden und Luft muß durch den Einsatz geeigneter Instrumente so weit wie irgend möglich preis-, kosten- bzw. gewinnwirksam gemacht werden. Der Gedanke einer „ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft“ setzt auf die Anpassung des wirtschaftlichen Systems. In einer gemeinsamen Erklärung („Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“) haben 1985 die beiden Kirchen ein grundlegendes Umdenken gefordert, das einen neuen Lebensstil, den Verzicht auf bestimmte Verhaltens- und Konsumgewohnheiten und das Einüben neuer Verhaltensweisen ebenso einschließt wie ein ökologisch verträgliches Wirtschaften.

3.6. Weitere Anliegen zur Verbesserung von Sozialstruktur und Sozialkultur

(91) Neben den bisher genannten Herausforderungen gibt es eine Reihe weiterer Problem- und Aufgabenfelder, denen unter dem Aspekt der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft einschließlich ihrer sozialstaatlichen Komponenten Bedeutung zukommt.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

(92) In Deutschland wurde das Ziel einer sozial orientierten Wohnungspolitik in den letzten Jahren weitgehend verfehlt. Zwar werden erfreulicherweise inzwischen wieder mehr neue Wohnungen gebaut. Nach wie vor haben wir aber akuten Wohnungsmangel und drückende Wohnungsnot. Die Miet- und Wohnkostenbelastungen überfordern vielfach die finanziellen Möglichkeiten von Haushalten selbst bis in die mittleren Einkommensgruppen hinein. In den neuen Bundesländern beeinträchtigen schlechte Wohn- und Städtebauqualitäten die Wohnsituation. Die bestehende Wohnungsnot und tendenzielle Unbezahlbarkeit des Wohnens führt zu sozialer Ausgrenzung und stellt eines der größten Armutsrisiken dar.

(93) Die derzeitigen wohnungspolitischen Instrumente der steuerlichen Förderung, der Objektförderung im sozialen Wohnungsbau und der Individualförderung mit Wohngeld sind nicht hinreichend aufeinander abgestimmt, führen daher zu Ungerechtigkeiten und erreichen nicht die sozial schwachen Haushalte mit niedrigem Einkommen. Bei der notwendigen quantitativen und qualitativen Verbesserung der Wohnungssituation verdienen daher neben der Förderung von Wohnungseigentum die Bereitstellung preiswerten Wohnraums, die Versorgung von jungen Familien und von Familien mit (mehreren) Kindern, aber auch die Verbesserung des Wohnungsbestandes in den neuen Bundesländern Priorität. Das Wohngeld ist regelmäßig und zeitnah an die Einkommens- und Mietpreisentwicklung anzupassen, um die Mietbelastung für die einkommensschwächeren Haushalte auf Dauer tragbar zu halten. Die steuerliche Förderung wie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist auf eine größere Einkommens- und Verteilungsgerechtigkeit auszurichten. Wir sehen bei der Wohnungsversorgung der von Armut und Wohnungsnot besonders betroffenen und bedrohten Haushalte aber auch eine Mitverantwortung der kirchlichen Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsunternehmen.

Erhaltung von Traditionen der Sozialkultur

(94) Zu unserer sozialen Ordnung zählen maßgeblich auch Institutionen, Güter und Traditionen unserer geschichtlich gewachsenen Sozialkultur: die Formen sozialer Partnerschaft von gesellschaftlichen Gruppen und Kräften, die geltenden sozialen Standards des Schutzes und der Versorgung, die gemeinsame Zeit als sozialer Besitzstand (Sonntage, Feiertage, Familien-

wochenende), ein gesellschaftlicher Grundkonsens in elementaren Fragen der sozialen Ordnung, des inneren Friedens und des sozialen Miteinanders und vieles andere mehr. Sie alle komplettieren gemeinsam mit den Ordnungen des sozialen Sicherungssystems die soziale Ordnung unseres Gemeinwesens. Für ihre Erhaltung und Stärkung müssen wir mit Nachdruck eintreten. Die sozialen Einrichtungen und Strukturen können in Zukunft nur wirksam bleiben, wenn bei den Bürgern, vor allem auch bei der Jugend, der soziale Zusammenhalt erkannt und bejaht wird, wenn der notwendige Gemeinsinn lebendig bleibt und wenn die Generationensolidarität wieder gestärkt wird.

(95) Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir darauf achten, bewährte Güter unserer Sozialkultur zu bewahren und zu erhalten. Mit Sorge sehen wir, daß und wie in letzter Zeit wiederholt der Versuch unternommen wurde, auf die gemeinsame Zeit der Familien, Freunde und Nachbarn zurückzugreifen. Das neue Arbeitszeitrechtsgesetz sieht Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit nunmehr auch aus wirtschaftlichen Gründen vor. Aber auch christliche Feiertage, die ein wertvoller Besitzstand der Sozialkultur sind, werden zur Disposition gestellt. Dieser Zugriff auf die gemeinsame Zeit der Sozialkultur bedeutet zugleich eine Preisgabe von christlichen Prägungen der Lebensordnungen unseres Volkes.

(96) Besorgniserregend ist deshalb der zu beobachtende soziale Traditionsabbau aber auch im Blick auf Veränderungen in der Sozialpartnerschaft und der Kooperationsbereitschaft von Bundesregierung, Bundesbank und Sozialpartnern. Die Tarifautonomie, die sich als konstitutives Element unserer Sozialen Marktwirtschaft bewährt hat, ist gerade in Krisenzeiten auf starke, gleichberechtigte Partner angewiesen, um bei Konflikten Lösungen zu erreichen, die übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Interessen Rechnung tragen. Die zu beobachtende Flucht aus der Tarifautonomie gefährdet bei aller Anerkennung notwendiger Rücksichtnahme auch auf einzelbetriebliche oder branchenspezifische Besonderheiten auf Dauer nicht nur den sozialen Frieden, sondern führt auch in einem zentralen Bereich zum Abbau unserer Sozialkultur. Eine vergleichbare Entwicklung ist auf kommunaler Ebene bei der Verminderung sozialer Netze und kooperativer Initiativen zu beobachten.

Verbesserung der beruflichen Bildung

(97) Die Qualität von Bildung und Ausbildung bestimmt nicht nur die Zukunftschancen des einzelnen, sondern ist mit Forschung und Wissenschaft in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland grundlegende Voraussetzung unserer Zukunftssicherung und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Auch wenn unser Bildungs- und Ausbildungssystem nach Inhalten, Gliederung und Struktur in vielfacher Weise beispielhaft ist und sich bewährt hat, haben sich doch Fehlentwicklungen ergeben, die eine Reform unabweisbar machen. Reformbedarf gibt es nicht nur in Bezug auf die Struktur des Systems selbst, sondern auch über die Ausbildungsziele und -inhalte ist in neuer Weise nachzudenken. Vor allem sind die Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel einer umfassenden Persönlichkeitsbildung in Einklang zu bringen, die nicht allein technisches Wissen vermittelt, sondern auch Fähigkeit und Bereitschaft zu sozialer Verantwortung fördert.

(98) Grundprobleme unseres derzeitigen Bildungs- und Ausbildungssystems sind vor allem die im internationalen Vergleich langen Schul- und Studienzeiten. Wir benötigen daher insgesamt ein bedarfs- und leistungsorientiertes, flexibles und durchlässiges Bildungs- und Ausbildungssystem, das Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Bildungsbereichen beseitigt und begabungsgerechte Entwicklungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten ebenso eröffnet wie den Zugang zu den Hochschulen und theoretischen Bildungsgängen. Um den unterschiedlichen Begabungen gerecht zu werden, ist die Gliederung und die Finanzierung unseres Bildungs- und Ausbildungssystems weiter zu entwickeln. Jedoch kann und darf die Differenzierung nicht mit Spezialisierung oder Statusgabe verwechselt werden. Um der übermäßigen Zunahme der akademischen zu Lasten der beruflichen Ausbildung entgegenzuwirken, muß daher auch unser traditionell gutes Berufsausbildungssystem wieder attraktiver gemacht werden.

(99) Wenn wir davon ausgehen, daß in einer fortgeschrittenen Erwerbsgesellschaft Bildung und Qualifikation eine Schlüsselrolle für eine dauerhafte gesellschaftliche Integration einnehmen, so gilt es, die Bildungschancen von sozial benachteiligten oder individuell beeinträchtigten Menschen zu wahren und deren berufliche Förderung zu sichern. Notwendig ist deshalb die Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes, des Berufsbildungsgesetzes sowie weiterer Gesetze und Programme im Bereich der beruflichen Bildung.

allgemein + wichtig

Solidarität mit den Fremden

*aber die Wort gegen pol. Gesetzes-
verdränge + Infrage der
Freiheits- und Land*

(100) Die Flüchtlinge und Migranten, die in unser Land kommen, sind ein kleiner Teil einer weltweiten Wanderungsbewegung. In unserer Gegenwart ereignet sich die größte Wanderungsbewegung in der Geschichte: Am heutigen Tag befinden sich weltweit 20 Millionen Menschen auf der Flucht, aufgrund von Krieg oder einfach aus wirtschaftlicher Not. Weltweit leben am heutigen Tag 500 Millionen Menschen als Fremde in einem fremden Land. Immer mehr Menschen werden ihrer sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen beraubt und versuchen, Kriegen und Rechtlosigkeit, Not und Armut in ihrer Heimat zu entfliehen. Dies läßt auch uns nicht unberührt. Wie wir mit Flüchtlingen und Asylsuchenden umgehen, ist ein Lern- und Bewährungsfeld dafür, ob wir in der Lage sein werden, uns als offene, demokratische und soziale Gesellschaft den dahinter liegenden, weit umfassenderen Herausforderungen zur Überwindung der Flüchtlingsursachen zu stellen. Verfolgung und Vertreibung haben bis heute das Schicksal vieler Menschen geprägt. Darum ist und bleibt es Ausdruck und Gebot unseres christlichen Glaubens, für Fremde zu sorgen und Gastfreundschaft zu gewähren. Die Bibel bezeugt die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Volk, zu einer Kultur und zu einer Religion. „Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen“, sagt Christus.

(101) Mit großer Sorge beobachten wir in unserem Land erschreckende Zeichen der Fremdenfeindlichkeit und der Diskriminierung von Ausländern, Asylsuchenden, Flüchtlingen und Aussiedlern. Unser Wirtschafts- und Sozialsystem kommt nicht ohne ausländische Arbeitnehmer aus. Sie haben wesentlich zu unserem wirtschaftlichen Fortschritt und dem erreichten Wohlstand beigetragen. Zur Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der sozialen Sicherungssysteme sind wir weiter auf Zuwanderung angewiesen.

(102) Angesichts der globalen Herausforderungen müssen sich eine Gemeinschaftsfähigkeit und ein Gemeinschaftswille entwickeln, die nicht nur auf die eigene Kultur und Gesellschaft bezogen, sondern Menschheit und Schöpfung insgesamt verpflichtet sind. Es gibt nur ein gemeinsames Überleben der Menschheit. Das Zusammenleben mit Menschen anderer Herkunft – Flüchtlingen, ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, Aussiedlern – ist dafür ein entscheidendes Feld des Lernens und Gestaltens. Angesichts der weltweiten Flüchtlingssituation schließt dies auch die Be-

reitschaft ein, mit allen zu Gebote stehenden Möglichkeiten zur Lösung der Probleme beizutragen.

4. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

(103) Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Väter der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine Wirtschaftsordnung mit einem angemessenen „anthropologisch-soziologischen Rahmen“ und einer „sozial verträglichen Einbettung“ gefordert. Die Soziale Marktwirtschaft versucht programmatisch, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verpflichtung nicht nur zu harmonisieren, sondern zu integrieren. Ein wesentliches Merkmal des Systems der Sozialen Marktwirtschaft ist daher, daß sie die Idee einer auf wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftlichem Wettbewerb ruhenden und hochleistungsfähigen Wirtschaft mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit verbindet. Der Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschah unter dem Zeichen einer solchen Sozialen Marktwirtschaft. Damals waren sich alle politischen Parteien einig, daß die kapitalistischen Strukturen, die vor 1933 trotz der Entwicklung hin zum Sozialstaat immer noch vorherrschten, nicht mehr wiederkehren dürften. Die Soziale Marktwirtschaft erwies sich als ein Ordnungsentwurf des sozialen Friedens und Ausgleichs, auf den sich Menschen und Gruppen mit unterschiedlichen Weltanschauungen einlassen konnten.

(104) Zur Sozialen Marktwirtschaft sollten nach dem Willen ihrer Väter eine Vielfalt bestimmter Institutionen gehören und gesellschaftspolitisch gepflegt werden, in denen Einstellungen und Wertorientierungen gebildet und tradiert werden. Zu diesen Institutionen gehören u. a. eine Betriebs- und Unternehmensverfassung (die Eigentümerrechte und ihnen gegenüberstehende Wirtschaftsbürgerrechte zu einem sozial verträglichen Ausgleich bringt), das Tarifsystem (alle Beteiligten gestalten und regeln die Arbeits- und Lohnbedingungen über ihre Vertretungsorganisationen), die im Grundgesetz garantierte freie Berufswahl, die freie Arbeitsplatzwahl, das Recht auf Privateigentum und seine Sozialpflichtigkeit, das Wettbewerbsgesetz, die Arbeitsmarktpolitik, die Wohnungspolitik. Diese Institutionen sind konstitutiver Teil der „bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft“ (Alfred Müller-Armack). In ihr verbinden sich Marktwirtschaft und Kooperation, ermöglicht und unterstützt durch vielgestaltige Institutionen und Praktiken.

(105) Die Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg erstreckte sich vor allem auf folgende vier Bereiche:

- (106) Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; Kündigungsschutz; Unfallversicherung; Alterssicherung; Eingliederung von Schwerbehinderten) und die vielfältigen Regelungen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in personellen, sozialen und auch wirtschaftlichen Angelegenheiten des Betriebs und des Unternehmens haben die früheren Gegensätze zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgebaut und die Integration der Arbeitnehmerschaft in die Industriegesellschaft erleichtert.
- (107) Die Gestaltung der Löhne und Einkommen der abhängig Beschäftigten durch Tarifverträge und ihre ständige Anpassung an das wirtschaftliche Wachstum hat in der Arbeitnehmerschaft das Bewußtsein wachsen lassen, daß ihre Arbeit „gerecht“ entlohnt wird, auch wenn die dauernden Verschiebungen innerhalb der Wirtschaft immer neue Fragen der Gerechtigkeit aufwerfen. Grundlage ist das System der Tarifautonomie, das vor allem durch die Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts seine Ausgestaltung erfahren hat. Über die Löhne/Gehälter und Einkommen wurde auch eine Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Wohneigentum und an der Geldvermögensbildung erreicht. Demgegenüber ist eine breite Streuung des Eigentums am Produktivvermögen nicht gelungen.
- (108) Der starke Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die in ihrem Kern auf der solidarischen Mitverantwortung und auf entsprechenden Beitragsleistungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber beruhen, haben wesentlich dazu beigetragen, daß im modernen Sozialstaat für die Risiken des Lebens vorgesorgt wird. Besondere Bedeutung erlangte die Arbeitslosenversicherung, die verhindern soll, daß Arbeitslosigkeit in Not und Armut umschlägt. Nicht minder wichtig ist die erst jetzt beschlossene Einführung einer Pflegeversicherung. Die Sozialhilfe soll denen, die – aus welchen Gründen auch immer – in Not geraten sind oder davon bedroht werden, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Sie bildet einen integrierenden Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft.
- (109) Nur eine leistungsfähige Wirtschaft ist in der Lage, all diese sozialen Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen – und umgekehrt:

Nur eine vom sozialen Ausgleich und sozialen Frieden bestimmte Wirtschaft kann im umfassenden Sinne leistungsfähig sein, um wirtschaftliche Erfolge zu erringen und Wohlstand zu mehren. Dabei wäre es abwegig, die Soziale Marktwirtschaft nur als eine Marktwirtschaft mit sozialem Etikett zu betrachten. Die Soziale Marktwirtschaft ist keine „freie Marktwirtschaft mit sozialer Abfederung“, sondern ein Ineinander von wirtschaftlichem und sozialem Bemühen. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch kein bloßes Nebeneinander von wirtschaftlichem und sozialem System, bei dem dem Sozialsystem die Rolle des „Kostgängers“ der Wirtschaft zufällt, der von den Überschüssen des Erwirtschafteten zehrt. So wichtig die wirtschaftliche Freiheit der Bürger und der freie Austausch der Waren und Dienstleistungen auf den Märkten und damit die freie Bildung der Preise sind, so wenig darf die Soziale Marktwirtschaft nur als ein Instrument zur Entfaltung der Leistung und aller Ressourcen mißverstanden werden. Sie ist auch nicht bloß ein Mechanismus, um viel Geld zu verdienen und schnell reich zu werden. Die Soziale Marktwirtschaft steht vielmehr im Dienst der Versorgung der ganzen Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern und Diensten. Dabei sind aber die grundlegenden Wertorientierungen aus sozialetischer Sicht zu bedenken. Für sie tragen die Kirchen eine besondere Verantwortung.

(110) Die der Sozialen Marktwirtschaft von ihren Vätern zugeordnete Leistungsfähigkeit stößt zunehmend auf Grenzen; Sie hat mit den Problemen Arbeitslosigkeit, Vermachtung der Märkte, international ausufernde Wirtschaftskriminalität, Zunahme der Einkommensdisparitäten, Benachteiligung der Frauen und vielem anderem mehr zu kämpfen. Schwierigkeiten können vor allem dann entstehen, wenn die Grundwerte, vor allem die sozialen Pflichten, im öffentlichen Bewußtsein nicht mehr lebendig sind oder wenn Menschen sich von Einstellungen und Verhaltensweisen leiten lassen, die gegen die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen, oder nur noch auf ihre Vorteile bedacht sind.

(111) Wirtschaftliches Handeln ist korrekturbedürftig und muß für Korrekturen offen gehalten werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist als ein dynamischer Prozeß angelegt, der auf fortwährende Kurskorrekturen angewiesen ist. Sie versteht sich als verbesserungsbedürftig und hat sich in der Vergangenheit als verbesserungsfähig erwiesen. Dies schafft günstige Voraussetzungen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu bestehen. Bei Verbesserungen und Kurskorrekturen der Sozialen Marktwirtschaft geht es vor allem darum, die Wirtschaftsordnung durch entsprechende politische Vor-

gaben stärker auf die Herausforderungen einzustellen, die es zu bewältigen gilt. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist darum wesentlich auf die Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft der Politik angewiesen. Wirtschaftliche und soziale Maßnahmen und Vorkehrungen, die vor längerer Zeit berechtigt, ja geboten waren, können, wenn sich die Bedingungen ändern, zu Privilegien werden und zu Ungerechtigkeiten führen. Die Soziale Marktwirtschaft unterliegt auch der ständigen Verpflichtung, unter sich wandelnden Bedingungen die Wirtschaft den Menschen dienstbar zu machen und zu verhindern, daß die Menschen zur bloßen Funktion der wirtschaftlichen Prozesse werden.

Thema
sehr
allg.
(112) Nicht wenige Menschen in den östlichen Bundesländern haben ein kritisches Bild von der Sozialen Marktwirtschaft erhalten, weil sie bittere Erfahrungen mit Praktiken machen mußten, die die Unerfahrenheit der Menschen ausnutzten. Diese Erfahrungen waren mit schuld daran, daß sich bei vielen Enttäuschung einstellte. Anstatt Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit zu erfahren, gewannen sie eher den Eindruck, von gerissenen Geschäftemachern mißbraucht zu werden.

??
(113) Die maßgeblichen Grundorientierungen der Sozialen Marktwirtschaft sind Freiheit und Gerechtigkeit. Sie waren beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft richtunggebend. Sie müssen immer wieder neu bedacht und bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zur Geltung gebracht werden. Die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Gemeinwohl und Eigennutz“ zusammen mit der Kundgebung der Synode zur Zukunftsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns, beide aus dem Jahr 1991, hat die Grundorientierungen der Sozialen Marktwirtschaft, ihrer aktuellen Herausforderungen und die daraus resultierenden Aufgaben eingehend dargestellt. Auf katholischer Seite hat die Sozialenzyklika „Centesimus annus“ (1991) die Werte, die der Sozialen Marktwirtschaft zugrundeliegen, als verpflichtende Normen einer gerechten Wirtschaftsordnung herausgestellt.

4.1 Der Grundwert Freiheit

(114) Ohne den Grundwert Freiheit ist die Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar. Nur dort, wo die Menschen ihre Begabungen und Fähigkeiten, ihre Interessen frei entfalten können, können auch die Möglichkeiten und Kräfte einer Wirtschaftsgesellschaft zur Geltung kommen.

(115) Freiheit beinhaltet vor allem auch die Entfaltung neuer Ideen, wie mit gegebenen Mitteln ein qualitativ wie quantitativ optimales Ergebnis an Gütern und Diensten erreicht und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann. Freiheit meint auch, daß möglichst viele Menschen eigenverantwortlich, entscheidend und aufbauend als mündige Subjekte im Wirtschaftsleben tätig sind. Die Fähigkeit, neue und bessere Wege einzuschlagen, bisherige Produktions- und Vertriebsmethoden anders und neu zu gestalten, ist nicht nur Sache des Unternehmers. Sie muß vielmehr auf allen Ebenen der Arbeit in Betrieben, Werkstätten und Unternehmen zur Geltung kommen. Nur so kann längerfristig auch der Erfolg gesichert werden, vor allem in jenen Bereichen, in denen national und international ein ständiger Wettbewerb um die besseren Ideen, um die qualitativ höhere Leistung, auch um die Befriedigung bisher wenig berücksichtigter oder nicht gesehener Bedürfnisse der Menschen besteht.

(116) Wirtschaftliche Freiheit meint Wettbewerb. Der Wettbewerb ist ein entscheidendes Kennzeichen eines marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystems. Durch den Wettbewerb wird es möglich gemacht, daß es die Verbraucher sind, die mit Hilfe des Preissystems darüber entscheiden, was produziert und welche Dienstleistungen angeboten werden sollen. Das Wettbewerbsprinzip dezentralisiert die wirtschaftlichen Entscheidungen und verteilt dadurch Macht. Es zwingt auch die Anbieter, ständig nach den günstigsten Herstellungsmethoden, Verteilungswegen und Preisen zu suchen. Der Wettbewerb ist freilich ambivalent. Er verdrängt weniger starke Teilnehmer am Wirtschaftsprozeß aus dem Markt. Wettbewerb hat oft auch die Tendenz, sich selber auszuschalten und wirtschaftliche Macht bis hin zu markt- und preisbestimmenden Kartellen zu steigern. Deshalb gehört es zu den dringendsten Aufgaben der Organe des Gemeinwesens, durch die strikte Anwendung des Kartellrechts und entsprechender Maßnahmen der Monopolverhinderung Wettbewerb auch unter sich verändernden wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen und die Entstehung einer für das Gemeinwohl bedrohlichen Ballung wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Die kleinen und mittleren Unternehmen sowie handwerkliche Betriebe müssen ungeminderte Chancen in diesem Wettbewerb haben.

(117) Freiheit darf freilich nicht mit Beliebigkeit oder gar mit dem Recht des Stärkeren verwechselt werden. Weil die Wirtschaft ein gesellschaftlicher Lebensprozeß ist, ist vielmehr jeder einzelne darauf angewiesen, daß der Mitmensch seine Fähigkeiten und Kräfte sowie seine Leistungsbereitschaft einsetzt. Das heißt: Freiheit kann sich erst entfalten, wenn die Solidarität un-

ter den Beteiligten gegeben ist. Solidarität ist damit das Gegenteil der Machtausübung, sei es des Arbeitgebers über die Arbeitnehmer, sei es der Arbeitnehmer mit größeren Fähigkeiten über ihre Arbeitskollegen. Solidarität bedeutet vielmehr, daß alle im gemeinsamen Boot sitzen, daß auch der Leistungsschwache auf den Beitrag, den der Leistungsstarke erbringt, angewiesen ist. Deshalb müssen auch alle an den Möglichkeiten und ebenso an den Ergebnissen der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit teilhaben.

(118) Freiheit besagt aber auch und vor allem Verantwortung, in erster Linie gegenüber den Verbrauchern, aber ebenso gegenüber den am Arbeits- und Produktionsprozeß Beteiligten, nicht zuletzt im Hinblick auf jene, die in einer Gesellschaft oft zu kurz kommen. Das wirtschaftliche Handeln und die wirtschaftlichen Entscheidungen dürfen nicht bloß auf wirtschaftlichen Erfolg und Rentabilität ausgerichtet sein, sie müssen auch die sozialen Ziele verwirklichen. Ohne soziale Verantwortung ist die Freiheit in Gefahr, in nackten Egoismus, in Habgier, in Ausbeutung zu entarten. Jeder einzelne und die Gesellschaft im ganzen sind verantwortlich dafür, daß die Freiheit, die freie Entfaltung der Fähigkeiten und Kräfte, der Wettbewerb auch auf die sozialen Erfordernisse und Ziele hingeeordnet bleiben und nicht das Gesetz des Stärkeren und des Rücksichtsloseren sich durchsetzt. Dazu müssen nicht nur der Staat und die Gerichte beitragen, sondern auch die gesellschaftlich relevanten Gruppen, die Schulen, die Verbände wie insbesondere auch die Familien. Die Erneuerung des sittlichen Bewußtseins und der sozialen Verantwortung ist eine ständige, vorrangige Aufgabe und Verpflichtung.

(119) Die soziale Dimension erwächst aus der sozialen Anlage des Menschen, der sich nur im Miteinander mit den anderen Menschen entfalten und sich selbst verwirklichen kann. Das schließt eine individualistische Auffassung des Menschen wie eine individualistische Sicht der Gesellschaft aus. Man kann nicht so tun, als ob die Gesellschaft nur aus Individuen bestehe, die lediglich um ihres Vorteils willen den anderen, den „Konkurrenten“ ins Kalkül ziehen. Der soziale Gedanke ist auch unvereinbar mit einer Vorstellung, wonach der einzelne das, was er mit eigenen Kräften leisten kann, nicht mehr erbringt und statt dessen auf Kosten der anderen leben will. Dies wäre erneut eine Form der Ausbeutung des Mitmenschen.

In diesen Zusammenhang gehört auch das Prinzip der Subsidiarität, wie es vor allem in der katholischen Soziallehre entwickelt worden ist. Es meint,

daß die sozialen Regelungen und Maßnahmen immer im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe angelegt sein müssen, die sozialen Sicherungssysteme also die Eigenverantwortung der einzelnen wie der Familien, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber stärken und dem Mißbrauch entgegenwirken. Subsidiarität meint nicht das Abschieben von Lasten auf Familien, Nachbarschaften und einzelne, sondern eine Übertragung von sozialen Aufgaben und eine Unterstützung durch das Gemeinwesen mit dem Ziel, diese Aufgaben wahrnehmen zu können.

4.2 Der Grundwert soziale Gerechtigkeit

(120) Die Soziale Marktwirtschaft wird nicht nur vom Grundwert Freiheit, sondern ebenso vom Grundwert der Gerechtigkeit beziehungsweise der sozialen Gerechtigkeit bestimmt. Gerechtigkeit fordert, daß jedem sein Recht zuteil wird. Soziale Gerechtigkeit zielt darauf ab, daß die Rechte der einzelnen immer in die sozialen Lebensgemeinschaften eingebettet bleiben: in die Familie, in die Belegschaft und Betriebsgemeinschaft, in die Ortsgemeinde, die gleichfalls nicht eine bloße Ansammlung von Individuen ist, in die Region und in das Land, in dem man lebt, wohnt und arbeitet, in die staatliche Gemeinschaft, in die Völkergemeinschaft, die alle dem Gemeinwohl verpflichtet sein müssen. Jeder einzelne und jede Gemeinschaft haben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.

(121) Fragen wir uns im einzelnen, was Gerechtigkeit, was soziale Gerechtigkeit besagt, so gilt es, verschiedene Bereiche zu beachten. In erster Linie verlangt Gerechtigkeit, daß alle Bürger an den Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft teilhaben können. Dies betrifft vor allem den Bereich der Arbeit, im besonderen den Bereich der abhängig geleisteten Arbeit, die in einer Gesellschaft, in der fast 90 Prozent der Bevölkerung auf Arbeit und Arbeitseinkommen angewiesen sind, das soziale Schlüsselproblem darstellt.

(122) Gerechtigkeit fordert die leistungsgerechte Entlohnung, die dem leider weit verbreiteten Besitzstandsdenken vorzuordnen ist. Eben deshalb haben die Kirchen in letzter Zeit mit großem Nachdruck auf die Beteiligung breiter Schichten am Produktiveigentum hingewiesen. Denn die Wirtschaft hat nicht nur die laufende Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Diensten sicherzustellen, sondern ebenso die Sicherung der Arbeitsplätze und damit der Arbeitseinkommen durch Investition. Bisher werden diese

Mittel von einem kleinen Kreis von Eigentümern aufgebracht, denen auch die dadurch geschaffenen Produktionsmittel als Besitz zufließen. Die soziale Gerechtigkeit, aber auch die Sorge um die innere Stabilität unserer Industriegesellschaft dringt auf die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Sie sollen nicht nur mit ihrem Arbeitseinsatz für eine gute Bedarfsdeckung gerade stehen, sondern auch für den Kapitaleinsatz mitverantwortlich sein, freilich so, daß nicht die höheren Risiken unversehens den Schwächeren zugeschoben werden.

(123) Soziale Gerechtigkeit verlangt, daß niemand, auch keine Gruppe, aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Das heißt, daß diejenigen, die nicht in der Lage sind, eine eigene ausreichende Arbeitsleistung zur Wirtschaft beizusteuern, von der Gesellschaft so viel erhalten, daß sie menschenwürdig leben können. Dabei ist darauf zu achten, daß dadurch nicht eine falsche Bequemlichkeit Platz greift, die das notwendige Arbeitsethos in der Gesellschaft aushöhlt. Das Miteinander und die Interdependenz von sozialem und wirtschaftlichem System ist entscheidender Grundgedanke einer Sozialen Marktwirtschaft. Ein Ungleichgewicht zwischen Sozialsystem und Wirtschaftssystem gefährdet grundsätzlich beide Teile. Von einer Sozialen Marktwirtschaft muß eine hohe Sozialverträglichkeit des Wirtschaftens erwartet werden.

(124) Gerechtigkeit bedeutet auch, dem Menschen gerecht zu werden. Die Wirtschaft ist für den Menschen da. Sie muß aus diesem Grunde menschengerecht geordnet werden. In ihr müssen alle Bereiche so gestaltet sein, daß der Mensch im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens steht. Das Soziale einer solchen Wirtschaftsordnung äußert sich darin, daß alle erwerbsfähigen Personen ihren Möglichkeiten entsprechend ihren Beitrag zum Erfolg des Ganzen leisten. Das beinhaltet, daß auch diejenigen, die weniger leistungsfähig sind, die Schwächeren, die Behinderten, einen Arbeitsplatz ausfüllen, bei dem sie ihre Fähigkeiten und Kräfte zur Geltung bringen können und der ihrer persönlichen Lebenssituation Rechnung trägt. Es ist auch darauf zu achten, daß diejenigen Bürger, die sich schwer tun, in einer hochentwickelten Wirtschaft die notwendigen Voraussetzungen mitzubringen, in Tätigkeitsbereichen unterkommen können, die ihnen den Erwerb ihres Lebensunterhalts ermöglichen.

(125) Der ethische Anspruch einer Wirtschaftspolitik wird auch daran gemessen, was sie zur Überwindung der internationalen Armut beiträgt. Die Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern muß daher ein zentraler

Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft sein. Die Entwicklungsländer müssen eine bessere Chance haben, Anteile an unseren Märkten zu gewinnen. Ziel muß es sein, der Entwicklung Einhalt zu gebieten, daß sich die Unterschiede im Lebensstandard zwischen Arm und Reich sowohl innerhalb der Entwicklungsländer als auch im Verhältnis zwischen Nord und Süd ständig vergrößern. Christen sind in besonderer Weise aufgerufen, durch Zeichen der Solidarität die Suche nach einer gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung zu unterstützen und mit konkreten Leistungen der Hilfe und Vorschlägen für die Verbesserung der vorhandenen Regeln und Institutionen für eine Soziale Weltwirtschaft einzutreten.

(126) Gerechtigkeit verlangt aber auch einen gerechten Umgang mit wirtschaftlicher Macht. Mit Hilfe von Kontrolle durch das demokratische Gemeinwesen und mit Hilfe von Mitbestimmung muß im wirtschaftlichen Bereich politischem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und bürokratisch-industriellen Interessenverflechtungen, die die Gemeinwohlverpflichtung des Staates untergraben, entgegengewirkt werden. Sie muß heute vor allem dort wirksamer ausgeübt werden, wo – wie im Rüstungsexport – die Wahrung und Förderung des Friedens durch wirtschaftliche Interessen beeinträchtigt wird. Eine wichtige Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die Mitwirkung und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Entscheidungen auf betrieblicher Ebene wie auf Unternehmensebene. Sie sind in Deutschland in einer Weise ausgeformt, die in anderen Ländern, auch in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, keine Parallele hat. Sie müssen auch im Rahmen des europäischen Binnenmarktes erhalten bleiben.

4.3 Wirtschaft und Kultur

(127) Wirtschaft und Kultur stehen in enger gegenseitiger Wechselwirkung. Die Wirtschaftsordnung prägt Lebensordnungen, Wertvorstellungen, soziale Stellung und vieles andere mehr. Zugleich ist die Wirtschaft auch abhängig von einer sie tragenden Kultur (Gemeinsinn, sozialer Friede, Motivation, Werte u. a.). Dieser weite Rahmen kennzeichnet das Maß der Verantwortung. Die Soziale Marktwirtschaft ist und muß eingebettet bleiben in die Gesamtgesellschaft und in die Kultur eines Volkes. Dabei muß die Wirtschaft auch ihre Grenzen wahren. Ihre ökonomischen Zwänge dürfen nicht in andere gesellschaftliche Lebensbereiche eindringen, in denen sie störend und zerstörend wirken. Dabei würde nämlich das wichtigste Gut, die zwischenmenschlichen Beziehungen, die Liebe und Treue, die Hingabe und

Opferbereitschaft unter die Räder geraten. Eine Gesellschaft, in der nur noch Verdienst und Gewinn zählen, in der Wettbewerb und Macht die allein bestimmenden Größen sind, ist auf dem Wege, die Menschlichkeit, die Solidarität und die Verantwortung füreinander preiszugeben.

5. Ausblick

(128) Wie werden wir unseren Aufgaben gerecht? Wie können wir unsere Verantwortung wahrnehmen? Die umfangreichen Aufgaben, vor denen wir stehen, die schmerzlichen Probleme und der tiefgreifende Wandel rufen uns alle auf einen Weg, für den wir einen langen Atem brauchen. All dies stellt eine große Herausforderung dar auch an unsere Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung. Das mag manche mit Sorge erfüllen, andere mit Ungeduld, andere mit Kleinmut. Als Christen sind wir diesen Auseinandersetzungen nicht enthoben. Wir können aber die Aufgabe annehmen. So unübersichtlich unsere Zeit in mancher Hinsicht sein mag, wir dürfen mit Zuversicht leben. Wir glauben, daß Gott aller menschlichen Geschichte in Jesus Christus ihr Ziel und ihre Mitte geschenkt hat. Wo immer sich Lebensumstände so ändern, daß sie der Würde des Menschen besser entsprechen, kann uns darin umrißhaft die Vorstellung von der künftigen Welt gegeben sein, die Gottes Plan entspricht und an der wir mitarbeiten sollen. Glauben und ethisches Handeln in ihrem unaufhebbaren Zusammenhang neu zu sehen ist für die Christen die gemäße Antwort auf Umbruchsituationen, wie wir sie gegenwärtig erleben.

Wer sich mit einer Stellungnahme an dem Konsultationsprozeß beteiligen will, kann sich an die folgenden Informations- und Clearingstellen wenden:

Auf katholischer Seite:

Katholisch-soziales Institut der Erzdiözese Köln (KSI)

Direktor Joachim Sikora, Dipl.-Volksw., Dipl.-Päd.

Selhofer Str. 11, 53604 Bad Honnef

Postfach 14 60, 53584 Bad Honnef

Tel.: 0 22 24/26 80 oder 28 15

Fax: 0 22 24/7 92 08

Mailbox: 0 22 24/7 87 02

Auf evangelischer Seite:

Sozialwissenschaftliches Institut der
Evangelischen Kirche in Deutschland (SWI)

Prof. Dr. Günter Brakelmann

Querenburger Höhe 294

44801 Bochum

Tel.: 02 34/70 20 92/3

Fax: 02 34/70 28 13

LANDESKIRCHLICHE/DIÖZESANE EBENE

Auf der Ebene der Landeskirchen und der (Erz)Diözesen können vergleichbare Voraussetzungen für die Durchführung des Konsultationsprozesses geschaffen werden.

VERBANDS-EBENE

Die Verbände schaffen – gemäß ihren Strukturen – die entsprechenden Voraussetzungen zur Beratung der Textvorlage.

Begleitinformation zur Durchführung des Konsultationsprozesses

Träger

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland
Deutsche Bischofskonferenz

Koordinierungsgremium

Das gemeinsame Koordinierungsgremium ist übergreifend für die gesamte Durchführung des Konsultationsprozesses verantwortlich. In ihm sollen alle maßgebenden gemeinsamen Vorgaben, Initiativen und Verfahrensempfehlungen zur Gestaltung und Durchführung des Konsultationsprozesses und zur Auswertung seiner Ergebnisse beraten werden.

Ihm gehören an:

Von evangelischer Seite

Dr. Fritz Erich Anhelm, Loccum
Oberkonsistorialrätin Rosemarie Cynkiewicz, Berlin
Dr. Fritz Heinz Himmelreich, Köln

Sekretariat: Oberkirchenrat Tilman Winkler, Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover

Von katholischer Seite

Weihbischof Franz Grave, Essen
Dr. Friedrich Kronenberg, Bonn
Prälat Dr. Karl-Heinz Ducke, Jena

Sekretariat: MDg. a. D. Elmar Remling, Katholisches Büro Bonn, Kaiser-Friedrich-Straße 9, 53113 Bonn

Arbeitsausschüsse

Die jeweils für den Bereich beider Kirchen gebildeten Arbeitsausschüsse haben die Aufgabe, Impulse, Anleitungen und Arbeitshilfen für Aktivitäten und Initiativen im Rahmen des Konsultationsprozesses zu geben, zentrale Veranstaltungen anzustoßen und die inhaltliche, organisatorische und personelle Vorbereitung von Konsultationsveranstaltungen auf regionaler Ebene zu unterstützen.

Arbeitsausschuß auf evangelischer Seite:

Pfarrer Martin Kramer, Magdeburg
Dr. Klaus Lefringhausen, Mettmann
Dr. Hartmut Przybylski, Bochum
Renate Wilke-Launer, Hamburg
Pastor Eduard Wörmann, Villigst
Friederike Woldt, Leipzig

Sekretariat: Oberkirchenrat Tilman Winkler, Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover

Arbeitsausschuß auf katholischer Seite:

Günter Baadte, Mönchengladbach
Pater Dr. Hans Langendörfer, Bonn
Msgr. Dr. Reinhard Marx, Dortmund
Bernhard Schmitz, Bad Godesberg
Joachim Sikora, Bad Honnef
Dr. Dr. Thomas Sternberg, Münster

Sekretariat: MDg. a. D. Elmar Remling, Katholisches Büro Bonn, Kaiser-Friedrich-Straße 9, 53113 Bonn

3. Veranstaltungs-Verzeichnis

Informations- und Clearingstellen

Beide Kirchen haben außerdem jeweils ein Institut als zentrale Informations- und Clearingstelle beauftragt, alle einschlägigen Materialien und Informationen im Verlauf des Konsultationsprozesses zu sammeln, auf Anforderung zur Verfügung zu stellen und am Ende des Konsultationsprozesses die Beratungsergebnisse zusammenzuführen und auszuwerten.

Informations- und Clearingstellen sind:

Von evangelischer Seite:

Sozialwissenschaftliches Institut der
Evangelischen Kirche in Deutschland (SWI)

Prof. Dr. Günter Brakelmann

Querenburger Höhe 294

44801 Bochum

Tel.: 02 34/70 20 92/3

Fax: 02 34/70 28 13

Von katholischer Seite:

Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln

Direktor Joachim Sikora, Dipl.-Volksw., Dipl.-Päd.

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Tel.: 0 22 24/26 80 oder 28 15

Fax: 0 22 24/7 92 08

Mailbox: 0 22 24/7 87 02

Von evangelischer Seite:

Dr. Fritz Brich Anheim, Loxum

Oberkonsultationsrat in Rosemarie Cynke

Dr. Fritz Brich Anheim, Loxum

Sekretariat: Oberkirchenrat Timon Winkler

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Sekretariat: M.D.G. a.D. Elmar Remling

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Sekretariat: M.D.G. a.D. Elmar Remling

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Dr. Friedrich-Konrad Bonn

Postfach 1460, 53584 Bad Honnef

Arbeits- und Funktionsweise der zentralen Informations- und Clearingstellen

Um die zentralen Informations- und Clearingstellen in die Lage zu versetzen, die ihnen übertragenen Informations- und Dokumentationsaufgaben zu erfüllen, wird gebeten, ihnen alle in Frage kommenden Informationen und Daten über Veranstaltungen, Beratungsunterlagen, eingehende Stellungnahmen und erzielte Beratungsergebnisse zur Verfügung zu stellen.

Die zentralen Informations- und Clearingstellen bieten im einzelnen die folgenden Service-Leistungen an:

1. Institutionen-Verzeichnis

In diesem Verzeichnis sind alle Institutionen und Organisationen erfaßt, die sich direkt oder indirekt mit dem Konsultationsprozeß beschäftigen, gleichgültig ob es sich dabei um diözesane, verbandliche, regionale oder sonstige Einrichtungen handelt. Teilen Sie bitte dem Leitinstitut Ihre Anschrift und – vor allem – Ihre konkreten Aktivitäten mit, damit Sie in das Verzeichnis aufgenommen werden.

2. Referenten-Verzeichnis

Auflistung aller uns genannten Persönlichkeiten, die bereit sind, als Referenten/innen im Rahmen des Konsultationsprozesses zur Verfügung zu stehen. Inhaltliche und terminliche Vereinbarungen müssen direkt mit den Referenten/innen abgesprochen werden.

3. Veranstaltungs-Verzeichnis

In chronologischer Reihenfolge sind hier alle Veranstaltungen aufgeführt, sofern wir davon in Kenntnis gesetzt wurden. Zu den Programmen und weiteren Einzelfragen sind die jeweiligen Veranstalter direkt zu konsultieren.

Hier einige Beispiele:

4. Arbeitshilfen-Verzeichnis

Verschiedene Verbände, Institutionen und Diözesen haben zum Konsultationsprozeß Arbeitsunterlagen zusammengestellt. Dieses Verzeichnis weist auf die entsprechenden Materialien hin. Die Arbeitshilfen sind dann direkt bei der jeweiligen Einrichtung zu bestellen.

5. Dezentrale Ansprechpartner

In vielen Diözesen und Landeskirchen werden dezentrale Einrichtungen geschaffen, die der Begleitung des Konsultationsprozesses auf Bundesebene entsprechen. Die dezentralen Einrichtungen sammeln und werten die bei ihnen eingehenden Informationen aus und leiten sie an die zentralen Stellen weiter. In den Verbänden vollzieht sich ein ähnlicher Prozeß.

Anregungen zur Durchführung des Konsultationsprozesses

Der Konsultationsprozeß soll in den beiden Kirchen schwerpunktmäßig auf diözesaner, landeskirchlicher und regionaler Ebene, aber auch auf der Gemeindeebene und in den Verbänden und Gruppen durchgeführt werden. In diesen Prozeß sollen möglichst viele gesellschaftliche Gruppen aus den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Feldern einbezogen werden.

Es empfiehlt sich daher, frühzeitig eine Arbeitsgruppe zu bilden, die den Konsultationsprozeß in Ihrem Bereich durchführt.

Zur Vorbereitung Ihrer Arbeit sollten Sie folgende Fragen berücksichtigen:

- Wer übernimmt die Koordination der Arbeitsgruppe?
- Sind die Sachausschüsse und kirchlichen Gruppen und Verbände einbezogen?
- Bestehen Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Sozialstationen, Arbeitslosengruppen, Parteien, Arbeitgebern und Unternehmen?
- Kennen Sie Lehrer (Religionslehrer, Sozialkundelehrer), die bereit sind, Themenbereiche des Textes in den Fachunterricht einzubringen?
- Arbeiten Sie auf ökumenischer Ebene zusammen?
- Haben Sie die kirchlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung einbezogen?
- Wollen Sie einzelne Schwerpunkte oder den gesamten Text beraten?
- Welchen zeitlichen Rahmen wollen Sie für die Arbeit setzen?
- Wollen Sie öffentliche Diskussionsveranstaltungen einplanen?
- Wollen Sie Ihre Beratungsergebnisse mit anderen Beteiligten am Konsultationsprozeß abstimmen oder sie direkt weitergeben?
- Wer kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit? (Kontakte zu Presse, Funk und Fernsehen)

In der Regel werden Sie sicher Vortrags- und Informationsveranstaltungen durchführen. Daneben bieten sich aber eine Vielzahl von weiteren – vor allem die TeilnehmerInnen aktivierende – Methoden an.

Hier einige Beispiele:

REFERENTEN-BEFRAGUNG

Die Teilnehmer/innen finden auf den Tischen ausreichend kleine Karten und Schreibutensilien. Sie werden nach der Begrüßung aufgefordert, das, was sie zum Thema wissen wollen, in möglichst konkrete Fragen aufzuschreiben. Jede Frage auf einen anderen Zettel. Es kann sich dabei um Fragen zum Verständnis, zur Information, zur Meinung oder zu den inhaltlichen Aussagen des gemeinsamen Wortes handeln. Jede(r) Teilnehmer/in soll – ohne Namensnennung – möglichst 10 bis 15 Minuten Zeit haben, um die Fragen zu formulieren. Die Fragen werden in der Zwischenzeit eingesammelt und ein wenig nach Schwerpunkten sortiert. Nach Ende der Schreibphase werden die Themenkomplexe kurz vorgestellt und der/die Referent/en um eine kurze, prägnante Beantwortung gebeten. Nach etwa 20 Minuten erfolgt eine erste Zäsur. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit zur Nachfrage. Dieses Prozedere wiederholt sich in einer zweiten und dritten Fragerunde. Insgesamt sollten 1,5 bis 2 Stunden eingeplant werden.

PRO- UND CONTRA-DISKUSSION

Zu einer Problemstellung des Textentwurfes (beispielsweise: „Verantwortung für die eine Welt“) wird die Teilnehmerrunde in zwei (oder mehr) Kleingruppen aufgeteilt. Der eine Teil erhält den Auftrag, Argumente für die im Textentwurf vertretene Position zusammenzutragen; der andere Teil sammelt entsprechend Gegenargumente. Nach ca. 30 Minuten werden die Argumente im Plenum vorgetragen. Jede Gruppe erhält zunächst 10 Minuten Zeit, um ihre Position vorzustellen. Danach wird in einem freien Gedankenaustausch über die einzelnen Argumente diskutiert. Eine Visualisierung der Argumente ist empfehlenswert. In einer abschließenden Runde könnten Anregungen zum Text gesammelt und „verabschiedet“ werden.

OFFENES RUNDGESPRÄCH

Wenn Sie zum vorgesehenen Zeitpunkt keine(n) Referenten/in gewinnen können, so diskutieren Sie die Textvorlage, indem bei den eigenen Erfahrungen der Teilnehmer/innen angeknüpft wird, d. h. das Wachzurufen und einzubringen, was an Wissen in der Teilnehmerrunde vorhanden ist. Beispiel: der erste Textabschnitt wird gemeinsam gelesen und anschließend die Erfahrungen, Vorstellungen, Wünsche und Anregungen in der Runde zusammengetragen.

ZUKUNFTSWERKSTATT

Jede Zukunftswerkstatt sollte von einer konkreten Problemstellung ausgehen. In dieser Diskussionsgrundlage für den Konsultations-Prozeß sind davon ausreichend aufgezeigt. Die Methode der ZUKUNFTSWERKSTATT besteht aus drei Phasen:

- Kritikphase („Sehen“)
- Fantasiephase („Ideen“)
- Verwirklichungsphase („Handeln“)

In der **Kritikphase** werden alle Schwierigkeiten und Probleme benannt. Sie sollten möglichst auf kleinen Kärtchen schriftlich festgehalten werden. Um einen Schwerpunkt zu finden, an welchem anschließend weitergearbeitet werden soll, kann man Punkte (drei) verteilen, mit deren Hilfe die Teilnehmer/innen die vorrangigen Problem-bereiche kennzeichnen.

In der **Fantasiephase** sollen Ideen zu dem ausgewählten Problem gesucht werden, dies kann etwa zunächst dadurch geschehen, daß negative Formulierungen in positive umgewandelt werden. Dann sollen nach den „brainstorming“-Regeln neue Ideen zusammengetragen werden. Die Regeln lauten: Es darf keine Kritik geäußert werden; jede Idee ist willkommen; soviel Ideen wie möglich; die Ideen anderer aufgreifen und weiterentwickeln!

Es ist empfehlenswert, wenn in Kleingruppen einzelne Ideen weiter „ausgesponnen“ werden, diese anschließend im Plenum vorzustellen, was wiederum sehr kreativ sein kann.

In der **Verwirklichungsphase** geht es um die „Übersetzung“ der Ideen in machbare, realisierbare Konzepte, um die Suche nach Bündnispartnern. Diese Phase sollte in eine möglichst konkrete Projektplanung münden.

Die ZUKUNFTSWERKSTATT kann mit einem Rundgespräch unter den Teilnehmern/innen oder der Diskussion mit einem/r Fachmann/frau abgeschlossen werden.

Über diese Anregungen/Fragen hinaus liegt bereits eine Anzahl von Arbeitshilfen vor, die Sie bei der Vorbereitung und Durchführung des Konsultationsprozesses unterstützen können. Über die zentralen Informationsstellen oder die „Mailbox“ des KSI erfahren Sie weitere Einzelheiten dazu. Für die Arbeitshilfen wird in der Regel ein Kostenbeitrag in Höhe der Selbstkosten erbeten.

Mailbox und Datenbank des Katholisch-Sozialen Instituts der Erzdiözese Köln in Bad Honnef (KSI) im Zusammenwirken mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD Bochum

Mailbox

Für aktuelle und umfassende Informationen über den Konsultationsprozeß und die Stellungnahmen informiert eine Mailbox, die in der Verantwortung beider Institute beim Katholisch-Sozialen Institut der Erzdiözese Köln in Bad Honnef eingerichtet ist. Über entsprechende Software können dort direkt (rund um die Uhr) folgende Informationen abgerufen werden: vollständiger, autorisierter Textentwurf, Anzahl der Stellungnahmen (jeweils den aktualisierten Stand), Datum der Einsendungen (chronologisches Verzeichnis der übermittelten und erfaßten Beiträge und Zuschriften), Texte der jeweiligen Stellungnahmen (die Benutzer der Mailbox können die Volltexte in ihren PC kopieren und dann weiter damit arbeiten), Stichwort- bzw. Sachregister (alle eingehenden Stellungnahmen werden nach Stichworten eines vorbereiteten Thesaurus geordnet; Benutzer der Mailbox erhalten beim Aufrufen der einzelnen Stichworte die jeweilige Code-Nummer, unter der die Texte erfaßt wurden), Referentenverzeichnis, Veranstaltungsverzeichnis, Arbeitshilfenverzeichnis.

Datenbank

Die eingehenden Stellungnahmen werden unter den gleichen Stichworten wie in der Mailbox auch in einer Datenbank erfaßt. Während in der Mailbox das korrespondierende Dokument vollständig aufgerufen werden kann, werden im Sachregister (Thesaurus) der Datenbank die jeweiligen Textpassagen erfaßt und zugeordnet. Auf Wunsch können diese Textpassagen ausgedruckt und (gegen Erstattung der Eigenkosten) zugesandt werden. Die Datenbank wird am Schluß des Konsultationsprozesses vornehmlich der Auswertung der Ergebnisse dienen.

Arbeitsstelle Ökonomie und Kirche
Jörg Zimmermann
Celsiusstr. 71-73
12207 Berlin

6.11. 95

Lieber

Damit wir bei der weiteren Planung für eine Tagung "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der EKIBB" nicht immer wieder bei 'Null' anfangen, habe ich versucht, einige zentrale Überlegungen unseres letzten Vorbereitungstreffens am 18.10.95 zusammenzufassen.

Anwesende: Dr. Gesine Hefft, Dr. Dietrich Schirmer, Jörg Zimmermann. Verhindert waren Sigrid Hagen, Dr. Michael Hartmann.

Zielgruppe / Motivation für eine solche Tagung:

- kirchliche MitarbeiterInnen die aus Angst um ihre Arbeitsplätze verunsichert sind, die wegen den Gehaltsfragen unzufrieden sind;
- einen Raum für Beschwerden und Kritik geben;
- einen Diskussionsweg eröffnen zwischen 'Besitzstandswahrung' und der Suche nach alternativen Lösungsansätzen (Zeitwohlstand, Gehälter teilen ...)

Strukturüberlegungen für die geplanten Wochenend-Tagung "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der EKIBB"

1. 'Wie geht's der Kirche in Berlin-Brandenburg?'
eine Problemanzeige zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage (wie wirtschaftet die Kirche, zum Umgang mit ihren Ressourcen, mit dem Schwerpunkt Finanzen und Arbeit)
 - aus Sicht der Kirchenleitung
 - aus Sicht der kirchlichen MitarbeiterInnen (Betroffene/MAV)
2. Lösungswege/-ansätze
 - Was tun die Kirchenleitung, das Diakonische Werk etc.?
 - Welche alternative Lösungsansätze gibt es, Arbeitsplätze zu erhalten und Arbeit, Gehalt, Zeit zu teilen?
(Initiativen für ein Teilen in der Kirche/ Mitarbeiterinnen-Vertretung, ÖTV etc.)
3. Theologische Reflexion: Die Handlungsoptionen der Kirche aus biblischer Sicht
 - Prinzipien einer theologischen Ökonomie
 - ökumenische Diskussion mit einbeziehen
 - event. auch als theologische 'Zwischenkommentare' in die Punkte 1 und 2 in der Form von Rede - Gegenrede - theolog. Zwischenruf einbauen

Als nächstes Vorbereitungstreffen haben wir Mo. 4. Dezember um 14.00 in Raum 309, in der Evang. Akademie Berlin-Brandenburg, Goethestr. 26-30, 10625 Berlin verabredet.

Mit freundlichen Grüßen



Diskussionsbeitrag für die Gossner Konferenz

"Ant-Wort" - als ostdeutsches Volumen in Konsultationsprozess

Rahmenbedingungen:

Blu-Brotb
Evang. Akademie = Einladung de Stelle
2-maliges Treffen von Teilnehmer an Ost-
Ladenische
Zweite durch Kleingruppe arbeit
W. Biderman = Edition
10. Oktober = Veröffentlichung

Der gesamte Wort
fehler u. E.

die wichtigste
Grundlage =
- eine Theol.
- eine differenz.
Haltepunkt 3. Welt
perspektive
x von Wirtschaft
sozialer Lage
Dialekt

- Inhaltl. Punkte:
1. - Vergleich Perspektive
ausgangspunkt v. Thea
 2. - Ostperspektive
 3. - Theol. Grundless
 4. - Problemfeld als Bsp.
dabei / Ab. langheit
Rück / (Kritik)
Konsultation f. richtl. Handeln

Anmerkungen:

- Lwese de = Akademieebene
d. d. Kritik a Papier a fremder Perspektive
gedruckt selbst weit beackert + -gesetzt,
d. d. ad = diese Kreis weit Betroffene Ebene eingeschaltet
vermischt
- Männerlastig + -
- in Propädeutik globale Sicht a Solley's
= Widersprüchlich
- In weit Rosegen die Kritik a Papier
+ Konsultativ eingesetzt
- Volumen nicht einzelne Schwerpunkt als gesamte
Klausekurren bere. rote Faden

Ich will jetzt nur zu de 2 inhaltl. Punkte etwas an de Ant-Wort-
Papier sagen, die in auf d. Gossner Tag. bedacht

1. Globale Perspektive
2. Thea Arbeit - Arbeitsstruktur + -modelle

Ich würde sowas an de verschied. Teile Aussage / Stellungnahme setzen

Zu 1. Zitat an Entwurf (da noch etwas verändert werden):

"Das größte Problem der Diskussionsgrundlage sind die WEGGLASSUNGEN."
Es besteht Frage, was ^{Widerstand - optione -} Aussage an der weltweite Diskurs (in de
letzte 26 Jahre erarbeitet) weggelassen werden.

Die Weglassung

Die vorragenden Optionen für die Themen" stellt die Weiche für weitere Aussage
in diese Papier weg von de Ost + der Perspektive der Thema
D. d. Wie bei Anfang ein Jahre - ein al falsch begonnen
hilft noch so intelligentes Weiterdenken nicht, die Schlußlage bleibt
Dann unsere Forderung, gerade weil Halbe, Handlungsvordr.
Visionen folgen diese Option a de d. f. 2. Stelle. D. d.
die Frage der Rechtfertigung von de Lebensbedingungen der Thema
her zu Stelle.

Viele Personengruppe, die in Papier genannt o. kaum vordr.
werde den wichtig, viele strukturelle Aussage völlig anders.
und differenzierter

Referat Öffentlichkeitsarbeit

An alle
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Hiermit möchte ich Sie bitten, die Kurznachrichten der Monate September und Oktober für die kommende "Biene" (Redaktionsschluß Ende August) bis spätestens 14. August beim Öffentlichkeitsreferat bekanntzugeben.

Ferner möchte ich an die Texte und Bilder für den Jahreskalender 1996 erinnern.

Berlin, den 14. Juli 1995

i.A. G. Stegl

- Wir stellen fest, daß diese Diskussionspapier, das
Wirtschafts- und Sozialsystem in seine Grundlage fagelt
übernimmt, weil wir es als u.E. an eine falsche bzw. nicht tragfähige
Perspektive geknüpft + beschränkt wird.

- Der Text fehlt Kohärenz!

Gossner Mission Fennstraße 31 D-1190 Berlin

Ein Scheitern der Aufnahme der Feststellungen in die konkrete Ausfüh-
rungsphase des Papiers

Die Verantwortung für die eie Welt bleibt deklaratorisch,

- Es fehlen Frage, Modelle, Hinweise auf andere Wirtschaftssysteme
die eine nachhaltige + lebensfähige Gesell. ermöglichen

- Wir fordern Aufnahme von Vorschläge ein ökolog. Menschen- u. weltweite
Bewertung von Kapitalbewegungen; andere gesell. Organisations-
formen, u. Arbeit a mehr Mensch zu verbieten + Arbeitszeiten zu begrenzen
D.h. strategisch geht es globale Märkte in ihrer zerstörerischen
Funktion f. Mensch + Natur abzubauen, u. Regionale + lokale
Wirtschaftskreisläufe besser zu gestalten + finanzierbar zu machen.

Zu 2. Ad hier u.E. falsche Perspektive - Wertlosigkeit

Ad hier keine Analyse, die Realität als Krise beschreibt.
Wirtschaft

Ad hier Frage ⁹⁰⁵ "Lösungsvorschläge" neoliberaler Charakter

Es fehlt die Schärfe, Stellung, die bewirkt in die wirtschaftl.
Ordnung (pol. gemeint) geknüpft wird.

Unsere Forderung: Mehr Informationen über Modelle von
Arbeitsverteilung (z.B. Arbeitszeitmodelle)
über verschiedene ~~Veränderungen~~ (z.B. nicht
a. Lohnarbeit sondern a. lab.ärtl. Wertschöpf.)
über Einfluss von Beschäftigungsstrukturen, die
nicht lab.orientiert, sondern Arbeit finanzieren
Vorschläge zu notwendigen Lasten ^{Vermögensabgabe} ausgleichend
Reichen in eine Last zu produzieren - unsere u.E.
in ein Wort d. Krise zu Sozial + wirtsch. Lage zu lesen
Arbeit resultiert nicht aus "gerechtigkeitslücken" sondern
aus der Grundstruktur der "marktwirtsch. geprägten Gesell."
Gewinn der reichen Bevölkerungsschichten geht auf Kosten
der Armen. Das muß beendet + in ^{offiziell}
Bewertung
z.B. Reichtumsberichte

hier nur erwähnen
Theol. Teil:
Wir sind von
Verzicht d. Kultus
+ Menschenopfer
gesprochen, die Jahre
nicht gefallen

Ausgangspunkt für die Förderung des Bereiches „Gesell. Bez. Dink“ der GM

~~were beigefügt~~
Im Bereich Gesellschaftsbezogene Dienste der Gossner Mission gibt es durch personelle Veränderungen bedingt auch neue konzeptionelle Planungen für 1996.

Wichtige Arbeitsschwerpunkte sind zum einen: Lokalökonomische Gemeinwesenarbeit mit Projektbegleitung; zum anderen: Bildungsarbeit zum Thema "Industriegesellschaft" mit verschiedensten Gruppen während der theologischen Ausbildung und als Weiterbildung für Pfarrer und Pastorinnen.

Darum wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Technologie Netzwerk Berlin e.V. und einigen Arbeitslosenprojekten Weiterbildungsseminare (3 mal 3 Tage im Jahr 1996) für Verantwortliche aus sozialen Projekten zum Thema: "Lokale Ökonomie - was ist das - wie geht das?" anbieten. Wir erleben vor Ort, wie wenig geübt viele Initiativen sind, Strukturen vor Ort aufzubauen und zu erkämpfen, die Wirtschaftlichkeit und soziale Aufgaben beieinander lassen. Dafür müssen in vielen Bundesländern arbeitsmarktpolitische Entscheidungen gesetzlich neu geregelt werden. Kirchengemeinden bzw. -kreise können für den Aufbau lokal-ökonomischer Strukturen wichtige Dienste leisten: indem sie z.B. Gebäude oder die Infrastruktur zur Verfügung stellen oder Trägerschaften für Arbeitslosenprojekte mit übernehmen. Für

Weiterbildungsangebote dieser Art durch die Gossner Mission wären 10.000,- DM als Eigenmittel eine gute finanzielle Grundlage, um noch andere Fördermittel für die Seminare beantragen zu können.

Ein anderer Arbeitsbereich für 1996 soll die Begleitung und Organisation von Partnerschaftskontakten zwischen Überseegemeinden und Kirchenkreisen in Deutschland zum Thema "Industriegesellschaft im Auf- und im Umbruch" sein. Es soll hierbei Erfahrungsaustausch, gegenseitiges Kennenlernen der Wirtschafts- und Sozialstruktur, personelle Aktivierung z.B. im Kampf um betriebliche Mitbestimmung und die Intensivierung ökumenischer Kontakte im Vordergrund stehen. Auch hier können 10.000,- DM weitere CO-Finanzierungen möglich machen.

In Aufnahme der Anregungen der letzten gemeinsamen Sitzung zwischen dem Missionsrat - d. Vorständen der GM sind wir für in beide Richtungen für eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Kirchenkreisen Darmstadt.

Wir bemer

111

Forme Alternativen Wirtschaftens:

- EDCS

- Ökologische ~~in~~ ^{Materialbeschaffung} ~~von~~ ^{+ - Verwertung} Produktion der Betriebe

Gossner Mission Fennstraße 31 D-1190 Berlin

Gossner
Mission

Telefon
003 72 / 635 11 98
Telefax
003 72 / 635 11 98

- Arbeitszeitmodelle, wo mehr Mitarbeiter tätig sein können

- Lokale Wirtschaftsformen

Wir wollen, daß Kide beispielgebend ^{sich selbst organisieren und} ~~ist~~ so ein Papier ~~ist~~

a) Kide als Benutzer von Immobilien

b) " " Vermögensverwaltung

c) " " Arbeitsleben

Erkenntnisse umsetzen, um dies eigen

• Hier könnte sie weitere stellende Beispiele ~~aus~~ ^{ausgewählte Worte} " sage an Können

Wichtiges
Bsp. als
Anregung

zu a) Soziale Nutzung - Kammale Erbschaft -
finanzielle Unterstützung

zu b) EDCS bzw. Aufhebung der ^{detaillierte} ~~Wickl.~~ Vermögens-
verwaltung und Halbjahresberichte, Geld in
gewinnbringend anzulegen bzw. ^{Wartung} billige Angebote
zu nehmen.

zu c) Arbeitszeitmodelle bzw. Umwertung von
Arbeit im Rahmen der Mitarbeiter schafft.
Wickl. Beschäftigungsfonds

Kide kann regional bzw. lokal ² ~~Einfluss~~ ^{Einfluss} auf den Wirtschafts-
stand haben

In der Ostde gibt es Beispiele, Bsp. und Initiativen,
die Vordrucke wollen + praktizieren, davon kann bzw.
sollte angelehnt werden.

Wir haben in ein m. E. zu Ihren Arbeitsprozeß, versucht
Ant - wort zu geben. Der Versuch bleibt aber ^(Freiwilligkeit) auf der Ebene des Papiers
Das ~~Woll.~~ ^{Woll.} ~~Staubes~~ ^{Staubes} ~~bedeutet~~ ^{bedeutet} ~~in~~ ⁱⁿ ~~Holl.~~ ^{Holl.} - so würde ich bei Lesern
gibt eine andere, aber stringente Lesart und dann mehr
Anregungen 2 Reden + Tm.

Postgiro Berlin West
BLZ 100 100 10
Konto 520 50-100

EDG Kiel (Fil. Berlin)
BLZ 100 602 37
Konto 139 300

x 2. Seite:

Im Bereich Gesellschaftsbezogene Dienste der Gossner Mission gibt es für 1996 durch personelle Veränderungen bedingt auch neue konzeptionelle Planungen ^{für 1996} Lokalökonomische Gemeinwesenarbeit mit Projektbegleitung; ~~X~~ Bildungsarbeit zum Thema "Industriegesellschaft" mit verschiedensten Gruppen während der theologischen Ausbildung und als Weiterbildung für Pfarrer und Pastorinnen, ~~und~~ Wichtige Arbeitsschwerpunkte sind zu nennen! Darum wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Technologie Netzwerk Berlin e.V. und einigen Arbeitslosenprojekten Weiterbildungsseminare (3 mal 3 Tage im Jahr 1996) für Verantwortliche aus sozialen Projekten zum Thema: "Lokale Ökonomie - was ist das - wie geht das?" anbieten. Wir erleben ~~vor Ort~~, wie wenig geübt viele Initiativen sind, Strukturen ~~von Ort~~ aufzubauen und zu erkämpfen, die Wirtschaftlichkeit und soziale Aufgaben beieinander lassen. * Kirchengemeinden bzw. -kreise können für den Aufbau lokal-ökonomischer Strukturen wichtige Dienste leisten: indem sie z.B. Gebäude oder die Infrastruktur zur Verfügung stellen oder Trägerschaften ^{als Arbeitsloseprojekte} mit übernehmen. Für Weiterbildungsangebote durch die Gossner Mission wären 10.000,- DM als Eigenmittel eine gute finanzielle Grundlage, um noch andere Fördermittel ^{die Seminare} beantragen zu können. Ein anderer Arbeitsbereich für 1996 soll die Begleitung und Organisation von Partnerschaftskontakten zwischen Überseegemeinden und Kirchenkreisen in Deutschland zum Thema "Industriegesellschaft im Auf- und im Umbruch" ^{sein}. Es soll hierbei Erfahrungsaustausch, gegenseitiges Kennenlernen der ~~Wirtschafts- und Sozialstruktur~~ Situationen, ~~einige~~ ^{personelle} Aktivierung z.B. im Kampf um betriebliche Mitbestimmung und die Intensivierung ökumenischer Kontakte im Vordergrund stehen. Auch hier sollen 10.000,- DM weitere CO-Finanzierungen möglich machen. ~~so~~

* Dafür müssen in viele Bundesländer arbeitsmarktpolitische Entscheidungen gesetzlich neu geregelt werden.

Einführung (Freitag Abend - B. Kasse)
Szenario

Identität = soziales Befriedigungsproblem
Werte = Notwendigkeit d. Kopfes \leftrightarrow Deregulierung

EKD Studie 2 Themen blend f. alle

offiz. + versteckte ^{Ab. blind =} 7,5 Mill

(Ab. plat. Kunde 9,5

Arbeitsmarkt - 2,0 "

noch pol. maßgebend

dazu ABM + Korsett

das insgesamt = 11 Mill

K. Ordnung = realer Tausch

Bund = Arbeitsmarkt "

Anteil auf a a Konzipient. Prozess a
+ sehr ähnliche Schreibe

\Rightarrow 3 Optionen

bei der Bund: S. 13

18 Kei Frieden die Gesellschaft
nehmen so wohl, Entwicklung f
" leicht

Abt = inwärtiges Selbstverständnis
des Lebens

Abt statt Ab. los gibt mit zu finanzieren

Abt = strukturelles Problem

Stark Taktiken zu erwarten - d.h. Haltung des Staats quo
Gesetzlage = einheitliche Formel zu Abt. aller Abdrück

Punkt ist der 3. Formel S. 15/18.
Abt. bleibt Form der Solidarität

3. Umweltzerstörung

Interess: Betroffene ställe von eigen Erfahrung - jede Absicht
= Originalität

Wozu? Wirtschafssystem hat Vorseite oder ist es das wahre Gesicht?

2. Abschl

Verfall Produkt + Konsument hat sich völlig verändert

" behindert Werbung der Konsumente + wird ingehört

Staat, Gewerkschaft als Gegenstücke

Faktor = Schlüsselwort f. Marktsysteme

Soziale Marktwirtschaft = Produkt des kalten Krieges
wie wird ohne Konkurrenz West-Ost
" " geht zu Ende

7 Gr-dfaktoren der Marktwirtschaft

1. Einseitige Ausrichtung auf kaufkräftige Nachfrage
produziert marginalisierte
Interessent in kaufkräftige
2. Spielt sich international + national ab
3. Alter + Natur sind Kostenfaktoren - Systeme
ohne Eigenwert (auch f. informelle Arb.)
4. Wirtschaftliche von Konsumtgeist bestimmt
(Kostenüberwälzung - auf Umwelt abge-
schoben oder auf nächste Generation
" Schwach)
5. Tendenz auf Markt Konzentration
6. Marktwirtschaft fällt f. sich kein Wertewort
(egal ob Waizen oder Waffe Herstellung)
7. Wille der Herrschaft von Aufschwung + Abgang
wird als gegeben angesehen

3. Reflexion

Leben mit einer Vision

Gott + Mensch sind Kontrast

Kampf \rightarrow Abgötterei

R

begleitet mit bibl. Traditionen
Recht d. Herrn steht an 1. Stelle =
Gerechtigkeit - Bibel

Freie f. die Dinst
a. Markt, Frieden

A . T . B . B .
ASSOCIATION DES TOGOLAIS en BERLIN-BRANDENBURG
DIE VEREINIGUNG DER TOGOER IN BERLIN-BRANDENBURG e.V. i.G.

Michendorfer Chaussee 144, 14473 Potsdam, Fax: 0331/291270

E I N L A D U N G

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Vereinigung der Togoer in Berlin-Brandenburg e.V.i.G. und die Vereinigung der Togoer in Deutschland geben sich die Ehre, Sie zu einem feierlichen Togo-Abend

am Dienstag, dem 19. September 1995
um 19.30 Uhr
im Treffpunkt Freizeit
in Potsdam, Am Neuen Garten 64

einzuladen.

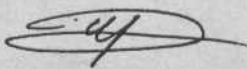
Die Veranstaltung findet im Rahmenprogramm der Ausstellung "Weltreise nach nebenan" und in Vorbereitung der Woche der ausländischen Mitbürger statt. Die etwa 60 im Land Brandenburg lebenden Togoer wollen diese Gelegenheit nutzen, um interessierten Brandenburgern einen Bericht über die Situation in ihrem Heimatland zu geben. Als prominente Gesprächspartner werden zwei führende Oppositionspolitiker Togos erwartet:

Herr Claude AMEGANVI,
Präsident der Togoischen Arbeiterorganisation
für Demokratie (O.T.T.D.)

Herr Ahlonko DOVI,
Präsident der nationalen Menschenrechtskommission
Togos

Wir hoffen, Sie als unseren Gast am 19.9. begrüßen zu können und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Angelo AVOKPO



4. Handyparadise - nicht mit News
 Handys - Regime
 - Werte
 - Ethik

aber das ist auch sehr wichtig, sind wichtige,
 wie bedroht man Menschen davon Existenz zu zerstören
 d.h. Bedrohung + Handel wichtige

5. Aufbruch zu neuen Ufern

Entscheidend muß gefällt werden - Monopole, Konkurrenz, Gold, Forderungen, Zulassung

Widerstand gegen Veränderung zu

gelöblich, das kann sich zu einer neuen Phase

Vorschlag des Papiers: Vertrauen auf Wirtschaftswachstum
 zu unterminieren

= Heutlichster Punkt, aber da
 ist Monopole, sich anzureichern

aktive Bereiche, daß dies Wirtschaftssystem

Wichtige Rolle des Monopols
 ist die Ideologie Manipulation der Wirtschaft

Wichtige Haltung, diese
 Ideol. zu unterminieren und sich
 das System gold wert zu machen

daß z.B. Geld, Wert hat +
 Heilsbedeutung ist
 Jahre \leftrightarrow Monopole Ideologie als
 Machtfaktor

IV

2. The a And / Reich

^{Proble}
gelöre - Eiger
- E-Kommensdifferenzierung

Eladng 2
Stadthilfsgesellschaft



OSTDEUTSCHER RUNDFUNK
BRANDENBURG

Herr D. Schneider

OSTDEUTSCHER RUNDFUNK BRANDENBURG

ANTENNE BRANDENBURG · Postfach 601660 · 14416 Potsdam

**Herrn
Stefan Flade
Lutherstraße**

14482 Potsdam

ANTENNE BRANDENBURG

Puschkinallee 4

14469 Potsdam **4242**

Telefon 0331/72-1 **4205**

Telefax 0331/72-1

09.09.1995

Potsdam, den

Lieber Herr Flade,

heute endlich der versprochene Mitschnitt des Beitrages über Dieter Lattmann.

Wir haben ihn auch dem Verlag zugeschickt, der uns ja freundlicherweise ein paar Bücher zur Verlosung zugeschickt hatte.

Vielen Dank auch für das Heftchen zur Friedrichskirche. Es ist interessant und auch attraktiv geworden. Wir machen dazu und zu den weiteren Vorhaben sicher bald auch mal was. Es ist nicht immer leicht, gleich ins Programm zu kommen, aber ich melde mich bald mal.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Schneider

mit freundlichen Grüßen

Dieter Schneider

ANTENNE
BRANDENBURG

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Beitrag der Gossner Mission zum Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen

Der folgende Beitrag der Gossner Mission zum Konsultationsprozeß über die "wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland" ist das Ergebnis der Diskussion während der Gossner Konferenz am 15. und 16. September 1995 in Berlin. Uns geht es mit unserem Beitrag nicht so sehr um die Auseinandersetzung mit dem Text der Diskussionsgrundlage (DG), sondern um den Versuch, Erfahrungen aus unserer Arbeit in der Industriegesellschaft und in der "Dritten Welt" und Handlungs- und Einflußmöglichkeiten in die Diskussion einzubringen.

1. Mit der DG werden Probleme aufgegriffen, die in der Tat der breiten Diskussion in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft bedürfen. Wir sind darüber erfreut, daß die Diskussion in Gang gesetzt worden ist und daß sich viele Gruppen, kirchliche Institutionen und Verbände daran beteiligen. Nach unserer Kenntnis fehlen aber weithin Stimmen aus den Gemeinden, vor allem den evangelischen. Wichtiger als ein gemeinsames Wort der Kirchen, von dem wir fürchten, daß es als Kompromißpapier in die Reihe kirchlicher Denkschriften eingeht, die keinem weh tun und nichts bewegen, ist uns die Fortführung der Diskussion an der kirchlichen Basis. Der Konsultationsprozeß muß die Gemeinden intensiver an der Diskussion beteiligen und die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung im Juni 1996 in Erfurt einbeziehen.
2. Wie viele andere kritisieren auch wir die unzureichende biblisch-theologische Grundlage, die fehlende Botschaft und Vision, auf die hin wir glauben, hoffen und arbeiten, die gründliche Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Speziell ostdeutsche Erfahrungen und die Erfahrungen und die Perspektive von Frauen werden fast vollständig ausgeblendet. Die DG bleibt in charitativen Appellen und Verpflichtungen stecken. Die fehlende Analyse und ein offenkundiger Mangel an Solidarität mit den Betroffenen und ihren Kämpfen zeigt sich z.B. in der Verwendung des Begriffes "Option". Der Kampf- und Entscheidungsbegriff aus der Theologie der Befreiung und dem konziliaren Prozeß wird durch den Appell an "unsere Gesamtverantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft" (P.8) entleert und neutralisiert. Um der "Perspektive der ganzen Gesellschaft" willen (P.5) wird der ökumenische Konsens vergessen, daß Gottes Gerechtigkeit Parteilnahme für die Armen ist und die Gesamtgesellschaft aus der Perspektive der Armen gesehen und bewertet werden muß. Die "Armen" sind nicht "schwach", sondern stark, phantasiereich, zäh in ihren Überlebens- und Lebenskämpfen. Die DG hätte aus der seit Jahren geführten ökumenischen Diskussion zu Fragen der Weltwirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit methodisch und inhaltlich lernen können, wie aus der "Perspektive von unten" heraus Theologie lebendig wird und sowohl ihr kritisches als auch ihr gestaltendes Potential entfaltet.
3. Aussagen wie: "Unser Ziel ist eine soziale Ordnung, die nicht nur in unserem Land neue Lösungsmöglichkeiten eröffnet und einen gerechten Ausgleich schafft, sondern angesichts der globalen Abhängigkeiten und Verflechtungen auch eine faire Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklung für alle Völker ermöglicht." (P.6) oder: "Der ethische Anspruch einer Wirtschaftspolitik wird auch daran gemessen, was sie zur Überwindung der internationalen Armut beiträgt." (P.125) werden faktisch zurückgenommen, weil die "soziale Marktwirtschaft" nicht als Teil des Problems erkannt, sondern als Teil seiner Lösung angesehen wird.

Nach unserer Erfahrung ist die Marktwirtschaft, auch in ihrer sozialen Variante, wegen ihrer Grundfehler nicht in der Lage, soziale Gerechtigkeit oder bezahlte Arbeit für alle zu schaffen. Sie ist weder ökologisch noch ökonomisch "nachhaltig" (sustainable), weder sozial noch menschengerecht. Mit der globalen Durchsetzung der Marktwirtschaft entstehen im Norden wie im Süden und im Osten einerseits soziale Wohlstandinseln und wirtschaftliche Machtzentren, andererseits werden ganze Regionen, Völker und Menschengruppen marginalisiert. Diese Fehlentwicklung hat ihre Ursache in den "Geburtsfehlern" der Marktwirtschaft:

- Der Markt reagiert mit seinem Angebot nur auf kaufkräftige Nachfrage. Die Bedürfnisse der Armen und der armen Länder bieten keinen wirtschaftlichen Anreiz, deshalb sind sie für den Markt ohne Interesse. Von Interesse ist ihre potentielle Kaufkraft. Der Markt organisiert seine Nachfrage mit massiver Werbung, Arme werden manipuliert und setzen ihre geringe Kaufkraft für unsinnige oder schädliche Dinge ein. Die ärmsten Länder werden aus dem Marktgeschehen ausgegrenzt bzw. dazu gezwungen, ihre besten Produkte, Rohstoffe und Kapital, zu exportieren.
- Der Markt ist nicht an "Nachhaltigkeit" (Sustainability) interessiert. Arbeit und Natur werden nur unter Kostengesichtspunkten bewertet, Kosten müssen möglichst gering gehalten und nach Möglichkeit abgewälzt werden. Die natürliche Umwelt, die Schwächeren, die zukünftigen Generationen tragen die Folgen. Reproduktive und informelle Arbeit hat innerhalb der Marktwirtschaft keinen Wert an sich. Frauen und Männer, die nicht im formalen industriellen oder Dienstleistungssektor tätig sind, die Mehrzahl der Menschen in der "Dritten Welt" werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und allenfalls als Sozialfälle angesehen, und dies weltweit.
- Die Marktwirtschaft ist nicht "frei". Ihre "Freiheit" ist allenfalls die "Freiheit des Stärkeren". Die Macht liegt bei Multinationalen Konzernen. Kleinere einheimische Unternehmen werden kaputt gemacht. National organisierte Regierungen, Gewerkschaften, Verbände, Parteien verlieren den Multis gegenüber an Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten.
- Die dominanten Wirtschaftsbeziehungen spielen sich unter immer weniger Subjekten ab, die immer mehr konsumieren sollen. Traditionelle Produktionsweisen und Verteilungsmechanismen werden zerstört. Gleichzeitig wird ein zynisches Menschenbild propagiert, als sei durch immer mehr Konsum mehr Lebensqualität zu gewinnen.
- Marktwirtschaft setzt aus sich heraus keine Werturteile, sie ist nur am Profit interessiert und überläßt dem Gewissen des einzelnen Unternehmers oder ggf. dem Staat die Entscheidung, ob Waffen oder Spielzeug produziert und gehandelt werden. Wellenbewegungen im Wirtschaftsgeschehen werden als Naturgeschehen hingenommen. Um effektiv zu bleiben, muß die Wirtschaft die Produktionskosten senken, d.h. modernisieren. Damit wird bezahlte Arbeit immer kostbarer, und die Arbeitslosigkeit wächst.

4. Das Soziale und das Ökologische sind der Marktwirtschaft abgerungen. In der Vergangenheit haben der Staat, die Gewerkschaften, Verbände, Parteien und nicht zuletzt der "real existierende Sozialismus" die Marktwirtschaft gezähmt. Angesichts der Globalisierung der Marktwirtschaft haben nationale Organisationen an Einflußmöglichkeiten verloren. Umso wichtiger erscheint uns eine breite ökumenische Koalition: Kirchen können ihre

ökumenischen Verbindungen nutzen, um schonungslos auf die zerstörerischen Folgen der Weltmarktwirtschaft aufmerksam zu machen. Sie sollten politische Forderungen unterstützen, die auf Demokratisierung der Weltwirtschaft zielen. Sie sollten wirtschaftliche Alternativen suchen, fördern und selbst organisieren. Wir finden es bedauerlich, daß die DG kaum konkrete Handlungsmöglichkeiten nennt. Damit wird die Möglichkeit verspielt, auf Alternativen aufmerksam zu machen und Bewegungen, Gruppen, Gemeinden, Netzwerke und einzelne, die alternative Wirtschaftsformen ausprobieren, in ihren Initiativen zu unterstützen.

5. Wir gehen davon aus, daß in unserer Gesellschaft "nichts mehr so wird, wie es einmal war", d.h. einen bezahlten Arbeitsplatz mit entsprechender Entlohnung wird es für einen wachsenden Teil der Bevölkerung nicht mehr geben. Darauf müssen wir uns auch als Kirchen einstellen, und dies nicht nur im Blick auf Kirchensteuermittel, sondern vor allem im Blick auf die Menschen, die keine "normale" Arbeit mehr haben. Wir stellen fest, daß die, die noch "normal" arbeiten, immer weniger bereit sind, für die "anderen" zu zahlen. Diese wachsende Entsolidarisierung wird politisch noch durch die Debatte über die Unbezahlbarkeit von Sozialleistungen und des zweiten Arbeitsmarktes unterfüttert. Die Kirchen dürfen sich mit dieser Situation nicht abfinden. Wir müssen wirtschaftliche und soziale Konzepte erarbeiten, die gesellschaftliche Solidarität und eine nichtdiskriminierende Neubestimmung von produktiver und reproduktiver Arbeit, von erstem und zweitem Arbeitsmarkt ermöglichen. Gleichzeitig bleiben Forderungen nach Schaffung tragfähiger Arbeitsplätze, nach Demokratisierung im Wirtschaftsleben, nach Beteiligung breiter Schichten am Produktivvermögen, nach einer sozialen Absicherung durch ein Grundeinkommen, nach Begrenzung des individuellen Reichtums und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten gültig und müssen von den Kirchen unterstützt werden. Gemeinden und Kirchenkreise können sich als Träger zur Verfügung stellen und unter Beteiligung der Betroffenen Projekte im Gemeinwesen durchführen.

6. Die Probleme der "Dritten Welt" sind zunehmend auch europäische Probleme. Dieser Tatsache können wir nicht durch Abschottung begegnen. Wir gehen davon aus, daß das, was für die "Dritte Welt" gut ist, auch für uns gut ist. Kirchen und Christen müssen aus der Perspektive der "Dritten Welt" um unserer gemeinsamen Zukunft willen den Marktmechanismen Widerstand entgegensetzen. Auch hier gilt, was wir für unsere Gesellschaft fordern: Wir müssen Konzepte für eine weltweit gerechte und tragfähige Wirtschaft erarbeiten und gleichzeitig praktische Schritte tun, die solche Konzepte untersetzen. Die Schritte, die wir vorschlagen, sind nicht neu. Sie sind auch nicht revolutionär, sie ermöglichen aber mehr Partizipation und Demokratie für die Menschen, für die Wirtschaft da ist (P.124), und sie können in ihrer Summe Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen verändern:

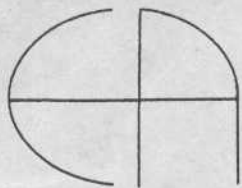
Kirchen und Gemeinden können durch politische Forderungen wie Entschuldung der ärmsten Länder der "Dritten Welt", nach Demokratisierung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen (Weltbank, IWF, GATT, WTO), nach veränderten internationalen Handelsbeziehungen, nach Einführung der Tobinsteuer zur Eindämmung von Spekulationsgewinnen und einer 20:20% Sozialklausel, nach Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7% des BSP und Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu veränderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Länder der "Dritten Welt" beitragen. Dies wiederum ermöglicht und stärkt binnenorientierte und regionale Wirtschaftskreisläufe in der "Dritten Welt". Eine Wirtschaft, die den Menschen zugute kommt, die in ihrer Umgebung leben, kommt auch der Umwelt und dem sozialen Frieden zugute. Projekt-, Gemeinde-, Kirchenpartnerschaften, Änderungen unseres Konsumverhaltens können politische Forderungen konkretisieren.

7. Der "Kontext Welt" kann und darf nicht lediglich unter dem Aspekt der Bedrohung für unseren Wohlstand und unseren Frieden bzw. als Objekt unserer Verantwortung beschrieben werden. Was für die "Welt bei uns" gilt, gilt auch für die Welt als Ganzer: "Das Zusammenleben mit Menschen anderer Herkunft - Flüchtlingen, ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, Aussiedlern - ist ... ein entscheidendes Feld des Lernens und Gestaltens" (P.102). Die Welt ist der Ort, in dem sich die Vielfalt menschlichen Lebens und menschlichen Wirtschaftens manifestiert. Diese Vielfalt macht uns auf unsere Defizite aufmerksam. Wir wollen andere Religionen und Kulturen nicht verklären und Armut nicht romantisieren, aber im ökumenischen Horizont können wir von der ungeteilten Lebensbejahung und Lebensfreude, der Fähigkeit, zu nehmen und zu geben, zu genießen, was man hat, ohne gleich an die wirtschaftliche Verwertbarkeit zu denken, von der Kraft, Niederlagen zu bewältigen und der Freude am Zusammensein mit anderen nur lernen. Kirchen und Gemeinden sollten gemeinsam mit ihren Partnern in aller Welt nach neuen lebensfähigen Wirtschaftsmodellen suchen und Lebensqualität jenseits vom Konsumzwang erproben.

Seit der Veröffentlichung der DG im November 1994, also seit knapp einem Jahr, sind so viele Sozialstandards zur Disposition gestellt worden wie nie zuvor. Die Diskussion um die Senkung der Sozialhilfe, um die Streichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Freigabe der Sonn- und Feiertagsarbeit, die vielfache untertarifliche Bezahlung in ostdeutschen Betrieben, das Ausspielen von Industriestandorten, eine gesellschaftlich akzeptierte Arbeitslosigkeit auf immer höherem Niveau zeigen, daß die Krise des Sozialstaats tiefer, sein Abbau weiter fortgeschritten ist, als die DG meint.

Wir erhoffen uns von dem Konsultationsprozeß, daß unsere Kirchen eine klare Position zugunsten der Menschen beziehen, die unter die Räder der Marktwirtschaft fallen bzw. längst unter ihre Räder gefallen sind.

Berlin, 9. Oktober 1995
im Auftrag der Gossner Konferenz
Friederike Schulze
Gossner Mission
Fennstr. 54
12439 Berlin
Tel. 030-6317809
Fax: 030-6361198



Evangelische Akademie Berlin - Brandenburg

Dr. theol. habil. Walther Bindemann
Studienleiter

Haus der Kirche · Goethestraße 26 - 30 · 10625 Berlin · Telefon: 030 / 31 91 - 211 · Telefax: 030 / 31 91 200



Berlin, den 22. Mai 1995

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der
Konsultation über ein "Ostvotum" zum Wirtschafts- und Sozialwort!

Anliegend übermittle ich Ihnen ein Ergebnisprotokoll unserer Konsultation am 19. 5. Diejenigen, die vorzeitig gehen mußten, werden Ihren Namen z. T. in einer der Arbeitsgruppen finden, die wir verabredet haben. Wir hoffen auf Ihr Verständnis. Wer keiner Arbeitsgruppe zugeteilt wurde und trotzdem gern mitarbeiten möchte, sollte sich an die jeweiligen Einberufer wenden. Um Ihnen die Kommunikation miteinander zu erleichtern, erhalten Sie beiliegend eine Kopie der Anwesenheitsliste.

Als Termin für die nächste Zusammenkunft haben wir den 23. 8. vereinbart. Der Ort und die genaue Zeit wird Ihnen noch bekanntgegeben.

In der Hoffnung auf gute Weiterarbeit und mit freundlichen Grüßen,

Ihr

11	Scherhofs, Henny	Studien- leiter	45	Ev. Akademie, O. Güericke Str. 57 39104 Magdeburg	10-17	H. Scherhofs
12	Flade, Annette	Pastorin	44	Gossner Mission Fennstr. 31 12439 Berlin	18-18	A. Flade
13	Adler, Elisabeth	ex - Ev. Akademie	68	Schulze-Boyte-H. 67 10365 Berlin	10-18 (Zente. u. V. d. G. u. d. G.)	E. Adler
14	Flöckel, W.-J.	Rektor	66	F. Engels Str. 156 15758 Zemsdorf	10-18 o. f. d. Abend	Flöckel
15	Hartmann, Michael	Studien- leiter	36	Wasserwaldstr. 18 13589 Berlin	10-19	H. Hartmann
16	Kranke, Ludwig	Radfahrer	54	Albrecht 14 10117 Berlin	11-	Ludwig Kranke
17	Binkelmann, Walter	Pfarrer	48	Hauptstr. 32, 13055 Berlin	10 ⁰⁰ -18 ⁰⁰	W. Binkelmann
18	Fürger, Wolfram	Pfarrer	37	Neue Brunnstr. 19-22 (Bischofsberg)	14 ⁰⁰ -18 ⁰⁰	F. Fürger
19	Bohleber, Wolfgang	H. Angest.	50	Verband Berl.-Brandb. Wohnungsunternehmen e.V. Lentzeallee 107 14195 Berlin	14 ⁰⁰ -	W. Bohleber
20	Histewitz, H.	Angestellter	45	Königsplatz 13 13787 Berlin	15-18 ⁰⁰	H. Histewitz

Nr.	Name und Vorname	Beruf	Alter	Anschrift	Teilnahme von bis	Unterschrift / Institution, Gruppe
1	Hugoth, Matthias	Dozent	41	Kath. Fachhochschule Berlin	10.00-12.30	M. Hugoth
2	Schiemann, Frank	Wirtschaftler	39	SÖSTRF	10.00-14 ⁰⁰	<i>[Signature]</i>
3	Wittich, Dietmar	Soziologe	51	ixda Berlin	10.00-14.00	D. Wittich
4	Goldstein, Horst	Referent	55	Franziskan. Bildungswerk Berlin	10. - 17.	<i>[Signature]</i>
5	Döring, Hans-Joachim	gach Geschäfts- führer	40	Georgenkirchstraße 70 10249 Berlin c/o Skiföring Nord-Süd-Brücken	10 ⁰⁰ -17 ⁰⁰	Hans-Joachim Döring
6	Föste, Töns	Stellm- leiter	49	Ev. Akademie K.-Markt-Platz 15 17489 Greifswald	10-18	T.F.
7	Bandt, Uli	Pfarrer	34	Oberdorf 6 18551 Bobbin / Dg	10-18	U. Bandt
8	SUND, Olaf	Statistik	63	Min. für Arb., Sozialu., Gesundheit u. Frauen Polzdam, HMA-Geb 107	10-14	Olaf SUND
9	Nagel, Sabine	Mathem.	43	Evang. Akademie Tübingen Zinzendorfhaus, ... Neuviertel	10-16	Sabine Nagel
10	Heilmann, Cordula	Pastorin	42	Fachstelle für evl. Jugend-Bildg. am - EHEG-Fachstelle Auguststr. 80 10117 Berlin	10-18 ⁰⁰	<i>[Signature]</i>

Ergebnisprotokoll der Konsultation über ein "Ostvotum" zum Wirtschafts- und Sozialwort von EKD und Deutscher Bischofskonferenz

Am 19. 5. haben wir eine erste Konsultation über ein "Ostvotum" zum Wirtschafts- und Sozialwort von EKD und Deutscher Bischofskonferenz durchgeführt. Da nicht alle, die an der Mitarbeit grundsätzliches Interesse geäußert haben, daran teilnehmen konnten, und einige Teilnehmer die Veranstaltung vorzeitig verlassen haben, möchte ich Sie möglichst ausführlich über unsere Verabredungen informieren.

1. Charakter des Votums:

Die "Diskussionsgrundlage" ist eine wichtige Äußerung der beiden kirchenleitenden Gremien, die eine Antwort verdient. Diese kann aber aus unserer Sicht nicht zustimmend ausfallen, sondern wird Ant-Wort (im Sinne von Anfrage und Wider-Wort) sein müssen.

2. Inhaltliches Konzept für das Votum:

2. 1. Die "Diskussionsgrundlage" spricht wichtige Themen (Frauen, Nord-Süd-Beziehungen) nicht an. Diese "Weglassungen" hängen eng mit der Perspektive zusammen, aus der heraus sie verfaßt ist: Es ist eine "Gewinnerperspektive", eine vorwiegend westliche Sicht, eine Sicht "von oben", die wichtige Menschengruppen sowohl in unserer Gesellschaft wie auch global ausschließt. Die "Weglassungen" gehen also mit Ausgrenzungen einher.

Daher sollten in einem ersten Teil unseres Votums Weglassungen benannt und die implizierten Ausgrenzungen beschrieben werden.

Dazu gehören Fragen wie: Wo bleiben bei der Sicht aus Gewinnerperspektive die Verlierer wirtschaftlicher und sozialer Prozesse?

Ist "Option für die Schwachen" nicht zu ungenau? (Im ökumenischen Gespräch waren wir schon weiter!)

Ist es gerechtfertigt, auf Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zu vertrauen?

Verbürgt Wirtschaftswachstum Entwicklung?

Die Diskussionsgrundlage beschreibt keine Ansätze zu wirtschaftlicher Umsteuerung!

Einen Entwurf für Teil 1 wollen Elisabeth Adler, Cordula Heilmann und Wolf-Dieter Graewe liefern.

Einberuferin der Arbeitsgruppe: Adler

2. 2. Die Diskussionsgrundlage ist durch mangelnde bzw. fehlende Analyse gekennzeichnet. Das fällt besonders bei den Aussagen zu "Arbeit" und "Armut" auf.

Daher soll in einem zweiten Teil an den zwei Themenfeldern

- *Armut und Reichtum,*
- *Arbeit und Arbeitslosigkeit*

gezeigt werden, wie auf analytischer Grundlage präzisere und problemgerechtere Konzepte zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit entwickelt werden könnten.

Leitfragen für die Bearbeitung der beiden Themenfelder:

- a) *Spezielle Situation in Ostdeutschland*
- b) *Verknüpfungen von ost- und westdeutscher Problematik.*

Hinzuweisen ist auf

Verarmungsfaktoren im Osten (Armut ist kein "Schicksal", sondern wird produziert; sie entsteht nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern ist ein Teil von ihr),

Neue regionale Disparitäten und dadurch bedingte innerdeutsche Ost-West-Migration,

Besondere Probleme in strukturschwachen ändlichen Gebieten,

Kritische, z. T. dramatische Situation des Mittelstands im Osten, speziell in strukturschwachen Räumen,

Umgang mit Vermögen: Kapital nicht zur Verschärfung sozialer Probleme einsetzen, sondern zu ihrer Lösung aktivieren,

Erforderliche Demokratisierung von (Finanz-)Wirtschaft,

Besondere Struktur von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit im Osten,

Verknappung von Arbeit - im Osten dramatisch (speziell im ländlichen Raum: Landwirtschaft = Wirtschaft ohne Menschen),

Transfer von Arbeit und Arbeitskräften,

Möglichkeiten der Verbindung von Arbeit und Partizipation,

Beziehungen Arbeit - Ökologie

Arbeitsmarktpolitische Erfordernisse die sich aus der ostdeutschen Situation ergeben. Inwieweit können sie auch für Westdeutschland Geltung beanspruchen?

Hans-Joachim Döring, Olaf Sund, Dietmar Wittich, Walther Bindemann entwerfen Teil 2; Einberufer: Bindemann

2. 3. Ein Kirchenwort sollte prophetischer ausfallen! Für die Diskussionsgrundlage ist das Fehlen einer Vision bezeichnend. Eine Ursache dafür wird im Verzicht auf biblisch begründete theologische Aussagen gesehen.

Ein dritter Teil soll auf die theologische Begründung einer Vision aufmerksam machen

*Uli Band, Annette Flade, Horst Goldstein schreiben den Entwurf;
Einberufer: Bandt*

2. 4. Konsequenzen für die eigene Praxis der Kirchen werden in der Diskussionsgrundlage gar nicht benannt - weil die Kirchen nicht als Akteure im wirtschaftlichen und sozialen Leben beschrieben werden.

Ein vierter Teil soll Konsequenzen für wirtschaftliches und soziales Handeln der Kirchen benennen, konkretisiert an den Themenfeldern

- Kirchen als Grundeigentümer
- Kirchen als Arbeitgeber.

Den Entwurf schreibt Henning Schierholz

2. 5. Abschließend sollten alternative Modelle aus Kirche und Gesellschaft beschrieben werden.

verantwortlich: Töns Föste

3. Organisation der Weiterarbeit

Für den 23. 8. ist eine erneute Zusammenkunft geplant. Bis dahin sollten die Entwürfe für die einzelnen Teile vorliegen. Wir gehen davon aus, daß die dafür zuständigen Arbeitsgruppen sich nicht in jedem Fall treffen müssen; kommunizieren können sie auch schriftlich. Die "Einberufer" sind dafür verantwortlich, daß die Kommunikation (in welcher Form auch immer) in Gang kommt.

Es wäre gut, wenn die Entwürfe für die einzelnen Teile schon vor dem 23. 8. allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konsultationsrunde vorlägen, damit sie sie vor der Zusammenkunft bereits lesen können. Die Akademie übernimmt - wenn nötig - Vervielfältigung und Versand.

Walther Bindemann

Vom Überfluß zur Fülle des Lebens

Ant-Wort zur "Diskussionsgrundlage" für ein kirchliches Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage

Eine Gruppe hauptamtlicher kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und engagierter Laien aus mehreren ostdeutschen Bundesländern hat das folgende Votum zum Wirtschafts- und Sozialwort von EKD und Katholischer Bischofskonferenz erarbeitet. Es versteht sich als **Ant-Wort** auf eine Diskussionsgrundlage, die von uns als Anregung zum Gespräch begrüßt, als Vorlage für ein Wort der Kirchen aber als unzureichend empfunden wird. Da wir alle enge Kontakte mit Einzelpersonen und Gruppen aus alten und neuen Bundesländern unterhalten, deren Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialer Probleme in unser Votum eingeflossen ist, bringt es nicht nur unsere persönliche Auffassung zum Ausdruck, sondern repräsentiert auch eine Sicht der Probleme, die von einer großen Zahl von Menschen - Christen wie Nichtchristen - geteilt wird.

1. Weglassungen und Ausgrenzungen

Das Schlüsselproblem der "Diskussionsgrundlage" ist aus unserer Sicht, daß sie aus einer bestimmten Perspektive geschrieben ist: aus der Perspektive von Verteidigern der sozialen Marktwirtschaft, die an deren Erneuerungsfähigkeit glauben und darauf vertrauen, daß Systemschwächen und "Gerechtigkeitslücken" durch Reformen beseitigt werden können. Die "Diskussionsgrundlage" hat weitgehend den Charakter einer Belehrung von oben und von außen; so kommen in ihr wichtige Themen und Probleme nicht vor. Wir befürchten, daß solche Verengung der Perspektive intendiert ist. Ausgrenzung von Themen und Problemen aus der Darstellung geht immer auch mit der Ausgrenzung von Personengruppen einher. Zur Zeit fragen Frauen, Alleinerziehende, MigrantInnen, Solidaritäts- Umwelt- und Friedensgruppen und viele, im Vereinigungsprozeß benachteiligte, Menschen in Ostdeutschland, ob die Kirchen bereit sind, sich für ihre Rechte und Anliegen einzusetzen. Wir möchten Versäumtes einklagen.

Von einem zukünftigen Wort der Kirchen erwarten wir, daß es gerade die Nöte und Bedürfnisse von Benachteiligten und Marginalisierten in wünschenswerter Deutlichkeit zur Sprache bringt. Viele Personengruppen werden dann ihre Lebenswirklichkeit wiederfinden. Dabei könnte an den konziliaren Prozeß angeknüpft werden, der gerade in der ehemaligen DDR eine wichtige Funktion für die Bewußtseins- und Willensbildung in Kirchen und Gemeinden verschiedener Konfessionen hatte.

1. 1. Vorrangige Option für die Armen

Die Kirchen haben sich im konziliaren Prozeß, bei den Ökumenischen Versammlungen in Dresden (1989), Seoul (1990) und auch bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Canberra (1991) zur vorrangigen Option für die Armen bekannt. Dahinter sollten sie nicht zurückfallen. In der "Diskussionsgrundlage" fehlt der deutliche Bezug zum konziliaren Prozeß mit seinen drei Optionen für die Armen, für Gewaltfreiheit, für Schutz und Förderung des Lebens. Wenn nun die "Diskussionsgrundlage" an erster Stelle von einer "Option für die Schwachen" spricht, ist das nicht nur eine andere Formulierung, sondern auch eine folgenschwere Entscheidung für Gesamtzusammenhang und Argumentationsgefälle. Alle Reaktionen, die Ergänzungen und Nachbesserungen anmahnen, sind in diesem Rahmen zu sehen. Es verhält sich dabei wie mit dem Zuknöpfen einer Jacke: Einmal falsch begonnen, kann man noch so intelligent weiterknöpfen - die Schiefelage bleibt. Da hilft nur noch, das Ganze von Beginn an neu anzusehen.

Der Blick auf die Schwachen legt eine sozial-diakonische Perspektive nahe: Schwache werden für gewöhnlich als Objekte von Fürsorge angesehen. Wer sich zur Option für die Armen bekennt, muß hingegen die Frage nach der Gerechtigkeit stellen, nach Befreiung von Armut und Bevormundung, wobei die Armen nicht Objekte sind, über die entschieden wird, sondern handelnde Subjekte.

Daher bitten wir darum, die "vorrangige Option für die Armen" an den Anfang aller Überlegungen zu stellen; dann werden Analyse, Visionen und Handlungsvorschläge stringent. Denn "vorrangige Option für die Armen" heißt zu fragen, was Gerechtigkeit angesichts der Lebensverhältnisse und Bedürfnisse der Armen beinhaltet und erfordert. Aus der dadurch eröffneten Perspektive werden wirtschaftliche und soziale Probleme differenzierter und wegweisender beschrieben. Strukturelle Gerechtigkeitsprobleme können dann klar benannt und der befreiungstheologische Aspekt kann deutlich werden. Bei einer allzu blassen "Option für die Schwachen" ist das offenbar gar nicht intendiert; vielmehr steht der sozial-diakonische Ansatz im Vordergrund.

1. 2. Verantwortung für die Eine Welt

Die perspektivische Engführung der "Diskussionsgrundlage" zeigt sich unter anderem an ihrer "Westlastigkeit": Ihre Argumentation zielt vor allem auf die westdeutsche Öffentlichkeit; die Probleme der Menschen in den neuen Bundesländern werden unzureichend wahrgenommen. Hier zeigt die "Diskussionsgrundlage" einen geradezu ignorant wirkenden Mangel an Analyse. Material und Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Untersuchungen wurden praktisch nicht rezipiert. Das rächt sich in unscharfen Beschreibungen von Problem- und Handlungsfeldern. Wir möchten an den Problemfeldern Arbeit/Arbeitslosigkeit und Armut/

Reichtum exemplarisch zeigen, wie analytische Erkenntnisse aus der Situation der neuen Bundesländer gewonnen, interpretiert und verarbeitet werden können.

Noch schwerwiegender aber ist, daß globale Probleme nur sehr oberflächlich und allgemein behandelt werden. Gerade ein kirchliches Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage darf **globale Fragen nicht ausblenden**, denn Ökumene ist eine wichtige Dimension kirchlichen Lebens, von deren angemessener Berücksichtigung auch die Behandlung der "eigenen" Verhältnisse entscheidend abhängt. Wir können nicht so tun, als gingen uns nur die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland an; vielmehr muß ein kirchliches Wort darauf hinweisen, wie sie mit globalen Problemlagen verknüpft sind. Daß dies in der "Diskussionsgrundlage" nicht geschieht, ist unseres Erachtens die Hauptursache für einen Mangel an Kohärenz: Sowohl die dargestellten drei Optionen (1.2) als auch die ausgewiesenen regionalen Kontexte (2.) werden in ihren folgenden Kapiteln zu wenig, allenfalls selektiv, aufgenommen. Insbesondere betrifft das die Verantwortung für die Eine Welt. Sie bleibt deklaratorisch, wenn Auswirkungen der von der "Diskussionsgrundlage" vorgeschlagenen Problemlösungen in ihrer globalen Dimension weitgehend vernachlässigt werden. Entwicklungshilfe und Abbau von Protektionismus sind keine Lösungen bestehender Probleme. So wird in der "Diskussionsgrundlage" beispielsweise ein - in der Ökumene breit und intensiv diskutierter - Schuldenerlaß überhaupt nicht erwähnt.

1. 3. Veränderte Verhältnisse erfordern neue Instrumente wirtschaftlichen und sozialen Handelns

Auffällig ist an der "Diskussionsgrundlage" neben der fehlenden Analyse eine fehlende Vision. Selbstverständlich lassen Visionen sich nicht aus der Retorte zaubern. Zumal in einer Situation, die durch krampfhaftes Besitzstandswahrung gekennzeichnet ist, dominieren Pragmatismus und Reformismus. Wir bringen das **Fehlen einer Vision** vor allem mit dem völligen Verzicht auf biblisch-theologische Grundlegungen in Zusammenhang. Er ist wahrscheinlich von dem Wunsch diktiert, das Gespräch mit säkularen Institutionen und Organisationen von theologischem "Ballast" freizuhalten. Jedoch haben gerade sie ein Recht darauf, daß die Kirchen Rechenschaft geben über die Hoffnung, von der sie leben (1. Petr. 3,15). Das gilt nicht nur für die "letzten Dinge", sondern auch für die mittelfristige Zukunft. Für die Kirchen selbst kann das Gespräch mit den Ur-Kunden ihres Glaubens gerade angesichts krisenhafter Erfahrungen nur hilfreich sein. Wir brauchen sowohl die Herausforderung als auch die Vergewisserung, die dadurch ausgelöst wird. Wer sich auf den Anspruch der biblischen Botschaft einläßt und ihn damit konfrontiert, was Menschen heute glauben und hoffen, wird einen schärferen Blick für die falschen Götter und goldenen Kälber bekommen, denen heute unsere Absage gelten muß.

Die fehlende visionäre Sicht ist nach unserer Überzeugung der Grund für mangelnde Hinweise auf neue Instrumente, welche die Transformation des marktwirtschaftlichen Systems in eine zukunfts- und entwicklungsfähige Gesellschaft ermöglichen. Die in der "Diskussionsgrundlage" beschriebenen Defizite sind ja Resultate marktwirtschaftlicher Ordnung. Die Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden übernommen, ohne daß die Frage gestellt wird, ob man mit den bisherigen Instrumenten der Politik Probleme ausräumen kann, die durch eben diese Politik geschaffen wurden! Wenn es so ist, daß die Stärke des marktwirtschaftlichen Systems in der Fähigkeit liegt, sich neuen Bedingungen anzupassen, muß gefragt werden, warum nicht Aussagen über neue Bedingungen und Erfordernisse gemacht werden

(z. B. über einen ökologischen Umbau, eine weltweite Besteuerung von Kapitalbewegungen, eine Neubewertung von Arbeit, die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Organisationsformen, um u. a. der Fragmentierung der Weltgemeinschaft und der Dramatik globaler Märkte entgegenzuwirken).

1. 4. Die Kirchen sind Teil des Problems

Kritisch müssen wir schließlich zur "Diskussionsgrundlage" anmerken, daß sie zwar Forderungen an Politik und Wirtschaft artikuliert, jedoch die Kirchen als wirtschaftliche Akteure nicht im Blick hat. Dadurch entsteht der Eindruck, als ob die Kirchen von außen zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen sprechen könnten, ohne ihre eigene Praxis in die Suche nach notwendigen Neuorientierungen einzubeziehen. Wir weisen daher auf Konsequenzen für kirchliches Handeln hin und konzentrieren uns dabei exemplarisch auf die Kirchen als Arbeitgeberinnen und Besitzerinnen bzw. Verwalterinnen von Vermögen. Wir schlagen vor, daß sie in diesen Eigenschaften durch eigene Schritte zeichenhaft handeln sollten, um öffentliches Bewußtsein zu mobilisieren und zu sensibilisieren.

Ohne Wechsel der Perspektive und Einbeziehung der genannten Defizite in ein künftiges Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen fühlen auch wir uns als bloße Objekte des Nachdenkens über die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland, aber nicht als Beteiligte an einem Prozeß der Umorientierung.

2. Probleme der neuen Bundesländer als gesamtdeutsche Herausforderungen

Eine Schwäche der "Diskussionsgrundlage" ist ihr analytisches Defizit. Dadurch werden vitale Fragen, mit denen zahlreiche Menschen persönlich und die Gesellschaft als ganze konfrontiert sind, zu unscharf beschrieben. Wir möchten das exemplarisch an den zwei Problemfeldern Arbeit/Arbeitslosigkeit und Armut/Reichtum aufzeigen. Dabei gehen wir davon aus, daß sich in den neuen Bundesländern Tendenzen, die Deutschland insgesamt betreffen, deutlicher

ausprägen als in den alten Ländern. Daher ist die wirtschaftliche und soziale Lage im Osten nicht nur dramatischer als im Westen; sie läßt zugleich auch Probleme schärfer erkennen, die zunehmend Deutschland insgesamt betreffen. Die folgenden Problemskizzen sollten daher nicht als "Unkenrufe" aus dem Osten betrachtet werden, sondern als Hinweise auf Aufgaben, welche nicht nur regionale, sondern gesamtdeutsche Lösungen erfordern.

2.1. Das Problemfeld Arbeit/Arbeitslosigkeit

Daß in der "Diskussionsgrundlage" ein Recht auf Arbeit als ethisch begründetes Menschenrecht angemahnt wird, ist zu begrüßen. Andererseits erscheint das Projekt "Arbeit für alle" in den neuen Bundesländern gegenwärtig als chancenlos.

Seit den 1980er Jahren führt in den alten Bundesländern ein längerfristiger Strukturwandel zu einer stetigen Abnahme industrieller Arbeit. In den neuen Bundesländern hat diese Entwicklung nach Währungsunion und staatlicher Einheit abrupt eingesetzt. Das Erwerbspersonenpotential von 8,5 Millionen Menschen spaltet sich hier zur Zeit in ca. 6 Millionen in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst Beschäftigte und ca. 2,5 Unterbeschäftigte und Arbeitslose. Prozentual besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit gegenwärtig in den strukturschwachen Gebieten, insbesondere auf dem Land. Dort beträgt die Zahl der Erwerbslosen und aus öffentlichen Mitteln Alimentierten mitunter bis zu 50% aller Personen im erwerbsfähigen Alter.

Andererseits haben Personen und Unternehmen vor allem aus dem Westen von den Privatisierungen im Osten nicht nur erheblich profitiert,
sondern teilweise ihre Positionen auch benutzt, um "unliebsame" Konkurrenz aus dem Osten zu liquidieren; das hat zur Zuspitzung der Erwerbssituation beigetragen. Es ist unerträglich, wenn aus kurzfristigen politischen Interessen (mit Blick auf die Wählerschaft im Westen) Instrumente der Strukturpolitik genutzt werden, um ganze Industrien im Osten (z. B. Thüringer Kaliförderung, Brandenburgische Stahlindustrie, Oberlausitzer Textilindustrie) zu schließen, damit die Erhaltung entsprechender Standorte im Westen versprochen werden kann.

Prognostisch sind im Osten nicht mehr als 6 Millionen Arbeitsplätze zu erwarten. Der prozentuale Anteil Langzeitarbeitsloser ist in den letzten Jahren ständig gestiegen; 1992 betrug er 24,4%, im Jahr 1993 waren es 30,7%, und 1994 sogar 34,7%. Die Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern unterscheidet sich von der in Westdeutschland charakteristisch. Dort ist der typische Langzeitarbeitslose der ältere Mann, häufig mit gesundheitlichen Einschränkungen. Die Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen im Osten bilden - im allgemeinen gut qualifizierte, gesunde und vielfach jüngere - Frauen (1994: 77% der Langzeitarbeitslosen in den neuen Ländern). Aufgrund der insgesamt niedrigeren Einkommen steigert das die soziale Unsicherheit zahlreicher Familien und beschädigt die Selbstwertgefühle

von Frauen, die in der DDR-Ära genötigt waren, ihre Rolle in Familie und Gesellschaft entscheidend über die Erwerbsarbeit zu definieren. Die krisenhaften Konsequenzen für zahlreiche Ehen und Familien sind schwer abzuschätzen; jedoch bilden auch sie einen Aspekt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, dem insbesondere von den Kirchen Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

Für die Arbeitsmarktpolitik ergeben sich aus den geschilderten Fakten und Faktoren zwei Konsequenzen:

- Zum Einen ist nach den Rahmenbedingungen zu fragen, unter denen Erwerbsarbeit erfolgt.
- Zum anderen stellt sich die dringende Frage, wie die von Arbeitslosigkeit Betroffenen in die Lage versetzt werden können, mit den gegebenen Bedingungen produktiv umzugehen. Erwerbsarbeit muß in Zukunft neu definiert werden, z. B. durch Sicherung von Grundeinkommen für alle.

Wir stimmen der in der "Diskussionsgrundlage" geäußerten Auffassung zu, daß "die bloße Sicherung von Menschen, die keine Arbeit haben, ... für den Notfall gerechtfertigt" ist, "als Massenschicksal jedoch ist das Fehlen einer Beschäftigung für diese Menschen unverträglich und nicht verantwortbar" (53).

Das derzeitige sozialstaatliche Sicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland wird über das Erwerbsarbeitszeitmodell reguliert. Daher sind die in der "Diskussionsgrundlage" vorgeschlagenen neoliberalen Lösungsansätze unzureichend. Um mit dem knapper werdenden Gut der Erwerbsarbeit sozial ausgewogener umzugehen und jeder und jedem die Chance zu geben, am Arbeitsleben teilzunehmen, schlagen wir folgende Schritte vor:

1. Entschiedene Formen der Verteilung vorhandener Arbeit, vor allem drastische Verkürzungen der Arbeitsstunden, verbunden mit einer an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Arbeitszeitgestaltung.
2. Bedarfsorientierte Grundsicherung, die allen ein Leben in Würde ermöglicht.
3. Abkehr von der Finanzierung sozialstaatlicher Sicherungen über die an der Lohnarbeit orientierten Abgaben und Hinwendung zu einer Orientierung an der tatsächlichen Wertschöpfung.

Neben den Fragen an Politik und Gesellschaft ergeben sich aus der Beschäftigungssituation auch Fragen an die Kirchen: Wie verhalten sie sich als Arbeitgeberinnen? (Einzelheiten dazu im

Teil 4 dieses Votums) Welche Rolle spielen Arbeitslose in der Wahrnehmung und im Leben der Kirchen? Arbeitslose beklagen häufig, daß sie im kirchlichen Leben wie in der Gesellschaft marginalisiert sind. Seelsorge und Diakonie müssen noch stärker als bisher der Sorge für den ganzen Menschen in allen seinen Lebensbezügen dienen.

2. 2. Das Problemfeld Armut/Reichtum

In Deutschland geht das Gespenst einer neuen Armut um. Sie ist nicht Schicksal oder Zufall, sondern Ergebnis einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Schwachen nicht genügend schützt und unzureichende Instrumente für Teilen und Teil-Habe entwickelt hat. •

Noch sind in den alten Bundesländern und dem Westteil Berlins die Armutsmilieus stärker ausgeprägt als in der früheren DDR. Doch werden sie sich hier im Zuge der sozialen Polarisierung schnell und voraussichtlich massiver als im Westen ausbilden. So droht in den neuen Bundesländern aufgrund der niedrigen Einkünfte in der DDR und der daraus resultierenden niedrigen Renten vielen älteren Menschen Altersarmut.

Aufgrund fehlender Analyse bleibt die "Diskussionsgrundlage" bei der Behandlung des Themas Armut viel zu allgemein und hinter längst gesicherten Erkenntnissen zurück. Im ökumenischen Gespräch über die Verantwortung der Kirchen angesichts der Weltarmut sind wir oft darauf hingewiesen worden, daß Armut kein Zufall oder blindes Schicksal ist, sondern Produkt ungerechter Verhältnisse. Dies bewahrheitet sich auch bei der Analyse von Erscheinungsformen und Ursachen der Armut in Deutschland.

2. 2. 1. Armut wird als "komplexes Verliererschicksal" nur unscharf, unzureichend und verharmlosend beschrieben; Armut ist eben kein Schicksal, sondern wird durch gesellschaftliche Vorgänge produziert und ist daher Teil und Problem dieser Gesellschaft als ganzer.

Im Osten Deutschlands zeichneten sich schon kurz nach Einführung von D-Mark und Marktwirtschaft Tendenzen zur Polarisierung in Besser- und Schlechterverdienende mit allen sozialen Folgen ab. Vielfach ist die Entstehung neuer Armut mit dem hohen Maß an Arbeitslosigkeit und der unsicheren Arbeitsmarktsituation verbunden. So mußten in den neuen Bundesländern bisher ca. 50% der Erwerbstätigen Beruf und Arbeitsplatz wechseln. Viele Einzelpersonen und Familien sind bereits jetzt durch die Wohnkosten überdurchschnittlich belastet; steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut lassen befürchten, daß es für eine zunehmende Zahl von Haushalten zu einer Überbelastung durch Wohnkosten kommt und preiswerter Wohnraum für sie nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung steht, obwohl es im Osten keinen Wohnungsmangel gibt.

Diese Tendenzen werden von den betroffenen Menschen als Ungerechtigkeits- und Ohnmachtserfahrungen wahrgenommen. Schon jetzt empfinden viele von ihnen sich als ignoriert und überflüssig. Wenn die derzeitige Entwicklung sich fortsetzt, werden die Ost-West-Unterschiede in Deutschland sich vertiefen; die soziale Spaltung wird zementiert.

Die Polarisierung betrifft auch den Mittelstand. Charakteristisch für seine Situation in den neuen Bundesländern ist eine unzureichende Vermögensbildung mittelständischer Unternehmen. Aufgrund ihrer schwierigen Ausgangsbedingungen ist die Startgerechtigkeit - eine wichtige Komponente der Sozialen Marktwirtschaft - in vielen Fällen nicht gewährleistet. So benachteiligt die Unternehmensbesteuerung Unternehmen im Osten Deutschlands im Verhältnis zu westdeutschen. Das geringe Eigenkapital kleiner Unternehmen erhöht deren Abstiegsrisiken, so daß in den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit eine dramatische Konkurswelle zu befürchten ist.

2. 2. 2. Armut wird nicht nur einzelne Personen oder Familien betreffen, sondern auch Kommunen und ganze Regionen. Insbesondere den ländlichen Gebieten droht die dreifache Gefahr von Verarmung, Vergreisung und Verödung. Viele junge Menschen auf dem Lande sehen für sich in ihrer Region zur Zeit keine Zukunft. So wandern arbeitsfähige jüngere Personen aus in die urbanen Zentren oder - nach Möglichkeit - gleich in die alten Bundesländer. Armut im Osten ist daher auch ein gesamtdeutsches Strukturproblem.

2. 2. 3. Wir stimmen der "Diskussionsgrundlage" darin zu, daß Armut die Gesellschaft insgesamt in Mitverantwortung stellt. Die Kirchen müssen aber konkreter und deutlicher sagen, was das heißt. Gegenüber dem im Sommer 1994 veröffentlichten Entwurf wurde in der offiziellen Fassung die Überschrift des einschlägigen Abschnitts geändert : "Bekämpfung der Armut", hieß es im Entwurf, die jetzige Überschrift lautet nur noch: "Der Armut entgegenwirken". Fürchten die Kirchen, deutliche und klare Aussagen könnte das angestrebte Gespräch blockieren?

Erfolgreiche Bekämpfung der Armut erfordert radikalere Umverteilung der in unserer Gesellschaft angehäuften und von ihr produzierten Reichtümer. Armut resultiert nicht aus "Gerechtigkeitslücken", sondern aus der Grundstruktur der marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. In ihr gibt es erhebliche Gewinne der reicheren auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsschichten. Diese Zusammenhänge müssen stärker ins öffentliche Bewußtsein gehoben werden. Im Zusammenhang damit muß auch die Frage gestellt werden, wie mit solchen "Armutsgevinnen" umgegangen werden soll.

Ein erster Schritt wären regelmäßige, die Armutsberichte ergänzende, Reichtumsberichte zur Offenlegung der Vermögenssituation in Deutschland. Aus christlicher Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze muß deutlich gesagt werden: Kapitaltransfer und Steuerflucht, Börsenspekulationen statt Investitionen sind keine Kavaliersdelikte, sondern gefährden das Gemeinwohl. Daher gehört ein derartiger unsozialer Umgang mit Teilen des gesellschaftlichen Reichtums nicht nur unter ein moralisches Verdikt; gefordert sind vielmehr auch rechtliche Instrumente, um die Verwendung entsprechender Vermögensteile im Sinne des Gemeinwohls zu sichern.

Das soziale Auseinanderfallen unserer Gesellschaft kann nur durch einen dezidierten Willen zur Solidarität verhindert werden, der sich auch materiell äußern muß.

Der wachsenden Zahl armer und armutsgefährdeter Menschen steht auch in Deutschland eine Schicht von Reichen gegenüber. 5% der Gesamtbevölkerung besitzen 50% der Vermögen; die 50% der Bevölkerung, welche die untere Hälfte der Gesellschaft bilden, verfügen jedoch nur über 10% aller Vermögen.

Das künftige Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage sollte daher auf die Notwendigkeit eines Lastenausgleichs hinweisen. Denn die Finanzierungslücken der öffentlichen Haushalte lassen sich mit konventionellen Mitteln nicht mehr schließen; die Belastung der Arbeitseinkommen durch Steuern und Abgaben ist jedoch an die Grenze des Erträglichen geraten. Daher müssen auch die nicht-sozialversicherungspflichtigen Bürgerinnen und Bürger und die in den vergangenen Jahrzehnten gebildeten Vermögen in die soziale Mitverantwortung einbezogen werden. Das sollte vor allem auch für "Vereinigungsgewinne" gelten. Insgesamt kann es nicht dabei bleiben, daß notwendige Einsparungen im sozialen Bereich vor allem auf Kosten der ohnehin Ärmern gehen; es kann auch nicht dabei bleiben, daß Bezieherinnen und Bezieher hoher und höchster Einkommen auch noch von den sozialen Sicherungssystemen am meisten profitieren. Vielmehr sollten sie auch höhere Beiträge zur Finanzierung des Sozialsystems leisten. Instrumente wie Vermögens- und Erbschaftssteuer könnten für die notwendige Umverteilung eingesetzt werden. Erwogen werden sollte auch eine Vermögensabgabe, die an den Lastenausgleich von 1951 anknüpft.

Mit den dadurch frei werdenden Mitteln wäre eine Arbeitsförderungs politik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine Wohnungspolitik möglich, die allen Bedürftigen den notwendigen Wohnraum garantiert.

Viele, die Vermögen besitzen, werden derartige Umverteilungsmaßnahmen zunächst ablehnen. Jedoch würden sie längerfristig auch ihnen nützen, da sie zur Stärkung des sozialen Friedens in unserem Land beitragen.

3. Einspruch gegen die Mammon-Wirtschaft

Ein Wort der Kirchen soll klare Bezüge zur jüdisch-christlichen Tradition haben, soll von einer theologischen Basis argumentieren. Dann besteht nicht die Gefahr, einzustimmen in die Anerkennung, ja: Vergötzung, der Marktwirtschaft als angeblich einzige realistische Möglichkeit des Wirtschaftens.

Es scheint uns gottlos und damit kraftlos, wenn Kirchen heute, angesichts der Lebens-Zerstörung durch Armut, Krieg und Umweltausbeutung, nicht **prophetischer** (klagend und hoffend), **befreiender** (widerständig und auf[er]stehend) und **alternativer** (teilend und solidarisch) **reden und handeln**. Als Christen wollen wir gerade im Gespräch über die wirtschaftliche Praxis und über die sozialen Situationen den **"Hunger und Durst nach Gerechtigkeit"** nicht klein machen oder machen lassen. Die Analyse der sich verschärfenden Probleme der Marktwirtschaft reicht im Rahmen eines kirchlichen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage nicht aus. Vielmehr muß auch vom biblisch-theologischen Angebot der Umkehr gesprochen werden. Die Kirchen können Impulse zum Umdenken und Umkehren doch angstfreier als andere Organisationen und Institutionen in anstehende Entscheidungsprozesse einbringen.

Nach unserer Auffassung fehlt der Diskussionsgrundlage für das Wirtschafts- und Sozialwort jede visionäre Kraft, weil die Autorinnen und Autoren auf eine biblisch-theologische Grundlegung verzichtet haben. Jedoch eröffnet die Orientierung an biblischen Grundaussagen Perspektiven, welche die Kirchen - auch wenn sie uns selbst unbequem sind - in das öffentliche Gespräch einbringen müssen, weil sie herrschende Trends in Kirche und Gesellschaft in Frage stellen und zu ihrer Überwindung ermutigen.

Von dem Gott Israels, der auch der Gott der ersten christlichen Gemeinden und vieler Gemeinschaften im Laufe der Kirchengeschichte war und ist, wird gesagt, daß er immer dort ist, wo Reichtum und damit auch Armut begrenzt werden.

Den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, der auch unser Gott ist, nennt die hebräische Bibel während des Sklavendienstes Israels in Ägypten mehrfach den Gott der Hebräer (Ex 3,1 8; 5,3; 9,1,13; 10,3). Der Name leitet sich von "Habiru", nomadisierenden Gruppen Vorderasiens ab. Es wird vermutet, daß die fremdländischen Fronarbeiter um Mose eine Parzelle dieser "Habiru" waren. Sie werden zum Volk des Jahwegottes. In den Bergen Kanaans stoßen sie bei ihrer Wanderung auf weitere "Habiru", die die mitgebrachte Jahwereligion übernehmen und sich so zum Volk Israel vereinen, das Jahwe, den Gott der Hebräer, anruft.

Der Gott Israels ist mithin der Gott der Kleinen, Deklassierten und politisch An-den-Rand-Gedrängten. Die Hebräer betreiben Kleintierzucht und Ackerbau, sie haben ein kollektives Nutzungsrecht. Als egalitäre Kleinbauern haben sie ein System der selbstversorgenden Subsistenzwirtschaft. Es gibt keine tiefgreifende Über- und Unterordnung und kein individuelles Produktiveigentum, keine Anhäufung von privaten Gewinnen. Im Genesisbuch findet sich kein Begriff für "arm", daher liegt es nahe, daß es diese Unterscheidung in „reich“ und "arm" nicht gab. Im Deuteronomium steht die Forderung und Verheißung: **"Arme soll es bei dir nicht geben"** (Deut. 15,4). Diese Erinnerung täte uns auch für unsere Kirchen und für ihre Stellungnahme zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen sehr gut.

Doch nach mehreren hundert Jahren "gingen die Söhne Samuels nicht die Wege des Vaters, sondern waren auf ihren Vorteil aus, ließen sich bestechen und beugten das Recht" (1 Sam 8,3). Die Königszeit erlebte ihren Höhepunkt unter David, Salomon, sein Sohn, entfaltete seine Macht. Mit ihr setzte eine Polarisierung von Armen und Reichen auch in Israel ein. Da riefen Prophetinnen und Propheten (Micha im Südreich, Amos im Nordreich) auf zur Befolgung des Rechts und zum Engagement für Gerechtigkeit als wahren Gottesdienst.

Jesus steht in dieser Tradition. Sein Gott ist dieser Jahwe, der Gott der Hebräer. Jesus mahnt nach Mk 10,43 : "Wer bei euch der Erste sein will, soll der Sklave aller sein. Denn der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich bedienen zu lassen, sondern um zu dienen und sein Leben hinzugeben als Lösegeld für viele" (vgl. auch Phil 2,6-8). In seiner Umgebung sammeln sich Deklassierte und Marginalisierte wie Aussätzige, Prostituierte, Arme, Kranke, Frauen und Kinder.

Jesus mahnt zur Reichtumsbegrenzung (vgl. Luk 14,7-11; 18,25), und als er von einem Reichen gefragt wird, was zu tun ist, um das ewige Leben zu erreichen, antwortet er: "Verkaufe alles, was du hast, verteile das Geld an die Armen, und du wirst einen bleibenden Schatz im Himmel haben" (Luk 18,22; vgl. Apg 2,44-47). Jesus erhebt diesen Anspruch mitten in der ihn umgebenden Unrechtsgesellschaft der Pax Romana mit wenigen Reichen und vielen Armen.

Wenn im AT und im NT ein Modell für das ökonomische Zusammenleben der Menschen erkennbar ist, dann das einer Ökonomie des sozialen Teilens, damit weder Reichtum noch Armut Leben zerstört. Die Antwort auf den Anbruch des befreienden Gottesreiches ist solidarisches Verhalten, damit Verarmte, Unterdrückte und Geächtete Lebensrecht erhalten. Insgesamt manifestiert das Evangelium der hebräischen wie der griechischen Bibel eine Sympathie für Verachtetes und Verfolgtes.

Wenn wir als Kirchen dieser Tradition folgen, müssen wir gegen die Marktwirtschaft mit ihrem Schema von Wirtschaftswachstum, transnationalen Konzernen und Geldvermehrung durch Spekulationen Stellung beziehen. Der immer effizientere Einsatz von Kapital und die immer radikalere Konzentration von Geldverwertung bedeutet, daß immer weniger Menschen Anteil haben am Reichtum und immer mehr Menschen als Arme, als "überflüssige Masse" ausgegrenzt werden. Dies wirtschaftliche System kostet unzählige Opfer, auch Menschenopfer! Ganze Kontinente werden "abgeschrieben", und auch in Deutschland selbst braucht man für diese Wirtschaft Hunderttausende von Menschen nicht mehr. Sowohl im Judentum als auch in der christlichen Tradition gilt solche **Opferung von Menschen als Gotteslästerung**. Sie widerspricht der Lebenspraxis der Gruppen, die Jahwe, den Gott der Hebräer, angerufen und mit ihm gelebt haben.

Mit dem Argument, daß es angeblich keine Alternative zur Marktwirtschaft gibt, hat in den letzten Jahren eine Sakralisierung dieser Wirtschaftsform eingesetzt, die einer **Vergöttlichung** gleichkommt. Die "**Vergötzung des Marktes**" (dieser Ausdruck stammt von Karol Wojtyla, Papst Johannes Paul II.) scheint widerstandslos um sich zu greifen. Auch die Verfasserinnen und Verfasser der "Diskussionsgrundlage" sind davon offenbar angesteckt. Statt eine Wirtschaftsform, die doch nie in den Bereich des Letzten, sondern immer nur in den des "Vorletzten" (Bonhoeffer) gehören kann, faktisch heilig zu sprechen, wäre es notwendig, den Tanz ums "goldene Kalb" zu beenden.

Dazu muß die **Ökonomisierung des Lebens** hinterfragt werden. Das Wecken von Begierden und die Sucht nach "mehr" ist auf Dauer lebensfeindlich. Mammon als Glücksbringer - das ist eine schon lange währende Illusion, denn eine **Mammon-Wirtschaft bringt Elend und Armut hervor**. Wie soll der Armut entgegengewirkt (5.34), die Schöpfung bewahrt (5.37), Sozialstruktur und -kultur verbessert werden (5.38), wenn dieses Marktsystem nicht Sättigung, sondern Steigerung der Bedürfnisse verlangt - und das auf ständige Kosten von zwei Dritteln der Menschheit und unserer Mutter Erde? Statt **Geldvermehrungswirtschaft** sollte eine **Haushalterwirtschaft** aufgebaut werden. Die **Umkehr vom Überfluß zur Fülle des Lebens** (Joh 10,10), vom westlichen Wohlstand zum weltweiten Wohlfühlen für Menschen und Natur steht an. Die erbärmliche Reduzierung auf den "Lebens"-Wunsch, alles mehr, besser, schneller zu haben, kann durchbrochen werden. Eine **gerechtere Teilung und Verteilung** vorhandener Ressourcen bedeutet ein **Mehr an Leben für alle**. Der biblische Kulturauftrag kann heute sachgerecht nur in dem Sinn verstanden werden: der Schöpfung schonend zu begegnen, sie nachhaltig zu bewahren und sie liebevoll zu pflegen. Alternative, wirklich soziale Weichenstellungen für eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsform wären **Gegenseitigkeit, ein Ausgleich, ein Aufeinander-Bezogenheit** trotz vorhandener Unterschiede.

Als Christen sollten wir auf der Grundlage unserer Tradition zur Gestaltung einer demokratischen Gesellschaftsform herausfordern, die diese Werte politisch, ökonomisch und sozial verbindlich macht. Die jüdisch-christliche Überlieferung ruft unter sozialem Gesichtspunkt nach einer kollektiven und in ökologischer Perspektive nach einer globalen Ethik. Solange noch ungerechte, die ökonomischen und sozialen Unterschiede stabilisierende Wirtschaftsformen vorherrschen, müssen wir als Kirchen daher unmißverständlich in unserer theologischen Rede sein und uns dort einfinden, wo auch Gott ist, an der Seite der Armgemachten, ob in Brasilien, in Rußland oder Deutschland.

Christliches Ideal ist weder Reichtum noch Armut, sondern Gerechtigkeit. Wer Gerechtigkeit praktiziert, heißt es 1 Joh 3,7, ist gerecht, wie Gott gerecht ist. Der Kampf gläubender Menschen hat daher nicht primär der Armut zu gelten, sondern einem gesellschaftlichen System, das mit seinen ökonomischen und weltanschaulichen Mechanismen die **Bereicherung** propagiert - und als deren Kehrseite die Verarmung von Menschen verursacht und in Kauf nimmt.

Freilich werden wir auf der Suche nach Alternativen zum bestehenden System **auch Wüsten zu durchwandern** haben. Das sollen wir als Kirchen nicht verschweigen. Nicht immer wird klar sein, wo und wie der Weg verläuft. Aber die Vision vom verheißenen Land, wo Reichtum begrenzt und Armut solidarisch überwunden wird, kann helfen, dem **"Wohlstandsgötzen Mammon" Widerstand zu leisten**.

Davon zu reden ist eine **gute, weil theologische Diskussionsgrundlage**, wenn es um christliche Meinungsäußerungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland geht.

4. Konsequenzen für kirchliches Handeln

Der Markt folgt keiner Ethik. Diese Einsicht ist nicht neu, doch muß sie immer wieder hervorgehoben werden. Unternehmen produzieren, was verkauft werden kann und Gewinne bringt. Die Folge solch reiner Marktwirtschaft ist ökologische und soziale Blindheit. So wird schließlich eine staatliche Reparaturpolitik notwendig. Diese benötigt aber wiederum einen erfolgreichen wirtschaftlichen Prozeß. So werden häufig genau jene Probleme produziert, die im nächsten Durchgang repariert werden müssen. In unserer Welt dreht sich diese Spirale immer schneller, und es scheint daraus kein Entkommen zu geben.

Seit der Veröffentlichung des Brundtland-Berichtes wird zur Kennzeichnung eines anderen Wirtschaftens der Begriff "nachhaltige Entwicklung" verwandt. Verschiedene Ansätze zu einer anderen Sicht sind in der Diskussion, bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch oft, daß sie

im Kern auf "alte" Mittel (Wachstum) setzen und damit die Produktivitätsspirale letzten Endes wieder schneller vorantreiben. Wir müssen uns heute der Einsicht stellen - und diese auch selber praktizieren -, daß ohne Umkehr kein Fortschritt möglich ist. In diesem Sinn ist es dringend geboten, Elemente einer "nachhaltigeren" Wirtschaftsweise wenigstens modellhaft zu verwirklichen. Dazu gehören:

- humane Arbeitsbedingungen
- soziale Gerechtigkeit
- ethisch verantwortbares Wirtschaften
- Gleichberechtigung
- Verantwortung für die Eine Welt.

In den neuen Bundesländern haben wir die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Mechanismen in den zurückliegenden Jahren besonders kraß erfahren. Wir haben gelernt, daß Wirtschaftsfragen das Leben der Menschen oft einschneidend bestimmen. Wir sind daher von der Dringlichkeit der Suche nach Modellen alternativen Wirtschaftens überzeugt und fordern die Kirchen auf, sich daran zu beteiligen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland zwingt auch die Kirchen zu einschneidenden vermögens- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Wenn sie sich dazu nicht nur in einer reaktiven und defensiven Haltung bereithalten, könnten sie über den engeren kirchlichen Kreis hinaus Beispiele setzen, um Christen und Nichtchristen auf beschäftigungs- und verteilungspolitische Alternativen aufmerksam machen.

Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland zählen zu den größten Arbeitsplatzanbietern, haben Verfügungsrechte über ein nennenswertes Maß an Grund, Boden und Immobilien, besitzen bzw. verwalten erhebliche Vermögen. Eine Diskussion über die heute notwendige Verteilung und Vergütung von Arbeit und über den Umgang mit Immobilien und Flächen könnte daher über den kirchlichen Raum hinaus von exemplarischer gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sein.

Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Der Gebrauch von Eigentum soll - nach Grundgesetz - dem Gemeinwohl dienen und für die Kirche sollte dieses Prinzip erst recht Vorrang vor Eigennutz und Gewinnmaximierung haben.
- Wir Deutschen leben in der Einen Welt und sind verpflichtet, unseren Reichtum mit Völkern in anderen Regionen der Erde zu teilen.

- Bei der Verteilung von Erwerbsarbeit und Erwerbsarbeitszeit gibt es in den reichen Ländern des Westens eine zunehmende Schere zwischen immer weniger werdenden Besitzenden und den von regulär bezahlter Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen. Dies verpflichtet zu neuen Modellen der Teilung von Erwerbsarbeit und Erwerbsarbeitszeit.

- Kirche und ihre Gliederungen (von Gemeinden über kirchliche Werke und Dienste bis hin zu Einrichtungen der Diakonie) sollten eine beispielgebende Rolle als Beschäftigungsgeberinnen und -trägerinnen spielen.

Wir plädieren dafür, diese Grundsätze im kirchlichen Handeln ernster zu nehmen und wie folgt umzusetzen:

4. 1. Kirchen als Arbeitgeberinnen

Gemeinden, Kirchenkreise, kirchliche Werke und soziale Einrichtungen sollten ihre Funktion als Beschäftigungsgeberinnen und -trägerinnen noch aktiver nutzen. Voraussetzung dafür ist die Umgestaltung des Arbeitsförderungsrechtes zu einem Instrument der Arbeits- und Strukturförderung. Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einarbeitungszuschüsse für benachteiligte Personengruppen, öffentlich geförderte Arbeitsverhältnisse und Möglichkeiten zur Qualifizierungsförderung sind für Projekte im Kultur-, Sozial- und Baubereich ebenso einzubeziehen wie Möglichkeiten der Kommunikation speziell im ländlichen Raum. Soziale Betriebe, Jugendwerkstätten, Baugruppen für die Renovierung von Sozialwohnungen und Jugendheime, Projekte "Neue Arbeit", Treffpunkte für die ältere und jüngere Generation sind Beispiele für kirchliches Engagement, die der Nachahmung bedürfen.

Angemessene öffentliche Förderung ist dafür auf der einen Seite Voraussetzung; Einrichtung kirchlicher Beschäftigungsfonds, die aus freiwilligen Spenden und Kollekten gespeist werden können, ein anderes notwendiges Strukturelement. Gegebenenfalls sollten die Spendenmittel durch Zuschüsse aus kirchlichen Haushalten angehoben und zur Finanzierung von Stellen in der Arbeitsförderung in kirchlicher Trägerschaft eingesetzt werden.

Dem Teilen von Arbeit ist Vorrang vor Stellenabbau und Entlassungen zu geben; die unteren Gehalts- und Einkommensgruppen sind bei Teilzeitarbeitsverhältnissen mit einem Ausgleich zu bedenken. "Der Abschied vom Normalarbeitsverhältnis" wird auf mittlere Sicht nicht zu vermeiden sein. Die Kirchen sollten bemüht sein, ihn sozial verträglich zu gestalten und zu den von den Sozialparteien gestalteten Tarifbedingungen vorzunehmen. Dabei bedarf es der Ausschöpfung der Arbeitszeitpotentiale, etwa durch Einrichtung von Jahresarbeitszeitkonten und Modelle einer intelligenten, aber tarifgerechten Arbeitszeitflexibilisierung (z. B.

Dreiviertel-Stellen (nicht nur) für Pfarrerinnen und Pfarrer, Sabbatjahre, erleichterte Altersruheregelungen in Kombination mit Teilzeitarbeit usw.). Der größte Teil kirchlicher Beschäftigungsverhältnisse ist nicht an eine 40-Stunden-Woche gebunden. Auch leitende kirchliche Mitarbeiterinnen und insbesondere Mitarbeiter müssen lernen, ihren Arbeitsplatz mit anderen Kolleginnen und Kollegen zu teilen.

4. 2. Kirchen als Eigentümerinnen von Immobilien und Vermögen

Kirchen sind Vermögensinhaberinnen von Landwirtschafts- und Gewerbeflächen, von Geldinstituten und Versicherungen, von Kunst- und Kulturgütern. Es wäre verkehrt, diese alle ausschließlich unter monetärem Blickwinkel, also unter dem Gesichtspunkt ihres wirtschaftlichen Nutzens zu betrachten.

Überall steht Kirche aber auch vor einer Konzentration ihrer Anstrengungen und Kräfte. In diesem Prozeß wird die Sozialpflichtigkeit ihres Eigentums, ihrer Gebäude und Liegenschaften in besonderem Maße zu reflektieren sein. Aus vermögenspolitischer Sicht wird zu diskutieren sein, inwieweit kirchlicher Grundbesitz veräußert oder in Erbpacht vergeben werden kann. Mancherorts müssen Fragen nach der Mehrfach-Nutzung von Kirchenräumen, nach zu groß bemessenen kirchlichen Dienstwohnungen oder auch nach Vermietung oder Verpachtung von Gebäuden gestellt werden.

Vor allem auf örtlicher und regionaler Ebene besteht die Möglichkeit eines präzisen Überblicks, besteht auch die Möglichkeit, gegebenenfalls neu darüber zu entscheiden, inwieweit der Grundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums bei kirchlichen Liegenschaften oder Immobilien diskutiert oder interpretiert werden muß.

Kirche hat stärker darauf hinzuwirken, daß das Prinzip der Anhäufung von Geld- und Sachvermögen ohne Zweckbindung gesellschaftlich und politisch stärker hinterfragt wird. Daß die Schere zwischen privatem Vermögen auf der einen und öffentlicher Verschuldung auf der anderen Seite weiter wächst, ist nicht primär kirchlichem Handeln anzulasten. Dennoch sollten die Kirchen Alternativ-Modelle zur Spekulations- und Absahner-Gesellschaft praktizieren. Im ökumenischen Kontext müssen Kirchen, ihre Gremien und ihre Gruppen verstärkt darauf hinwirken, daß ein neuer Lastenausgleich auf internationaler Ebene erweiterte Handlungsspielräume für die politische und wirtschaftliche Zukunft der Einen Welt eröffnet. Erreichbar ist dies etwa durch die Diskussion zweckgebundener Sondervermögen, aber auch durch ökumenische Entwicklungsgenossenschaften, die mit der Vergabe günstiger Kredite an Gruppen von Menschen in armen Gebieten der Welt deren Bemühungen um größere Eigenständigkeit unterstützen (z. B. EDCS).

5. Ansätze solidarischen Wirtschaftens in der Kirche

Als Kirchen und Christen haben wir den Auftrag zum Teilen. Wir erleben aber zunehmend, wie sich unter uns eine Religion der Satttheit und des Wohlstandes ausbreitet. Da die Kirchen ihr nichts Wirkungsvolles entgegensetzen haben, sind sie in der Gefahr, die Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung zu verlieren.

Für viele Christen, die ihre Identität wesentlich aus den Grundsätzen des konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) beziehen, ist es ein großes Problem, daß, nachdem die Systemgrenzen in Europa gefallen sind, neue Schranken entstehen: die ökonomische Ausgrenzung der osteuropäischen Länder oder die Spaltung der Gesellschaft im Osten wie im Westen Deutschlands.

Es gibt jedoch auch in Ostdeutschland eine Reihe von Ansätzen, die auf gerechteres Teilen zielen. Einige von ihnen sollen hier beispielhaft in aller Kürze dargestellt werden. Wir beschränken uns auf alternative Ansätze zu einem neuen Umgang mit Einkommen und Vermögen. Wichtig ist uns dabei, daß die angeführten Beispiele Erfahrungen repräsentieren, die auch in Ostdeutschland gemacht wurden und werden.

Gegenwärtig denken vor allem kleine Gruppen engagierter Laien und kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über alternative Formen des Umgangs mit eigenem und kirchlichem Vermögen nach.

5. 1. Eine Gruppe kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bistum Magdeburg hat einen Aufruf an kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß unser Lohnniveau bald 80 % des westdeutschen übersteigen wird. Andererseits ist es aber für die meisten Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut möglich, davon zu leben. Die Gruppe schlägt vor, den Teil der Einkünfte, der oberhalb 80 % des westdeutschen Lohnniveaus liegen wird, freiwillig in einen Fonds einzuzahlen, der folgendermaßen aufgeteilt werden könnte:

- 25 % für sozial Schwache in unserem Land,
- 25 % für Hilfe in den Ländern Osteuropas und
- 50 % für notleidende Menschen in den südlichen Ländern der Erde.

Mit diesem Fonds sollen konkrete Selbsthilfeprojekte unterstützt werden, wobei die Finanzprüfung durch offizielle kirchliche Behörden erfolgen soll und über die Vergabe eine jährliche Vollversammlung aller Spendenden entscheiden soll.

5. 2. In der Evangelischen Kirchengemeinde Potsdam-Babelsberg wurde ein altes Pfarrhaus in die Trägerschaft eines Evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins übergeben. Dabei bleibt die

Gemeinde Eigentümerin; der Verein wurde Nutzer dieses Hauses. Für Sanierung und Ausbau stellte er Eigenmittel zur Verfügung. Dafür gilt ein mietfreier Nutzungsvertrag für 25 Jahre. Die Kirchgemeinde schloß mit der Stadt, die gleichzeitig Sanierungsträgerin ist, einen Vertrag zur öffentlichen Nutzung ab („Seniorentagesstätte“, dessen Träger der Hilfsverein ist). Mit von der Stadt zur Verfügung gestellten Fördermitteln konnte die Sanierung erfolgen; zusätzlich entstand noch eine Sozialwohnung. Ähnlich verhält es sich mit einem zweiten Gebäude: Die Kirchengemeinde stellte ein Haus für drei soziale Initiativen für 25 Jahre zur Verfügung. (Solidario-Weltladen-Projekt; Jugendberatungsstelle; Arbeitslosenfraueninitiative von Handweberinnen). Es gibt Verträge mit einem Stadtverein, der an der Sanierung dieses Hauses mit einem ABM-Projekt beteiligt ist. So wird die Sanierung wiederum durch eine Mischfinanzierung möglich (Stadt und Bund, Eigenmittel der Gemeinde, Eigenleistung des ABM-Projektes, in dem 18 Frauen und 3 Männer eine Qualifizierung in speziellen Bautechniken erhalten).

5. 3. Die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft (EDCS) wurde 1975 auf Anregung des Ökumenischen Rates der Kirchen gegründet. Damit sollten die existierenden kirchlichen Hilfswerke um ein wirtschaftspolitisch wirksames Instrument ökumenischen Teilens ergänzt werden. Sie ist eine weltweit arbeitende Genossenschaft mit Sitz in den Niederlanden, die eine Gratwanderung zwischen fairer Starthilfe für Kooperativen und Genossenschaften in armen Teil der Welt und der Werterhaltung des Gläubigerkapitals versucht: sozial sinnvolle Geldanlage als Versuch der Kombination mit Hilfe zur Vermeidung von Ausbeutung. Das Anlagekapital stammt aus Anteilscheinen zu je 500 niederländischen Gulden. EDCS verwaltet heute 120 Millionen DM Anteilskapital. Sie kooperiert mit 330 Projektpartnerinnen und Partnern in 61 Ländern und beschäftigt weltweit 14 Projektbeauftragte, die die Partnerinnen und Partner vor Ort beraten und begleiten. Da die reichen Kirchen aber sehr zurückhaltend beim Kauf von Anteilen waren, hat sich ein Netzwerk von Förderkreisen gebildet, das auch Einzelpersonen die Möglichkeit einer Mitgliedschaft eröffnet. In der alten Bundesrepublik gibt es sieben Förderkreise, seit 1993 gibt es auch einen EDCS-Förderkreis in Ostdeutschland, dessen Geschäftsstelle in Niederndodeleben ist. Trotz der Probleme, die dem erklärten Willen zur Solidarität einerseits, dem Zwang zu wirtschaftlichem Denken andererseits, verbunden sind, ist EDCS ein Hoffnungssignal; die Zurückhaltung der großen Kirchen, die weiterhin auf eine hohe Kapitalrendite achten, muß dringend überdacht werden.

So klein die geschilderten Schritte auch sind, tragen sie doch Modellcharakter. Sie sollen deutlich machen, daß Alternativen zur Transformation unseres Wirtschafts- und Sozialsystems nicht außerhalb dieses Systems gesucht, sondern aus ihm heraus entwickelt werden müssen. Gerade das erfordert freilich entschlossenen Abschied von einem Reformismus, der schließlich der Konservierung bestehender Privilegien dient, und Bereitschaft zum Beschreiten neuer, ungewohnter und unpopulärer Wege. Die Fülle des Lebens wird uns nur geschenkt, wenn wir

uns nicht zu Gefangenen eines Wachstums- und Wohlstandsmodells machen, das Leben verschlingt und beschädigt, statt es zu fördern.

Adler Elisabeth, Berlin
Bandt Uli, Bobbin
Bindemann Walther, Newcastle upon Tyne
Domke Peter, Wichmannsdorf
Döring Hans-Joachim, Berlin
Falcke Heino, Erfurt
Flade Annette, Potsdam
Föste Töns, Greifswald
Führer Christian, Leipzig
Goldstein Horst, Berlin
Graewe Wolf-Dieter, Zernsdorf
Haagen Christa, Wichmannsdorf
Heilmann Cordula, Teltow
Kramer Marianne, Berlin
Krause Ludwig, Berlin
Mahlburg Fred, Rostock
Misselwitz Ruth und Hans, Berlin
Nagel Sabine, Neudietendorf
Planer-Friedrich Götz, Neudietendorf
Schmeja Brigitte, Halle
Springborn Roland, Greifswald
Wittich Dietmar, Berlin

OKTOBER 1995

Beitrag 2. DB zu Wöbel, + soz. "Lage beider Kide
und der Ant-wort-papier "Vorüberfluß zu Fülle des
Lebens" als Ostvotum

- Seit fast 1 Jahr ist Broschüre im Umlauf
Begin + Einsatz des Papiers = eigen fesch.

- Positiv gesprochen - geht daß Kide sich überhaupt geäußert
haben + im Wöbel. Diskursio ausgeführt wurde
- Negativ, " - bei dieser g. alle de Schwäche, hätte
"man" es vielleicht besser lassen sollen
- Keine Einsatze von vorhanden ^{Analyse} Material zu Wöbel
+ soz. Lage (ökonom., Osterfahge, Frauenprobleme)
 - Keine real. Grundlage und Botschaft
 - ~~Durchschnitt~~ DB zeigt, daß die K. hochgradig
an Reproduktion d. Reiches beteiligt sind
d.h. keine Parteinahme für die arme
 - Die Kide stellen sich selbst mit ihrer Handlung
praxis nicht dar. Das. nicht der Diskursio

• ist sich große
Widersprüchlichkeit

- Ich weiß nicht genau was nach der Diskursiophase passiert +
welches Papier dann geschrieben wird!
Deshalb. Struktur - Durchschnitt der Absichten + des
Einsatzes von Medien
welches Grem. entscheidet, was wie
verwendet wird?
- Eigene Sache: Arbeitsmaterial!

- Weg. Baden Blei-Breilg. Eigelade Verwechslung als
Abbild Ostdeutscher Lederhüchse / Ökonomie.
mit Blick auf die Ostern Stellung beziehen!
Osterfahrgänge einbringen (das was in den letzten Jahren geprägt
hat + was 2. d.h. läuft)

An den Bischof der
Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg
Neue Grünstr. 19-22

10179 Berlin

Berlin, den 8.3.1995

Sehr geehrter Herr Bischof,

wir, die Teilnehmer eines Seminars der Gossner Mission und des Forum Ost-West e.V., haben mit großem Bedauern und tiefer Sorge von der beabsichtigten Einschränkung der KDA-Arbeit am Karolingerplatz gehört.

Wir alle gehören zu sozialen Initiativen und Projekten, in denen wir versuchen, auch in Bindung an Kirche und Gemeinde, soziale Verantwortung zu praktizieren, um gemeinsam mit Arbeitslosen und Marginalisierten solidarische Aktionen und Projekte zu entwickeln.

In diesem Prozess war und ist das KDA für uns ein wichtiger Partner. Da die Arbeitslosigkeit und damit einhergehend eine Vielzahl sozialer Konflikte eher wachsen werden, darf die öffentliche Diskussion darüber und die Suche nach verändernden Handlungsmodellen nicht eingeschränkt, sondern muß vielmehr angeregt und entwickelt werden. Dabei brauchen wir weiterhin das KDA als Stelle des gemeinsamen Nachdenkens und Suchens als Stimme, die Öffentlichkeit schafft und als Koordination^{punkt} unserer Solidarität und unserer Aktivitäten.

Wir möchten Sie deshalb bitten, bereits gefällte Entscheidungen, auch mit Verantwortlichen aus praktischen Initiativen doch noch einmal zu überdenken, um hoffentlich miteinander zu angemesseneren Ergebnissen zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

II

- Wege aus der Arbeitslosigkeit - sie markiert tiefen Riß
= unserer Gesellschaft
Ursachen vielfältig, nicht eindeutig bestimmbar
- Für die Überwindung von Arbeitslosigkeit gibt es keinen Kampsweg
Rolle Mitverantwortung für Beschäftigung = Tarifvertragsparteien
gemeinsam mit Bundesregierung und Bundesländern
Bleiben tätige
- Wirtschaftswachstum = institutionalisiertes Ziel unserer Wirtschaftsordnung
- Förderung gemeinwirtschaftlicher Arbeiten (AfG)
- Lohnnebenkosten verringern
- Arbeit teilen (wer in ~~Not~~ Wohlstand lebt, soll denen
in Not helfen !!)
- Subventionspolitik = Strukturpolitik überführen

Es gibt kein individuell eintragbares Recht auf Arbeit, aber ein
ethisch verpflichtendes Menschenrecht.

Es gibt Verpflichtung Beschäftigten zu schaffen und dafür auch Preis zu
bezahlen

• Stärkung der Familien

Der Grund liegt gegeben - z.B. durch Sozialhilfe + solidarisches Handeln
Viele leben in Grund = "Mühseligkeit + Beladenheit" - für Christen besonders
zu beachten

Grund = ein strukturelles Problem

• Bewahrung der Schöpfung

Umweltschonendes Produzieren und Konsumieren

• Wohnungsnot abbauen

Sozialstruktur erhalten

Berufliche Bildung verbessern

Solidarität mit Fremden

4. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

eine leistungsfähige Wirtschaft den sozialen Herausforderungen
bewältigen - sozialen Frieden erhalten und
Wohlstand mehren

Kinder tragen besondere Verantwortung für die Erhaltung
von sozial ethischen Werten

Soziale Marktwirtschaft stößt an Grenzen - denn Kern-
forderungen notwendig - dafür Handlungsfähig-
keit der Politik nötig

Maßgebliche Grundorientierungen der Sozial. Marktwirtschaft
= 1. Freiheit und 2. Gerechtigkeit

zu 1. freie Entfaltung von Begabungen + Fähigkeiten

Wirtschaftl. Freiheit = Wettbewerb

aber " " Den sich erst entfalten, wenn Solidarität
unter den Beteiligten da ist

Freiheit $\hat{=}$ auch soziale Verantwortung

" $\hat{=}$ Subsidiarität als Hilfe zur Selbsthilfe

zu 2. Soziale Gerechtigkeit = Beteiligung aller Bürger an
Lebensmöglichkeiten der Gesellschaft

= leistungsgerechte Entlohnung

= kein Ausschluss einer Gruppe
aus der Gesellschaft

= Überwindung der internationalen
Armut (Soziale Marktwirtschaft)

= gerechter Umgang mit Macht

§. 5.2

5. Ausblick

Antwort der Christen auf Umbruchsituationen

= Glauben + ethisches Handeln als zusammengehörig
neu zu sehen

Thesen

1. Das Papier der Kirche ist aus der Perspektive von Verteidigern der sozialen Marktwirtschaft geschrieben. Die soz. Marktw. wird nicht als Verursacherin des Problems, sondern als Teil seiner Lösung angesehen.
2. Durch "Weglassungen" und "Ausgrenzungen" (von Begriffen und Inhalten) ergibt sich eine Schieflage in der Argumentation, die nicht auszugleichen gilt.
Ein richtigeres Wort sollte für die Analyse, die Visionen und Handlungsstrategien die "Optionen für die Armen" und damit Fragen nach Gerechtigkeit zum Ausgangspunkt nehmen.
3. Die DG ist wertlos und unscharf in ihrer Darstellung von Problemfeldern.
Es fehlen die ökonom. Erfahrungen in der Darstellung der Marktwirtschaft und ihre zerstörerischen Folgen.
4. Der DG fehlen Glaubensinhalte und theologische Visionen.
Sie ist angelehnt von der "Vergötzung des Marktes" und es fehlen Anregungen zur Bekämpfung des Reichtums (als Ursache für Armut).
5. Kirche stellt sich selbst als Arbeitgeberin, als Eigentümerin von Immobilien und Vermögen nicht zur Diskussion.
Es werden keine Anregungen zu solidarischen Wirtschaften und für alternatives Handeln gegeben.
6. Wir wollen die Mehrheit von Überflüssigen zum Fülle des Lebens - ein Beitrag, den Kirche derzeit gegeben kann.

Potsdam/Babelsberg

Babelsberg

1.03.5.82.0210

Jahrgang 1931

L2 Geburtstagsliste sortiert nach Nachname - Vorname

28.03.1995

Seite 1 -

Familienname Namenszusatz Vorname Titel Alt Geburtstag Straßename Hausnummer

Kriterien

Auswertungsart Altersgruppen nach Wahl

Geburtstag von : 01.01.1931

Geburtstag bis : 31.12.1931

oder Alter von :

Alter bis :

oder Altersgruppen:

in den Monaten : jan

in den Monaten bis: dez

im Zeitraum von :

im Zeitraum bis :

Geschlecht :

Konfession : ev

Wohnungsstatus :

Familienstand :

54

64

43

161

170

4 Punkte

Aufgabe des Auf-word-Papier II

Wichtig aus Kultur +
~~eigene~~ Veränderung vor-
schlagen

- Weglassungen + Ausgrenzungen
- ➔ Option f. die Armen = wichtigste Perspektiv.
Verantwortung f. die arme Welt ~~angabe~~
- Problem: Doppeldeutigkeit - Herausforderung für ganz
Deutschland
Problemfelder Arbeit / Arbeitslosigkeit
" " Gesundheit + Recht
- Einspruch gegen die Mainstream-Wirtschaft (Neol. Bewegung)
- Konsequenz für eth. Handeln (Viere stellt sich
Selbst zu Diskussion)

● Einige Thesen

- Das Papier der Viere ist aus der Perspektive von
Verteidigern der sozialen Marktwirtschaft geschrieben,
die ~~das~~ glauben, daß ~~gesellschaftlich~~ "besser"
Die soziale Marktwirtschaft wird nicht als Verursacherin
des Problems, sondern als Teil seiner Lösung angesehen
- Es gibt eine "Schiefelage" in Legitimationsgefällen.
Die Option f. die Armen ist eine Endredepausung,
die ~~in~~ weder ~~Verlassen~~ noch ~~relativiert~~ werden
soll. So ~~besteht~~ ^{werden} Analyse, Visionen, Handlungsvorschläge von der Frage nach Gerechtigkeit bestimmt.
- Die DG ist wertlos und missdeutlich in ihrer
Darstellung von Problemfeldern.
Es fehlen ökonomische Erfahrungen und deren zerstörerische
Folgen der Weltmarktwirtschaft
- Diese DG fehlen Glaubensinhalte und theologische
Visionen z.B. Gottes Gerechtigkeit bedeutet Partei-
nahme für die Armen
- Die DG ist angelehnt an die "Vergötterung des Marktes"
- Es fehlen ^{in der DG} Anregungen zur Betämpfung des Reichtums,
damit es auch keine Armen mehr gibt
Wir geben Anregungen für eth. Handeln + solidarische Wirtschafts-

formen in der Kirche
D.h. wir wollen die Mehrheit vom Überfluß
zur Fülle des Lebens als Kirchl. Beitrag zur
wirtschaftl. + sozialen Lage in Dertellend beschreiben

DAS BABELSBERGER STADTTTEILPROJEKT "NOWA"

(Leben, wohnen und im Weberviertel Arbeiten)
BRAUCHT HILFE!

Seit April 1994 arbeiten 6 Frauen in diesem Stadtteilprojekt. Von vielen Aktivitäten müßte hier berichtet werden (z.B. BürgerInnenversammlungen; Projekt Weberhausausbau, Bosnienhilfe, Solidarioprojekt). Das Bekanntwerden in Babelsberg und die Akzeptanz bei anderen Initiativen und öffentlichen Trägern nimmt zu.

Drei Frauen sind inzwischen aus diesen AB-Maßnahmen in feste Arbeitsstellen gewechselt.

Der Förderkreis Böhmisches Dorf, Nowawes, Neuendorf e.V. als Träger dieser Stadtteilarbeit sucht dringend Frauen, die Lust und Interesse haben, in diesem NOWA-Projekt aktiv mitzumachen.

2 AB-Stellen sind z.Zt. nicht besetzt:

Die für ÖFFENTLICHKEITSARBEIT in der Projektplanungsgruppe

und die für die BOSNIENHILFE.

Voraussetzungen

für Interessentinnen:

- ABM-Berechtigung
- Engagement, Ungewöhnliches in einem Stadtteil gemeinsam mit anderen zu tun.

Informationen und nähere Auskünfte bitte
im Stadtteilprojekt NOWA erfragen,

Karl-Liebknecht-Str. 75

14482 Potsdam

Tel.: 0331/707059

oder bei

Flade, Lutherstr. 1

14482 Potsdam

Tel.: 0331/707822

DISKUSSIONSPAPIER der Kirchen

1. zur wirtschaftl. und sozialen Lage in Deutschland

1.1. Anliegen der Kirchen

Ingeachtet der tiefgreifenden pol., wirtsch. und gesell. Umbrüche Mut zu machen zur Zukunft und ~~an~~ deren ~~Gestaltung~~ Vertrauen in deren Gestaltung wecken.

Gesellschaftlicher Dialog

- in Perspektive der ganzen Gesellschaft
- in Perspektive der Benachteiligten
- Verständigung über gemeinsamen Verhaltenskodex
- gemeinsame Aufgabe für die Bedürftigen und Armen einzustehen

1.2. 3 Optionen

- für die Schwachen
- für die soziale Friedensordnung
- für soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt

2. Soziale Gestaltung der Zukunft

- innere Einheit in Deutschland vollenden - gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten - Chancengerechtigkeit
- europäische Integration fortsetzen + demokratische Entwicklung in ganz Europa
- Mitverantwortung für die Schicksalsgemeinschaft aller Menschen in der einen Welt stellen

3. Problemfelder - als Herausforderungen zu Handeln

außergerichtliche Bewährungsprobe!

- < andauernde Arbeitslosigkeit - Bedrohung der Humanität
- < kein Band für Vergangenheit + Zukunftsbang

Leistungsfähigkeit des sozialen Sicherungssystems - bisher bewährt

S. 20 ff

DAS BABELSBERGER STADTTEILPROJEKT "NOWA"

(LebeN, wOhnen und im Weberviertel Arbeiten)
BRAUCHT HILFE!

Seit April 1994 arbeiten 6 Frauen in diesem Stadtteilprojekt. Von vielen Aktivitäten müßte hier berichtet werden (z.B. BürgerInnenversammlungen; Projekt Weberhausausbau, Bosnienhilfe, Solidarioprojekt). Das Bekanntwerden in Babelsberg und die Akzeptanz bei anderen Initiativen und öffentlichen Trägern nimmt zu.

Drei Frauen sind inzwischen aus diesen AB-Maßnahmen in feste Arbeitsstellen gewechselt.

Der Förderkreis Böhmisches Dorf, Nowawes, Neuendorf e.V. als Träger dieser Stadtteilarbeit sucht dringend Frauen, die Lust und Interesse haben, in diesem NOWA-Projekt aktiv mitzumachen.

2 AB-Stellen sind z.Zt. nicht besetzt:

Die für ÖFFENTLICHKEITSARBEIT in der Projektplanungsgruppe und die für die BOSNIENHILFE.

Voraussetzungen

für Interessentinnen:

- ABM-Berechtigung
- Engagement, Ungewöhnliches in einem Stadtteil gemeinsam mit anderen zu tun.

Informationen und nähere Auskünfte bitte im Stadtteilprojekt NOWA erfragen,

Karl-Liebkecht-Str. 75

14482 Potsdam

Tel.: 0331/707059

oder bei

Flade, Lutherstr. 1

14482 Potsdam

Tel.: 0331/707822

Ant-wort-papier "Ostvotum" zum kirchl. Wort zur wirtschaftl.
u. soz. Lage in Deutschland abgeschickt an:

Bank, Michaela, Kath. Kirchengem., Neufahrwasserweg 8, 12685
Berlin-Marzahn

Berger, Almut

Birthler, Marianne

Bunzel, Rudi

Bürger-Bischof's Sektion

Burkhardt, Inge, Halle

Cynkiewicz

Dejung, Karl-Heinz

Duchow, Ulrich

Elliger, Heidrun

Eva's Arche

EKD-Außenstelle Berlin, Auguststr.

Farak, Arndt

Hartmann, Michael

Heft, Gesine

Hickel, Gisela

Heyroth, Peter, Quedlinburg

Kramer, Martin

Lehrguth (Herr) Geibelstr. 205, 09127 Chemnitz

Linz, Johanna

Mendt, Dittrich

Messlin, Harald

Noak, Axel

Ordnung, Carl

Reese, Günther

Romberg, Renate u. Walter

Roth, Gustav, Wielandstr. 16, 12159 Berlin

Schierholz, Henning

Schottstädt, Bruno

Sturm, Michael

Sorkale, Florian

Sund, Olaf

Von Clausewitz, Bettina

Woldt, Friederike

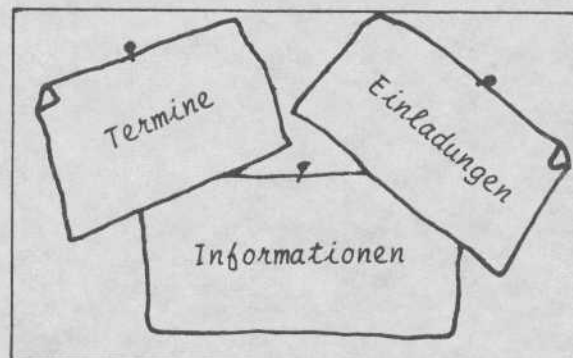
alle TeilnehmerInnen siehe Liste

alle Unterschriftsleute

- Zeichen der Zeit
- Junge Kirche
- epd
- INKOTA



Gossner Mission · Handjerystraße 19-20 · 1000 Berlin 41 (Friedenau)



Einladungen · Termine · Informationen



KSI • Postfach 1460 • 53584 BAD HONNEF
KSI • SELHOFER STR. 11 • 53604 BAD HONNEF

DIREKTOR

Herrn Töns Föste
Evangelische Akademie
Mark-Marx-Platz 15

17481 Greifswald

Frau
Annette Flade
Lutherstr. 1

14482 Potsdam

Frau
Brigitte Schmeja
Jacobstr. 62

06110 Halle

Bad Honnef, den 04. Oktober 1995

KONSULTATIONSPROZEß

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrter Herr Föste,

herzlichen Dank für die Übersendung Ihrer Stellungnahme Oktober 1995 mit den Vorschlägen und Anregungen zum Konsultationsprozeß beider Kirchen zur Erarbeitung eines gemeinsamen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.

Die zum Thema übermittelten Informationen werden wir in Mailbox und Datenbank speichern. Wir beabsichtigen - zum gegebenen Zeitpunkt - alle Eingaben namentlich in einer Dokumentation zu veröffentlichen. Außerdem erreichen uns immer wieder Anfragen anderer Interessenten am Konsultationsprozeß mit der Bitte um Übersendung bisheriger Stellungnahmen und der Herstellung von Kontakten untereinander.

Die Datenschutzbestimmungen schreiben vor, daß wir für die Weitergabe Ihrer persönlichen Daten **Ihr schriftliches Einverständnis** einholen müssen. Wir bitten Sie daher, die beiliegende Karte auszufüllen und an uns - **möglichst umgehend** - zurückzusenden.

Beigefügt erhalten Sie noch einige allgemeine Informationen zur Nutzung der Mailbox sowie weiterer Materialien zum Konsultationsprozeß und zur Arbeit des Instituts, sofern es die Portomarge gestattet. Ihnen noch einmal ganz herzlich für Ihre Zuschrift dankend, verbleibe ich

mit den besten Grüßen

Ihr

Joachim Sikora (nach Diktat verreist)

HAUSANSCHRIFT: 53604 BAD HONNEF • SELHOFER STRASSE 11 • RUF (02224) 2680 + 2815 • FAX (02224) 79208
POSTANSCHRIFT: 53584 BAD HONNEF • POSTFACH 1460

BANKVERBINDUNGEN:

STADTSPARKASSE BAD HONNEF • KTO. 170 050 • BLZ 380 512 90 / POSTGIROAMT KÖLN • KTO. 152559-505 • BLZ 370 100 50

Wolf-Dieter Narr

Freie Universität Berlin
FB PolWiss, Potsdamer Straße 41, 12205 Berlin

An das
Sozialwissenschaftliche Institut
der evangelischen Kirche in
Deutschland
Z. H. Herrn Prof. Dr. Günter Brakelmann
Postfach 250570
44743 Bochum

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Telefon:	(030) 833 7162	Datum
		WDN/AI	Telefax:	(030) 838 6347	4.9.95

Wissenschaftliches Forum am 12. September 1995 im Rahmen des
Konsultationsprozesses der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in
Deutschland.

Sehr geehrter Herr Brakelmann,

auf das allgemeine Anschreiben vom Juni dieses Jahres, sich am oben genannten
Konsultationsprozeß zu beteiligen und möglichst am wirtschaftspolitischen Forum
mitzuwirken, wollte ich mich längst melden. Wie das einem leider öfters geschieht, bin
ich nicht sogleich dazu gekommen, und nun steht das Wissenschaftliche Forum vor der
Tür und meine Absage, da ich mir nicht sicher bin, ob ich die Karte seinerzeit
weggeschickt habe, kommt spät, ja zu spät. Dafür entschuldige ich mich ausdrücklich.

Dennoch möchte ich Ihnen kurz begründen, warum ich zum einen an diesem
wirtschaftspolitischen Forum aus sachlichen Erwägungen nicht teilgenommen hätte,
auch wenn ich dies zeitlich hätte schaffen können. (In der Zwischenzeit hat sich ergeben,
daß ich am 12. September außer Landes bin.) Damit hängt zusammen, daß ich zum
anderen, und auch dies will ich Ihnen entsprechend knapp vortragen, mit der Grundlage
des beabsichtigten "gemeinsamen Wortes" der Kirchen "zur wirtschaftlichen und sozialen
Lage Deutschlands" sehr unzufrieden bin, so daß dieses "Wort" m.E. "vergeblich"
gesprochen wäre, wenn es sich nicht beträchtlich über die jetzt gegebene Grundlage
erhöbe.

Bevor ich Ihnen ankündigungsgemäß einige meiner Einwände mitteile, die Ihnen
immerhin zeigen mögen, wie sehr ich an der von Ihnen und den Kirchen betriebenen
Sache Anteil nehme, wie wichtig mir im Prinzip dieses "Wort" wäre, muß ich offen
einräumen, daß von Ihrer Perspektive aus - ich meine selbstverständlich nicht Sie
persönlich - möglicherweise in meiner Kompetenz zu diesem beabsichtigten "Wort" der
Kirchen Stellung zu nehmen, ein erheblicher Bruch besteht, und daß also meine Kritik
kraftlos zu Boden fällt. Obwohl ich vor allem mütterlicherseits einem langen
Pfarrergeschlecht angehöre, obwohl ich als engagierter Menschenrechtler darum weiß,

daß mein Engagement und meine letztlich nicht "physisch" begründbaren Werte nur aus dem Kontext christlicher Tradition der Kirchen- und Ketzergeschichte zu verstehen sind, bis in die christlichen Anfänge zurück (vgl. neuerdings die trefflichen Bücher von Elaine Pagels), gehöre ich seit meiner Volljährigkeit keiner Kirche mehr an und habe diese Nichtzugehörigkeit bis heute wenn schon nicht als die "Freiheit eines Christenmenschen", so doch als die Freiheit eines menschenrechtlich radikal engagierten Menschen für mich selbst aufgefaßt, so wenig mein verstorbener Freund Helmut Gollwitzer oder ich je die Frage genau beantworten konnten, was denn in unserem sonst gleichläufigen Engagement den Unterschied ausmache, ob der eine "den Sprung des Glaubens" gewagt habe, oder der andere nicht.

Gleichviel. Dieses kleine "Bekenntnis" schien mir erforderlich, damit Sie meine "Kompetenz" einzuschätzen vermögen, damit ich vor mir selber nicht schuldig werde an einer "metabasis eis allogenos".

Unter diesen Vorbehalten also knapp meine kritischen Marginalien, die sich vor allem auf den Text der Broschüre beziehen mit dem Titel "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland - Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen". (Ich hatte diesen Text schon vor der Einladung zum Bonner Forum erhalten.)

1. Methodisch stört mich an diesem Text und potentiell an einem darauf gründenden, ihn verbindenden "Wort", die dauernde Vermischung von Analyse und Bewertung. Beide werden dadurch geschwächt. Sowohl das klare Profil der Werte, als auch die nüchternen Feststellungen der Analyse.

Kennzeichnend für das, was ich sage, ist früh im Text der vierte Punkt (s. S. 10), der sozusagen mitten in eine knappe Situationsskizze hineinplatzt. M.E. müßte eine Stellungnahme der Kirchen, wie dies auch für die Stellungnahmen anderer Gruppen gälte, die nicht nur nachhaken, was ohnehin geschieht und etwas Moralin darüber streichen, das, was man im Soziologendeutsch den "werthafter Bezugsrahmen" nennt, zuerst *distincte et clare* benannt werden, bevor dann mit einer Beschreibung des Problemgeröls der Gegenwart und seiner Analyse angehoben wird.

2. Der analytische Mangel dessen, was diese ockergelbe Broschüre enthält, ist am auffälligsten. Nirgendwo wird - um mit Max Weber zu sprechen - die nüchterne Rücksichtslosigkeit des Problems wahrnehmenden und ihre Hintergründe analysierenden Blicks gepflogen. Im Gegenteil. Kaum werden Probleme genannt, werden sie huschend verwischt. Widersprüche werden unerörtert stehen gelassen (s. beispielsweise S. 20, Punkt 32, wo davon die Rede ist, daß "strukturelle Verwerfungen und Fehlentwicklungen" angeblich "unübersehbar" "die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit" beeinträchtigen. Ohne Halt wird diese Feststellung mit einem "und" verbunden und angeschlossen "und das System der sozialen Sicherheit gefährden", als bewirkten nicht alle gegenwärtig schlechthin dominierenden Maßnahmen, um die "wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit" des "Standorts" Deutschland und seiner hierbei notwendig ungleich wegkommenden Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken, notwendigerweise drastische negative Effekte auf das "System der sozialen Sicherheit". Ähnlich wird auf S. 23 (Punkt 42) das Wirtschaftswachstum "ein institutionalisiertes Ziel u n s e r e r Wirtschaftsordnung" genannt (gesperrt durch mich), ohne dieses Wirtschaftswachstum einmal systematisch in die Luft erdgebundener

Reflexion zu heben. Deswegen ist es dann auch geradezu mühelos möglich, daß eine Seite später (Punkt 43, S. 24) das Stabilitätsgesetz mit seinem berühmten magischen Viereck aus der Versenkung geholt wird, dessen schlechthinige Widersprüchlichkeit heute selbst die Wohlgesinntesten offenkundig ist.

Ich müßte hier länger ausholen, will aber nur andeuten, daß m.E. eine nüchtern-systematische und nicht von angeblich neuen Unübersichtlichkeiten raunende, hauptsächliche Faktoren klar benennende Analyse die schlechthinige Voraussetzung dafür darstellt, daß irgend jemand oder irgendeine Institution, von den Kirchen und ihrem Anspruch gar nicht zu reden, politisch-moralisch zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen heute Stellung bezieht. Ohne eine solche nüchterne, möglichst ohne blinde Flecken verfahrenende Analyse, die unvermeidlicherweise etlichen etablierten Interessen weh tun muß (ohne daß man die Interessierten menschlich verletzen möchte), verkommt alle im weitesten Sinne des Wortes normative Orientierung zum hohlen Appell und wird das an sich berechtigte Postulat, eigenes Verhalten und eigene Wünsche zu verändern bzw. zu bedenken, zum doppelt-moralischen Appell, mit dem man zusätzlich so tut, als müßten die Menschen nur ein wenig "solidarischer" sein (und als könnten sie es), und dann wäre alles in Ordnung.

3. Aus dem Gesagten folgt schon, daß die Kritik, die in der "Diskussionsgrundlage" enthalten ist, sich durchgehend dadurch auszeichnet, daß sie unspezifisch bleibt, sprich die Kritik ist stumpf, da krinein, das muß ich Ihnen nicht sagen, bekanntlich unterscheiden heißt, und also aller Pauschalität abhold ist. Im einvernehmenden Plural wird "von uns" gesprochen, wird pauschal "die Gesellschaft" apostrophiert und selbst ein Verhalten, das "nur auf den eigenen Erfolg setzt", (s. S. 13, Punkt 16), nur als "fragwürdig" betrachtet (wobei völlig ausbleibt, daß die alle Facetten der Gesellschaft durchdringende Ökonomie dieses Verhalten auch im Bildungssystem fort und fort produziert), und wird dann das wunderschöne Ideal "gelebte Solidarität" (s. S. 16, Punkt 22) zum verblasenen Postulat, das wie ein Luftballon unverbindlich zusammenschnürt, sobald die Luft herausgelassen ist.

4. Auch die positive Orientierung, das, was "wir Christen" tun sollen, wie "wir" gefordert sind oder sein könnten, bleibt durchgehend unspezifisch. All die in der "Diskussionsgrundlage" enthaltenen Orientierungen verblassen im pastellfarbenen Wohlmeinen an Wohlmeinende und zeitigen eben nicht einmal im Gedanken und Appell irgendwelche Konsequenzen.

Pardon. Wie Sie sehen, lieber Kollege Brakelmann, bin ich nicht nur mit der "Diskussionsgrundlage" sehr unzufrieden, sondern würde auch - das folgt aus meiner Kritik, die ich hier nur andeuten konnte und wollte - ein "gemeinsames Wort der Kirchen" im Hinblick auf dieses kochend heiße und geradezu existentielle Thema sehr viel anders, sehr viel grundlegender, sehr viel kritischer und in diesem Sinne auch sehr viel riskanter und provokanter formulieren, als dies all meiner Mutmaßung nach von Ihrer Gruppe geplant ist. So unliebsam Ihnen diese meine verkürzten Äußerungen sein mögen, so sehr scheint es mir doch überlegenswert und gemäß Ihrem moralisch-politischen Anspruch geradezu überlegensnotwendig, ob die beiden Kirchen zu diesen großen Problemen nicht lieber schweigen sollten, als sich lauwarm zu äußern, jedenfalls, wenn man die "Diskussionsgrundlage" als möglichen Kern der späteren Stellungnahme nimmt.

Sollten Sie an meiner möglicherweise auch konstruktiven Kritik fürderhin interessiert sein, stehe ich im Rahmen meiner zeitlichen Möglichkeiten und meiner Kompetenzen zur Verfügung. Soweit ich mich selbst oder nahe Freunde von mir in letzter Zeit nachlesbar ausführlicher mit den Problemen befaßt haben, um die es in der Stellungnahme geht, ist dieses zum einen bei Claus Koch "Die Gier des Marktes, die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft", München 1995, nachzulesen oder - anders akzentuiert und mit anderem Schwerpunkt bei mir selbst und Alexander Schubert "Weltökonomie - Die Misere der Politik", Frankfurt, 1994.

Ich wünsche Ihnen ein ertragreiches wissenschaftliches Forum, und wenn es denn notwendig ist, ein letztlich formuliertes Wort, das sich durch eine größtmögliche Klarheit und Eindeutigkeit, das sich durch "Ja, ja" und "Nein, nein" auszeichnet.

Mit allen guten Wünschen und Grüßen

Ihr

Herrn
Lehrgut
Geibelstr. 205

09127 Chemnitz

Berlin, den 25.10.1995

Lieber Herr Lehrgut,

endlich kann ich Ihnen unser Ant-wort-papier schicken. In der letzten Woche war ich mit Gästen aus osteuropäischen Ländern und der Leitung eines Seminars sehr eingebunden, so daß dieser Versand erst jetzt möglich ist.

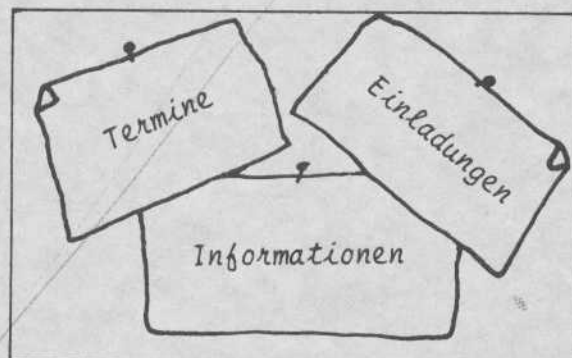
Ich hoffe, die Stellungnahme gibt Anregungen für weitere Äußerungen und dient als Anstoß, auch mit anderen Gruppen eindeutige Meinungen unseren Kirchen zu diesem Thema zu sagen. Es ist ein Arbeitspapier und zum Weitergeben gedacht!

Herzliche Grüße

Annette Flade



Gossner Mission · Handjerystraße 19-20 · 1000 Berlin 41 (Friedenau)



Einladungen · Termine · Informationen

28.9.95 13¹⁷ 22

Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin

Telefon
030/6317809
Telefax
030/6361198

F a x f ü r C o r d u l a H e i l m a n n

Mitteilung an epd

In der zweiten Oktoberwoche (ab 9.10.95) wird das
ANT-WORT-PAPIER "Vom Überfluß zur Fülle des Lebens" zur
"Diskussionsgrundlage" für ein kirchliches Wort zur
wirtschaftlichen und sozialen Lage als sogenanntes "Ost-Votum"
vorliegen und über die kirchliche Presse publiziert.
Für Rückfragen oder Bestellungen für dieses Votum stehen
folgende AnsprechpartnerInnen zur Verfügung:

1. Tön Fäste, Evang. Akademie, Karl-Marx-Str. 15, 17489
Greifswald, Tel. die.:..... priv.:.....
2. Annette Flade, Lutherstr.1, 14482 Potsdam, Tel.die.:
030/6317833, priv.: 0331/707822

Die Gruppe, die dieses Ant-wort-papier erarbeitet hat, ist auf
Einladung der Evang. Akademie Berlin-Brandenburg ab Frühjahr
1995 zusammengekommen.

Hauptamtliche kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
engagierte Laien aus den verschiedenen Landeskirchen der
ostdeutschen Bundesländer haben diese Stellungnahme gemeinsam
erarbeitet.

Gruf A esse



29.9.95

Zusendung des unterzeichneten Ant-Wort-Papier „Vom Überfluß zur Fülle des Lebens“

Liebe Mitarbeitende an der "Ant-Wort"!

Mit diesem Brief kann ich Ihnen wie verabredet - und nach einigen eingegangenen redaktionellen Verbesserungswünschen - die Fassung zu schicken, wie sie ab 9. Oktober veröffentlicht wird.

Ich werde am Montag, den 2. Oktober eine epd-Meldung weitergeben, die folgenden Wortlaut haben wird und die mit Annette Flade und Walther Bindemann sowie Michael Hartmann (Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg) abgesprochen wurde:

In der zweiten Oktoberwoche (ab 9.10.95) wird das ANT-WORT-PAPIER „Vom Überfluß zur Fülle des Lebens“ zur Diskussionsgrundlage für ein kirchliches Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage als sogenanntes „Ost-Votum“ vorliegen und über die kirchliche Presse publiziert.

Hauptamtliche kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und engagierte Laien aus mehreren ostdeutschen Landeskirchen haben dieses Votum gemeinsam erarbeitet. Die Einladung und die Koordinationsaufgaben für die Gruppe haben Walther Bindemann (ehemals Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg) und Cordula Heilmann (ehemals Fachstelle für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in den östlichen Gliedkirchen) arbeitsteilig geleistet.

Für Rückfragen oder Bestellungen für das ANT-WORT-PAPIER „Vom Überfluß zur Fülle des Lebens“ stehen folgende Ansprechpersonen zur Verfügung:

1. Töns Föste, Evangelische Akademie, Karl-Marx-Platz 15, 17481 Greifswald; Tel: 03834/ 897490
2. Annette Flade, Lutherstr. 1, 14482 Potsdam; Tel. dien.: 030/ 631 78 33; priv.: 0331/ 707 822
3. Brigitte Schmeja, Jacobstr. 62, 06110 Halle; Tel: 0172/ 239 09 42.

„Die Zeichen der Zeit“ und die „Junge Kirche“ werde ich um Veröffentlichung bitten. Ihnen lege ich ein Exemplar sowie eine Kopievorlage bei.

In der Hoffnung eines guten Diskussionsverlaufes grüßt Sie herzlich

Cordula Heilmann



Berlin, den 22.09.1995

Betrifft: Anfrage zur Unterzeichnung des Ost- Votums zur wirtschaftl. und sozialen Lage in Deutschland


Liebe Mitarbeitende am Ost-Votum zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland!


Dank Walther Bindemanns schneller redaktioneller Arbeit aus Newcastle, sowie der pünktlichen Zuarbeiten von einigen von uns, nun also die Anfrage zur Unterzeichnung des Ost-Votums.

Sie erhalten mit dieser Post die Endfassung.

Auf der Sitzung am 23.8.95 waren wir uns ja prinzipiell über den Inhalt und die Form einig geworden, als wir die Veränderungen gemeinsam erarbeitet hatten bzw. Walther Bindemann anschließend zu gesandt haben. Nach Absprachen mit einigen von Ihnen möchte ich folgendes Verfahren für Ihre Unterzeichnung vorschlagen:

Ich bitte darum, daß Sie innerhalb der nächsten Tage reagieren - **spätestens bis Mittwoch, den 27.9.95.** Ich werde nur Ihren Namen **darunter setzen**, wenn Sie auch **reagiert** haben und mit dem Text einverstanden sind.

 **Wenn sie Ihre Nachricht per Fax schicken wollen, dann bitte nur unter der**

Fax Nr.: 03328/ 47 47 98 bis Mittwoch, den 27.9.95 

Dieses ist mein privater Faxanschluß, den Sie Tag und Nacht benutzen können.

Sie können mir Ihre Nachricht auch auf meinen Anrufbeantworter in der Auguststraße sprechen

Tel. Nr.. 030/28 395 164. (Schriftlich wäre es mir aber lieber!)

Am Montag, den 25.9.95 bin ich von 16.00 bis 18.00 Uhr direkt im Büro zu erreichen unter der gleichen Nummer.

Da ich mich bereit erklärt habe, von meiner Dienststelle - die am 30.09.95 ausläuft - die Vervielfältigung und Versendung des Votums zu erledigen, muß ich um diese Eile bitten. Ich werde am Donnerstag, den 28.9.95 Ihnen das Votum zuschicken mit den Personennamen, die es unterzeichnet haben. Mit gleicher Post versende ich den Brief dann auch an die Kontaktadresse für den Konsultationsprozeß.

Die Anschreiben für die Veröffentlichungen an die Presse erledige ich ebenfalls und gebe die Namen von Brigitte Schmeja, Annette Flade und Töns Föste an. Ich bitte Sie drei, sich mit mir in Verbindung zu setzen, damit ich die Adressen und Telefonnummern sowie den Zeitpunkt für Rückfragen angeben kann.

In der Hoffnung, daß Sie mit diesem schnellen und unkomplizierten Verfahren einverstanden sind, grüßt sie herzlich

Cordula Heilmann

Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Telefon
030/6317809
Telefax
030/6361198

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin

Frau
Cordula Heilmann

Berlin

T E L E F A X

Anzahl der Folgeblätter: 3

Datum: 27.9.1995

BITTE GLEICH AUSHÄNDIGEN! DANKE!

Liebe Cordula!

Hier meine Veränderungswünsche für
unser Ant-Wort-Papier, da ich Dich leider
vorher nicht mehr telephonisch sprechen konnte,
muß Du Dich um "durchfüttern" kümmern.

Kleine Sachen:

S. 1 1. Absatz (4. Zeile) Ant-Wort
fest drucken

2. Absatz = Das Schlüsselproblem
31 Zeile = statt "der" "dieser" Perspektive

S. 15 Zeile 5-13 Anteil haben ...

S. 13 Zeile 6-7 = wegstreichen "Östen und"

Veränderungen von S. 22 und 23 faxe ich sofort
d.h. die entsprechenden Seiten, da einiges korrigiert werden
muß. Falls Du etwas nicht lesen kannst, am

Donnerstag bist Du von 11-16.30 Uhr in der
Gossner Mission zu erreichen.

Auch für sonstige Mitteilungen bist Du
hier erreichbar.

Mad's geht und herzliche Grüße

Deine A. Hesse

Absender:

Solidarno-Laden Potsdam
c/o Annette Flade
Lutherstraße 1
14482 Potsdam
Tel.: 030/778800
oder 030/6817509

Liebe Freundinnen und Freunde,

Seit einem Jahr beteiligen wir, die Frauengruppe des Potsdamer Solidarno-Ladens, uns an der "Aktion Handarbeit". Wir sammeln Wolle, Strick- und Nähadeln, Nähmaschinen, Stoffe, etc. und bringen diese in regelmäßigen Abständen in kroatische Flüchtlingslager rund um Varazdin, 70 km nördlich von Zagreb. Von Flüchtlingsfrauen werden dort vor allem Hausschuhe (sog. Hüttenschuhe) und Wollsocken gestrickt. Diese kaufen wir von den Frauen dort vor Ort ein und verkaufen sie in Deutschland, bis jetzt leider nur in zwei "Dritte-Welt-Läden" in Potsdam.

Um auch weiterhin diese "Hilfe zur Selbsthilfe" fortsetzen zu können, ist es wichtig, neue Verkaufsmöglichkeiten zu finden. Wir schreiben auch, um zu fragen, ob Ihr die von uns hierher gedachten Hüttenschuhe und Socken in Kommission übernehmen und in Euren Läden verkaufen könnt. Die Verschickung kann von uns durchgeführt werden, evtl. ist auch ein Vertrieb über die GEPA im Zwischenlager Caputh (bei Potsdam) möglich.

Es ist sehr wichtig, daß die Schuhe und Socken hier verkauft werden, da die bosnischen Flüchtlingsfrauen in Kroatien mit dieser Arbeitsmöglichkeit eine Verbesserung ihrer Lebensmöglichkeit erhalten. Diese Arbeit ist eine Chance, sich zu beschäftigen und gleichzeitig eine kleine Unterstützung zu bekommen. Diese Hausschuhe oder Socken sind für den Preis von 10,- DM als Kommissionware oder Direktverkauf zu erhalten.

Wir würden uns über positive Rückmeldungen freuen.

Im Namen der Frauengruppe des Solidarno-Ladens in Potsdam-Babelsberg

Annette Flade

acht Dietl.

„Worte zum Tag“/Thüringen I.
1. bis 15. 11., 6.05 und 9.05 Uhr: Pa-
rarin Katarina Schubert, Weimar.

„Worte auf den Weg“. 11. 11.
16. 11., 6.37 Uhr/Radio aktuell
und 7.35 Uhr/Berliner Rundfunk:
G. Lachmund, SJ, Berlin.

Ev. Morgenfeier. 10. 11., 7.30
Uhr, Radio aktuell: Pfarrer Ottmar
Schulz, Kassel.

„Kirche in der Welt“. 16. 11.,
7.30 Uhr, DS Kultur: Die Runde –
Friedensdekade.

Kirche im DFF. 10. 11., 11.30
Uhr: Kirchenjournal. Geplante The-
men: Jüdische Kinder feiern ein
Fest, Friedensdekade, „Wiederbele-
bung“ einer Friedhofskapelle.

Tagung zur Geschichte von
Klosterwald 1937 bis 1950: 15. bis
17. 11. in Weimar. Informationen
über Kuratorium Schloß Ettersburg
an V. Goetheplatz 9b, O-5300 Wei-
mar, Tel.: 29 75.

Material zur Jahreslosung
1992: Gründliche Exegese sowie
Hinweise zu Bildern der Bildenden
Kunst von Dr. Joachim Daxel, Pul-
lach, 12 Dias in Plastslides. Preis:
17,50 DM, ab sofort lieferbar. Bestel-
lung an: Kunstdienst/Dreikönigskir-
che, Staße der Befreiung 23, O-8060
Dresden, Tel.: Dresden 5 62 43 72.

Cottbus. 16. 11.: Probenson-
ntag für Bachs Weihnachtsorato-
rium (Kantaten 1-4). Offen für alle
Interessierten. Aufführung: 8. 12., 16
Uhr, Oberkirche St. Nikolai, Anmel-

Schichte ausgewählter Län-
der; Spielanleitungen, Hin-
weise auf die Traditionen der
beschriebenen Länder und In-
formationen zur Arbeit der

Zur Deckung der Unkosten,
die mit der Herstellung des
Heftes entstehen, wird ein
Spendenbeitrag in der Höhe
von 2,00 DM pro Heft benötigt.

nein weit angeboten: Die Presse
sprach vom „ersten totalen Medien-
spektakel in der Geschichte des Sho-
wbusiness“, doch ganz gewiß ist es
sehr viel mehr. Jetzt ist das Musical
auch hier zu sehen. Es dürfte einige

Einzelheiten können bei der Vorver-
kaufskasse der Städtischen Bühnen
Erfurt, Dalbergsweg 2, O-5020 Er-
furt, Tel.: 2 43 14, erfragt werden, wo
auch Kartenvorbestellungen entge-
genommen werden.

Aus Eigennutz wird kein Gemeinwohl

(Fortsetzung von Seite 2)

Nun mag manch einer sagen, das
war damals auch ein totalitäres Re-
gime mit verordneter Planwirt-
schaft, während wir jetzt einen ein-
heitlichen demokratischen Rechts-
staat mit sozialer Marktwirtschaft
haben. Aus diesem Gegensatz ergebe
sich, daß, was gegenüber dem einen
falsch gegenüber dem anderen rich-
tig sei.

Wohlstandsinsel

So einfach scheint mir das nicht
zu sein. Mag die soziale Marktwirt-
schaft den Deutschen vorübergehend
eine Wohlstandsinsel geschaffen ha-
ben; das ändert nichts daran, daß im
internationalen Maßstab das Wirt-
schaftsbarometer auf Sturm steht;
Umweltverschmutzung und -zer-

störung, Vernichtung des Regenwal-
des und Klimaveränderung, Ausdeh-
nung der Wüstenregionen und Ab-
sinken des Grundwasserspiegels
sind nur einige Begriffe zur Be-
schreibung für die fortschreitende
Zerstörung der Lebensgrundlagen
für alle Menschen. Ist das deut-
sche Wirtschaftswunder davon ent-
bunden? Die negativen Auswirkun-
gen dieser ökonomischen Übernut-
zung betreffen zuerst die Armen und
Schwachen. Sie holen uns aber ein
und zwar bereits spürbar in der an-
schwellenden Anzahl von Wirt-
schafts- und Umweltflüchtlingen.
Gerade die bisher noch zu kurz ge-
kommenen Deutschen wollen ihren
Wohlstand nicht mit ihnen teilen.
Die internationale wirtschaftliche
Ungerechtigkeit birgt politischen
Konfliktstoff, der nicht durch karita-
tive Maßnahmen allein entschärft

wird. Die Anhebung der Entwick-
lungshilfe auf 2 % des Bruttosozial-
produktes, wie in der Denkschrift ge-
fordert, kuriert nur an den Sympto-
men.

Die Denkschrift schließt mit ei-
nem bemerkenswert unsensiblen
Satz über die Herstellung einheit-
licher Lebensverhältnisse in Ge-
samtd Deutschland: „Sollte es in
Deutschland nicht gelingen, das
West-Ost-Gefälle auszugleichen und
einheitliche Lebensverhältnisse her-
beizuführen – wer sollte dann noch
die Hoffnung darauf bewahren, daß
in Europa und schließlich weltweit
ein größeres Maß an Gerechtigkeit
geschaffen werden kann?“ Wie wer-
den unsere östlichen Nachbarn die-
sen Satz lesen? Ob sie sich an den
verhängnisvollen Anspruch erin-
nern, daß an deutschem Wesen die
Welt genesen solle?

Wochenende für Ältere

Das Frauenwerk der Evan-
gelisch-Lutherischen Kirche in
Thüringen lädt ältere Men-
schen, die gerne singen, musi-
zieren, über biblische Texte
nachdenken wollen, zu einem
Wochenende nach Bad Kloster-
lausnitz, Haus Klosterwald,
Bahnhofstraße 38 (Methodi-
stische Kirche) ein. Wir begin-
nen am Donnerstag, 28. 11.,
15.30 Uhr und enden am Mon-
tag, 2. 12., gegen 9.00 Uhr.
Unkostenbeitrag 80,00 DM.

Anmeldung an:

Karla Hupfer
Biermannplatz 11
O-6500 Gera.

Mit blühender Klangsönheit

Bach-Chor aus Schwäbisch Hall
sang in Weimarer Herderkirche

30 Jahren
vereint

Kirkentag

Die evangelischen Kirchen Ost und West sind nach der Trennung wieder vereint. Kirchentagsleitung nach eilung am Wochenende in Hof mitteilte, verabschiedeten idialversammlung, das oberium des Kirchentages West, e Konferenz der Landesaus Ost eine neue Ordnung für rchentag. Zur neuen amtie-Präsidentin wurde die Berlinärztn Erika Reihlen (55) t. Sie löst turnusmäßig Er-ppler ab, der Präsident für iesjährigen Kirchentag im obiet war.

neue Ordnung sehe neben en auch regionale Kirchen-nd Kongresse vor, wie sie vor auf dem Gebiet der ehemali-DR seit Jahrzehnten veran- wurden, heißt es in der Er- g weiter. Der nächste zentrale entag in München im Jahr solle gemeinsam vorbereitet n.

u in das gemeinsame Präsi- aufgenommen wurden Jürgen rich, der Stasi-Beauftragte der esregierung, Joachim Gauck, ied Hänisch, Siegfried Plath, marie Schönherr, die bisherige zende der Kirchentagsarbeit er brandenburgische Minister- lent Manfred Stolpe und Curt . Den Vorstand bilden jetzt Er- eihlen, Annemarie Schönherr rofessor Ernst Benda.

Aus Eigennutz wird kein Gemeinwohl

Der Antrag von OKR Ludwig Große auf der ersten gesamt-deutschen EKD-Synode in Co-burg Ende Juni diesen Jahres, die geplante Veröffentlichung einer EKD-Denkschrift zu Fragen der Wirtschaft zu verschieben, damit die kritische Lage in den neuen Bundesländern gründlicher einbezogen werden könne, fand keine Mehrheit. Nun ist sie da, die Denkschrift, und wird sehr unterschiedlich beurteilt. Den nachstehenden Beitrag schrieb Dr. Götz Planer-Friedrich, der Direktor der Evangelischen Akademie in Thüringen.

Just zu der Zeit, als in Ost- und Südosteuropa die selbsternannten sozialen Systeme in Serie zusammenbrachen, brüteten die Experten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in ihren Kammern für soziale Ordnung und für kirchlichen Entwicklungsdienst über einer Denkschrift zur Wirtschaft in Verantwortung für die Zukunft. „Denkschriften“ sind Meinungsäußerungen der EKD, mit denen die evangelischen Kirchen in Deutschland ihre Lehrverantwortung wahrnehmen. Was das römisch-katholische Lehramt in Sozialen Zykliken verlaublich, wird seitens der evangelischen Kirchen in Form meinungs-bildender Texte zu ausgewählten Themen aktueller sozialer Probleme zur Diskussion gestellt. Der Charakter solcher Denkschriften unterscheidet sich von lehramtlichen Kundgebungen insbesondere durch den dialogischen, zur kritischen Dis-

kussion anregenden Stil. Die personelle Zusammensetzung der EKD-Kammern garantiert einerseits die Berücksichtigung des ganzen Meinungsspektrums innerhalb der evangelischen Kirche in Deutschland, führt andererseits dazu, daß die so entstandenen Denkschriften vielfach Kompromißcharakter tragen und selten zu eindeutigen Aussagen durchdringen. Davon ist auch die neueste Denkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“ nicht frei.

Denkschrift mit Kompromißcharakter

Die Denkschrift enthält auf der einen Seite eine fast liebevolle Beschreibung der Mechanismen und der „Philosophie“ der (sozialen) Marktwirtschaft. Der Wettbewerb wird als „Entmachtungsinstrument“ beschrieben, weil die „Konsumentsouveränität“ ein Wahlverhalten auf dem Markt schafft, dem die verschiedenen Anbieter ausgesetzt sind. Das private Eigentum an Produktionsmitteln führt zu einer Gewaltenteilung zwischen Staat und Wirtschaft, was nicht bedeutet, daß es keine staatlichen Einflüsse auf die Wirtschaft und wenigstens eine finanzielle Abhängigkeit des Staates von der wirtschaftlichen Prosperität gäbe. Mit Hilfe des durch staatliche Sanktionen durchsetzbaren „Verursacherprinzips“ würden die Marktkräfte auch ökologisch wirksam und

zur Lösung des Umweltproblems beitragen.

Andererseits wird die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich „verbesserungsbedürftig“ – aber auch „verbesserungsfähig“ genannt. So politikbezogen die „Sachgerechtigkeit“ der Marktwirtschaft beschrieben wird, so hilflos appellativ wirken die Verbesserungsvorschläge. Die politische Durchsetzbarkeit durchaus sinnvoller Einzelmaßnahmen wird dem individuellen Wahlverhalten in der demokratischen Willensbildung anvertraut.

Hier wird der Kompromißcharakter dieser Denkschrift handgreiflich. Was offenbar einige Kommissionsmitglieder als Kritik an der Marktwirtschaft vorbringen wollten, wurde durch den Widerstand ihrer Bewunderer zur Randglosse ihrer prinzipiellen Verbesserungsfähigkeit abgemildert. Jedes alternative Nachdenken wird ausdrücklich verworfen (176). Das fällt um so leichter, als das marxistisch-leninistische Wirtschaftskonzept gerade heillos gescheitert ist. Damit erübrigt sich auch jede Polemik oder Apologetik. Was der Ausschuß „Kirche und Gesellschaft“ des inzwischen aufgelösten Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR unter Anhang A der Denkschrift beigezeichnet hat, ist nicht viel mehr als ein Schadensbericht.

So gerät die Wirtschafts-Denkschrift der EKD ganz unwillkürlich zu einer kirchlich-theologischen Legitimation der sozialen Marktwirt-

Kritische Anmerkungen zur EKD-Wirtschaftsdenkschrift

schaft, ohne deren negative Tendenzen und Effekte unterschlagen zu müssen. Denn gerade die Umweltschäden, die Verarmung ganzer Völker und Nationen, die soziale Asymmetrie auch in unserem Lande werden unter der Überschrift von der „Zukunftsfähigkeit“ der sozialen Marktwirtschaft“ und nicht als kritische Anfrage an diese abgehandelt.

An den Strukturen wird nicht gerührt

Diesen Zweck erfüllen auch nicht die „biblischen Motive“; und sollen sie wohl auch nicht. Wenn die ökonomische Analyse die „Sachgerechtigkeit“ der Marktwirtschaft unter Beweis stellt, dann haben christliche Motive nur die Aufgabe, dem auch noch das „Menschengerechte“ hinzuzufügen. Dementsprechend wird der Kirche die Aufgabe zugewiesen, „Kräfte gegen die Resignation zu mobilisieren“, sich der Verstummen und Vernachlässigten anzunehmen und an die Zukunftsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns „zu erinnern“.

Das gemahnt den ostdeutschen Theologen schon fatal an vergangene Zeiten. „Motivationen“ für den sogenannten Aufbau des Sozialismus sollten die Christen und Christinnen schon liefern – z. B. in der Arbeitsethik. Sie durften auch diakonisch wirken und gelegentlich mal an etwas Vernachlässigtes „erinnern“. Nur an den machtbesezten Strukturen sollten sie nicht rühren.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Neu: Berlin-Brandenburgisches Sonntagsblatt
Zeitungs-zusammenschluß

Studenten gibt es genug – aber kein Geld
Aus für Predigerschule

Christen unterschied- Mission

Im Land 80

Berlin, 27. Oktober 1991

22. Sonntag nach Trinitatis

Jahrgang 46 / Nr. 43

0,70 DM

ISSN 0232-4946

Zur

EKD -

Wirtschaftsdenk-
schrift

Kein Maß für das Kommende

Die neue EKD-Wirtschaftsdenkschrift – „ein neues Stück evangelischer Soziallehre“ (Prof. Rendtorff)? Sicher nicht. Hoffentlich aber die Eröffnung eines „Prozesses weiteren gemeinsamen Nachdenkens“ (Bischof Kruse). Die Denkschrift wird unterschiedlich bewertet und instrumentalisiert werden, je nach Interessenlage. Gerade deshalb müssen ihre Aktiva und Passiva deutlich benannt werden:

Aktiva: Klare Aussagen über die Unfähigkeit, im Rahmen der vorhandenen Wirtschaftsformen die ökologische Krise zu bewältigen („Der Marktmechanismus ist als solcher nicht in der Lage, ökologische Gefahren zu vermeiden. Hier ist staatliches Eingreifen notwendig“), über die Risiken, die mit Entwicklung und Anwendung neuer Großtechniken verbunden sind („Die Grenzen unregulierten quantitativen Wachstums sind heute schon ... überschritten“), über die Verhältnisse struktureller Ungerechtigkeit im internationalen Maßstab („die wirtschaftliche Verelendung der meisten Länder der Dritten Welt nimmt noch zu“), über Sozialprobleme in Deutschland (Ungleichheit zwischen Ost und West, Arbeitslosigkeit, keine Verteilungsgerechtigkeit des Volkseinkommens).

Kommentar

Hilfreich für das Gespräch ist der Versuch, den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft zu entfalten. Hier hätte man sich manche kritischen Töne wesentlich stärker gewünscht, z. B. im Hinblick auf die hochprotektionistische Landwirtschaftspolitik der EG, die die Entwicklung der einheimischen Landwirtschaft in Teilen der Dritten Welt verhindert; oder im Hinblick auf die steigende Machtkonzentration von transnationalen Konzernen.

Entscheidendes Defizit: Der gegenwärtige, riesige Transformationsprozeß der zentralistischen Staatsplanwirtschaften in Richtung auf Marktwirtschaften – bis hin nach Wladiwostok, die entscheidende Herausforderung für Ost- und Westeuropa in den bevorstehenden mindestens 20 Jahren, kommt in der Denkschrift praktisch nicht vor. Das Ausmaß der Probleme in diesem Prozeß stellt die Frage nach notwendiger staatlicher Industriepolitik und staatlicher Regulierung grundsätzlich neu, auch im ostdeutschen Raum. Damit steht die Denkschrift am Ende einer Epoche, aber sie gibt noch kein Maß für das Kommende.

Andere Defizite: Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Wirtschaftsgeschehen (Mitbestimmung, Gewerkschaften usw.) bleiben am Rande. Die Rolle anderer Eigentumsformen wie Genossenschaften als mögliche Wirtschaftsform und Form des sozialen Lebens wird so klein wie möglich gemacht.

Schließlich: Die Ökumenische Versammlung der Kirchen in der ehemaligen DDR (1989) hat sich zu der „vorrangigen Option für die Armen“ bekannt, und das sollte weiter gelten. Die Wirklichkeit Gottes, der Weg seines Sohnes, die Kraft seines Geistes ist mit den Armen. Viel wird davon abhängen, ob Christen da sind, die heute in der Verantwortung und Mitgestaltung von kapitalistischer Wirtschaft zugleich die Option für die Armen leben. Und ob eine Kirche da ist, die sie stützt und ermutigt, in dieser Spannung gehorsam zu leben.

Walter Romberg

DIE KIRCHE



**Vom
Überfluß
zur Fülle
des Lebens**
Eine ostdeutsche
Ant-Wort zum
Entwurf eines
kirchlichen
Sozialwortes

VON ASMUS HESS

■ Eine ostdeutsche Gruppe kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie engagierter Laien haben in einem jetzt veröffentlichten Papier den Gemeinsamen Entwurf der evangelischen und katholischen Kirche für ein Wirtschafts- und Sozialwort scharf kritisiert. Diesem fehle jede visionäre Kraft, „weil die Autorinnen und Autoren auf eine biblisch-theologische Grundlage verzichtet haben“, schreibt die Gruppe. Zu ihr gehören u.a. Propst i. R. Heino Falcke (Erfurt), Pfarrerin Ruth Misselwitz (Berlin), Pfarrer Christian Führer (Leipzig) und der pommersche Landespfarrer für Diakonie, Roland Springborn (Greifswald).

Nach Ansicht der Gruppe ist das Schlüsselproblem des Vorbereitungstextes, daß dieser „aus der Perspektive von Verteidigern der sozialen Marktwirtschaft“ heraus geschrieben ist. Die Verfasser seien offenbar von der widerstandslos um sich greifenden „Vergötzung des Marktes“ angesteckt. Wichtige Themen und Probleme kämen nicht vor.



„Der Markt
folgt keiner Ethik“

Foto: epd-bild

Die Ausgrenzung bestimmter Themen habe jedoch immer die Ausgrenzung von Personengruppen zur Folge. Die Autoren des am Montag vorgelegten Papiers befürchten, daß diese „Verengung der Perspektive intendiert ist“.

In dem Entwurf von EKD und Bischofskonferenz fehle der deutliche Bezug zur „vorrangigen Option für die Armen“, zu der sich die Kirchen im konziliaren Prozeß bekannt haben. Wenn von einer „Option für die Schwachen“ gesprochen werde, lege das lediglich eine „sozial-diakonische Perspektive“ nah. Schwache würden in der Regel als „Objekte der Fürsorge“ angesehen; wer sich zur Option für die Armen bekenne, „muß hingegen die Frage nach der Gerechtigkeit stellen“. Zudem werde der Entwurf der Verantwortung für die Eine Welt nicht gerecht. Globale Probleme seien „nur sehr oberflächlich“ behandelt worden. Desweiteren wirft die Gruppe dem Entwurf des Sozialwortes „Westlastigkeit“ und einen in diesem Zusammenhang „geradezu ignorant wirkenden Mangel an Analyse“ vor.

An zwei Themenfeldern – Arbeit/Arbeitslosigkeit und Armut/

Reichtum – konkretisiert die Gruppe ihre Kritik und benennt alternative Strategien zur Lösung der Probleme. Statt der „Geldvermehrungswirtschaft“, die Armut und Elend hervorbringe, müsse eine „Haushaltswirtschaft“ aufgebaut werden. Die vorgeschlagenen neoliberalen Lösungsansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien unzureichend, heißt es. Notwendig hingegen seien „entschiedene Formen der Verteilung von Arbeit“ und eine bedarfsorientierte Grundsicherung der Menschen.

Bei der Behandlung des Themas Armut fällt die Diskussionsgrundlage nach Ansicht der ostdeutschen Autoren hinter längst gesicherte Erkenntnisse zurück. Armut sei kein Zufall oder Schicksal, sondern ein „Produkt ungerechter Verhältnisse“. Sie resultiere aus der Grundstruktur der marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Armut erfordere eine „radikalere Umverteilung der in unserer Gesellschaft angehäuften Reichtümer“. Wenn in der Bibel ein Modell für das ökonomische Zusammenleben von Menschen erkennbar

sei, „dann das einer Ökonomie des sozialen Teilens, damit weder Reichtum noch Armut Leben zerstört“. Der Markt hingegen folge keiner Ethik. Nach Meinung der Gruppe sollten Bezieher großer Einkommen höhere Beiträge zur Finanzierung des Sozialsystems leisten. Vorgesprochen wird außerdem, Instrumente wie Vermögens- und Erbschaftsteuer für notwendige Umverteilungen einzusetzen. Auch eine Vermögensabgabe sollte erwogen werden.

Nach Ansicht der ostdeutschen Autoren zwingt die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland auch die Kirchen zu einschneidenden vermögens- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Die Sozialbindung des Eigentums sollte besonders für die Kirche Vorrang vor Eigennutz und Gewinnmaximierung haben. Kirche und ihre Gliederungen sollten zudem eine beispielgebende Rolle als Arbeitgeber spielen. Da die Kirchen der sich ausbreitenden „Religion der Sättigkeit und des Wohlstandes“ derzeit nichts Wirkungsvolles entgegenzusetzen hätten, seien sie in Gefahr, die Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung zu verlieren.

Kommentar

Arm ist arm

VON HARTMUT LORENZ

■ Wohl als eine Anregung zum Gespräch, aber bestimmt nicht als Vorlage für ein gemeinsames Wort der Kirchen qualifizieren ostdeutsche Autoren das Diskussionspapier der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Lediglich die Erfahrungen der alten Bundesrepublik würden berücksichtigt. Die Situation in Ostdeutschland sei ausgeblendet. Reparaturen an der sozialen Marktwirtschaft sollen den grundlegenden Wandel in der Gesellschaft ersetzen. Nicht einmal erkennbar sei in der Verteidigungsschrift sozialer Marktwirtschaft, daß sich hier die Kirchen äußern.

An den Problemen Arbeit und Arbeitslosigkeit sowie Armut und Reichtum verdeutlichen die Autoren, daß der Wende in der DDR die Wende in der Bundesrepublik Deutschland bereits gefolgt sei. Nur die rigoros eingesetzten Instrumente der Strukturpolitik hätten eine Verzögerung erreicht. Die Transferleistungen in den Westen durch Privatisierungen, Arbeitsplatzverlagerungen und die Ausschaltung von Konkurrenz im Osten hätten bisher erforderliche Strukturveränderungen verzögert. Im Osten sei der Einschnitt dadurch jedoch tiefer geworden. Diese Erfahrungen würden auch in der Kirche eher als Altlast betrachtet.

An die Adresse der Kirchen liest sich diese Ant-Wort wie der Aufruf zu Umkehr und Buße. Die Rückkehr zur Schärfe des Evangeliums wird angemahnt: So verschleierte die Bezeichnung von Armen als sozial Schwache die tatsächliche Situation. Es sei „gottlos“, wenn Kirche heute angesichts der Lebenszerstörung nicht prophetischer, befreiender und alternativer rede und handle.

Die ostdeutsche Antwort knüpft an die eindeutige Rede der Ökumenischen Versammlung der DDR-Kirchen 1988/89 an. Werden die Kirchen bereit sein, zu solcher Eindeutigkeit zurückzufinden?

Armut und Eigentum

Memorandum zur Wirtschaftsdenkschrift der EKD

Einführung

(a) Wie es zu diesem Memorandum kam und was es beabsichtigt

(1) These: Das breite Spektrum von Erfahrungen ökumenischer Initiativgruppen hat sich in der Wirtschaftsdenkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz“ kaum niedergeschlagen. Im Auftrag der Ökumenekonsultation von Erfurt (1993) legen wir ein Memorandum vor, in dem wir die Defizite jener offiziellen kirchlichen Stellungnahme aus dem Jahre 1991 thematisieren. Wir formulieren gleichzeitig einen Vorschlag zu einer Tagesordnung für die Gruppen unter besonderer Berücksichtigung ökumenischer Entdeckungen und Verpflichtungen.

(2) Ursprung des vorliegenden Wirtschaftsmemorandums ist die Initiative, offensichtliche Defizite in der vom Rat der EKD verabschiedeten Wirtschaftsdenkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ – sowohl hinsichtlich der Interpretation ökonomischer Prozesse als auch im Blick auf deren theologische Reflexion – aus der Sicht ökumenischer Gruppen zusammenzutragen und systematisch zu bündeln. Die Initiative wurde im Rahmen einer Konsultation zwischen diesen Initiativgruppen und ÖkumenevertreterInnen der EKD und der evangelischen Landeskirchen im März 1993 in Erfurt ergriffen. Das „Plädoyer für eine ökumenische Zukunft“ und die „Ökumenische Initiative Eine Welt“ haben den nötigen Beratungs- und Studienprozeß in Gang gebracht. Im Rahmen zweier Tagungen wurden von TheologInnen, Ökonomen, Naturwissenschaftlern und Juristen Beiträge zu einem „Wirtschaftsmemorandum ökumenischer Netze und Initiativen“ zusammengetragen.

(3) Initiativgruppen – das breite Spektrum von Freiwilligenorganisationen, Verbraucherbewegungen, Boykottgruppen, Solidaritätsdiensten und Kritischen Aktionären – verstehen sich als konstruktiver Bestandteil einer Zivilgesellschaft. Die Denkschrift beschreibt das so: „In ihr (= der sozialen Marktwirtschaft) sollen alle Menschen die Möglichkeit haben, am Wirtschaftsprozeß auf vielfältige Weise mitgestaltend und mitbestimmend teilzunehmen, nicht nur als Produzenten und Konsumenten, sondern auch als mündige und kritische Staatsbürger. Soziale Marktwirtschaft kann so gesehen eine **demokratische Wirtschaft** sein, die sich nicht dem Willen des Volkes entzieht, sondern sich seinen Bedürfnissen stellt, nicht nur auf dem Markt, sondern auch im politischen Diskurs“ (DZ 68).

(4) Die ökumenischen Initiativgruppen sind

nun gleichwohl nicht an der Erarbeitung der Wirtschaftsdenkschrift beteiligt worden. Ihre Erfahrungen mit der sozialen Marktwirtschaft werden nicht aufgenommen oder reflektiert. Sie kommen als Subjekte kaum vor. Wo ihre „tiefgehende Kritik an der Marktwirtschaft“ – etwa im (Rück-) Blick auf den Konziliaren Prozeß – nicht zu übersehen bzw. zu überhören ist, wird diese mit dem Hinweis auf mangelnde „praktikable Alternativen“ bzw. fehlendes „effizientes wirtschaftliches Handeln“ entwertet (DZ 7). Oder aber sie werden – in einer Reihe mit sog. Kommunitäten – als Erneuerungspotential der Kirchen idealisiert (DZ 168). Beide Interpretationen gehen an der Realität der ökumenischen Initiativgruppen, wie sich gerade dem selbstkritischen Blick zeigt, vorbei. Ihr Interesse an einer „Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen“ macht sich die Denkschrift zwar zu „eigen“ (DZ 7), ihr kirchlicher und gesellschaftlicher Eigenwert wird aber nicht anerkannt.

(5) Das vorliegende **Memorandum** versteht sich zuallererst als Beitrag der „**Netze und Initiativen**“ zu dem notwendigen Streit um einen veränderten Umgang mit den anvertrauten Gütern dieser Erde, als Plädoyer für eine Haushalterschaft, die dem bewohnten Erdkreis gerecht wird. Es ist aber darüberhinaus zugleich ein Versuch, grundsätzlichere Fragen nach den Zielen wirtschaftlichen Handelns und nach den leitenden theologischen Interessen und Perspektiven zur Diskussion zu stellen, die in der Regel – angesichts des verständlichen Handlungsdruckes von Gruppen – in der alltäglichen Praxis nicht explizit verhandelt, sondern eher implizit vorausgesetzt werden.

(6) In diesem Sinne ist dieser Text auch ein **Vorschlag zu einer Tagesordnung für ökumenische Netze und Initiativen**. Er

soll bestehende Kontroversen – zumal im Gefälle West-Ost – offenlegen und die Möglichkeiten zu neuen Gemeinsamkeiten erkunden. Eine solche Suche nach einem „Minimalkonsens“ erscheint uns angesichts der unübersehbaren Verunsicherung der „ökumenischen Szene“ – nicht zuletzt auf Grund des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Ostdeutschland und in Osteuropa – geboten. Dabei sollen vorrangig Erfahrungen und Entdeckungen in wirtschaftlichen Auseinandersetzungen und Prozessen, wie sie in den zurückliegenden Jahrzehnten in der Ökumenischen Bewegung gemacht werden, aufgenommen und in ihrer Bedeutung für die Auseinandersetzung mit der „Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland“ entfaltet werden.

(Karl-Heinz Dejung)

(b) Was unter uns zur Sprache gekommen ist und was nicht

(7) Die Wirtschaftsdenkschrift der EKD von 1991 mit dem Titel „Gemeinwohl und Eigennutz – wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“ ist fast schon vergessen. Dies unter anderem deswegen, weil der Rat der EKD und die Katholische Bischofskonferenz nach der Bundestagswahl 1994 den um vieles mutigeren Schritt gewagt haben, einen öffentlichen Konsultationsprozeß zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland zu eröffnen². Welchen Sinn macht es dann, wenn nun ein den ökumenischen Initiativgruppen verpflichteter Autoren- und Autorinnenkreis doch wieder auf die Wirtschaftsdenkschrift zurückkommt?

(8) Die Antwort ist einfach: Es gibt bleibende Probleme, die nicht im Handstreich zu lösen sind, gerade im theologisch angeleiteten Nachdenken über wirtschaftliches Handeln und die Gestaltung von Wirtschaftsordnungen (bzw.: Wirtschaftsverfassungen), national, kontinental, global. Diese bleibenden Probleme sind in der Wirtschaftsdenkschrift unserer Ansicht nach nicht zureichend angesprochen und in der Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß ganz beiseite gelassen worden.

(9) These: *Wir denken, daß die aktuelle Verständigung in christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen über politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Gefahren im Horizont der biblischen Zeugnisse drei Dinge erfordert:*

- ökumenische Verbindungen und das Hören auf die Stimmen der Anderen;
- das Hinausgehen aus dem abgeschirmten Kirchenraum an die Brennpunkte des Geschehens vor Ort;
- hartnäckige interdisziplinäre Arbeit zwischen den Wissenschaften, die den strittigen Erfahrungen gedanklich geklärten Ausdruck geben. Besonders im Feld zwischen Theologie und Ökonomie liegt hier viel ungetane Arbeit.

(10) Die folgenden Beiträge muten den Kirchen wie den Initiativgruppen Einiges zu. Sie sind nicht schnell konsumierbar. Sie bemühen sich vielmehr um nachhaltiges Vordringen zum Kern der anstehenden Probleme. Darum sind sie, wie man schnell bemerken wird, untereinander kontrovers. Sie sollen eine sachhaltige, problemlösungsorientierte Kontroverse auf ihre Weise voranbringen.

(11) Den auf rasches Eingreifen und wirkungsvolles Handeln eingestellten ökumenischen Initiativgruppen muten sie eine Denkpause zu. Es kann nichts schaden, die eigenen Urteile gelegentlich zu überprüfen. Wir haben uns um Elementarisierung bemüht.

(12) Den auf Integration eingestellten und sich ganz auf Ermahnungen beschränkten Kirchen mutet sie eine Lockerung des Bündnisses mit der frommen Seele und eine

Auflösung ihrer vermeintlichen Weltenthobenheit zu. Es ist uns klar, daß in der Wirtschaftsdenkschrift nur zwei begrenzte Aufgaben bearbeitet wurden: Die Klärung der Demokratieverträglichkeit der in der Bundesrepublik geltenden Wirtschafts- und Sozialverfassung („Soziale Marktwirtschaft“) und die Annahme der ökologischen Herausforderung. Von der Einigungsproblematik Deutschlands und des größeren Europa ist sie wie alle überrascht worden. Den westeuropäischen Unionsproblemen hat sie sich gar nicht, den globalen Fragen nur halbherzig gestellt. Sei dem, wie es ist. Wir sind den Eindruck nicht losgeworden, daß die Wirtschaftsdenkschrift auch auf dem von ihr selbst gesuchten Feldern die Eröffnung des notwendigen Nachdenkens regelrecht vertrödelte hat.

(13) Wir stellen hier unsere eigenen Bemühungen zur Diskussion. Dabei soll gleich

gesagt werden, daß wir die ökologische Thematik, so überaus dringlich sie uns erscheint, selbst nicht zum Gegenstand unseres Denkens und Diskutierens gemacht haben. Wir denken aber, unsere Argumente sind anschlussfähig für Diskussion in diesem Feld.

(14) Es war unsere Absicht, in einem paritätisch nach Frauen und Männern zusammengesetzten Kreis auch die Frage der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zum Thema zu machen. Diese Absicht ging von Männern aus und ist von den Frauen, die diese Männer eingeladen haben, nicht angenommen worden. Das liegt zum Teil ganz unübersehbar daran, daß nach wie vor viele Frauen für eine solche mit Reisen und anderen Zeitdispositionen verbundene Tätigkeit nicht so abkömmlich sind wie viele Männer. Es liegt aber auch daran, daß Frauen in den letzten Monaten einem anderen Projekt den Vorrang gegeben haben: dem Versuch, sich untereinander über ihr Verständnis moderner Wirtschaft und ihren Änderungsbedarf zu verständigen. Das hat selbstverständlich Vorrang. Darum soll hier nur gesagt werden: Das Interesse an einem Austausch über die Verbindung ökonomischer Strukturfragen mit der geschlechtlichen Arbeitsteilung besteht fort, bis ein günstiger Zeitpunkt sich findet.

(Kristian Hungar)

Zwischenüberlegung

(c) Auf der Suche nach Lebensqualität – vom Irrtum der Konsumgesellschaft

(15) These: *Bei einem skizzenhaften vergleichenden Blick auf sog. Erste und Dritte Welt hinsichtlich der Beziehung zwischen persönlichem Konsumstandard und dem Grad an realisierter Mitmenschlichkeit ergibt sich, daß die sog. „Konsumenten-souveränität“ keineswegs zur bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung führt. Der vermeintlich souveräne Konsument der Ersten Welt ist längst in eine übermäßige Abhängigkeit von seinen eigenen materiellen Bedürfnissen geraten. Die Marktwirtschaft hat diese „Souveränität“ auf die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse reduziert, also zugleich wichtige Lebensbereiche ausgeklammert. Diese falsch verstandene Souveränität führt ihrerseits wieder zu Fehlsteuerungen im Bereich von Wirtschaft, bei uns und in der Dritten Welt.*

Heute ist längst deutlich, daß unser Wohlstandsmodell in eine globale Sackgasse führt. Voraussetzung für eine Umsteuerung ist eine Neubestimmung von Bedürfnissen, ihrer Befriedigung sowie von sinnerfülltem Leben.

Es ist eine gigantische Illusion, daß der Maßstab für menschliche Größe im materiellen Reichtum liege – sie ist eine Beleidigung des Menschen.

Rabindranath Tagore (1861-1941)

(16) Der deutsche Konsument, zumindest von der Mittelklasse aufwärts, müßte nach

der Logik der Wirtschaftsdenkschrift der glücklichste Mensch der Welt sein. Denn aufgrund seiner Konsumenten-Souveränität hat er den Ressourceneinsatz der Wirtschaft so gelenkt, daß er seine Bedürfnisse befriedigen kann (DZ 38). Nicht nur seine Grundbedürfnisse sind abgedeckt, sondern darüber hinaus hat er Anteil an einem Konsumstandard, der einmalig in der Weltgeschich-

te ist: angefangen von den verfeinerten Essgewohnheiten über die Ausstattung seiner Wohnung, die Verfügbarkeit einer hochentwickelten medizinischen Versorgung, einen aufwendigen Lebensstil im Alltag bis zum kostspieligen und ausgiebigen Urlaub – „man gönnt sich ja sonst nichts“. Fast ein Schlaraffenleben und jedenfalls eine Existenz weit jenseits der Versorgung mit den

² Kirchenamt der EKD / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen, Reihe: Gemeinsame Texte 3, Hannover / Bonn, o.J. Auch in: Auer, Frank von/Segbers, Franz (Hg.), Markt und Menschlichkeit. Kirchliche und gewerkschaftliche Beiträge zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, Reinbek 1995.

lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen.

(17) Umgekehrt müßten die Bewohner lateinamerikanischer, afrikanischer oder ostasiatischer Großstadtslums zutiefst unglücklich sein. All das, was die Mittel- und Oberschicht der sog. Ersten Welt im Überfluß zur Verfügung steht, müssen sie entbehren. Wie Berichte aus der Zweidrittelwelt lehren, verhält es sich jedoch eher umgekehrt. Lebensfreude, Heiterkeit und Herzlichkeit, aber auch Mitmenschlichkeit, Bereitschaft zu teilen, Solidarität finden sich – trotz aller materiellen Misere – eher in den Elendsgebieten des Südens. Verdrossenheit, Ellbogenmentalität, Lebensangst und Resignation prägen weithin das Lebensgefühl im reichen Norden.

(18) Ohne die Lage der Slumbewohner zu romantisieren, ergibt dieser Vergleich, daß die gepriesene Konsumenten-Souveränität der Wohlhabenden keineswegs zur bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung führt. Die Annahme (DZ 38), der deutsche Konsument kenne seine Bedürfnisse am besten selber, könne selbstverantwortlich handeln und bedürfe keines Vormunds, erweist sich als Illusion. Als Souverän über die knappen Ressourcen unseres Öko-Systems hat er versagt. Dabei ist er nicht bloß Opfer einer irreführenden Werbung geworden (DZ 50), sondern vor allem ein Opfer seiner eigenen materiellen Wunschvorstellungen. Letztere hat er in hohem Maße befriedigt – ohne deshalb zufrieden zu werden.

(19) Dank ihrer unbestrittenen Effizienz hat die Marktwirtschaft die materiellen Bedürfnisse des „Souveräns“ erfüllt – und ihn damit auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse reduziert. Aber: „Wer Geld liebt, wird von Geld niemals satt“ (Prediger 5,9). Das Schicksal von König Midas vollzieht sich an uns!

- Wichtige Lebensbereiche, die dem Leben Sinn und Perspektive verleihen, werden in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgeklammert:
- die Zukunft (Generationenverträglichkeit)
- die Natur (ökologische Verträglichkeit)
- die soziale Dimension unseres Daseins (Sozialverträglichkeit)
- die weltweite Gerechtigkeit (internationale Verträglichkeit)
- die Risiken unseres Wohlstandsmodells (Fehlerverträglichkeit der Technik)
- der natürliche Lebensrhythmus (Zeit-Verträglichkeit)
- die eigene Gesundheit (Gesundheits-Verträglichkeit)
- die emotionale Befindlichkeit (Gefühls-Verträglichkeit).

(20) Unter dem Vorwand, die materielle Güterproduktion diene der Bedürfnisbefriedigung des Menschen, schafft der westliche Lebensstil mehr Probleme als er zu lösen imstande ist. Schon der Vergleich westdeutscher und ostdeutscher Verhaltensmuster zeigt gravierende Defizite bei westdeutschen Wohlstandsbürgern im emotionalen und sozialen Bereich (vgl. Untersuchung von H. E. Richter und E. Brähler). Im Schlußkapitel hebt die Denkschrift zu Recht hervor, daß ökonomischem Handeln lediglich ein instrumenteller Charakter zukommt, aber das zuvor angestimmte Loblied auf den souveränen Konsumenten vergißt, daß der sich zum Sklaven seiner kurzfristigen und kurzfristigen materiellen Bedürfnisse entwickelt hat. Folglich gehen von ihm die falschen Signale zur Ressourcenverteilung aus. Die Wirtschaft produziert zunehmend an den wahren menschlichen Bedürfnissen vorbei.

(21) Da das westliche Konsumverhalten auch und gerade in der Zweidrittelwelt Signalcharakter hat, ist abzusehen, daß unser Lebensstil auch dort zu einer Fehlsteuerung der Marktwirtschaft führt. Dies ist deshalb so alarmierend, weil auch nur die teilweise Übernahme unseres Konsumstandards im weltweiten Rahmen das globale Öko-System kollabieren läßt. Das westliche „Wohlfahrtsmodell“ ist nicht übertragbar auf die ganze Weltbevölkerung. Es bleibt das fragwürdige Privileg der „happy few“, die sich den Luxus leisten, achtzig Prozent der Ressourcen zu verschwenden. Allen Einsichtigen ist es inzwischen klar, daß nicht erst in ferner Zukunft, sondern in den nächsten 50 Jahren es zu einem dramatischen Umbau unseres bisherigen Wohlfahrtsmodells kommen muß: Der Energiebedarf ist um 90 Prozent und der Stoffverbrauch um 50 Prozent zu reduzieren.

(22) Zwar wird im Schlußkapitel der Denkschrift dieses Problem gestreift; Konsequenzen werden daraus jedoch nicht gezogen, denn es genügt nicht, daß eine aufgeklärte Minderheit einen neuen Lebensstil erprobt – so wichtig das ist. Gegen den massiven Widerstand der (Markt-)Wirtschaft und des Staates, der zur Lösung finanzieller und sozialer Probleme gleichfalls unverdrossen auf Wirtschaftswachstum setzt, wird der neue Lebensstil – einfacher, umweltgerechter, solidarischer leben – sich nicht verwirklichen lassen. Denn es reicht nicht, nur auf eine technologische Effizienzrevolution zu setzen. Ohne einschneidende Eingriffe in vertraute Verhaltensmuster ist das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung nicht zu erreichen. Vom hohen Roß unseres heutigen Konsumverhaltens werden wir herabstei-

gen müssen. Wie dieser Verzicht auf den vertrauten, gewohnten Konsum der verwöhnten Wohlstandsbürger sich sozialverträglich gestalten läßt, diese Frage wird in der Denkschrift nicht angeschnitten. Eine schlüssige Antwort darauf hat noch niemand. Sicher ist jedoch, daß jedenfalls die unsichtbare Hand des Marktes diesen Prozeß nicht steuern wird. Ohne deutliche staatliche Vorgaben wird die Umsteuerung nicht auskommen.

(23) Im Vorfeld dieser auf uns alle zukommenden Einschnitte ist es wichtig, daß jetzt schon Minderheiten freiwillig das zu praktizieren versuchen, was in absehbarer Zukunft von allen gefordert sein wird. Dazu gehört, daß die Frage der Bedürfnisse neu aufgegriffen wird. Was sind die wirklichen Bedürfnisse des Menschen? Künftig kann es nicht mehr einseitig um die materiellen Wunschvorstellungen einer Wohlstandsgesellschaft, um die Quantität unseres Konsums gehen. Die Frage nach der Qualität unseres Lebens rückt in den Mittelpunkt. Sinnerfüllung, ein erfülltes Leben, setzt gewiß die Befriedigung der Grundbedürfnisse voraus – aber nicht deren schrankenlose Eskalation. Altmodische Tugenden werden wieder zu Ehren kommen: Sparsamkeit, Genügsamkeit, Langsamkeit, maßvolles Verhalten, eine partielle Subsistenzwirtschaft im Rahmen einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft – kurzum eine Intensivierung des Lebens statt des extensiven Auslebens angeblicher Bedürfnisse.

(24) Die gravierende Fehlentwicklung unserer konsumorientierten Gesellschaftsordnung ist nicht eine Frage, die die Wirtschaft dem Staat oder den gesellschaftlichen Kräften überlassen darf. Ist die Fehlentwicklung unserer Gesellschaft nicht eine logische Folge der marktwirtschaftlichen Kräfte und Interessen? So hat die Wirtschaft im Sinne der Verursacherhaftung für die Folgen ihrer Taten einzustehen. Die Fehlentwicklungen unserer konsumorientierten Lebensweise ist freilich nicht nur der Marktwirtschaft anzulasten. Diese hat sie vielmehr in Komplizenschaft mit dem „souveränen Konsumenten“ verursacht. Das Interesse des auf Wachstum angelegten Marktes deckt sich mit dem Interesse des auf Befriedigung seiner materiellen Wünsche ausgerichteten Verbrauchers. Diese unheilige Allianz hat zum scheinbaren Erfolg des von der Wirtschaftsdenkschrift gefeierten marktwirtschaftlichen Modells geführt.

(Paulander Hausmann)

(25) Das neue Wohlfahrtsmodell ist schon uralt

*Zusammen reden und lachen;
liebervoll aufeinander eingehen;
gemeinsam Freude an Büchern haben;
sich gegenseitig necken und ernst nehmen;
manchmal uneinig sein, doch ohne Feindseligkeit
(wie man auch mit sich selbst uneinig ist)
und gerade mit der seltenen Uneinigkeit
die stete Einigkeit würzen;
einander lehren und voneinander lernen;
nach den Abwesenden sich kummervoll sehnen
und die Ankommenen freudig empfangen;
mit solcherlei Zeichen
- aus dem Herzen der Liebenden und Wiederliebenden,
durch den sprechenden Mund,
durch die Augen, durch tausend freundliche
Gebärden gegeben -
die Gemüter erglühen lassen
und aus vielen ein einziges zusammenschmelzen;
Von all dem war ich angetan.*

Augustin, (354-430)

(27) Die Wirtschaftsdenkschrift lobt die soziale Marktwirtschaft insgesamt als Erfolgsmodell. Dieses Urteil mag unter manchen Aspekten richtig sein. Es kann angesichts dieses Urteils allerdings nicht verwundern, daß die Denkschrift zu einem zentralen Problem des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in unserer Gesellschaft recht wenig sagt: seit zwei Jahrzehnten verfehlt die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik das durch Bundesgesetz vorgeschriebene Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes. Nun kann es in einem grundlegenden Text wie der Denkschrift sicher nicht darum gehen, konkrete Lösungsvorschläge zu Einzelproblemen zu diskutieren. Ich meine allerdings, daß die gegenwärtige Krise am Arbeitsmarkt kein bloßes ökonomisches Einzelproblem ist. Sie ist vielmehr Ausdruck einer grundlegenden Krise unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens, mit der sich Grundfragen der Wirtschaftsethik stellen, auf die die Gesellschaft Antworten suchen muß. Ein grundlegender kirchlicher Text zur Wirtschaftsethik muß sich an dieser Suche beteiligen. Die Fragen, die sich angesichts der fortdauernden Massenarbeitslosigkeit stellen, möchte ich im folgenden aus einer Skizze der Ursachen dieses Problems und der wichtigsten vorgeschlagenen Therapien zu seiner Lösung entwickeln.

(28) Die seit Mitte der siebziger Jahre fast kontinuierlich ansteigende und nach allen

Blickfeld Ökonomie – Ökonomische Erfahrungen und Einsichten

(d) Erwerbsarbeitslosigkeit

(26) These: Zwar gilt das Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft als Erfolgsmodell, doch hat sie das sich selbst vorgegebene Ziel eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes verfehlt. Zentrale Ursachen der ansteigenden Massenarbeitslosigkeit sind die anhaltende Rationalisierung und Globalisierung der Produktion, durch die ganze Branchen zur Disposition stehen. Die konventionellen Strategiebündel, Deregulierung auf der einen, Arbeitszeitverkürzung auf der anderen Seite, enthalten beide wesentliche bedenkenswerte Elemente. Zugleich sind ihnen allerdings enge Grenzen gesetzt.

Protestantisches Arbeitsethos seinerseits hat wesentlich zur industriellen Rationalisierung beigetragen. Heute wird, auch im Bereich der Kirchen, der sog. Zweite Arbeitsmarkt als eine weitere Strategie der Gegensteuerung diskutiert. Diese Strategie könnte zum Experimentierfeld für die Entstehung eines neuen Arbeitsethos jenseits betriebswirtschaftlichen Effizienzdrucks werden.

Prognosen auch anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat vielfältige Ursachen. Ausgangspunkt sind die tiefgreifenden Strukturveränderungen unter den Stichworten Rationalisierung und Globalisierung, in denen sich die Weltwirtschaft seit den siebziger Jahren befindet. Zentrale Ursache von Arbeitslosigkeit ist die mit dem Rationalisierungsschub verbundene enorme Steigerung der Produktivität: immer weniger Arbeitskräfte schaffen in immer kürzerer Zeit immer mehr Werte.³

(29) Eine weitere wichtige Ursache für Arbeitslosigkeit bei uns ist die Globalisierung der Wirtschaft. Das zeitweilige Ansteigen der Energiepreise, die Sättigung des Konsumgütermarktes in den Industrieländern, nachdem der Nachholbedarf infolge des Zweiten Weltkrieges gedeckt war, sowie der technische Fortschritt (Verkehr, Kommunikation, Zerlegung von Arbeitsprozessen) führten seit den siebziger Jahren außer zu Rationalisierungsmaßnahmen im Inland auch dazu, daß immer mehr Produktion ins Ausland verlagert wurde, um dort billiger zu produzieren und gleichzeitig neue Märkte zu erschließen. Auch diese Entwicklung wird vorerst weitergehen, verstärkt durch die Tatsache, daß die ehemals sozialistischen Niedriglohnländer vor unserer Haustür liegen. Das Sterben ganzer traditioneller Branchen bei uns (Stahl, Bergbau, Schiffsbau) ist auf die Globalisierung der

Wirtschaft zurückzuführen und hat enorme Auswirkungen auf die betroffenen Regionen. Aber auch für „moderne“ Branchen, z.B. aus dem Dienstleistungsbereich, besteht angesichts des Tempos der Entwicklung kein Anlaß, sich beruhigt im Sessel zurückzulehnen. Schon heute lassen beispielsweise europäische Firmen ihre Daten in der Karibik in den Computer tippen. Die High-Tech-Regionen von heute können die Armenhäuser von morgen sein.

(30) Im internationalen Standortvergleich steht die BRD allen Unkenrufen zum Trotz immer noch gut da. Hinsichtlich der Verfügbarkeit und Qualifikation von Arbeitskräften, der technisch-wirtschaftlichen Infrastruktur und der institutionellen Rahmenbedingungen nimmt sie in Europa eine Spitzenposition ein. Dem steht allerdings eine Spitzenposition auch im Bereich der Arbeitskosten entgegen – u.a. eine Folge der Politik, die Kosten der deutschen Vereinigung über Steuern und sozialversicherungsfremde Lasten einseitig dem Faktor Arbeit aufzubürden.

(31) Neben der Investition im Ausland versprechen Geldanlagen auf den internationalen Kapitalmärkten oft höhere Renditen als produktive Investitionen im Inland. Arbeitsplätze entstehen durch solche Unternehmenspolitik nicht, wohl aber hohe Gewinne für die Kapitaleigner.

(32) Die Konzepte zur Überwindung der

³ Wurden 1960 in einer Arbeitsstunde in Preisen von 1990 Waren und Dienstleistungen im Wert von 17 DM geschaffen, so waren es 1990 52 DM. Allein im Jahr 1994 stieg die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in Deutschland um 3,6%. Um nur den derzeitigen Beschäftigungsstand zu halten, müßte ein ebensogroßes Wirtschaftswachstum erzielt werden.

Arbeitslosigkeit lassen sich unter zwei Stichworten zusammenfassen: Deregulierung und Arbeitszeitverkürzung. Arbeitgeber setzen auf Deregulierung. Mindestlöhne, Steuern, Sozialabgaben, Bestimmungen zum Umwelt- und Arbeitsschutz, starre Arbeitszeiten, arbeitsfreie Feiertage und Wochenenden u.ä. werden als Fesseln verstanden, die das freie Spiel der Kräfte behindern und deshalb möglichst weitgehend zu lösen sind. Je geringer die Kosten, insbesondere die Lohnkosten, umso größer der Investitionsanreiz – als Nebeneffekt entstünden dabei umso mehr Arbeitsplätze, so das Versprechen dieser Gruppe.

Das andere Therapiekonzept – vor allem von den Gewerkschaften, unter dem Stichwort „Teilzeittoffensive“ neuerdings aber auch von der Bundesregierung vorgeschlagen – möchte die vorhandene Arbeit durch Verkürzung der individuellen Arbeitszeit auf möglichst viele Schultern verteilen.

(33) Beide vorgeschlagenen Therapien enthalten m.E. bedenkenswerte Elemente, beide haben aber auch ihre Grenzen und bergen Gefahren in sich. Beiden Therapien gegenüber sind schließlich starke Zweifel angebracht, ob sie das Problem der Erwerbsarbeitslosigkeit wirklich lösen oder auch nur nennenswert verringern können.

Deregulierung kann in bestimmten Bereichen Investitionsanreize bieten, wird aber nur dann gerechtfertigt sein, wenn sie sozialverträglich durchgeführt werden kann. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten z.B. muß daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf das soziale Leben der Beschäftigten hat.

(34) Arbeitszeitverkürzung hat ebenfalls ihre Grenze in der Sozialverträglichkeit.

Wenn die Beschäftigten in ihrem Hauptjob nicht mehr genug zum Lebensunterhalt verdienen und in der gewonnenen Freizeit Schwarzarbeit leisten, dann ist das nicht sozialverträglich. Ferner sind bei Modellen für Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit die Erfahrungen der achtziger Jahre zu berücksichtigen, als die stufenweise Arbeitszeitverkürzung den Rationalisierungsdruck auf die Unternehmen erhöhte und so nicht unwesentlich zur Produktivitätssteigerung beitrug, dem Ziel des Arbeitsplatzverlustes also entgegenwirkte.

(35) Insgesamt stellt sich die Situation also so dar, daß die Versuche, durch wirtschaftliches Wachstum oder durch Umverteilung der Arbeit Arbeitsplätze zu schaffen angesichts der Produktivitätssteigerung wenig Aussicht auf langfristigen Erfolg haben.

(36) Rationalisierung ist eine Grundkonstante menschlicher Arbeit, vom Faustkeil über das Rad bis zur lean production unserer Tage. Tempo und Umfang der industri-

len Rationalisierung haben sich seit Beginn der Neuzeit ständig vergrößert. Protestantisches Arbeitsethos hat wesentlich zu dieser Rationalisierungsexplosion beigetragen. Ziel war dabei immer auch die Überwindung von Unterversorgung. Das Luthertum hat die Arbeit als Dienst an Gott und den Menschen geheiligt, der Calvinismus hat wirtschaftlichen Erfolg und damit Produktivität als Zeichen der göttlichen Erwählung verstanden. Taylorismus und Fordismus haben schließlich durch enorme Produktivitäts- und Lohnsteigerung eine breite Versorgung mit Konsumgütern ermöglicht. Aus Sicht der nördlichen Hemisphäre wurden auf diesem Weg beachtliche Erfolge erzielt, wie die Wirtschaftsdenkschrift mit recht immer wieder feststellt. Was aber, wenn der Zwang zu immer effizienterem Arbeiten Unterversorgung überhaupt erst hervorruft? Wenn das Ziel „allen arbeitsfähigen Menschen Beteiligung an Erwerbsarbeit“ „zur materiellen Selbsterhaltung“ (DZ 118) zu ermöglichen und das Ziel, möglichst rationell zu arbeiten einander ausschließen? Kann dann stillschweigend eines von beiden – das Ziel der Vollbeschäftigung – zugunsten des anderen fallengelassen werden, wie es bei uns seit zwei Jahrzehnten geschieht? Die Frage nach der Umweltverträglichkeit der vielen produzierten Güter ist dabei noch gar nicht in den Blick gekommen.

(37) Zur Diskussion steht nun auch der dritte, gerade von kirchlichen Gremien immer wieder gemachte Therapieversuch: die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen In-

strumente, die sich unter dem Stichwort des „Zweiten Arbeitsmarktes“ zusammenfassen lassen. Könnte hier nicht, zumindest zeitweise befreit von dem gnadenlosen betriebswirtschaftlichen Effizienzdruck der freien Wirtschaft, ein Experimentierfeld für die Erfindung eines neuen Arbeitsethos liegen, das sich an den Kriterien der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Notwendigkeit von Arbeit orientiert? Finanzierbar wäre dieses Experimentierfeld aus einer Umschichtung der Kosten der Arbeitslosigkeit („Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!“) sowie aus einem Solidarbeitrag der immensen ungenutzten Vermögenswerte, die bei uns und anderswo vorhanden sind. Auch Elemente der beiden anderen Therapiekonzepte können sinnvoll sein, wenn sie wirklich den Arbeitslosen nachhaltige Chancen geben und nicht das notwendige Nachdenken über ein neues Ethos wirtschaftlichen Handelns verhindern. Zeitsouveränität, Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit, eine andere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, eine Neubewertung bisher unbezahlter Arbeit, der Umbau (nicht Abbau!) der sozialen Sicherungssysteme (z.B. Einbeziehung bisher nicht beteiligter Gruppen in die Solidargemeinschaft), die Entlastung der Arbeitskosten sind Themen, an denen dieses neue Ethos durchdekliniert werden muß. Die Fragen liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch. Kirche und Gesellschaft haben allen Anlaß, sich ihnen theoretisch und praktisch zu stellen, damit aus der sozialen Marktwirtschaft wirklich ein Erfolgsmodell werden kann.

(Thomas Kluck)

(e) Der Prozeß der deutschen Einigung – Widersprüche

(38) These: Ein Beispiel großer Tragweite für die konstitutive Rolle der Rechtsordnung für den Begriff des Eigentums und die Herstellung von Eigentumsverhältnissen ist die Wiedervereinigung durch den Anschluß der DDR an die BRD. Die natürlichen d.h. aus Arbeit und Leben hervorgegangenen Eigentums- und Verfügungsrechte der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR wurden im Prozeß der deutschen Einigung übergeben, obwohl ein legitimer Anspruch auf das sog. Volkseigentum bestand.

Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ des Einigungsvertrages sowie die Umsetzung des Gesetzes über die Treuhandanstalt sind die wesentlichen Grundlagen für einen Vorgang, den man nur als Veruntreuung des „Volkseigentums“ und im Ergebnis als Enteignung der Ostdeutschen bezeichnen kann. Der Beschluß, die Währungsunion zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzuführen, mußte zur Ruinierung eben dieses Volksvermögens führen. Die Maßnahmen der Treuhand bewirkten zugleich einen gewaltigen Ost-West-Vermögenstransfer und eine Vermögensumverteilung von unten nach oben. Die Folgen beider Entwicklungen erzwangen einen kontinuierlichen West-Ost-Finanztransfer.

Die weitgehende Beseitigung von realen Verfügungsrechten Ostdeutscher über Häuser und Grundstücke durch die Rückgabe an Alteigentümer hat gravierende Auswirkungen auf das tägliche Leben von Millionen von Ostdeutschen.

(39) Mit dem Untergang der DDR, wurde auch deren Rechtsauffassung des Eigentums hinfällig. Eine Neuordnung und Neuregelung der Verfügung über Produktivvermögen, Immobilien sowie Grund und Boden wurde notwendig. Was bei dem strukturellen Zusammenbruch der Rechts- und Wirtschaftsordnung übrig blieb, das waren die natürlichen Eigentums- und Verfügungsrechte derer, die in diesem Land 40 Jahre lang gelebt, gelitten und hart gearbeitet hatten. Für sie hätte eine marktwirtschaftlich geeignete Rechtsform gefunden werden müssen. In erster Linie hätte das sog. Volkseigentum wirklich Eigentum ihrer Bürger werden müssen, mit deren Hände Arbeit es, wenn auch von der SED betrogen, geschaffen worden ist. Dies sah ein Vorschlag vor, den die Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt* im Februar 1990 am Runden Tisch machte. Allen Bürgern der DDR sollte ein gleicher Anteil am Volkseigentum, das von einer Treuhandanstalt marktwirtschaftlich verwaltet und schließlich bewertet werden sollte, als Rechtsanspruch zugesprochen werden. Für eine Übertragung von Grundstücken und Wohnhäusern in das Eigentum derer, die sie bewohnt und erhalten haben, hätte § 927 des BGB, das die Möglichkeit des Ersitzens einer Immobilie durch dreißigjährige gutgläubige besitzartige Nutzung vorsieht, das Modell abgeben können.

(40) Die Bundesregierung beachtete diese elementaren, aus Arbeit und Leben hervorgehenden Eigentums- und Verfügungsrechte jedoch nicht. Die zentrale Bedeutung der Eigentumsfrage war ihr sicher bewußt. Sie aber wollte offenbar in erster Linie das von der SED mit ihrer Enteignungspolitik begangene Sakrileg rückgängig machen, indem die alten und uralten Eigentumsansprüche ungeachtet der in 40 Jahren erworbenen wiederhergestellt und soweit als möglich erfüllt werden sollten. Dementsprechend war und ist Restitution – Restitution der Besitz- und Rechtsverhältnisse des Eigentums – einer der Schlüsselbegriffe des Einigungsvertrages. Er findet seinen Ausdruck in dem viel zitierten Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“.

(41) Es gelang der Bundesregierung, mit ihrer DM-Verheißung einer frühestmöglichen Währungsunion nicht nur die Volkskammerwahlen vom 18.04.1990 zu gewinnen, sondern auch jede besonnene Diskussion so zentraler Fragen wie der des Eigentums einer ganzen Bevölkerung in den Hintergrund zu drängen. Der von der Bundesregierung im wesentlichen diktierte Einigungsvertrag enthielt das „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ als Anhang.

Es konnte im Parlament nicht diskutiert werden und wurde im Zusammenhang des ganzen Vertrages kurz vor dem Ende der DDR von der Volkskammer angenommen. Auch das schon im Juni 1990 von der Volkskammer beschlossene Gesetz über die Treuhandanstalt entsprach zweifellos den Bonner Vorstellungen. Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ des Einigungsvertrages und seine rechtliche Fassung im „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ sowie das Gesetz über die Treuhandanstalt, ebenfalls als „fortgeltendes Recht“ bestätigt durch den Einigungsvertrag, sind die wesentlichen Grundlagen für einen Vorgang, den man nur als Veruntreuung des „Volkseigentums“ und im Ergebnis als Enteignung der Ostdeutschen bezeichnen kann. Schon im Juni 1990, nachdem die Volkskammer das von Bonn inspirierte Treuhandgesetz beschlossen hatte, erklärte Günter Nooke, Abgeordneter des Bündnis 90 und zeitweilig Mitglied des Treuhand-Verwaltungsrats: „Das erste aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Parlament gab den Freibrief für die totale Enteignung seiner Bürgerinnen und Bürger.“

(42) Man muß diesen Vorgang natürlich im Zusammenhang sehen mit dem Bonner Beschluß vom Februar 1990, die Währungsunion zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchzuführen. Allen Eingeweihten – nur den Wählern der DDR nicht – war klar, daß dies ein Beschluß zur Ruinierung des Volksvermögens war, das in der Tat über Nacht den größten Teil seines noch im Februar 1990 auf 1 400 Mrd. DM geschätzten Wertes verlor. Der Darstellung in den Medien ist es zu verdanken, daß das Volksvermögen der DDR in der öffentlichen Wahrnehmung vollständig reduziert wurde auf die „maroden Anlagen“, während der den Ökonomen wohlbewußte Wert, der in der Qualifikation und Motivation der Arbeitenden sowie in den Zuliefer- und Absatzbeziehungen des Binnenmarktes und des Außen- besonders des Osthandels steckte, „übersehen“ wurde. Vor allem letzterer wurde durch die Währungsunion zerstört, so daß auch Investitionen zur Erneuerung der „maroden Anlagen“ nicht mehr ohne weiteres rentabel zu werden versprochen. Deshalb mußte die Treuhand weiteres Kapital immer wieder zuschießen, um zu verhindern, daß am Ende fast gar keine Arbeitsplätze mehr übrig blieben. Dennoch wurden im Verlauf ihrer Tätigkeit drei von vier Arbeitsplätzen vernichtet. Immerhin schätzte Rohwedder auch nach der Währungsunion das Volksvermögen, das immerhin 60 % des Territoriums der DDR umfaßte, noch immer auf 600 Mrd.

DM ein. Mindestens die Liegenschaften und viele Gebäude haben ja einen unverlierbaren, zum Teil sogar drastisch steigenden Wert. Die Treuhand – von vielen als Selbstbedienungsladen der westdeutschen Industrie charakterisiert, weil deren Schlüsselpositionen von Managern dieser Industrie besetzt waren – hat es unter Birgit Breuels Führung vermocht, diesen Wert von 600 Mrd. DM auf minus 270 Mrd. DM Schulden herunterzuwirtschaften. Nimmt man die Schulden des Kreditabwicklungsfonds dazu, so wird die Abschlußbilanz nahezu 400 Mrd. DM Schulden erreichen, die die deutschen Steuerzahler zu tragen haben. Wo ist der Differenzbetrag von 1000 Mrd. DM geblieben? Man wird sagen können: Er ist verschenkt und verschleudert und auf diese Weise privatisiert worden. Ein gewaltiger Ost-West-Vermögenstransfer hat stattgefunden. Die DDR hat ihre Besitzer gewechselt. Zugleich hat eine Vermögensumverteilung von unten nach oben stattgefunden.

(43) Die Steuer- und Versicherungsbeitragszahler vor allem Westdeutschlands haben nicht nur diese 400 Mrd.-Zeche zu zahlen. Sie haben überdies seit 1991 auf noch nicht absehbare Zeit einen West-Ost-Finanztransfer von 120 – 150 Mrd. DM jährlich zu leisten, der durch die Zerstörung eines zuvor sich selbst tragenden Wirtschaftsraums notwendig wurde. Nun muß er weit überwiegend konsumtiv verwendet werden, um Hungersnot zu vermeiden, und kann nur zu einem kleinen Teil investiv eingesetzt werden. Festzuhalten bleibt, daß dieser Finanztransfer eine bedeutende Solidaritätsleistung der westdeutschen Bevölkerung für die ostdeutsche darstellt.

(44) Das private Haus- und Grundeigentum der Ostdeutschen ist nicht dem Volksvermögen zuzurechnen. Dieses zum Zeitpunkt der staatlichen Einigung Deutschlands als reales Verfügungsrecht über Häuser und Grundstücke gegebene, aber formalrechtlich entweder nicht verbriefte oder durch die Stichtagsregelung zum 18.10.89¹ bestrittene Eigentumsrecht, wird durch die Vollstreckung des „Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen“ weitgehend beseitigt durch die Rückgabe an Alteigentümer aus dem Westen. Es versteht sich von selbst, daß diese privatrechtlichen Eigentumsfragen das tägliche Leben von Millionen Ostdeutschen auf das engste betreffen. Obwohl dies so ist und obwohl sich dieses Gesetz als Investitionshindernis erster Ordnung erwies, weil „offene Vermögensfragen“ oft langwieriger gerichtlicher Klärung bedürfen, hielten die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien am Grundsatz „Rück-

¹ Nach dem 18.10.1989 (Rücktritt Honeckers) abgeschlossene Kaufverträge werden nicht als „redlicher Erwerb“ anerkannt.

gabe vor Entschädigung“ eisern fest. Dar- aus ist zu schließen, daß er für sakrosankt gehalten wird.

(45) 2,2 Mill. Anträge auf Rückgabe von Immobilien sind an die Ämter für offene Vermögensfragen gestellt worden. Deren Bearbeitung und gerichtliche Klärung wird noch lange Zeit dauern. Aus der bisherigen Entscheidungspraxis dieser Ämter schließt Daniela Dahn⁵: „Mehr als ein Viertel der Ostdeutschen wird aus ihren Wohnungen, Häusern und Datschen mit juristischen Mitteln verdrängt werden. Ein weiteres Viertel wird wahrscheinlich aus finanziellen Gründen die gewohnte Bleibe aufgeben müssen. Die Hälfte der Ostdeutschen ist von Vertreibung bedroht.“

(46) Wie verschieden Eigentumsfragen in West und Ost gesehen wurden, möge schließlich durch zwei Zitate belegt wer-

den. Klaus Kinkel, damals Justizminister, schrieb am 02.10.91 in der FAZ: „Mein Bestreben mußte es sein, eine möglichst weitgehende, an der Wertordnung des Grundgesetzes orientierte Restitution enteigneter Grundstücke zu erreichen. Daß es wegen des Widerstandes der Sowjetunion und der in diesem Punkt harten Position der Regierung der DDR nicht gelang, den Grundsatz der Restitution des Eigentums auch für die in den Jahren 1945-1949 unter sowjetischer Besatzungshoheit erfolgten Enteignungen durchzusetzen, war für mich als Verhandlungsführer außerordentlich schmerzlich.“

(47) Lothar de Maiziere, letzter Ministerpräsident der DDR, hingegen sagte gegenüber Daniela Dahn⁶: „Ich habe mir nicht vorstellen können, daß die Eigentumsansprüche mit solcher Rigorosität und Brutalität durchgesetzt werden würden.“

(Hans-Jürgen Fischbeck)

(f) Heiligtum Eigentum (Rede)

(48) These: Eigentum ist eine Rechtskonstruktion. Seine Garantie ist aus ökonomischer Sicht die wichtigste Funktion des Staates. Aus der Sicht der Armen ist es notwendig, zwischen drei Eigentumsformen, dem Eigentum am eigenen Körper, dem aus Arbeit hervorgebrachten, erhaltenen und gemehrten Eigentum sowie dem Eigentum in der Form „vermögenswerter Rechte“ zu unterscheiden. Durch den Schutz auch der dritten Eigentumsform trägt unsere Rechtsordnung zur zunehmenden Ungleichverteilung von Vermögen bei.

Alle drei wesentlichen Formen des Eigentums an „vermögenswerten Rechten“, also Geldvermögen, Grundeigentum und Patentrechte, erzeugen leistungslose Einkommen. Unter ihnen ist das Geldvermögen die wichtigste, weil universelle und wandelbare Form. Bedingt durch den Zinsmechanismus vermehrt es sich gegenüber den anderen Formen exponentiell.

Die exponentielle Selbstvermehrung der Geldvermögen ruft einen ökonomischen Wachstumszwang hervor, der zum Kollaps der Ökosphäre der Erde führen muß.

1. Das Eigentumstabu

(49) Eigentum an Nahrung, Kleidung und Wohnung braucht der Mensch zum Leben. Durch Arbeit und Eigentum kann er teilnehmen am Wirtschaftsprozeß. Die französische „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1789 spricht das Eigentum heilig, indem sie in Art. 26 Eigentum als „unverletzliches und geheiligtes Recht“ bezeichnet. Eigentum ist eine Rechtskonstruktion. Seine Garantie ist aus ökonomischer Sicht die wichtigste Funktion des Staates. In Art. 14 GG heißt es pauschal: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet“. Es ist jedoch besonders aus Sicht der Armen notwendig, genauer zu differenzieren, was Eigentum ist. Deshalb soll zwischen Eigentum 0, d. h. dem Eigentum am eigenen Körper, Eigentum 1, das durch eigene Arbeit

erworben werden kann, und Eigentum 2 an „vermögenswerten Rechten“ unterschieden werden.

(50) Bis vor kurzem war Eigentum 0, das Eigentum am eigenen Körper, ökonomisch nicht relevant. Durch Fortschritte in der Bio- und Medizintechnologie hat sich das geändert. Reiche Länder importieren Blutplasma aus den armen. Arme bluten also für Reiche. Obwohl Organhandel in keinem Land legalisiert ist, verkaufen Arme eines ihrer paarigen Organe, um zu überleben, und häufig, um Schulden zu bezahlen, d. h. das Eigentum 2 anderer zu bedienen. In einigen Fällen sind bereits besondere Verfahren zur Isolierung, Übertragung und Nutzung von Genen gegen den Willen ihrer Träger patentiert und damit zum Eigentum 2 anderer gemacht worden.

(51) Eigentum 1 ist, was durch Arbeit hervorgebracht, erhalten und gemehrt sowie proportional zur aufgewendeten Mühe und zum eingebrachten Können erworben werden kann. Vorrangig handelt es sich um Nahrung, Kleidung, Wohnung und Geld zum Erwerb dieser Dinge. Eigentum dieser Art steht zu Recht unter dem Schutz des Staates, denn schon im 7. Gebot heißt es: „Du sollst nicht stehlen“.

(52) Auch Anlagevermögen soll zum Eigentum 1 gerechnet werden, weil es allein durch Arbeit geschaffen, erhalten und gemehrt werden und nur durch Arbeit Erträge bringen kann. Durch die systemisch bedingte Tendenz zur Ersetzung von Arbeit durch Kapital gerät es jedoch mehr und mehr in die Nähe von Eigentum 2.

(53) Eigentum 2 in der Form „vermögenswerter Rechte“ gibt es jedoch nicht ursprünglich, sondern erst durch rechtliche Konvention. Es ist das, was Arme bestimmt nicht haben, denn es hat die wundersame Eigenschaft der Selbstvermehrung. Die Quelle von Eigentum 2 ist Eigentum 1. Es spendet leistungslose Einkünfte durch selbsttätige Umverteilung von den Arbeitenden zu den Besitzenden und ermöglicht so die automatische Bereicherung der Reichen. Eigentum 1 in Form von Geld kann, wenn es das Lebensnotwendige übertrifft, in Eigentum 2 umgewandelt werden, indem es „angelegt“ wird. Auch Eigentum dieser Art steht unter dem Schutz des Staates. Das bedeutet, daß in unserer Rechtsordnung Reiche von Rechts wegen reicher und Arme ärmer werden. Das empirische Faktum ist zwar wohl bekannt und wird beklagt, aber seine Ursache wird kaum benannt, weil sie von einem Tabu umgeben ist. Über Geldvermögen spricht man nicht, man hat es. Eine solche Rechtsordnung kann nicht gerecht genannt werden. Sie macht die Organe des staatlichen Gewaltmonopols zum Bestandteil struktureller Gewalt, die sich gegen die Armen richtet. Eine Kirche, die sich des biblischen Zinsverbots (2. Mos. 22,24; Hes. 18,13) erinnert und sich zur vorrangigen Option für die Armen bekennt, wird dazu nicht schweigen können.

(54) Die Selbstvermehrungseigenschaft von Geldvermögen ist es, die das Geld in der seit der Antike bestehenden Rechtsordnung von einem neutralen Wertäquivalent zum Zweck indirekten Warentauschs zur alles beherrschenden Größe, zum Mammon macht: Geld verleiht Macht, Macht, die aus Eigentum 2 sich selbst verstärkend fließt, aber nicht demokratisch legitimiert ist. „Geld regiert die Welt“, weiß der Volksmund ungeachtet hehrer Verfassungsprinzipien. Der Mammon ist tabu, wie es einem Heiligtum zukommt. Die EKD-Denkschrift „Ge-

⁵ Daniela Dahn: „Wir bleiben hier oder wem gehört der Osten“, rororo aktuell 1994, S. 20.

⁶ Ebd. S. 171.

meinwohl und Eigennutz“ beachtet das Tabu mit Sorgfalt. Die westliche Welt aber betet den Mammon an.

2. Leistungslose Einkommen

(55) Eigentum 2 gibt es im wesentlichen in drei Formen: Geldvermögen, Grundeigentum und Patentrechte. Die wichtigste, weil universelle und wandelbare Form des sich selbst vermehrenden Eigentums ist Geldvermögen. Durch Zins und Zinseszins vermehrt es sich exponentiell. Der Zins hat die ökonomische Funktion eines Preises am Kapitalmarkt. Er setzt sich zusammen aus der Inflationsrate, einer Risikoprämie und einer Liquiditätsverzichtsprämie (KEYNES). Letztere bringt die Übermacht des Geldkapitals zum Ausdruck, die in seiner Universalität und Beweglichkeit liegt. Diesen Vorteil läßt sich der Vermögenseigentümer auf Zeit abkaufen, um ihn durch Rück- und Zinszahlung vermehrt zurückzugewinnen. Sie ist der eigentliche Bereicherungsanteil des Zinses.

(56) Die Preisfunktion des Zinses ist unverzichtbar. Deshalb wird der damit verbundene exponentielle Selbstvermehrungseffekt als unvermeidlich angesehen. Die systematischen Nebenwirkungen – Ungerechtigkeit und Wachstumszwang – aber sind so gravierend, daß im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung unserer Zivilisation dringend nach Veränderungen der Geldordnung – Vorschläge existieren – gefragt werden muß.

(57) Nicht jeder Inhaber eines Sparguthabens gehört bereits zu den Nutznießern der automatischen Einkommensumverteilung. Da in allen Preisen und Mieten Zinsanteile enthalten sind, zahlen etwa 90 % der Bevölkerung mehr Zinsen als sie einnehmen.

(58) Auch Grundeigentum ist eine Rechtskonstruktion. Alle drei Kriterien für Eigentum 1 treffen darauf nicht zu: Grund und Boden wird durch Arbeit weder geschaffen, noch erhalten, noch gemehrt. Natürliches Rechtsgefühl sagt, daß alle Menschen gleiches Anrecht auf die haushälterische Nutzung von Gottes Erde haben. „Die Erde ist des Herrn“, sagt Psalm 24,1. „Darum sollt ihr das Land nicht verkaufen für immer, denn das Land ist mein“ folgert und bestätigt 3. Mos. 25,23. Nicht zuletzt deshalb gibt es im Staat Israel kein nennenswertes privates Grundeigentum.

(59) Eine Rechtskonstruktion sind schließlich auch Patentrechte. Zwar muß ein Patent erarbeitet werden, aber ist es einmal anerkannt, so sind mit diesem „geistigen Eigentum“ eigentumsartige Verfügungsrechte verbunden, z. B. können für 20 Jahre pachtartige Lizenzgebühren erhoben werden. „Geistiges Eigentum“ ist meist im Be-

sitz des Arbeitgebers. Wissenschaftlich-technisches Wissen ist seinem Wesen nach objektiv und reproduzierbar, es zu privatisieren ist fragwürdig. Im Grunde gehört es wie das Land und die Bodenschätze der ganzen Menschheit. Das durch GATT internationalisierte Patentrecht erlaubt die privatrechtliche Aneignung des genetischen Reichtums der südlichen Länder durch die industrialisierten Länder und sichert generell die technologische Vorherrschaft der reichen Länder über die armen.

3. Wachstumszwang

(60) Noch schwerer als die Ungerechtigkeit leistungsloser Einkommen durch Eigentum 2 wiegt der Einwand, daß die exponentielle Selbstvermehrung der Geldvermögen einen ökonomischen Wachstumszwang hervorruft, der letztlich zum Kollaps der Ökosphäre der Erde führen muß. Es ist von vornherein im Grunde undenkbar, daß ein System stabil sein kann, dessen zentrale Verteilungs- und Steuergröße exponentiellen Wachstumsprozessen ohne Dämpfung unterliegt.

(61) Der Wachstumszwang entsteht aus dem Zusammenwirken mehrerer Faktoren. Da ist zuerst der autonome Faktor der exponentiell wachsenden Geldvermögen, die zugleich als verzinste Kredite entsprechend wachsende Schulden sind. Kredite aber müssen investiert werden, damit sie durch Rationalisierung, Kapazitätserweiterung oder Innovationen sowohl die Rückzahlung der Schulden und Zinsen als auch steigende Löhne und Gehälter ermöglichen. Letzteres ist notwendig, um mit der Warenflut auch die

Kaufkraft zu deren Konsum wachsen zu lassen. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb aber ist wesentlich ein Wettbewerb um Wachstumsraten. Wer nicht wächst, kommt unter Rückzahlungszwängen in Liquiditätsschwierigkeiten.

(62) Ohne Wissenschaft und Technik kann sich die Wachstumsspirale nicht drehen, denn sie liefern patentiertes geistiges Kapital zur Rationalisierung und Produktinnovation. Für neue Produkte aber ist meist der Bedarf gar nicht vorhanden. Er muß durch immer aufdringlichere Werbung erst erzeugt und dann den Käufern durch immer aggressivere Vertriebsmethoden aufgedrängt werden. Auf diese Weise verbraucht das reiche Fünftel der Menschheit vier Fünftel ihrer Ressourcen.

(63) Nun aber scheint es kaum noch möglich zu sein, die durch „Verschlankung“ allenthalben freigesetzten Arbeitskräfte durch neue Produktionen und Dienstleistungen zu beschäftigen. Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich und mehr Teilzeitarbeit aber steigern die Massenkaufkraft nicht. Die trotzdem steigende Produktion kann nur im Ausland abgesetzt werden. Das ist kein Ausweg aus der strukturellen Krise. Die endgültigen Grenzen des Wachstums aber sind die ökologischen und sozialen Stabilitätsgrenzen der Ökosphäre.

(64) Die soziale Schere und der Wachstumszwang sind auf rechtliche Konstruktionsfehler des Eigentums zurückzuführen. Es ist höchste Zeit, sie zu enttabuisieren, denn sie widersprechen fundamental den Zielen des Konziliaren Prozesses der Kirchen.

(Hans-Jürgen Fischbeck)

(g) Eigentumsrechte und Güterproduktion (Gegenrede)

(65) These: Die Produktion unter der Bedingung existierender Eigentumsrechte bringt Güter hervor, die sonst nicht produziert werden könnten. Das Eigentum ist dazu notwendig, weil eine Sache, die nicht im Eigentum einer Person oder einer Körperschaft ist, nicht bewirtschaftet, sondern nur gebraucht und verbraucht werden kann.

Es muß eine unmittelbare Beziehung zwischen dem Erfolg der Produktion und dem persönlichen Einkommen des Entscheidenden bestehen, d.h. die Eigentumsrechte müssen so geordnet sein, daß Fehlverwendungen von Ressourcen bei den Eigentümern oder Entscheidenden zu Verlusten, dagegen zu Gewinnen nur der Wohlfahrt erhaltende und steigernde Einsatz von Ressourcen führen. In einer auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Natur gegründeten Wirtschaftsordnung kann diese Forderung erfüllt werden.

(66) Nach der seit 1896 unveränderten Fassung des § 903 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann der Eigentümer einer Sache, „soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“ Das Eigentum einer Person oder Körperschaft an Sachen hat somit Nichteigentum anderer zur Bedingung. Es ist dieser Umstand, der eine Begründung für die Vergabe von Eigentumsrechten erfordert. In der Wirtschaftstheorie wurde früher das private Eigentum an Natur und Produktionsmitteln als Motivation des Sparens mit dem Ziel der Kapitalbil-

„Wer möchte sparen, d. h. also dem gegenwärtigen Genuß entsagen, wenn er des zukünftigen Genußes nicht sicher wäre?“⁷ (67) Wenn ich die alternative Position⁸ richtig verstehe, scheint sie Folgendes zu sagen: Der Eigentümer genießt, wo er des Schutzes seines Rechtes sicher sein kann, einen Vorteil, und er kann es nicht, ohne andere einem Nachteil auszusetzen. Das private Eigentum stellt sich so als der entscheidende Grund für die Verschiedenheit der Stellung der Menschen in der Gesellschaft dar.⁹ Mehr noch: der mit dem persönlichen Eigentum verknüpfte Reichtum ist mit einer komplementär vorgestellten Armut der Nichteigentümer kausal verknüpft. Im persönlichen Eigentum insbesondere an Produktionsmitteln wird der wesentliche Grund für das Bestehen von zwischenmenschlichen Abhängigkeiten und Ausbeutungsverhältnissen gesehen. Schon das „mosaische Recht sah im Almosen ein Mittel zur Wiederherstellung der durch die Verteilung des allen gehörigen Eigentums unter die einzelnen zeitigen Nutznießer gestörten normalen Ordnung.“¹⁰ Die Sehnsucht nach einer Gesellschaft ohne persönliches Eigentum oder doch zumindest ohne Privateigentum an Produktionsmitteln und Natur ist deutlich einer der am weitesten verbreiteten Urträume der Menschheit.

(68) Das private Eigentum an Natur und Produktionsmitteln wird in der Gegenwart als ein Mittel zur Sicherung eines hohen Niveaus der Güterproduktion aufgefaßt. Die Produktion unter der Bedingung existierender Eigentumsrechte bringt Güter hervor, die sonst nicht produziert werden könnten. Das Eigentum ist dazu notwendig, weil eine Sache, die nicht im Eigentum einer Person oder einer Körperschaft ist, nicht bewirtschaftet, sondern nur gebraucht und verbraucht werden kann. Wenn der Wirtschaftende andere nicht von eventuell störenden Eingriffen in den Gegenstand seiner Wirtschaft abhalten kann, dann kann er auch keine Ressourcen aus seinem Verfügungsbereich darauf verwenden, um die Konsumreife der Sache zu erhöhen, also zu produzieren.

(69) Ist Produktion ohne institutionell zu sicherndes Verfügungsrecht an den Sachen, die in Produkte gewandelt werden sollen,

nicht möglich, so muß dieses aber nicht in der Form eines individuellen Eigentumsrechtes bestehen. Damit reduziert sich die Frage auf die Form, in der in einer Gesellschaft das Recht, über Ressourcen zur Güterproduktion endgültige Entscheidungen zu treffen, bestehen soll. Das individuelle Verfügungsrecht des Privateigentümers wird als Gegenpol eines kollektiven Verfügungsrechtes angesehen. Die Marktwirtschaft auf der Grundlage privaten Eigentums an Produktionsmitteln und Natur bringt Verteilungen von Einkommen und Vermögen, die ungerecht erscheinen. Der Ausschluß der Privaten vom Eigentum an Natur und Produktionsmitteln durch kollektive Verfügungsrechte führt aber nach aller Erfahrung zu ineffizienten Lösungen. Deswegen soll Sozialpolitik die primären Verteilungsergebnisse in Marktwirtschaften mit der Gerechtigkeitsvorstellung vereinbar machen. Beispielhaft können die Aufwendungen für Sozialhilfeleistungen und für die verschiedenen Unterstützungsformen Arbeitsloser genannt werden. Diese Aufwendungen müssen zuvor durch Besteuerung in die entsprechenden öffentlichen Haushalte gelenkt werden.

(70) Verleihe Eigentumsrechte verpflichten zudem über die Maßnahmen zur Solidarität mit den Armen hinaus. Zu denken ist hier an gesetzliche Vorschriften darüber, was oder wie nicht produziert werden darf, welche Eigenschaften bestimmte Güter haben müssen usw.. Am meisten beschäftigten sich die Menschen in den Nationen der hoch industrialisierten Zone der Erde in den letzten Jahrzehnten mit den Fragen des Umwelteinflusses der Massenproduktion von Konsumgütern. Die Bürger eines demokratischen Gemeinwesens bestimmen durch Ausübung ihres Wahlrechtes, wie und im welchen Ausmaß die Konsumgüter bei ihrer Erzeugung und bei ihrem Konsum externe Effekte aufweisen dürfen. Festgelegt werden kann auf diese Weise auch, in welcher Form produzierte Güter konsumiert werden dürfen. Es ist die Aufgabe der Mehrheit in der Gesellschaft, zu bestimmen, wo die Grenzen der Verletzung der Rechte Dritter durch Güterkonsum liegen.

(71) Hat eine Gesellschaft die Entscheidungen darüber getroffen, welche Anteile des Sozialprodukts für die Mindestausstattung

der nicht erwerbenden Personen aufzuwenden ist und welche Auswirkungen der Güterproduktion nicht hingenommen werden, dann hat sie es allerdings auf der Grundlage einer bestimmten Güterproduktion getan. Bei Erzeugung jener Sachen, die der Wohlfahrtsvorstellung der Gesellschaft am besten entsprechen, muß eine Entscheidung getroffen werden, die eine effiziente Ressourcenverwendung in derjenigen Güterproduktion sichert, die der mehrheitlichen Vorstellung der Gesellschafter nach zur größtmöglicher Wohlfahrt im Gemeinwesen führt. Es kann damit ein Konflikt bestehen zwischen dem, was die Mehrheit im Gemeinwesen erzeugt haben will und den Entscheidungen über den Weg, der dorthin führen soll. Während die erste Entscheidungsfindung einen normativen Charakter hat, ist die Frage danach, wie ein gesellschaftlich bestimmtes Ziel am besten erreicht werden kann, eine technische oder auch wissenschaftliche. Der Erfolg einer Entscheidung hängt hier nur wenig vom Willen der Entscheidenden ab: Anforderungen werden an ihr Wissen gestellt. So etwa müssen Bedingungen der Beschaffung, die Möglichkeiten technischer Umsetzung, der Fähigkeit von Arbeitskräften und Umstände des Absatzes wie der Finanzierung gekannt und angemessen beurteilt werden. Wirtschaften besteht in bedeutendem Umfang im Treffen der mit Bezug auf die Wohlfahrts-idee der Gesellschaft angemessenen Entscheidungen. Die Kenntnis und richtige Einschätzung derartiger Zusammenhänge ist für das Gelingen einer Güterproduktion entscheidend.

(72) Es ist unwahrscheinlich, daß unter realistischen Umständen die Mehrheit in einer Gesellschaft „die richtige“ oder auch nur eine angemessene Entscheidung mit Bezug auf die technische Umsetzung ihrer Wohlfahrtsvorstellung treffen könnte. Darum muß eine unmittelbare Beziehung zwischen dem Erfolg der Produktion und dem persönlichen Einkommen des Entscheidenden bestehen, d.h. die Eigentumsrechte müssen so geordnet sein, daß Fehlverwendungen von Ressourcen bei den Eigentümern oder Entscheidenden zu Verlusten, dagegen zu Gewinnen nur der Wohlfahrt erhaltende und steigernde Einsatz von Ressourcen führen.

⁷ W. ROSCHER, Grundlagen der Nationalökonomie (1854), 23. von Robert PÖHLMANN bearbeitete Auflage Stuttgart 1900, Seite 202.

⁸ Vgl. dazu den vorherigen Beitrag – f – in diesem Memorandum.

⁹ Siehe hierzu als typisches Beispiel: Jean Jacques ROUSSEAU, Discours sur l'inégalité parmi les hommes (1755), deutsch: Diskurs über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen, in J. J. ROUSSEAU, Die Krisis der Kultur, Die Werke ausgewählt von Paul SAKMANN, Leipzig 1931, S. 81 ff.. In den Flugschriften des 17. Jahrhunderts wurde diese Idee aber schon häufig verbreitet.

¹⁰ BRENTANO, Genealogie der Angriffe auf das Eigentum, in ders.: Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, Leipzig 1923, S. 170. Eine moderne Fassung des gleichen Gedankens findet sich unten im Beitrag – m –.

(73) In einer auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Natur gegründeten Wirtschaftsordnung kann diese Forderung (s.o.) erfüllt werden. Es handelt sich allerdings nicht darum, die Rechtsverhältnisse ein für allemal abschließend zu regeln und dann die Wirtschaftler sich selbst zu überlassen.

(h) Die vorrangige Option für Marktlösungen

(74) These: „Kaufleute aller Branchen in Handel und Gewerbe sind immer daran interessiert, den Markt zu erweitern und den Wettbewerb einzuschränken. Eine Erweiterung des Marktes mag häufig genug auch im öffentlichen Interesse liegen, doch muß eine Beschränkung des Wettbewerbs ihm stets schaden.“ (Adam Smith 1789)

(75) Seit diesen Sätzen des Klassikers der Volkswirtschaftslehre ist bekannt, daß die Gemeinwohlverträglichkeit von Wettbewerb nicht zu verwechseln ist mit der Gemeinwohlblindheit von Markterweiterungen. Sie geht in deren Gemeinwohlschädlichkeit über, wenn sie mit Wettbewerbsbeschränkungen verbunden ist. Im öffentlichen Interesse ist hier ständig größte Wachsamkeit angebracht. Und es kann nichts schaden, wenn sie von Kirchen ausgeht.

(76) Das große Prestige der ORDO-liberalen Schule von Franz BÖHM und Walter EUCKEN ist darin begründet, daß sie die Aufmerksamkeit wieder auf diesen Zusammenhang gelenkt hat. Schon sie sind jedoch auf einen Irrweg geraten, als sie der Koordinationsleistung des Wettbewerbs einen naturrechtlichen Ordnungsgehalt („ORDO“) unterlegten. Nach den Verheerungen der nationalsozialistischen Gleichschaltungen und Vernichtungskriege war das ein oft begangener und wohl auch verständlicher Gedanke. Am biblischen Zeugnis geschulte Theologie weiß jedoch, daß institutionelle Ordnungen politisch-gesellschaftlich verantwortet werden müssen, und nicht einer Natur zu verdanken sind; auch nicht einer, die ‚Schöpfung‘ genannt wird.

(77) Ein weit gefährlicherer Irrweg wurde beschritten, als Friedrich von HAYEK und andere Neoliberale das *naturrechtliche* Denken durch ein *naturgesetzliches* Denken ersetzen. Anstelle der Koordinationsleistung des Wettbewerbs trat die Ausleseleistung durch Markterweiterungen. Der Anpassungszwang, der unter dem Regime der Öffnung bisher nicht für kapitalverwertungsorientierte Unternehmen (Adam SMITH: „Kaufleute“) offene Beschaffungs- oder Absatzgebiete ausgeübt wird, hat mit der Koordinationsleistung des Wettbewerbs nichts zu tun. Also sollte auch nicht von einem Gemeinwohlbeitrag der Marktwirtschaft geredet werden, wo dessen einzige Stütze, der Zwang zum Wettbewerb, fehlt, und die ganze eigennützige und rücksichtslose Be-

Die angestrebte Wirkung kann sich nicht einstellen, wenn es denen, die Entscheidungen auf der Grundlage ihrer Eigentumsrechte fällen, gelingt, sich dem Wettbewerb nach und nach zu entziehen. Die Neigung zum Erzielen unverdienter Einkommen besteht immer und überall und es ist die Aufgabe

derjenigen, die die Übertragung von Verfügungsrechten an Eigentümer dulden, den Wettbewerb durch Schaffung und Erhaltung seiner institutionellen Bedingungen aufrechtzuerhalten und den sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen des Wirtschaftens immer wieder anzupassen.

(Hans-Joachim Stadermann)

stützt. Konjunkturpolitik wurde erst langsam gelernt und versagte dann gegenüber der Ende der 60er Jahre einsetzenden Strukturkrise. Sozial bedeutsam waren allein der Lastenausgleich und die Wiedergutmachungsleistungen, die Dynamisierung der Altersrenten, das Eingehen auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit durch Übernahme der Reichsschulden und deren Rückführung auf ein der bundesrepublikanischen Bedienungs- und Rückzahlungsfähigkeit angemessenes Maß im Rahmen der Londoner Schuldenverhandlungen darf in dieser Liste nicht vergessen werden. Ebenso wenig, daß die neue DM erst Schritt für Schritt konvertierbar wurde.

(78) Kurz: Günstige Umstände wurden keineswegs konfliktlos, aber doch kooperativ genutzt. Neben der politischen Verfassung des Grundgesetzes entstand so eine einigermaßen zusammenfassende Wirtschafts- und Sozialverfassung.

(79) Es liegt etwas neben der Sache, daraus ein ‚Modell‘ zu machen. Viel wichtiger ist es, wieder einschätzen zu lernen, welchen Nutzen und welchen Nachteil Marktlösungen für das Leben dort haben, wo Lebensbereiche und Tätigkeitsfelder ihnen neu unterworfen werden. Vor allem muß damit ernst gemacht werden, daß ohne die Koordinationsleistung eines unvermachten Wettbewerbs mit allen kulturellen und rechtlichen Voraussetzungen, die er braucht, Markterweiterungen keine Unterstützung verdienen.

(Kristian Hungar)

(i) Der Welthandel – Ideologiekritische Anmerkungen zum Pareto-Optimum

(80) These: Die Verfasser der Wirtschaftsdenkschrift ziehen zur Analyse weltwirtschaftlicher Zusammenhänge das Pareto-Kriterium heran, den Fundamentalsatz der Wohlfahrtsökonomik. Die daraus abgeleitete Behauptung, die Weltwohlfahrt nehme bei Befolgung der zentralen GATT-Prinzipien zu, da diese dem Kriterium entsprechen würden, erweist sich in mehrfacher Hinsicht als irreführend. Gültig ist das Kriterium nur unter bestimmtem Voraussetzungen. Die realen weltwirtschaftlichen Bedingungen sind jedoch weit von diesen Verhaltensannahmen entfernt. Fragwürdig ist ferner die dem Kriterium zugrundeliegende Optimalitätsvorstellung, die sich einerseits auf Nutzenerwägungen im Sinne von Bedürfnisbefriedigung beschränkt, um andererseits verteilungspolitische Aspekte außer acht lassen zu können. Diese

Widersprüche hätten benannt werden müssen, verband doch der Begründer der Wohlfahrtsökonomik mit dem Theorem den Anspruch, ethische Überlegungen durch eine formalisierte ökonomische Theorie als gegenstandslos abtun zu können.

Das Pareto-Kriterium

(81) Das von Vilfredo PARETO begründete 1906 Pareto-Kriterium¹¹ ist zum Fundamentalsatz einer ökonomischer Teildisziplin, der Wohlfahrtsökonomie, geworden. Es bildet die Basis für Kosten-Nutzen-Analysen in vielen Bereichen ökonomischer Theorie und Politikanalyse. Unter Zugrundelegung dieses Theorems werden Steuerreformen beurteilt, finanzpolitische Entscheidungen auf ihre Wirkungen untersucht, die möglichen Wohlfahrtseffekte geplanter Großprojekte vorab analysiert.

(82) Das Pareto-Kriterium besagt in seinem Kern, daß eine Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt nur dann als erreicht gelten kann, wenn sich der Nutzen für mindestens ein Wirtschaftssubjekt durch eine beliebige Maßnahme erhöht, ohne daß zugleich die Wohlfahrt der anderen Wirtschaftssubjekte dadurch geschmälert würde. Pareto-Optimal ist ein Zustand z.B. bei der Güterverteilung dann, wenn sich der Nutzen eines Akteurs nur noch dadurch verbessern ließe, indem ein anderer schlechter gestellt würde.

... dessen Verwirklichung in den GATT-Prinzipien

(83) Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) wie auch dessen jüngste Überführung in eine Welthandelsorganisation (WTO) sind drei Prinzipien verpflichtet an denen sich die einzelnen handelsrechtlichen Regelungen ausrichten. Das Prinzip der allgemeinen Meistbegünstigung oder Nichtdiskriminierung besagt, daß ein Land als Vertragspartei des GATT alle Handelsvorteile, die es bilateral einer anderen Vertragspartei gewährt, zugleich allen anderen Vertragsparteien zugestehen muß. Die grundlegende Verfahrensnorm der Reziprozität fordert, daß Zugeständnisse bei Handelsvereinbarungen auf Gegenseitigkeit beruhen sollen. Das Prinzip der Liberalisierung zielt auf eine weitgehende globale Öffnung von Märkten durch Beseitigung von Handelsbeschränkungen ab.

(84) Durch die Prinzipien der Meistbegünstigung und Reziprozität sehen die Verfasser der Wirtschaftsdenkschrift das Pareto-Kriterium im GATT-Vertragwerk als erfüllt an:

„Wenn zwei oder mehrere Länder Vereinbarungen zur Regelung ihres Güteraus-tausches treffen, die a) gegenseitig gelten und dem Nutzen der Beteiligten dienen (Reziprozität)... und b) zugleich die soziale Wohlfahrt keines anderen Landes verschlechtern [Meistbegünstigung], soll das Weltgemeinwohl als gesteigert angesehen werden.“ (DZ 87)

(85) Die Befolgung aller drei GATT-Prinzipien – zu den Voraussetzungen für die Erfüllung des Pareto-Kriteriums gehört u.a. auch die freie Preisbildung auf Märkten, mithin das Liberalisierungsprinzip – würde also einen pareto-optimalen Welthandel ermöglichen, die Wohlfahrt der Welt könnte als gesteigert gelten. Was aber ist mit „Nutzen“, was mit „Wohlfahrt“ oder gar mit „Weltgemeinwohl“ gemeint?

... seine Hintergründe

(86) Sahen die „klassischen“ Ökonomen den Wert einer Ware durch deren Knappheit und die zur Produktion erforderliche Arbeitsmenge begründet, knüpften die „Neoklassiker“ den Wert an den Nutzen, den ein Gut bei einem Konsumenten zu stiften vermag. „Nutzen“ wurde damit als die mit dem Konsum eines Gutes sich einstellende Befriedigung verstanden. Vertreter der Neoklassik bemühten sich, unter Annahme bestimmter Gleichgewichtsüberlegungen diese individuellen Nutzenvorstellungen (Nutzenkalküle) zu berechnen, was jedoch an Grenzen stieß, da sich Nutzen als numerisch nicht teilbar erwies (kardinaler Nutzen). PARETO ging insofern einen Schritt weiter, als er an die Stelle des kardinalen einen ordinalen Nutzenbegriff setzte, der bei einer unterstellten Wahlmöglichkeit zwischen Gütern lediglich etwas darüber aussagt, ob ein Gut einen höheren, gleichen oder geringeren Nutzen für einen Konsumenten aufweist. Unter Zugrundelegung eines solchen Nutzenbegriffs lassen sich für Güterbündel sog. Präferenzordnungen mathematisch ableiten, in denen es unter bestimmten Voraussetzungen eine optimale Kombination von Gütern gibt, die ihrerseits den Rückschluß auf eine bestmögliche Befriedigung von Bedürfnissen erlaubt. Wohlfahrt ist dann der allgemeine Nutzen, repräsentiert durch die Vielzahl individueller Präferenzen und deren Befriedigung.

(87) Allerdings: Dies gilt nur unter sehr speziellen modellimmanenten Voraussetzungen, von denen sich einige wie z.B. die Annahme vollständiger Konkurrenz oder eindeutiger Nutzenfunktionen bestimmter Güterbündel wie Postulate einer Idealwelt ausnehmen, die mit der vorfindlichen vielschichtigen Wirklichkeit wenig zu tun hat. PARETO selbst erhoffte sich von der mit dem Theorem fundierten formalisierten Wohlfahrtsökonomik eine ähnliche Durchschlagskraft wie die der klassischen Mechanik. Ihm ging es darum, wie er einmal schrieb¹², die Menschheit von jenen befremdlichen Streitigkeiten und Tagträumereien über Vorsehung, die Wirksamkeit der Gnade und die Faselei über Solidarität zu befreien, der sich die Naturwissenschaften bereits entledigt hätten, die aber die Sozialwissenschaften noch immer belasteten.

... und deren Bedeutung für sozial-ethische Reflexion

(88) Vor diesem Hintergrund ist sozialethische Reflexion – so sie sich auf dieses Theorieangebot beziehen will – gefordert, zunächst den Geltungsbereich von Aussagen, die mit Hilfe eines solchen Theorems gewonnen werden können, zu prüfen. Darüber hinaus muß sich diese Reflexion zu der zugrundeliegenden Optimalitätsvorstellung verhalten. Ist die Perspektive auf ein (möglicherweise) gesteigertes Weltgemeinwohl ausreichend? Schließlich müßte sich theologische Sozialethik zu dem in der Wohlfahrtsökonomie nachklingenden Primat PARETOS zugunsten einer sozialtechnisch ausgerichteten Gesellschaftsgestaltung verhalten, die verteilungspolitische Überlegungen mit dem Verweis auf Optimalität des erreichten Ergebnisses hinter sich lassen will.

Grenzen des Pareto-Kriteriums: unzulässige Anwendung auf das GATT

(89) Pareto-optimal ist der Welthandel nur dann, wenn seine Regelungsmechanismen hinreichend dazu geeignet sind, den Voraussetzungen für Optimalität zu entsprechen. Die Interpretation der GATT-Prinzipien als dem Pareto-Kriterium entsprechend erweist sich jedoch als unzulänglich. Der Schluß von der Einhaltung der beiden GATT-Prinzipien auf die Steigerung des „Weltgemeinwohls“ läßt sich nicht auf die aktuelle politische Situation übertragen, da nicht alle Länder dem Geltungsbereich des GATT bzw. einer Welthandelsorganisation unterliegen und die Vertragsparteien der WTO nicht verpflichtet sind, bei jenen Ländern die Prinzipien anzuwenden. So gesehen liefert dieses Kriterium eher einen Grund für die Aus-

¹¹ Vilfredo PARETO, *Manuale di economia politica*, 1906.

¹² Vilfredo Pareto, *Manual of Political Economy*, Schwier, A. (trans.), New York: Kelley, S.36.113.

weitung des GATT und seiner Prinzipien auf alle Länder. Doch sind beide Prinzipien angesichts der herrschenden Trilateralität in der Realität längst an ihre Grenzen gestoßen: Den für das Pareto-Optimum konstitutiven Annahmen vollständiger Konkurrenz und freier Preisbildung steht die faktische Dominanz der Wirtschaftsböcke entgegen.

... fragwürdiger Nutzenbegriff

(90) Entscheidender noch sind die Grenzen jener ökonomischen Kategorie, auf denen das Kriterium beruht. Das zugrundeliegende Verständnis von gesamtgesellschaftlichem Nutzen bzw. gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt gründet auf der Imagination eines quantifizierbaren weil monetarisierbaren individuellen Nutzens, der sich in den Wahl- und Kaufentscheidungen eines Wirtschaftssubjektes auf einem idealen Markt erschließt. Dieser Nutzenbegriff wird verallgemeinert und auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene übertragen. Auf internationaler Ebene begegnen dann einzelne Länder als Subjekte, die allein schon deshalb „rational“ handeln, weil sie ihre Interessen verfolgen und dadurch ihren Nutzen maximieren. Der 'Nutzen' oder Wohlfahrtsgehalt eines Landes ist damit immer die ge-

glückte Durchsetzung der jeweiligen aktuellen Interessen dessen politischer Vertreter. Folgen aus bestimmten Entscheidungen, die sich erst im Zeitverlauf offenbaren und die die Wohlfahrt eines Landes schmälern könnten, sind diesem Nutzen nicht zurechenbar.

... verteilungspolitische Blindheit

(91) Der letzte Einwand betrifft die bekannte Tatsache, daß das Pareto-Kriterium nichts über die Wohlfahrtsverteilung zwischen den beteiligten Wirtschaftssubjekten aussagt. Um bei dem Beispiel des Welthandels zu bleiben: Solange es einer der Vertragsparteien der WTO gelingt, ihre Wohlfahrt zu steigern, ohne daß die der anderen reduziert würde, gilt die gesamte Wohlfahrt der Vertragsparteien als erhöht. Daran ändert sich auch nichts, wenn es im Grenzfall immer ein und dasselbe Land wäre, das sich in Verhandlungen wirtschaftliche und politische Vorteile verschaffen könnte. Weltwirtschaft kann auch bei einer extrem ungleichen Verteilung der Wohlfahrtsgewinne und -verluste pareto-optimal sein. Bei einer Interpretation unter Zugrundelegung des Pareto-Kriteriums spielt die Frage nach Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit keine Rolle.

Fazit

(92) Sozialethische Reflexion darf sich nicht mit der bloßen Übernahme zentraler ökonomischer Theorieangebote zufrieden geben. Die durch die jeweiligen zugrundeliegenden Annahmen gesetzten Einschränkungen bis hin zu Leerstellen müssen ebenso benannt werden wie die Grenzen jener Schlußfolgerungen, die unter Zugrundelegung dieser Theorieangebote hinsichtlich der ökonomisch-politischen Realitäten getroffen werden. Es reicht nicht aus, wie die Wirtschaftsdenkschrift bei der Feststellung stehen zu bleiben, daß die Weltwirtschaft die ärmeren Länder benachteilige, die «magna charta» der internationalen Arbeitsteilung jedoch dem Pareto-Kriterium folge (DZ 86f). Vielmehr sind die in ihm liegenden Wohlfahrtsvorstellungen zu befragen und durch eine Perspektive auf Gerechtigkeit hin zu korrigieren. Dies gilt umso mehr eingedenk des Umstands, daß Pareto mit der durch ihn begründeten Wohlfahrtsökonomik den Anspruch verband, ethische Überlegungen durch eine rationale, formal stringente Theorie zu eliminieren.

(Jörg Seifert-Granzin)

(j) Entwicklungstheorie und -politik – Ideologiekritische Anmerkungen zu Ricardos Theorem komparativer Kostenvorteile

(93) *These: Nur wenige der zahlreichen ökonomischen und nicht-ökonomischen Entwicklungstheorien sind jemals in kohärente politische Strategien überführt worden und zur Anwendung gelangt. Wirksam geworden ist dagegen das Axiom der Wohlfahrtssteigerung durch einen freien Welthandel, das in Gestalt des Theorems der komparativen Kosten die Begründung für eine Liberalisierung des Weltmarktes zu liefern scheint, und mittels handelspolitischer Regelwerke durchgesetzt wird. Doch beruht dieses Theorem auf einigen unzulänglichen Annahmen, die dessen Schlußfolgerungen erheblich einschränken. Diese Einschränkung trifft auch die drei zentralen entwicklungspolitischen Leitgedanken der forcierten Integration in die internationale Arbeitsteilung, der schuldenfinanzierten Industrialisierung und des räumlich zentrierten Wachstums, die teils implizit, teils explizit auf diesem Theorem beruhen.*

Entwicklungstheoretische Vielfalt

(94) Die letzten 40 Jahre haben eine breite Palette entwicklungstheoretischer Ansätze unterschiedlicher wissenschaftlicher Herkunft hervorgebracht. Während einige dieser Theorieangebote das bestehende Wohlstandsgefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu erklären versuchten¹³, richtete sich bei anderen das Augenmerk eher auf die Frage, wie dieses Gefälle reduziert werden könnte¹⁴. Nur wenige dieser

Ansätze aus der zuletzt genannten Gruppe wurden im Einzelfall in kohärente entwicklungspolitische Strategien überführt. Unter ihnen nehmen jene Theorien eine gewisse Sonderstellung ein, die dem Außenhandel eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung eines Landes zuweisen. Ihre Sonderstellung gründet darauf, daß sie bei einflußreichen entwicklungspolitischen Akteuren (Regierungsorganisationen, multilaterale Entwicklungsagenturen, transnationale Unternehmen) auf eine breitere Akzep-

tanz stoßen und mindestens indirekt Eingang in entsprechende Regelwerke (GATT, Zollpräferenzabkommen) gefunden haben.

Ricardos Theorem komparativer Kosten ...

(95) Diesen außenhandelstheoretisch ausgerichteten Entwicklungstheorien liegt als gemeinsames Fundament das Theorem der komparativen Kosten zugrunde, daß 1817 von David RICARDO begründet wurde¹⁵. In

¹³ Hierzu zählen nicht-ökonomische Theorien (z.B. Klimatheorien, Theorie des sozialen Wandels, Modernisierungstheorien), Wirtschaftsstufen- und Dualismustheorien, Theorien der zirkulären Verursachung, ökonomisch-demographische Theorien sowie die Theorie der säkularen Verschlechterung der terms of trade.

¹⁴ Dazu gehören Theorien des sektoralen Wachstums sowie die Theorien der Grundbedürfnisbefriedigung, Importsubstitution oder Exportdiversifizierung.

¹⁵ David RICARDO, Principles of Political Economy and Taxation, 1817.

seinem Kern besagt das Theorem, daß sich bei zwei Ländern jedes auf die Produktion derjenigen Güter spezialisieren soll, bei denen es komparative Kostenvorteile, d.h. die größte relative Leistungsfähigkeit bzw. die relativ günstigsten Bedingungen gegenüber dem anderen Land, besitzt. Dies läßt sich anhand eines einfachen Beispiels illustrieren: Brasilien und Deutschland seien in der Lage, zwei gleiche Güter, Maschinen und Computer, zu produzieren, wobei bei gegebenen begrenzten Ressourcen Deutschland entweder 20 Maschinen oder 12 Computer, Brasilien dagegen 10 Maschinen oder 9 Computer herstellen könnte. In dieser Situation hat Brasilien bei beiden Produkten einen absoluten Produktionsnachteil; dieser ist jedoch im Fall der Computerproduktion relativ geringer ist als bei den Maschinen ($12/9 < 20/10$) und stellt einen komparativen Produktionsvorteil dar. Dieser wird dann wirksam, wenn beide Länder sich auf die Produktion desjenigen Gutes beschränken, bei dem sie jeweils komparative Produktionsvorteile aufweisen, und wenn sie untereinander Handel aufnehmen. Dann würden sich die inländischen Austauschverhältnisse für die Produkte in beiden Ländern verbessern¹⁶ und diese mithin eine Verbesserung ihrer Einkommenssituation erreichen.

... seine Bedeutung

(96) Das Theorem der komparativen Kosten dient aus ökonomischer Perspektive der Erklärung und Begründung der klassischen wie der neuen internationalen Arbeitsteilung, zeigt es doch, daß im Falle einer freien Preisbildung auf dem Weltmarkt, also einem freien Welthandel, Länder mit absoluten Produktionsnachteilen, aber komparativen Kostenvorteilen Wohlfahrtsgewinne in Gestalt einer höheren Güterausstattung erreichen können. Es hat in Gestalt des Liberalisierungsprinzips Eingang in das GATT und die WTO gefunden und liefert das theoretische Fundament für das weltweite Bemühen um Liberalisierung des Handels. Gleichwohl erweist es sich als unzureichend, da es auf unzulänglichen impliziten Annahmen beruht und sich zudem eklatante Widersprüche zwischen Theorem und Wirklichkeit auftun.

... und Grenzen

(97) Zu den unzulänglichen impliziten Annahmen zählt erstens das ausschließlich ökonomische Kostenverständnis, dem in der Realität die Existenz ökologischer und sozialer Folgekosten des Freihandels entgegenstehen, die nicht ohne weiteres in das Theorem integriert werden können. Zweitens erscheinen die Länder in dem zugrundeliegenden Modell als homogene Einheiten, die ihre Wohlfahrt im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Nutzens maximieren. Die Vorstellung vom gesamtgesellschaftlichen Nutzen ist indes höchst fragwürdig, da sie bestehende Ungleichheiten in einer Gesellschaft unberücksichtigt läßt. Drittens tendiert das Theorem dazu, geschichtlich determinierte Produktionsstrukturen als quasi naturgegeben mißzuverstehen und für die Zukunft festzuschreiben. Viertens legt das Theorem eine Spezialisierung der Entwicklungsländer auf arbeitsintensive Produktion und den Export von Primärgütern nahe. Eine solche Spezialisierung kann jedoch für ein Land problematisch werden, wenn ein anderes aufgrund seiner besseren Einkommensposition zur Markteroberung durch Export-Dumping ansetzt.

Entwicklungstheoretische Ratlosigkeit

(98) Mit dem Theorem der komparativen Kosten stehen und fallen eine Reihe von Entwicklungstheorien. Es lassen sich drei zentrale entwicklungstheoretische Leitgedanken benennen, die sowohl durch die Unzulänglichkeit des Theorems, als auch durch die herrschende Situation im Welthandel relativiert werden und dadurch die Grenzen der Theoriegültigkeit markieren. Die Strategie der Integration in die internationale Arbeitsteilung wird durch die massive Konkurrenz der Industrienationen mit den Entwicklungsländern auf den agrarischen Rohstoffmärkten und die herrschenden Dumping-Praktiken zur Markteroberung konterkariert. Dies ist auch einer der Gründe dafür, daß der Leitgedanke einer schuldenfinanzierten Industrialisierung angesichts der krisenhaften Zuspitzung der Verschuldungskrise in den 80er Jahren für die Mehrheit der Entwicklungsländer als

gescheitert gelten kann, da er die Möglichkeit einer positiven Handelsbilanz zur Schuldentilgung voraussetzt, die faktisch angesichts des Neuen Protektionismus nicht gegeben war. Die Schuldenzyklustheorie zielt auf die Kompensation der Ersparnislücke in Entwicklungsländern durch externe Kapitalströme. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß sich bisher noch nie ein Land durch die externe Schließung dieser Ersparnislücke entwickelt hat.

(99) Hinzukommt, daß die klassische Internationale Arbeitsteilung bis heute in den Produktionsbedingungen und -strukturen wirksam ist. Beim Leitgedanken eines räumlich zentrierten Wachstums, der sich zur Idee der internationalen Arbeitsteilung komplementär verhält, wird unterstellt, daß von einer verstärkten Entwicklung einzelner Regionen oder Länder, die i.d.R. auf einer massiven Industrialisierung oder Ausrichtung der Agrarproduktion auf den Weltmarkt beruht, eine Sogwirkung und ein 'trickle-down'-Effekt, d.h. Weiterverbreitung der erwarteten Wohlstandsmehrung, auf andere umliegende ökonomisch schwächere Länder ausgeht. Sieht man einmal von den asiatischen Schwellenländern ab, hat sich auch hier gezeigt, daß der 'trickle-down-Effekt' eher in einer Destabilisierung der Binnenwirtschaften durch Entwicklungstendenzen des Weltmarkts besteht.

(100) Ausgehend von einer kritischen Sichtung der Entwicklungen verschiedener Länder stellt sich die Frage nach erfolgreichen Entwicklungspfaden heute ganz anders als vor 20 Jahren: So bestehen Zweifel, ob der Weg der Industrialisierung, den die Industrienationen beschritten haben, angesichts der enormen Schadenswirkungen (Bsp. Auto) für Entwicklungsländer noch gangbar ist. Andererseits fordern Entwicklungsländer zurecht die Möglichkeit für sich ein, über Zielvorstellungen und Wege gesellschaftlicher Veränderungen selbst bestimmen zu können. Wie schon im Zusammenhang mit der Frage, ob Integration oder Abkoppelung vom Weltmarkt den „Königsweg“ zu Entwicklung eröffnet, stellt sich viel grundsätzlicher noch das Problem, wer denn überhaupt Subjekt dieser Entscheidung ist, also die Entscheidungshoheit besitzt.

(Jörg Seifert-Granzin)

¹⁶ Vor Eintritt in den Handel werden in Deutschland 20 Maschinen gegen 12 Computer getauscht, das Austauschverhältnis beträgt eine Maschine zu 0,6 Computer. In Brasilien liegt dieses Verhältnis bei einer Maschine zu 0,9 Computer, da die Produktion des letzteren dort relativ billiger zu sein scheint. Unter der Annahme, daß nach Aufnahme des Handels das Weltmarktpreisverhältnis zwischen diesen beiden Austauschrelationen liegen muß – andernfalls würde ein Handel keinen Sinn machen – z.B. bei 0,75, erhält Brasilien bei Verzicht auf 0,9 Computer 1,2 Maschinen auf dem Weltmarkt statt einer Maschine auf dem Inlandsmarkt. Deutschland würde in diesem Fall bei Verzicht auf eine Maschine 0,75 Computer auf dem Weltmarkt statt 0,6 Computer auf dem Inlandsmarkt erhalten.

(k) Die Auslandsverschuldung der Dritten Welt

(101) These: Eine substantielle Schuldenentlastung der überschuldeten Länder der Dritten Welt ist – zusammen mit einer partizipatorischen armutsorientierten Strukturanpassungspolitik – unerlässlich für die Gewährleistung des Lebensrechts der Armen. Indem die EKD-Denkschrift keine einzige Forderung im Blick auf die Verminderung der Schuldenlast der Dritte-Welt-Länder erhebt, beantwortet sie ihre eigene Frage nach einer Veränderung der Verhältnisse struktureller Ungerechtigkeit zugunsten der Armen faktisch mit der Festschreibung der bestehenden Kluft zwischen armen und reichen Ländern.

(102) Im Kontext der Analyse der weltwirtschaftlichen Situation gelangt die EKD-Denkschrift „Gemeinwohl und Eigenutz“ im Blick auf eines der gegenwärtig gravierendsten Probleme zu der Feststellung, daß „hohe Auslandsschulden ... für eine Reihe von ... Entwicklungsländern ... ihre Entwicklungskrise weiter verschärft“ haben und daß „die Schuldenkrise ... auch ein Ausdruck struktureller Ungerechtigkeiten“ ist (DZ 20). Angesichts der von ihr selbst gestellten Frage nach der Veränderung der Verhältnisse struktureller Ungerechtigkeit zugunsten der Armen (DZ 17) mag es verwundern, daß sie keine einzige Forderung zur Lösung dieses Punktes aufstellt. Doch da zu anderen weltwirtschaftlichen Problemfeldern wie Welthandel, internationaler Koordination der Makropolitik und internationalem Transfersystem durchaus Vorschläge entwickelt werden (DZ 82-94), dürfte das Schweigen der Denkschrift zu einer Lösung der Schuldenfrage kaum auf einem Versehen beruhen. Vielmehr erscheint ihr unter Verweis auf eine „entwicklungskonformere“ IWF-Auflagenpolitik (DZ 20) die endlose Weiterbedienung der untiltbar gewordenen Schulden als angemessen.

(103) Dabei sind aus der Analyse der Auslandsverschuldung der Dritte-Welt-Länder als struktureller Ungerechtigkeit zur Genüge konkrete Forderungen entwickelt worden, deren Umsetzung dazu beitragen kann, den Weg zu einer „gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Weltgesellschaft“ zu ebnen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien einige Überlegungen dazu skizziert.

(104) Aufgrund der Feststellung, daß die Auslandsschulden im jetzigen Umfang sowieso nicht tilgbar und außerdem durch die langjährigen Zinszahlungen bereits in mehrfacher Höhe bezahlt sind, ist die Forderung nach einer generellen und vollständigen Schuldenstreichung erhoben worden. Dabei ist allerdings zu bedenken:

- Einer solchen Schuldenstreichung könnten – wenn überhaupt – nur die Regierungen den Weg ebnen, die dann die (vor allem in den USA) noch nicht abgeschriebenen Forderungen der privaten Banken

übernehmen und diese so für ihre unsehrliche Geschäftspolitik auch noch belohnen müßten.

- Vielerorts haben mit zum Teil beträchtlichen Anteilen der aufgenommenen Schulden Mitglieder der jeweiligen Diktatoren- und/oder Oberschichtsfamilien enorme Vermögen angehäuft; sie sind durchaus in der Lage, diese ihren Völkern vorenthaltenen Kredite zurückzuzahlen.

Eine an den Interessen der verarmten Bevölkerungsmehrheiten in der Dritten Welt orientierte Schuldenerlaßpolitik muß so strukturiert sein, daß all diejenigen, die sich am Schuldenkarussell bereichert haben, einen angemessenen Beitrag zu seiner Überwindung leisten.

(105) Eine differenzierte Entschuldungspolitik aus der Perspektive der Armen ist unerlässlich und dringend. Dazu gehören u.a.:

- eine Insolvenzregelung für Staaten, mit der sichergestellt wird, daß die Länder nicht über das Existenzminimum hinaus ausgepreßt werden können;
- eine vollständige Schuldenentlastung für die ärmsten Entwicklungsländer;
- eine Nichtigerklärung illegitimer (d.h. durch Hochzinspolitik, fehlgeschlagene Weltbankprojekte u.v.m. entstandener) Schulden;
- Rückzahlung verbleibender Schulden in nationaler Währung in Gegenwartsfonds, aus denen unter Partizipation von Vertretern der lebenswichtigen Interessen der Armen Kredite für armutsorientierte Entwicklungsvorhaben finanziert werden.

(106) Schuldenentlastung ist eine notwendige Bedingung dafür, daß Handlungsspielräume für eine wirksame Armutsbekämpfung entstehen. Sie ist jedoch keineswegs hinreichend, sondern muß durch strukturelle Maßnahmen begleitet werden. Solche Maßnahmen sind u.a.:

- Alternative Strukturanpassungsprogramme, die sich an den Interessen der verarmten Mehrheiten statt einseitig an denen der Gläubiger orientieren und unter demokratischer Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet und ausgeführt werden (wie das für Guayana vorgestellte Programm);

- zusätzliche Schuldenentlastung für Länder, die durch Landreform, Einkommensumverteilung und Beschäftigungs-, Bildungs- und Gesundheitspolitik eine wirksame Armutsbekämpfung betreiben;
- nationale und internationale rechtliche Regelungen zur Verhinderung von Kapital- und Steuerflucht sowie zur Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität.

(107) Soweit seien in aller Kürze einige Linien aufgezeigt, an denen sich eine von der Option für die Armen ausgehende Entschuldungspolitik zu orientieren hätte. Die EKD-Denkschrift jedoch zieht solche oder auch andere Vorschläge zur Entschärfung der Schuldenkrise nicht einmal von ferne in Erwägung. Dieses Schweigen korrespondiert ihrer Option für eine wortwörtlich „billige“ Gnade, eine durch die Marktlogik beschränkte Gerechtigkeit, die nichts kosten soll (vgl. Beitrag – p.).

(108) Das hat dann auch für ihre Vorschläge zur Weltwirtschaft weitreichende Folgen. Solange die Überschuldung vieler Dritte-Welt-Länder bestehen bleibt, wird eine „Kooperation zum gegenseitigen Vorteil“ im Welthandel (DZ 86) vor allem dazu führen, daß die Schulden besser bedient werden können – zum Wohl der Gläubiger. Eine Erhöhung der internationalen Transferzahlungen (DZ 94) ändert ebenfalls nichts Grundsätzliches, solange diese neuerlichen Kredite nicht im Rahmen einer gezielten Entschuldungs- und armutsorientierten Strukturanpassungspolitik geleistet werden. Wo bei alledem dann „ein weltweites Ethos“ zur internationalen Koordination der Makropolitik (DZ 92) herkommen soll, das sich doch „auf Erfahrungen stützen können“ muß (DZ 85), bleibt unklar.

(109) So ergibt sich insgesamt folgendes Bild: Auf der einen Seite beruhigt sich die Denkschrift im Blick auf die Auslandsschulden bei der Feststellung, daß „sich inzwischen der Internationale Währungsfond (IWF) in Zusammenarbeit mit der Weltbank um eine entwicklungskonformere Strategie der Anpassung“ bemüht (DZ 20). Mit anderen Worten, prinzipiell kann und soll der IWF seine Politik beibehalten, die in erster und letzter Instanz auf die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und damit die weitere Ausblutung der Schuldnerstaaten zielt, da sie ja nun sozial abgedeckt wird, wobei schon jetzt klar ist, daß die IWF-Abfederungsprogramme für eine Linderung der Armut völlig unzureichend sind und die tiefgreifenden, für die Bevölkerungsmehrheiten verheerenden makroökonomischen Effekte der IWF-Strukturanpassungsprogramme keineswegs auffangen können.

(110) Dieses Konzept zur Schuldenpolitik erhält einen besonderen Sinn dadurch, daß die Denkschrift auf der anderen Seite „die Einsicht“ formuliert, „daß die Erde, ökologisch betrachtet, eine Ausdehnung der Lebensverhältnisse in den Industrieländern auf die ganze Welt überhaupt nicht zu tragen vermag“ (DZ 23). Die Konsequenz daraus, daß nämlich eine Veränderung zugunsten der Armen daher auch die Bereitschaft

ein-schließen muß, gegebenenfalls eine Senkung des Wohlstandsniveaus im Norden in Kauf zu nehmen, wird in der Denkschrift aber nicht gezogen.

(111) Nimmt man beide Seiten zusammen, so lautet die Botschaft: Der Lebensstandard im reichen Norden soll beibehalten werden, und da er nicht ausdehnbar ist, soll der IWF mit seiner Auflagenpolitik dafür sorgen, daß die Länder des Südens der Schul-

denfalle nicht entinnen. Auf ihre eigene, als „dramatische Herausforderung“ gestellte Frage: „Wie können die Verhältnisse struktureller Ungerechtigkeit zugunsten der Armen verändert werden?“ (DZ 17), antwortet die Denkschrift – möglicherweise unbeabsichtigt, aber tatsächlich – mit der Festschreibung des gegenwärtigen Auseinanderdriftens von reichen und armen Ländern. (Eberhard Löschcke)

Blickfeld Theologie – Ökumenische Erfahrungen und Einsichten

(I) Barmen 1934 – Die Bekenntnissynode und ihre Theologische Erklärung als Ausgangsereignis

(112) These: Es geht in der gegenwärtig anhaltenden Weltwirtschaftskrise samt ihren politischen, sozialen und ökologischen Implikationen für Christen und Gemeinden um ein kontextbezogenes verantwortliches Zeugnis davon, wie sie sich den gemeinsamen Problemen stellen. Das muß neu gefunden werden. Helfen kann, die Barmer Synode als öffentliches Ereignis und ihre Theologische Erklärung als öffentliches Zeugnis zu verstehen und weiterzudenken.

(113) Eine kurze Erinnerung: Ihre „Machtergreifung“ genannte Usurpation des Rechts- und Verfassungsstaates verbanden die Nationalsozialisten mit der „Gleichschaltung“ genannten Zerstörung der vielfältigen Öffentlichkeiten, darunter der kirchlichen. Die Bekennende Kirche setzte dem in zahlreichen Versammlungen und Synoden, schließlich mit der Barmer Synode, ihre eigene Öffentlichkeit entgegen. Für die Beteiligten lag darin eine spürbare Ermächtigung. Man darf deren Ausstrahlung nicht überschätzen, aber auch nicht ignorieren. Es war eine ökumenische Initiative jener Zeit, was nicht zuletzt ihre Aufnahme in den Niederlanden (Barmer Thesen 1937/40), Frankreich (Thesen von Pomeyrol 1941) und Großbritannien (englische Übersetzungen 1934 und erneut 1942/43) belegt.

(114) Seinerzeit Dringliches wurde mit bleibend Wichtigem in knappen Aussagen und Verwerfungen verbunden öffentlich bezeugt. Was damals einerseits zum Thema gemacht wurde, man andererseits auf sich beruhen ließ, versuche ich durch einen Vergleich der Barmer Theologischen Erklärung mit den Zehn Geboten (2. Mose 20, 2-17 und 5. Mose 5, 6-21) herauszuarbeiten.

(115) Das besondere Angesprochensein der verantwortlichen Zeugen prägt die These 1 (Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.) ebenso wie das Eröffnungswort des Dekalogs (Ich bin Jahwe, der Gott, der dich aus dem Ägypterland, dem Sklavenhaus,

herausgeführt hat.). In ihm liegt Zuspruch (Evangelium) wie Anspruch (Gebot). Die kontextgeforderte Aktualisierung von zwei Geboten wird dann erarbeitet: die Bindung des Staates ans Recht als eine Verantwortung der Regierenden und der Regierten (These 5); die Bindung der Kirche an den göttlichen Namen (Thesen 3, 4 und 6). Das sind Aktualisierungen des 9. (8.) Gebotes einerseits (Du sollst nicht als falscher Zeuge gegen deinen Nächsten auftreten.), und des 3.(2.) Gebotes andererseits (Du sollst den Namen Jahwes, deines Gottes, nicht mißbrauchen.).

(116) In diesen beiden Geboten geht es um Handeln und Sprechen, eben um den Schutz der Unverletzlichkeit des Namens des Nächsten wie des Namens Gottes.

(117) Neun Jahre nach Barmen, als das große Morden schon nahezu sprachlos gemacht hat, erarbeitet die 12. (letzte) Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der alt-preussischen Union in Breslau eine Auslegung des 5. (6.) Gebotes (Du sollst nicht töten.), fast gleichzeitig mit einem Hirtenbrief der katholischen Bischöfe Deutschlands über die Zehn Gebote. Es ist seitdem nicht überflüssig geworden, unter den Geboten, die das Tun und Lassen betreffen, gerade dessen aktuelle Dringlichkeit hervorzuheben.

(118) Muß aber heute, wo wirtschaftliche Krisen sich vertiefen, nicht auch nach dem jetzt dringlichen Sinn der übrigen Gebote gefragt werden? Muß also heute das getan werden, was im Umkreis der Barmer Synode nicht geschehen ist, obwohl die damali-

ge Weltwirtschaftskrise erst 5 Jahre zuvor (1929) ausgebrochen war und sich unübersehbar auswirkte? Dabei kann ein Blick auf das helfen, was etwa die ORDO-Liberalen in jenen Jahren dachten (s.o. – h –), als die Kirchenleute in Barmen zusammenfanden.

(119) Was etwa bedeutet es, wenn für den Verkehr zwischen den Haushalten, also für den Markt, geboten wird: „Du sollst nicht ehebrechen.“ „Du sollst nicht stehlen.“ „Du sollst nicht begehren das Haus deines Nächsten.“ „Du sollst nicht begehren das Weib deines Nächsten, noch seinen Knecht, noch sein Rind, noch seinen Esel, noch irgendetwas, was deinem Nächsten gehört.“ – Sicher muß man heute durch die antike Aktualisierung hindurch auf die bleibend wichtige Struktur dieser Gebote sehen und diese neu aktualisieren. Immerhin geht es zweimal um Personen- und Sachenrecht. Und es geht einerseits um den direkten rechtlichen Schutz der wirtschaftlichen Ausstattung des (damals: häuslichen) Betriebes (Eigentum) und der wirtschaftenden Personengemeinschaft (Ehe). Zum anderen geht es aber, und das ist sehr genau zu beachten um die Abwehr der wie auch immer angestellten Gefährdung beider (begehren), – also etwa auch um den Mißbrauch von Marktmacht.

(120) Und was bedeutet es, wenn für den Umgang innerhalb der Haushalte und der größeren Solidargemeinschaften geboten wird: „Ehre deinen Vater und deine Mutter.“ „Halte den Sabbat.“ „Du sollst dir kein geschnitztes Bild machen.“ / „Du sollst dich nicht vor diesen Bildern niederwerfen.“ „Du sollst keine anderen Götter haben als mich.“ / „Du sollst sie nicht verehren.“ – Wir wissen, daß es sich beim Eltern- und Sabbatgebot durch die antike Aktualisierung hindurch in ihrer bleibend wichtigen Bedeutung um umfassende Sozialgebote handelt. Das Alter der Eltern soll in seiner ganzen Würde auch materiell gesichert werden. Das betrifft auch andere Lebenslagen. Welche Bedeutung sich an das Sabbatgebot anschließt, wird hier

unter - m - ausgeführt. Wir wissen aber nicht genau genug, welche Aktualisierung der bleibend wichtige Kern des Götzen- und Bilderverbots in wirtschaftlicher Hinsicht erfahren muß. Wo stoßen wir im eigenen Tun und Lassen und dem anderer auf lebensfeindliche Verabsolutierungen, die sich hinreißend darstellen, gleichwohl trügen und betrügen? Ein Hinweis wird hier unter - q - erwogen.

(121) Die biblischen Zeugnisse haben ihren unverwechselbaren Eigensinn darin, daß sie Gemeinsinn wecken. Das läßt sich an den

Zehn Geboten als einem dieser großen Zeugnisse umso deutlicher erschließen, je aufgeschlossener das jetzt Dringliche an dem bleibend Wichtigen der Gebote in ihrem Zusammenhang angesprochen und ausgearbeitet wird, „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“ (Barmen 5). Die Barmer Synode hat für ihre Zeit einen entsprechenden Schritt getan und hat so selber den entsprechenden Eigensinn bewiesen. Heute offene Fragen verlangen nach ähnlichen Antworten.

(Kristian Hungar)

(m) Anfängliche Befreiung (Exodus) und regelmäßige Freilassung mit Schuldenerlaß und Neuverteilung des Landes (Sabbatjahr)

(122) These: Die Denkschrift hat das Interesse, die protestantische „Askese“ gegenüber ökonomisch-sozialen Strukturfragen theologisch zu überwinden. Um so überraschender ist es, daß sie wesentliche Ergebnisse der ökumenischen Diskussion um die Relevanz der biblischen Exodus- und Sabbattraditionen für die Gestaltung des Haushaltes des bewohnten Erdkreises aus den zurückliegenden Jahrzehnten übergeht. Wo diese aufgenommen werden, liegt eine selektive Auswahl und Interpretation vor, in der die Härte der konfliktreichen Auseinandersetzungen – essentiell für die Erfahrungen ökumenischer Initiativen und Gruppen – ausgeblendet werden.

(123) Wesentliche Vorgaben für die Wahrnehmung und Reflexion wirtschaftlicher Probleme sind in den zurückliegenden 30 Jahren durch die ökumenische Bewegung – als Ausgangspunkt gelten in der Regel die Weltkonferenzen von Genf (1966) und Uppsala (1968) – gemacht worden. Deren Bedeutung besteht vor allem darin, dem vorwiegend von deutscher Theologie reproduzierten Theorem von einer „Eigengesetzlichkeit der Ökonomie“ eine klare Absage zu erteilen.

(124) Die von Max Weber und Friedrich Naumann zu Beginn unseres Jahrhunderts und von anderen auch danach immerhin konstatierte Spannung zwischen der „Ethik der Brüderlichkeit der Bergpredigt“ und dem Bereich des Wirtschaftlichen wird in dieser Tradition auf Grund der Komplexitätserfahrung industrieller Prozesse entlastend aufgehoben zu einer klaren Trennung¹⁷. Dadurch erhalten biblische Potentiale allenfalls noch Bedeutung für die seelsorgerliche Begleitung des tragisch scheiternden Gewissens. Die Denkschrift bestätigt diese theologiegeschichtliche Hypothese indem sie feststellt: „Im theologischen Denken und im allgemeinen kirchlichen Bewußtsein haben ökonomisch-soziale Strukturfragen lange Zeit keine angemessene Beachtung erfahren“ (DZ 100).

(125) Um so verwunderlicher ist es, daß die

Denkschrift bei ihrem Versuch „eine Brücke zu schlagen von Motiven und Orientierungen der christlichen Tradition für die Soziale Marktwirtschaft“ (ebd.) Aufnahme und Auseinandersetzung mit solchen ökumenischen Vorgaben sichtbar meidet. Dies gilt besonders für zwei große Traditionskomplexe, die in der ökumenischen Diskussion der zurückliegenden Jahre in unterschiedlichen Kontexten erschlossen, bearbeitet und verknüpft wurden: die biblischen Überlieferungen von der Befreiung (1) und vom Sabbat und dessen biblischer Fortentwicklung zum Sabbatjahr und Jubeljahr (2).

(1) Befreiungstraditionen

(126) Die Urfahrung des biblischen Gottesglaubens ist die von der „Befreiung aus Ägypten“, wie sie nicht zuletzt als Ausgangspunkt des Dekaloges „festgehalten“ worden ist. Diese konstitutive Gotteserfahrung wird in der hebräischen Bibel stets aktualisiert, wenn in Israel „Ägypten“ droht. Dieses vornehmlich in prophetischer Überlieferung gepflegte Bekenntnis macht deutlich: Befreiungsprozesse kommen (erst) im langen Marsch durch die Wüste an ihr Ziel, sie sind nicht möglich ohne den Prozeß „innerer Erneuerung“. Diese von sozialgeschichtlicher Exegese erhobene Perspektive konstituiert theologische Besinnung in der Aus-

einandersetzung des Gottesvolkes mit Armut und Reichtum, Ausbeutung und Unterdrückung, Macht und Ohnmacht. Innerhalb dieser Prozesse wird nach Gottes verheißungsvoller und fordernder Präsenz gesucht und gefragt.

(127) Mit diesem Bekenntnis zu „Gott als Befreier“ markiert die ökumenische Diskussion eine große Nähe zu strukturellen Prozessen in Gesellschaft und Wirtschaft, ohne die Gotteserfahrung mit denselben zu identifizieren. Demgegenüber konstituiert die Denkschrift christliche Theologie in spürbarer Distanz zu geschichtlichen Prozessen und vermittelt den ethischen Anspruch gegenüber denselben als „Dankbarkeit gegenüber Gottes Liebe und Barmherzigkeit, die zur Nächstenliebe treibt“ (DZ 103f./141), als Verantwortung und Gerechtigkeit, die in Gottes rechtfertigender Gnade entspringen (DZ 153f.). Letzten Endes versteht die EKD-Denkschrift Rechtfertigung als Erlösung bzw. Befreiung des Glaubenden im Sinne des Zuspruchs des gnädigen Gottes gegenüber dem von Schuld gequälten Gewissen. Innerhalb der ökumenischen Diskussionen wird demgegenüber eine Verknüpfung von Rechtfertigung und Befreiung sehr viel direkter auf geschichtliche Prozesse bezogen, in denen Gott den Menschen zur Mitarbeit befreit und befähigt.

(128) Diese unterschiedliche Konstituierung von Theologie hat Auswirkungen auf die Bedeutung biblischer Potentiale für die Gestaltung sozioökonomischer Prozesse. Für die ökumenische Diskussion erwächst daraus das hohe Maß an Dringlichkeit und Verbindlichkeit, gewiß auch „Eifer“ und nicht selten „Druck“. Von daher ist es naheliegend, daß ökumenische Initiativ- und Aktionsgruppen auf solche ökumenischen Vorgaben zurückgreifen bzw. diese eigenständig entwickeln, um ihr Selbstverständnis und ihre Identität theologisch zum Ausdruck zu bringen. Für die Denkschrift – bei allem Nachdruck auf der gebotenen Verantwortung – bleibt demgegenüber eine spürbare Distanz, überwiegen Gefühle wie Ratlosigkeit, Enttäuschung und Beschämung (DZ 84 und 128), sowie die Warnung vor „Glaubenskriegen“ und das Interesse an „pragmatischer Nüchternheit“ (z.B. DZ 115).

(2) Sabbattraditionen

(129) Kein biblisch-theologischer Traditionszusammenhang hat in den zurückliegenden Jahren die ökumenische Diskussion zu Fragen des Wirtschaftens so befruchtet wie der des Sabbat, des Sabbatjahres und des Jubeljahres.

¹⁷ Ein Beispiel dafür, wie diese Trennung von seiten eines Ökonomen – in diesem Fall Vilfredo Pareto – vollzogen wird, findet sich oben im Beitrag – i –.

(130) Die Sabbattraditionen sind – und darauf wird in der ökumenischen Diskussion mit Nachdruck hingewiesen – in der Geschichte des Gottesvolkes angewachsen zu einem Bekenntnis für die Rechte der Armen und Schwachen, die durch Verschuldung und die Kumulation von Macht unter die Räder der Reichen und Mächtigen gekommen sind. Hier werden deshalb regelmäßige Sklavenbefreiung, regelmäßiger Schuldenerlaß und die Neuverteilung des Landes theologisch verortet. Im Sabbatjahr und im Jubeljahr ist die prophetische Kritik an einem Wirtschaften festgehalten, in dem Kreativität und Potenz des Menschen umschlagen in Ausnutzung, Ausbeutung und Zerstörung. Ja, die prophetische Kritik kommt sogar zu der Einsicht, daß darin die Wurzel der Katastrophe des Staates Israel liegt und die Ursache für die Exilierung des Volkes. Die frühe ChristInnengemeinde Jesus als den Bringer des Jubeljahres bekennt, unterstreicht das Gewicht dieser Tradition (Lukas 4).

(131) Auch die Wirtschaftsdenkschrift hat dieser Entwicklung mit einem eigenen Abschnitt zum Thema „Feiertag und Arbeit“ (DZ 115-121) Rechnung getragen. Sie versteht den Feiertag als Kontrapunkt zu einer

einseitig ökonomischen Weltsicht (DZ 117), nutzt diese biblische Erinnerung jedoch in erster Linie zu Forderungen nach einer neuen Sonntagskultur (DZ 121). Zurück tritt demgegenüber die von sozialgeschichtlicher Forschung erschlossene Einsicht in die fruchtbare Beziehung von „Arbeiten“ und „Ruhens“ als Voraussetzung zu gelingendem Leben. Die davon ausgehende Kritik an einem einseitigen protestantischen Arbeitsethos geht dabei verloren.

(132) Der selektive Umgang der Denkschrift mit dieser zentralen biblischen Tradition wird daran deutlich, daß ihre Fortentwicklung zum Sabbatjahr (und zum Jubeljahr) völlig ausgeblendet wird. Zwar wird in dem entsprechenden Bibelzitat (Exodus 20,8-13, DZ 116) an den sog. „Schöpfungsfrieden“ (DZ 117) erinnert: nicht nur die durch Landbesitz Freien, sondern auch Sklavinnen und Sklaven, ja sogar die Tiere ruhen. Aber die biblische Erkenntnis geht verloren, daß am Sabbat die Erinnerung an den Gott wachgehalten wird, der – gemäß dem 1. Gebot – aus dem Sklavenhaus befreit hat.

(133) Die Ausblendung dieses biblischen Potentials führt dazu, daß eine durchgängige Perspektive biblischer Überlieferungen in der Wirtschaftsdenkschrift auffallend zu-

rücktritt, die in der ökumenischen Diskussion in den zurückliegenden 10 Jahren ins Zentrum getreten ist: Die Verheißung, daß „Teilen das Leben mehrt“. Damit gehen nicht nur wesentliche biblische Motivationen im Blick auf elementare Verlustängste gegenüber dem Teilen von Arbeit, Macht, Zeit und Geld verloren. Die Denkschrift gibt damit auch viel von der argumentativen Kraft eigener Glaubenstraditionen preis, um die notwendigen Teilungs- und Umverteilungsprozesse einer Wirtschaft zu gestalten, der das sozial und ökologisch Verträgliche abgerungen werden muß.

(134) Ökumenische Initiativgruppen, die von ihrem Selbstverständnis und ihrer Lebenspraxis her Erfahrungen mit diesem biblischen Potential haben, stehen vor der Aufgabe, die analytische Kraft dieser Überlieferung zu buchstabieren und deren ökonomische Vernunft zu demonstrieren. Zu denken wäre an die Notwendigkeit regelmäßiger politischer Umverteilungsprozesse als Korrektur eines Marktes, der aus sich selbst dazu nicht fähig ist. Je deutlicher dies gelingt, desto eher können sie der Versuchung widerstehen, die biblischen Erinnerungen im (kirchen-)politischen Streit als moralische Keule zu mißbrauchen.

(Karl-Heinz Dejung)

(n) Die vorrangige Option für die Armen und das Verständnis von Gerechtigkeit (Rede)

(135) These: Die wichtigsten ökumenischen Äußerungen der letzten Jahre zur Wirtschaft aus der Sicht des christlichen Glaubens gehen übereinstimmend aus von der „vorrangigen Option für die Armen“. Die Wirtschaftsdenkschrift der EKD hat eine Chance verpaßt, indem sie es weitgehend versäumt hat, an diese Tradition anzuknüpfen. Gegenüber paternalistischen Tendenzen in der Denkschrift muß der Vorrang für die Armen als Kern eines christlich-jüdischen Verständnisses von Gerechtigkeit herausgestellt werden.

(136) Wo liegt Sinn und Zielbestimmung menschlichen Wirtschaftens? Dieser Frage versucht die EKD-Wirtschaftsdenkschrift sich zu stellen. Sie fügt sich damit ein in einen Prozeß des Nachdenkens weltweit. In vielen Kirchen, gerade der reichen westlichen Welt, ist die Frage nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit in den letzten zehn Jahren zunehmend ins Zentrum theologisch-ethischer Besinnung gerückt. Angesichts von wachsender Armut bei gleichzeitig wachsendem Reichtum und angesichts von weltweiten wirtschaftlichen Krisenphänomenen haben sich die Kirchen einem Bewährungsfeld christlicher Alltagsexistenz zugewandt, das allzu lange vernachlässigt wurde.

(137) Die kirchlichen Dokumente, die in der weltweiten Ökumene besondere Beachtung gefunden haben, weisen alle ein cha-

rakteristisches Merkmal auf, das sich prägend auswirkt für ihre zentrale Aussage in den Bereich der Gesellschaft hinein: Wirtschaftliche Gerechtigkeit ist aus der Sicht des christlichen Glaubens wesentlich orientiert an der „vorrangigen Option für die Armen“. Das kirchliche Dokument, das dieses v.a. von der lateinamerikanischen Befreiungstheologie neu entdeckte Kennzeichen der biblischen Überlieferung erstmals auch in einer reichen Kirche der westlichen Welt ins Zentrum rückte, war der Wirtschaftshirtenbrief der U.S.-Bischöfe von 1986 („Economic Justice for All. Catholic Social Teaching and the U.S. Economy“), der in der kirchlichen und nicht-kirchlichen Öffentlichkeit in den USA und weltweit außerordentliche Beachtung fand. Es folgte 1989 ein ähnliches Dokument der United Church of Christ („Christian Faith: Econo-

mic Life and Justice“) das die Impulse des Hirtenbriefes auch im Bereich des anglo-amerikanischen Protestantismus aufnahm. In Europa erarbeiteten die katholischen Bischöfe von Österreich einen Sozialhirtenbrief, der ebenfalls vom Vorrang für die Armen geprägt war. In der ökumenischen Bewegung hatte diese inhaltliche Ausrichtung der Wirtschaftsethik spätestens seit dem 1976 begonnenen Studienprozeß „Die Kirche und die Armen“ und dem daraus entstandenen Dokument „Für eine mit den Armen solidarische Kirche“ (1980) ohnehin schon Tradition entwickelt. Die Dokumente des konziliaren Prozesses und das vom ÖRK 1992 veröffentlichte Studiendokument „Leben und volle Genüge für alle – der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft“ bestätigten und vertieften sie.

(138) Umso erstaunlicher ist die Tatsache, daß in der Wirtschaftsdenkschrift der EKD auf diesen weltweiten ökumenischen Konsensprozeß nicht nur nirgendwo explizit Bezug genommen wird, sondern daß er auch inhaltlich nur sehr begrenzt Spuren hinterlassen zu haben scheint.

(139) In der Denkschrift finden sich durchaus Passagen, die eine Prägung durch die „vorrangige Option für die Armen“ erkennen lassen. So etwa im ersten Teil über die Herausforderungen an die Zukunftsfähig-

keit wirtschaftlichen Handelns. Hier wird angesichts der „dramatischen Herausforderung“ einer tiefen Kluft zwischen armen und reichen Ländern danach gefragt, wie „die Verhältnisse struktureller Ungerechtigkeit zugunsten der Armen verändert werden“ können (DZ 17). Mit eindringlichen Worten werden Arbeitslosigkeit und Einkommensdisparität in Deutschland kritisiert (DZ 24-27). Auch in einzelnen Passagen im Teil III über Wirtschaft als Ort christlicher Verantwortung kommt eine solche inhaltliche Prägung zum Ausdruck. Im Unterabschnitt über „Armut und Reichtum“ (DZ 122-129) etwa wird das „Lebensrecht der Armen“ in besonderer Weise als der Inhalt des Anspruchs „der Gerechtigkeit Gottes an die Reichen“ verstanden (DZ 122). Die Kluft zwischen Armen und Reichen „ist immer ein Anzeichen für einen Mangel an Gerechtigkeit“ (DZ 127). Daß ein Drittel der Weltbevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt, wird als „beschämendes Zeichen für die Völkergemeinschaft“ gesehen (DZ 128). In diesen Passagen wird die vorrangige Option für die Armen, inhaltlich im Einklang mit den ökumenischen Dokumenten, eindeutig als Konkretion der *Gerechtigkeit* gesehen und nicht der Wohltätigkeit. Eine Gesellschaft, so wird sogar ganz explizit gesagt, „in der das Überleben der Armen von der Wohltätigkeit der Reichen abhängt, verweigert den Armen den Schutz des Rechtes“ (DZ 126).

(140) Neben solchen Passagen finden sich, z.T. in direkter Nachbarschaft, aber auch nun doch wieder zum Paternalismus neigende Formulierungen, die diesen Befund relativieren. Aus dem christlichen Menschenbild wird der Aufruf abgeleitet, „sich den Schwachen und Hilfsbedürftigen zuzuwenden, die der Verantwortung und Rücksicht anderer bedürfen“ (DZ 125). Die Rede von der „Zuwendung zu den Bedürftigen“ (DZ 155) bleibt dem Mißverständnis ausgesetzt, als handle es sich eben doch nicht um eine Sache der *Gerechtigkeit*, sondern um ein „Herabbeugen“ der Starken zu den Schwachen.

(141) In dem Leitabschnitt zu „Gerechtigkeit und Gemeinwohl“ (DZ 151) wagt die Denkschrift eine Definition von Gerechtigkeit:

„Gerechtigkeit unter Menschen herrscht, wenn die öffentlichen Angelegenheiten des gemeinsamen Lebens so bestellt sind, daß alle ihnen zustimmen können.“

Diese Definition widerspricht, richtig interpretiert, der Option für die Schwachen durchaus nicht. Sie bleibt aber zu vage, als daß sie der Denkschrift zu einem profilierten Gerechtigkeitsbegriff verhelfen könnte. Das Gerechtigkeitsproblem entsteht ja ge-

nau dann, wenn Verteilungskonflikte auftreten und Vorrangregeln gefunden werden müssen. Die Vorrangregel, die aus theologisch-ethischer Sicht im Zentrum des Gerechtigkeitsbegriffs stehen müßte, lautet so: *Gerecht ist ein Gemeinwesen dann, wenn die Unterschiede in Macht und Einkommen unter ihren Gliedern sich soweit in Grenzen halten, daß auch die schwächsten Glieder Vorteile davon haben.*

Nur eine solche Vorrangregel würde die inhaltlichen Impulse wirklich aufnehmen, die die ökumenische Diskussion um die „vorrangige Option für die Armen“ erbracht hat. (142) Das unbefriedigende Profil des Gerechtigkeitsbegriffs bei der theologisch-ethischen Reflexion mag einer der Gründe sein, daß die Orientierung wirtschaftlichen Handelns am Vorrang für die Schwachen an zentralen Stellen, wenn überhaupt thematisiert, eher zur Nebensache wird. Besonders deutlich wird dieses Defizit im II. Teil, der die soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland beschreiben will. Die Rede von der „Konsumentensouveränität“ (DZ 38), von der „Friedensordnung“ (DZ 39) oder vom „Erfolgsmodell“ (DZ 66) will auf die Leistungen der sozialen Marktwirtschaft hinweisen. Daß trotz dieser unbestreitbaren Leistungen auf nationaler und v.a. auf internationaler Ebene zahlreiche Menschen dieses Modell keineswegs als „Erfolgsmodell“ erlebt haben, gerät dabei zu wenig in den Blick. Symptomatisch für die mangelnde Beachtung der Schattenseiten ist die erstaunliche Tatsache, daß unter den zehn Schaubildern zur Veranschaulichung der wirtschaftswissenschaftlichen Daten ein Schaubild über die Entwicklung der Armut in der Bundesrepublik völlig fehlt! Man hätte an dieser Stelle erfahren können, daß die Zahl der Menschen, die vom Sozialamt laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen müssen, in den 80er Jahren um 76 % gestiegen ist. Solche Informationen treten – trotz einzelner Hinweise (z.B. DZ 27) in den Hintergrund, obwohl nicht zuletzt von kirchlicher Seite (v.a. von der Caritas) die Bemühungen um eine regelmäßige Armutsberichterstattung besonders gefördert worden waren. Daß davon so wenig in die Denkschrift eingegangen ist, ist ein Defizit.

(143) Gerade bei einem Thema, das in so hohem Maße globale Zusammenhänge beinhaltet, wie das bei dem Thema der Wirtschaft der Fall ist, ist die Berücksichtigung des ökumenischen Horizontes bei der Erarbeitung nationaler Stellungnahmen von besonderer Bedeutung. Ökumenische Sprachlosigkeit ist also gerade hier besonders wenig nachvollziehbar.

(144) Die Autoren der Wirtschaftsdenkschrift verstehen ihr Dokument nicht als

Ende, sondern als Anfang eines Diskussionsprozesses zu Fragen der Wirtschaft. Meine Analyse hat ergeben, daß es neben kritikbedürftigen Punkten zahlreiche Aussagen darin gibt, an die es anzuknüpfen gilt. Die Denkschrift sollte daher als Chance gesehen und genutzt werden, unter Christinnen und Christen zu mehr Klarheit im Hinblick auf die schwierigen Fragen der Wirtschaft zu kommen. Die Denkschrift sollte daher ebenso wie die im November 1994 zur Diskussion gestellte ökumenische Stellungnahme zur sozialen Lage in Deutschland als Chance gesehen und genutzt werden, unter Christinnen und Christen zu mehr Klarheit im Hinblick auf die schwierigen Fragen der Wirtschaft zu kommen. Ist es zu kühn, darauf zu hoffen, daß sich auf diese Weise so etwas wie eine „evangelische“ und längerfristig vielleicht gar „ökumenische Soziallehre“ zu entwickeln vermag, deren Verbindlichkeit auf einem kommunikativen Prozeß aller Beteiligten beruht und in deren Zentrum eine vorrangige Option für die Schwachen steht?

(Heinrich Bedford-Strohm)

Literatur

- Santa Ana, J. de (ed.): Towards a Church of the Poor – The Work of an Ecumenical Group on the Church and the Poor, Genf 1979 (Vorbereitungsdokument)
- Commission for the Churches' Participation in Development (CCPD): Für eine mit den Armen solidarische Kirche. Studiendokument, entgegengenommen vom Zentralausschuß des ÖRK 1980, auch veröffentlicht in: epd-dok 25a/1980
- Gegen Unmenschlichkeit in der Wirtschaft. Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der USA „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“. Aus deutscher Sicht kommentiert von Friedhelm Hengsbach, Freiburg/Basel/Wien 1987
- United Church of Christ: Christlicher Glaube: Wirtschaftsleben und Gerechtigkeit (Studienheft der Evangelischen Akademie Iserlohn), Iserlohn 1989
- Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz: Sozialhirtenbrief der Katholischen Bischöfe Österreichs, Wien 1990
- Kerber, W./Ertl, H./Hainz, M. (Hgg.): Katholische Gesellschaftslehre im Überblick. 100 Jahre Sozialverkündigung der Kirche, Frankfurt 1991. Darin: Kurzzusammenfassungen des amerikanischen und des österreichischen Hirtenbriefs
- Ökumenischer Rat der Kirchen: Leben und volle Genüge für alle – der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft; ein Studiendokument, Genf, August 1992, epd-dok 40/1992

(o) Option für die Armen – eine befreiungstheologische Konfrontation (Gegenrede)

(145) These: Im Sinn der Option für die Armen zu argumentieren, kann befreiungstheologisch gesehen nur bedeuten, sozialanalytisch und theologisch unter Vorangstellung der Lebensbedürfnisse der Armen die Frage nach der Gerechtigkeit zu stellen und sie auf den Ebenen der Problemwahrnehmung, der theologisch-ethischen Beurteilung und der ethischen Konkretionen zusammenhängend im Sinn der besseren Gerechtigkeit des Reiches Gottes zu beantworten suchen. Verständnisleitendes Kriterium der dafür unerlässlichen biblischen Orientierung ist die Verheißung der Befreiung an die Marginalisierten.

Die Wirtschaftsdenkschrift der EKD ist unter dem Gesichtspunkt der Option für die Armen zu kritisieren: Ihr Erkenntnisinteresse und ihre theologisch-ethische Urteilsbildung folgen dem Primat der Rechtfertigung der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist daher nicht durch eine stärkere Unterstreichung der Bedürftigkeit der Armen zu 'verbessern'.

I. Zum theoretischen Stellenwert der Option für die Armen und ihre Konsequenzen für die Denkschrift in befreiungstheologischer Sicht

(146) Zunächst zwei Abgrenzungen: (1) Die Option für die Armen führen viele im Mund, die Einzelaussagen zugunsten der Armen bzw. zur Berücksichtigung ihrer Leiden oder Interessen machen. Diese Aussagen sind meist zustimmungsfähig, aber irreführend und/oder mißbräuchlich. Ihnen haftet eine Scheinrichtigkeit an.

(147) Die Option für die Armen kann nicht in 'richtigen Sätzen' ausgesagt oder beurteilt werden. Sie muß vielmehr im Kontext des gesamten betreffenden Kategoriensystems¹⁸ und einer entsprechenden Praxis¹⁹ verstanden werden.

(148) (2) Daher greift es zu kurz, die Option für die Armen als *ethisch* gewichtige Aussage zu verstehen, die sich aus biblisch-theo-

logischen Aussagen ableiten läßt. Solange nicht die hermeneutische, theologische und gesellschaftsanalytische Qualität dieser „Option“ geklärt wird, geraten derartige Anwendungen von Glaubensaussagen zu Appellen und Moralismen, die wenig mit der Wirklichkeit vermittelt und daher auch nicht rational überzeugend sind.

(149) Sodann die Entfaltung:²⁰ In der Befreiungstheologie wird theologisch und sozialanalytisch im Geist der Option für die Armen argumentiert, d.h. es wird der Zusammenhang zwischen den Ebenen der Gesellschaftsanalyse, der theologisch-ethischen Urteilsbildung und konkreten Forderungen gewahrt.

Theologisch resultiert die Option für die

Armen aus der Erkenntnis des Gottes, der befreit; aus der Offenbarung im Exodus, aus der Parteilichkeit des Gottes Israels für die Leidenden im 'Sklavenhaus' Ägypten.

Analytisch besagt die Option für die Armen, daß in ihr diejenigen, die unter ungerechten Verhältnissen aller Art zu leiden haben, zum Ausgangspunkt der Gesellschaftsanalyse gemacht werden. Ihre Situation wird in die Wahrnehmungswelt der Theorie hineingeholt. 'Arme' ist dann ein Sammelbegriff für Bevölkerungen oder Gruppen, die sich der Beherrschung durch andere Gruppen oder Strukturen der Ungerechtigkeit gegenübersehen.²¹ Diese Realität zu erkennen, erfordert nach befreiungstheologischer Theoriebildung die 'Exteriorität' der Theoriebildung zum herrschenden, zur Exklusivität bei universalem Anspruch neigenden System.²² Realismus und Ganzheitlichkeit wird von einer Analyse erreicht, die in der Lage ist, die herrschenden Verhältnisse kritisch zu transzendieren. So hat die Marx'sche Fetischismustheorie ihren Wert als kritische Theorie in und aus der Option für die Armen; so macht die feministische Kritik der Markt-Wirtschaft deren verborgene Voraussetzungen erst sichtbar. Dieses Theorienbündel wäre erweiterbar.

(150) Dem theoretisch vermittelten Anspruch an die Option für die Armen tritt ein direkter an die Seite: Wissen um die Wirklichkeit stellt sich nur her, wenn die Betroffenen ausführlich zu Wort kommen, wenn von ihnen aus berichtet und weitergedacht wird. Erfahrungsbezug (Berichten, Erzählen) als Teil der Option für die Armen wird dann sprechend, wenn der Zusammenhang

¹⁸ Grundlegend: Franz Hinkelammert, Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus, Münster, Fribourg 1985 (1977).

Es lohnt zu fragen, ob die Zustimmung zur Option für die Armen in unseren kirchlich-theologischen Kreisen auch darauf beruht, daß sie terminologisch der befreiungstheologischen Dimension der Option für die Armen auszuweichen sucht. Dazu ein Blick auf die Geschichte der Befreiungstheologie: von wenigen Ausnahmen abgesehen (Santa Ana, 1970; Gustavo Gutiérrez, Theologie der Befreiung, 1973) setzt sich die Formel Option für die Armen erst ab 1976 durch. Vorher wird von der 'Theologie im Prozeß der Befreiung' gesprochen (Assmann u.a.). Lois erklärt das (in Anlehnung an Gutiérrez) damit, daß die Befreiungstheologie sich zunächst an den 'bedeutenden Minderheiten' (revolutionäre Gruppen), dann an den 'Mehrheiten' (Arme) orientiert habe. Damit ist aber natürlich der revolutionäre Anspruch nicht aufgegeben, sondern mit breiterer Wirklichkeit angereichert. 1973 beginnt er erst, Gestalt anzunehmen.

Es ist also ein Kriterium in der Option für die Armen enthalten, an dem ihre hiesige Verwendung geprüft werden sollte: Orientiert sie sich am Prozeß der Befreiung der 'Mehrheiten'? Oder ist es so, daß Option für die Armen allgemeiner und unverbindlicher klingt als Befreiungsprozeß und zudem eine terminologische Verkirchlichung des gesamtgesellschaftlichen Problems ermöglicht? Mir scheint, daß das Votieren für die Armen/die Mehrheiten hierzulande ohne die präzise soziale Bedeutung geschieht, die sie in Lateinamerika hat. Andernfalls müßten die betreffenden sozialen Gruppen von vornherein in/an der Reflexion beteiligt sein. Vgl. J. Lois, Teología de la Liberación. Opción por los pobres. San José, 1988, 39ff u.a. Lois weist auch darauf hin, daß keiner seiner Autoren je definiert hat, was Option für die Armen ist (S. 417, Anm. 13). Um so wichtiger ist m.E. der historische, praktische und kategorial-theoretische Zusammenhang, in dem die Option für die Armen laut wird.

²⁰ Ausführlicher in meiner Diss. Theologie im veränderten Kontext. Eine Relektüre Karl Barths in befreiungstheologischer Perspektive, Heidelberg 1993, S. 102ff, 126ff.

²¹ Den Begriff der Armen benutze ich also als Oberbegriff. Dieser kann auch unter Einbeziehung weiterer befreiungstheologischer Ansätze lauten: Marginalisierte, Opfer, Dalit, Minjung.

In unserem Kontext wäre es vielleicht besser, sogleich die Realität ganz konkreter Gruppen zu erfassen.

²² Vgl. grundlegend: Enrique Dussel, Philosophie der Befreiung, Hamburg 1989 und Ethik der Gemeinschaft, Düsseldorf 1988.

²³ Weil sie dieses unterläßt, können die Betroffenen Erfahrungen, die in der Denkschrift dann und wann zur Sprache kommen, nicht zur Geltung kommen.

²⁴ Beispiel: L. Elsner, Wirtschaftliche Ungerechtigkeit als Anfrage an Markttheorie und methodistische Wirtschaftsethik, Stuttgart 1994; ders., Eine wirtschaftsethische Besinnung über die bestimmende Weltsicht der Wirtschaftsdenkschrift der EKD, in: Experimentelle Theologie, hg. v. Kolloquium Kontextuelle Theologie, Heidelberg 1994.

mit den strukturellen Gerechtigkeitsproblemen hergestellt wird.²³ Deshalb ist die jeweilige Analyse sehr genau auf *ihr implizites Gerechtigkeitsverständnis* zu befragen.²⁴

(151) Befreiungstheologisch gesehen weist die sozialwissenschaftliche Analyse, die der Option für die Armen gerecht wird, einen doppelten Bezug zur *Reich-Gottes-Hoffnung* auf (*theologisch-ethische Urteilsbildung und Konkretionen*): (1) Sie kann die Situation erhellen, in der die Verheißung Gottes laut wird und lernt daraus, *wem* die Verheißung des Reiches gilt. (2) Sie kann die Richtung weisen, in der die Hoffnung auf das Reich Gottes konkret und aktuell wird. Indem sie nämlich benennt, wo und wie Ungerechtigkeit herrscht und Schritte zur Humanisierung der Situation der Armen erarbeitet, gewinnt die Vorstellung vom Reich Gottes selbst konkrete Konturen.

(152) Lassen sich solche Ansprüche in einer sozialetischen Stellungnahme überhaupt verwirklichen? – Diese Frage ist m.E. zu bejahen. Anhand von drei Aspekten möchte ich aufzeigen, welche Konsequenzen eine befreiungstheologisch verstandene Option für die Armen hier haben könnte:

(153) (1) Einen möglichen Lösungsversuch für die Einbeziehung von *Erfahrungen*, die in ein konkretes Verständnis sozialer *Gerechtigkeit* mündet, bietet die Stellungnahme der westfälischen Kirchenleitung 'Mehr soziale Gerechtigkeit wagen'²⁵ an. In diesem Papier beleuchten die genannten Fakten und die aufgeworfenen Fragen die gegenwärtige Situation und zeigen Ansätze zu Reformen auf. Das aber setzt auch eine Auseinandersetzung mit der 'Gerechtigkeit' des Sozial-, Wirtschafts- und Steuersystems voraus.

(154) (2) Die kirchliche Option für die Armen müßte sowohl hinsichtlich der *Handlungssubjekte* als auch der *Handlungsebenen* differenziert denken: *Parteilichkeit* (für 'Arme') in der Wahrnehmung der Realität ist die nötige Haltung einer ökumenisch verantwortlichen kirchlichen Stellungnahme. *Solidarität* mit den Armen ist zunächst Sache und Praxis der 'Armen' selbst. Will die Kirche aber 'solidarisch mit den Armen' werden, dann verlangt das auch institutionelle Veränderungen, die bislang noch eine

ungelöste Forderung der Option für die Armen darstellen²⁶.

(155) (3) Mit Blick auf die Denkschrift käme nun die Option für die Armen im befreiungstheologischen Sinn zunächst im Aufspüren ihrer *impliziten Dogmatik* zum Zug. Dabei zeigt sich: Die Wertentscheidung für ein abstraktes Konzept 'Soziale Marktwirtschaft' und die Kategorie des Privateigentums bilden den kategorialen Rahmen, in dem sie denkt.

(156) Die theologisch-ethische Argumentation und Zentralbegriffe wie Liebe, Gerechtigkeit, Erbarmen werden so zu Funktionen der Eigentumsvermehrung.²⁷ Sie stehen nicht nur institutionell, sondern auch theologisch gesehen unter dem Gesetz des Marktes. Die Rechtfertigungslehre der Denkschrift, die theologische Lehre von der tödenden Macht des Gesetzes²⁸ und der unnütz gewordenen guten Werke der immer

wieder als Sünder handelnden Menschen verweist dabei nur ungewollt auf den konkreten Zusammenhang, in dem diese abstrakte theologische Argumentation steht: Die bleibende Sündhaftigkeit, der sie sich ausgeliefert sieht, ist nichts anderes als die Unentrinnbarkeit ungebändigter Kapitalherrschaft.²⁹

(157) Eine davon theologisch und analytisch befreite Sicht würde sich *ethisch* mit Möglichkeiten der Eindämmung der Kapitalverwertungsinteressen befassen und diese den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit unterwerfen. Das ginge gesellschaftsanalytisch als Rezeption reformerischer Politikansätze und theologisch als Reformulierung biblisch-theologischer Einsichten, die aus der bewußt nachvollzogenen Kontextualität der Option für die Armen in der Bibel in unserer Zeit, an unserem Ort gewonnen werden.

II. Kritik der biblisch-theologischen Argumentation der Denkschrift im Licht der Option für die Armen am Beispiel von Matthäus 6, 24-33

(24) *Niemand kann zwei Herren dienen: entweder er wird den einen hassen und den andern lieben, oder er wird an dem einen hängen und den anderen verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.*

(25) *Darum sage ich euch: Sorget nicht um euer Leben, was ihr essen und trinken werdet; auch nicht um euren Leib, was ihr anziehen werdet. Ist nicht das Leben mehr als die Nahrung und der Leib mehr als die Kleidung?*

(26) *Seht die Vögel unter dem Himmel an: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch. Seid ihr denn nicht viel mehr als sie?*

(27) *Wer ist unter euch, der seines Lebens Länge eine Spanne zusetzen könne, wie sehr er sich auch darum sorgt?*

(28) *Und warum sorgt ihr euch um die Kleidung? Schaut die Lilien auf dem Feld an, wie sie wachsen: sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht.*

(29) *Ich sage euch, daß auch Salomo in aller seiner Herrlichkeit nicht gekleidet gewesen ist wie eine von ihnen.*

(30) *Wenn nun Gott das Gras auf dem Feld so kleidet, das doch heute steht und morgen in den Ofen geworfen wird: sollte er das nicht viel mehr für euch tun, ihr Kleingläubigen?*

(31) *Darum sollt ihr nicht sorgen und sagen: Was werden wir essen? Was werden wir trinken? Womit werden wir uns kleiden?*

(32) *Nach dem allen trachtet die Heiden. Denn euer himmlischer Vater weiß, daß ihr all dessen bedürft.*

(33) *Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen.*

(158) Die innere Widersprüchlichkeit der Denkschrift in biblisch-theologischer Hinsicht und der Perspektive der Option für die Armen läßt sich am Umgang mit Mt 6 aufzeigen.³⁰

²⁵ Mehr soziale Gerechtigkeit wagen. Ein Wort der Kirchenleitung erarbeitet vom Sozialausschuß der EvKvW, Villigst, Sept. 1994. Vgl. dazu: W. Belitz, Mehr soziale Gerechtigkeit wagen, in: F.v. Auer, F. Segbers, Markt und Menschlichkeit, Reinbek 1995, S. 224-232.

²⁶ In der Geschichte der Befreiungstheologie (Vgl. Lois) wird von solidarischer Armut und Verpflichtung im Kampf für die Armen gesprochen. Wo und wie käme dieser Aspekt der Option für die Armen bei uns vor?

²⁷ Auch wenn der Wortsinn theologisch-ethischer Aussagen etwas Anderes will (s.o.), vgl. Text – f.

²⁸ Usus elenchticus sive theologicus.

²⁹ Die Befreiungstheologie weist darauf hin: Elsa Tamez, Contra toda condena. La justificación por la fe desde los excluidos, San José 1991; F. Hinkelammert, Der Glaube Abrahams und der Ödipus des Westens, Münster 1989.

³⁰ Dazu sind insbesondere die Ziffern DZ 122ff; 151ff; 159; 165ff zu vergleichen.

(159) (1) Die Denkschrift vertritt eine paternalistische Auffassung zur Option für die Armen, die auf ihrer Theorielosigkeit in Gerechtigkeitsfragen, ihrer eigenen Isolation von den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, sowie ihrem Selbstverständnis als Autorität in theologisch-ethischen Fragen beruht (DZ 122ff).

(160) (2) Sie zitiert Mt 6 als Beleg für ihre Rechtfertigungstheorie (DZ 154f). Nach ihrer Lesart geht es darum, sich nicht zu sorgen, mehr und besseres zu tun. Man ist vor Gott sorgenfrei (um seine Rechtfertigung) und wird dadurch für den Nächsten frei. Um was für Sorgen und Bindungen es sich handeln könnte, bleibt unklar.³¹

(161) DZ 159 wird mit Hilfe desselben Textes Mt 6 'Götzenkritik' geübt, und zwar an der 'Überordnung des Ökonomischen', die sich vor allem in Habgier und Verantwortungslosigkeit gegenüber den sozialen und ökologischen Folgen des eigenen Wirtschaftens zeige. Die Götzenkritik wurzelt im Bereich des Ethischen, des Verhaltens, der persönlichen Einstellung. Sie trifft alle, weil alle Sünder sind.

(162) Es wird aber weder theologisch noch sozio-ökonomisch der Frage nachgegangen, inwiefern die solchem Verhalten zugrundeliegende Strukturen götzendienerisch sind. In der Befreiungstheologie hingegen wird der Zusammenhang von Marktgesetzen und Reichtumsvermehrung auf Kosten der 'Armen' thematisiert. Diesen qualifiziert sie dann als Götzendienst, wenn sich die handelnden Subjekte aus der Verantwortung stehlen und die Marktgesetze den Lebensbedürfnissen von Menschen vorgeordnet werden. Genau hier steht auch die legitimierende Rolle der christlichen Theologie zur Diskussion.³²

(163) In DZ 165ff wird ein einfacher Lebensstil als Konsumverzicht aus Freiheit von der Sorge genannt. Sorglosigkeit mit dem Matthäus/Jesus der EKD meint Freiheit zum Verzicht. Allerdings wird diese Freiheit dort durch den Textzusammenhang (DZ 165-171) relativiert und ad absurdum geführt dadurch, daß sie den erstgenannten Sinn der Sorglosigkeit unterstreicht: man braucht nichts zu tun, um gerecht zu sein; man darf vor allem auch niemanden etwas vorschreiben wollen und soll seine Sorgenfreiheit im Konsumverzicht unter Absehen von einer Argumentation aus dem Glauben

praktizieren. Der Zusammenhang von Rechtfertigung aus Glauben (DZ 154ff) und Orientierung an Geringen und Schwachen (DZ 171) bleibt unklar. Die Sorgenfreiheit um sich selbst und die Sorge für die Nächsten stehen in einem widersprüchlichen und/oder ungeklärten (individualisierend-relativistischen) Verhältnis zueinander.

(164) (3) Die Denkschrift argumentiert mit Mt 6, 24ff, indem sie den Text zerlegt in eine theologische und eine ethische Aussage unter Vermeidung sozialer Differenzierungen zwischen den Adressaten des Textes, seinen Gegnern und den entsprechenden heutigen Adressaten und Gegnern. Höchstens kann man sagen, daß sie differenziert zwischen denen, die ihre Rechtfertigungslehre akzeptieren (Verzicht auf gute Werke, Relativierung von Lösungsansätzen) und denen, die das nicht tun.

(165) (4) Der Text Mt 6 läßt sich in der Perspektive der Option für die Armen mit Hilfe befreiungstheologischer Kategorien als Darstellung des Konfliktes zwischen dem 'Projekt des Todes' und dem des Lebens lesen.

(166) Mt geht von der Unmöglichkeit des Mammonsdienstes im Kontext des Glaubens an den Gott Israels aus. Er stellt klar, daß Sorgenfreiheit Freiheit von diesem Götzendienst ist. Das Leben (Leib, Leben) findet statt in der Polarität zwischen Bedürfnisbefriedigung durch Arbeit (Kleidung, Nahrung) und dem Reich der Freiheit (Vögel, Lilien).

(167) Die Kritik Jesu richtet sich gegen das 'Prinzip Salomo' (extremer Reichtum, Gewalt-Herrschaft, Verewigen des eigenen Lebens, Unglaube bzw. heidnischer Götzendienst), und zwar durch eine differenzierte Argumentation mittels Zitat³³, Textaufbau³⁴ und sozialer Konkretheit³⁵. Dieses Verständnis ist aber nur den wahren AdressatInnen möglich (es sei denn, andere verstünden, was Option für die Armen heißt). Der Text gilt in Zusage (Euer Vater weiß, daß ihr das alles braucht) und Anspruch (Sorgt nicht, sondern dient Gott) den JüngerInnen, die arm sind. Mit seinem theologischen und gesellschaftlichen Angriff zielt er auf die Reichen.

(168) Während die Angesprochenen 'Klein-gläubigen' sich im Herrschaftsbereich des

Reiches Gottes (frei vom Mammon) befinden, existieren die Salomos usw. im Reich des Mammons. Der krasse Gegensatz zwischen Schöpfungsschönheit und -funktionalität und der Pracht Salomos dient der krassen Ablehnung des Letzteren (aus der Sicht der Kleinen, die sich nicht beeindrucken lassen sollen). Er ist nicht Idylle, sondern prophetische Kritik.

(169) Das Geschenk des Lebensnotwendigen resultiert aus der Anhänglichkeit an JHWH und das Reich Gottes, während das Erwerben und Verlängern eine Sorge ist, die im Götzendienst geschieht. Der Konflikt des Textes besteht zwischen dem Leben in Gerechtigkeit und Sterben durch Mammondienst.

(170) Die Option für die Armen im Anschluß an Mt 6 meint

- Abkehr vom ausbeuterischen Prinzip der tributären (römisch-herodianischen) Gesellschaft mit ihrem Glauben
- Entsprechung der Organisation der Gesellschaft gegenüber den Grundbedürfnissen
- Verheißung des Lebenkönnens von Arbeit (Ernte) und in der Freiheit des Sabbath (Lilien) für alle.

Die Sorglosigkeit um den Mammon befreit von der Sorge um die geschundene Mit-schöpfung, um die Nächsten, denn: „Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen.“ (Mt 6, 33)

(171) (5) Die Denkschrift argumentiert aufgrund ihrer reduktionistischen Analyse und ihres individualethischen Ansatzes götzengläubig und sozial undifferenziert, Matthäus bzw. Jesus hingegen götzekritisch und differenziert. Die Denkschrift kennt nur eine Realität: die der herrschenden 'Sozialen Marktwirtschaft' mit ihren verbesserungsfähigen Schwächen. Matthäus kennt zwei Realitäten, die von Armen, Marginalisierten und im Konflikt damit die der herrschenden Ordnung. Die undifferenzierte Rechtfertigungslehre der Denkschrift mit ihrem Schriftgebrauch dient aus der Sicht der Relektüre des Bibeltextes in der Perspektive der Option für die Armen der Aufrechterhaltung der einzigen Realität der herrschenden Marktordnung.

(Sabine Plonz)

³¹ Wieso sollte sich ein mündiger Mensch um dieses Abstraktum sorgen und 'Rechtfertigung' suchen?

³² Vgl. Hinkelammert, Die ideologischen Waffen des Todes, 1985, u. ders., Der Glaube Abrahams und der Ödipus des Westens, 1989.

³³ Salomo ist Geschichtszitat (in herodianischer Zeit), das Bild vom Gras ist prophetisches Zitat (Jes 40,6), die Bedrohung durch Nichtigkeit eventuell Weisheitszitat.

³⁴ Im Zentrum eines Chiliasmus steht die Reichtumskritik an 'Salomo', noch vor der Kritik der Versuche zur Lebensverlängerung.

³⁵ Nicht die Vögel, sondern die reichen Bauern sammeln in Scheunen (vgl. Lukas, 12, 16ff).

(p) „Und vergib uns unsre Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldnern“

(172) These: Im Vaterunser stellt Jesus einen unauflösbaren Zusammenhang zwischen Sündenvergebung und Schuldenerlaß her. Lebensermöglichung für die Verschuldeten ist das Kriterium dafür, ob die vom Recht geforderte Eintreibung von Schulden stattfinden darf oder nicht.

Die EKD-Denkschrift ordnet das Lebensrecht der Verschuldeten und Verarmten der Marktlogik unter und optiert in der Konsequenz für eine soziale Gerechtigkeit, die nichts kostet, für eine wortwörtlich ‚billige‘ Gnade.

(173) Ihre durchgängig erhobene Forderung nach sozialer Gerechtigkeit stellt die EKD-Denkschrift theologisch in den Kontext der Rechtfertigungslehre, wobei sie die weltliche Gerechtigkeit als „klar unterschieden“ von der Glaubensgerechtigkeit betont und den „unlösbaren inneren Zusammenhang“ beider so bestimmt, daß die ‚Freiheit von‘ der Sorge ums eigene Heil die Freiheit zu einer tätigen Liebe ermöglicht (DZ 154). Diese Verhältnisbestimmung bleibt durch ihre Abstraktheit unzureichend. Gerade im Blick auf die Beziehung zwischen Rechtfertigung und wirtschaftlichem Verhalten wird in der Bibel an zentraler Stelle sehr viel konkreter und präziser formuliert.

(174) In der fünften Bitte des Vaterunser „Und vergib uns unsre Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldnern“ (Mt 6,12) stellt Jesus einen unauflösbaren Zusammenhang zwischen Sündenvergebung und Schuldenerlaß her. Dabei meint der im Text verwendete griechische (und der dahinterstehende aramäische) Begriff sowohl ökonomische Schulden wie sittlich-moralische Verpflichtungen wie die Sünde gegen Gott und die Mitmenschen. In die Bitte um Sündenvergebung ist die Bereitschaft zum Erlaß auch materieller Schulden eingeschlossen.

(175) Der genauere Zusammenhang wird im Gleichnis vom Schalksknecht (Mt 18, 23-35) erläutert. Gott vergibt dem Menschen ohne dessen Vorleistung seine Sünden, weil sie unbezahlbar sind. Die neue Sünde vor Gott (Vv. 32-35) besteht darin, daß der Mensch seinerseits auf der Eintreibung unbezahlbarer Schulden – von solchen handelt das Gleichnis, nicht von bezahlbaren – besteht, und diese Sünde wird nicht vergeben. Daß die gewährte Freiheit sich nicht umsetzt in die Befreiung des ausweglos verschuldeten Nächsten, bindet Gott in seiner Freiheit zur Vergabe.

(176) Die Forderung nach Schuldentrückzahlung um jeden Preis kann sich auf das Gesetz berufen, nicht auf das mosaische, das Schutzvorkehrungen für Schuldner trifft, sondern vielmehr auf das Recht, das die Waren-Geld-Wirtschaft funktionsfähig

erhält. Es läßt Verelendung, Versklavung und letztendlich den Tod des Schuldners zu. Das Recht, das im Fall bezahlbarer Schulden gerechtfertigte Forderungen unterstützt, wird im Fall unbezahlbarer Schulden zu Unrecht. Das Gesetz tötet. Mit seiner Aufforderung zur Bereitschaft, die unbezahlbaren Schulden zu vergeben, auch die finanziellen, relativiert Jesus die Legitimität des Gesetzes. Auch die Marktlogik ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Marktlogik. Das Leben der Opfer, der Verschuldeten und Verarmten, ist das Kriterium für die Durchführung oder Nichtdurchführung des gesetzlich Festgelegten, auch der Eintreibung von Schulden.

(177) Die EKD-Denkschrift folgt einer anderen Logik. Sie setzt die Ordnung der sozialen Marktwirtschaft als erfolgreiches Modell voraus. Durch die schleichende Ineinssetzung von Kapitalismus, sozialer Marktwirtschaft und Markt (DZ 148-150) dient die Bejahung der Leistungsfähigkeit des Marktes hinsichtlich seiner Allokationsfunktion (DZ 150) implizit auch der Rechtfertigung seiner Kapitalvermehrungsfunktion im Kapitalismus. Deren Konsequenzen sollen durch die Regelungen der sozialen Marktwirtschaft sozial aufgefangen werden, d.h. das „Lebensrecht der Armen“ (DZ 127) ist ein Kriterium innerhalb der Geltung der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung, nicht das Kriterium ihrer Beurteilung. Im Konfliktfall hat die Marktlogik Vorrang, auch nur eine Erleichterung der Schuldenlast, und sei es nur für die ärmsten Länder, wird von der Denkschrift nicht in Betracht gezogen. Das Gesetz gilt, und evangelische Freiheit reicht allenfalls zur persönlichen Kritik an bürokratischer Erstarrung (DZ 146).

(178) Wirtschaftsethische Überlegungen, die von der Rechtfertigungslehre ausgehen, können die von Jesus im Vaterunser formulierte christliche Freiheit gegenüber der Befolgung der Marktlogik nicht ignorieren. Die unbezahlbare Schuld Gott gegenüber ist nun in der Tat etwas qualitativ anderes als die unbezahlbaren Schulden des Nächsten.

Rechtfertigung geschieht gerade nicht als Äquivalententausch im Sinne der Marktlogik, sondern als Geschenk des Lebens. Jesus koppelt aber die Vergabe, die wir von Gott erbitten und die wir zum Leben brauchen, mit dem Schuldenerlaß, den der Nächste zum Leben braucht. Im Rechtfertigungsgeschehen gibt es eine unauflösbare Korrespondenz der Lebensermöglichung. Wird von daher das Lebensrecht der Armen statt der Marktlogik zum ausschlaggebenden Kriterium von Wirtschaftsethik, so ist dann auch nach einem neuen ökonomischen Wertbegriff zu fragen, „dessen Grundlage nicht Geld und Austausch, sondern Überlebensfähigkeit und Gebrauchswert sind“ (ÖRK, Canberra 1991).

(179) Wie sieht nun in der Denkschrift die von der Glaubensgerechtigkeit „klar unterschiedene“ weltliche oder soziale Gerechtigkeit unter Bejahung der Marktlogik aus?

Einige Beobachtungen mögen genügen:

- Die Denkschrift strebt eine „Bekämpfung der Armut“ an (DZ 93), nicht jedoch Begrenzung des Reichtums.
- Einen Schuldenerlaß zieht sie nicht in Betracht.
- Das BRD-Erfolgsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ will sie in eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung eingebracht sehen (DZ 191), ohne auch nur zu reflektieren, ob der ‚Erfolg‘ nicht gerade die bestehenden Ungerechtigkeiten zur Voraussetzung hat.
- „Opfer der Solidarität“ fordert sie zugunsten der Bevölkerung im Osten (DZ 197), nicht jedoch zugunsten der unter der Armutgrenze lebenden Menschen in der Dritten Welt.³⁶
- Auch aus ökologischen Gründen faßt die Denkschrift keine Senkung des Lebensstandards, sondern lediglich eine Schmälerung seines Wachstums ins Auge (DZ 190).

(180) In summa: Was immer zu tun ist – es soll der BRD als einem der „einkommenstärksten Länder“ (DZ 84) nicht weh tun. War der Anspruch gewesen, in der sozialen Marktwirtschaft den Kapitalismus durch soziale Gerechtigkeit zu zähmen, so erweist sich nun die soziale Gerechtigkeit als durch die Marktlogik ‚gezähmt‘. Soziale Gerechtigkeit als Konsequenz aus der Rechtfertigung durch Gott soll nichts kosten. Es ist die Option für eine im wortwörtlichen Sinn ‚billige‘ Gnade.

(Eberhard Löschcke)

³⁶ Abgesehen davon ist die Sprache verräterisch: Als „Opfer“, nämlich der strukturellen Ungerechtigkeit, werden die Armen niemals bezeichnet, vielmehr sind es die Reichen, die „Opfer“ bringen.

Zwischenüberlegung:

(q) Der souveräne Konsument, die souveräne Konsumentin

(181) These: *Mit der Selbstübergabe oder -überlassung an die gängigen Konsum- und Präferenzmuster werden die vielen individuellen Konsumentinnen und Konsumenten selber zu den Idolen, dem Traumfrauen und Märchenprinzen, biblisch geredet zu den anderen Göttern und Götterbildern, die den Menschen nach biblischem Zeugnis nicht gut tun und von denen er deshalb lassen soll.*

(182) Mit der, Neoklassik genannten, herrschenden Lehre in der Wirtschaftswissenschaft orientiert sich die Wirtschaftsdenkschrift an dem Grundgedanken der Konsumentensouveränität (DZ 38.50). Als Wahlbürger und -bürgerinnen sind die Individuen die Schlüsselfiguren der Demokratie, als Konsumenten und Konsumentinnen sind sie in entsprechender Weise die Schlüsselfiguren der Wirtschaft. Auf ihre freien Entscheidungen stützt sich der politische wie der wirtschaftliche Prozeß. – Ein überaus plausibles Modell von eleganter Einfachheit.

(183) Nur, in welchem Verhältnis steht es zur menschlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit? Schon ein einfacher Einwand reicht sehr weit. Souverän ist der Konsument und die Konsumentin nur in dem Maße, in dem er / sie über freie Kaufkraft verfügt bzw. die wirkliche Chance hat, sich ein kaufkräftiges Einkommen zu verdienen. An diesem Einwand setzen die beiden oben dokumentierten Kontroversen über Eigentum (-f- und -g-) und Armut (-n- und -o-) an. Er durchzieht auch die anderen Problemanzeigen.

(184) Ein nicht ganz nebensächliches Problem haftet jedoch auch dem Begriff 'Souveränität' selbst an. Er ist in der Zeit der Religionskriege nach der Reformation in die Welt gekommen und bezeichnete zunächst die Souveränität des absoluten, konfessionsneutralen Staates gegenüber den friedensunfähigen Religionsparteien. Das ist für den christlichen Glauben und die christlichen Kirchen nicht unerheblich, denn sie waren damals die Friedensunfähigen. Gleichwohl enthält das biblische Zeugnis, wie wir unten sehen werden, Argumente gegen 'Souveränität', die es verdienen, ernstgenommen zu werden.

(185) Vom den Staat repräsentierenden absoluten Herrscher ging die Souveränität im Zuge der demokratischen Revolutionen über auf das Volk: Volkssouveränität. Diese erhielt in der Konsumentensouveränität ihren Zwilling.

(186) 'Souverän sein' soll immer heißen, nur durch die gleiche Freiheit der anderen eingeschränkte, sonst uneingeschränkte Freiheit genießen. Die Freien und Gleichen ko-

ordinieren ihr Handeln dann durch das Abschließen und Erfüllen von Verträgen. Also etwa von Kauf- und Lieferverträgen, die sie nach Maßgabe der sie leitenden Präferenzen – 'dies ist mir wichtiger als das'; 'dafür gebe ich nur soviel, aber nicht mehr aus' – abschließen oder eben nicht abschließen und dann andere zum Zuge kommen lassen.

(187) Es fällt jedoch immer wieder auf, daß die vertragliche Koordination des Handelns der freien (souveränen) und gleichen Konsumenten von nichtvertraglichen Voraussetzungen lebt, die selber wichtig genommen werden müssen. Etwa: Die vertrags-schließenden Konsumenten und ihre Lieferanten müssen über ihre Vertragspraxis hinaus ihre Unterstützung für die Fairness im Koordinationsmodell 'Wettbewerb' (bzw.: Markt) ständig neu einbringen, vor allem durch eigene Selbstbeschränkung. Anders, mit Walter EUCKEN gesagt: Sie müssen auch immer in Ordnungen denken und handeln. (188) Das bedeutet nun aber – und hier sind wir beim unhintergehbaren biblischen Einwand – , daß Marktteilnehmer, Konsumentinnen/Konsumenten und Lieferanten/Lieferantinnen mit mehr Sinnen füreinander aufmerksam sein müssen als nur mit dem Sinn für die wechselseitigen Präferenzen,

auf die sie sich einmal wie auf ein Entscheidungsprogramm festgelegt haben. Empathie, Aufgeschlossenheit für andere und für sich selbst ist vonnöten. Adam SMITH sagte dafür 'Sympathie'.

(189) Die biblischen Zeugen lassen gar keinen Zweifel daran, daß eine solche Aufgeschlossenheit nach dem Maß menschlichen Vermögens, wie es jeweils jetzt im Ernst einsetzbar ist und nach dem Maß menschlicher Einsicht, wie sie jeweils jetzt im Ernst zugänglich ist, auch immer den Eindruck macht, als ob ohne eigenes Zutun etwas geschähe. Es entsteht ein neuer Lebens- und Kooperationsstil, herausgelöst aus den selbstständigen Präferenzen und Konsummustern.

(190) Das Vertrackte: Mit der Selbstübergabe oder -überlassung an die gängigen Konsum- und Präferenzmuster werden die vielen individuellen Konsumentinnen und Konsumenten selber zu den Idolen, den Traumfrauen und Märchenprinzen, biblisch geredet (vgl. -l-) zu den anderen Göttern und Götterbildern, die den Menschen nach biblischem Zeugnis nicht gut tun und von denen er deshalb lassen soll.

(191) Im Licht der biblischen Zeugnisse ist jede Souveränität, auch die Konsumentensouveränität, nicht das, wofür ihre Theoretiker und ihre Praktiker sie halten. Psalm 82 gibt dem dramatischen Ausdruck. Was geschieht, wenn der menschliche Mensch unter die tritt, die sich für Souveräne, für 'Götter' halten?

*Gott steht auf in der Götterversammlung,
Inmitten der Götter hält er Gericht.*

*„Wie lange noch werdet ihr richten zu Unrecht,
wie lange zu Willen sein der Gottlosen Sache?“
„Führt die Sache der Unterdrückten und Waisen,
dem Geringen und Armen schafft sein Recht.“*

*Doch sie erfassen es nicht und haben nicht Einsicht,
in Finsternis gehen sie dahin,
es wanken alle Festen der Erde.*

*„Wohl sprach ich: Götter seid ihr geheißten,
und Söhne des Höchsten ihr alle.“
„Doch wahrlich, sterben müßt ihr wie Menschen,
wie jeder der Fürsten werdet ihr fallen.“*

Der Zeuge dieser dramatischen Einsicht schließt mit einem Gebet:

*„Gott, steh auf und richte die Erde,
denn zu Recht sind alle Völker dein eigen.“*

Jesus, der menschliche Mensch betet an dieser Stelle (Lukas 23, 34):

*Vater vergib ihnen,
denn sie wissen nicht was sie tun.*

(192) Man muß das prüfen. Männer und Frauen müssen sich prüfen. Dabei werden sie unmittelbar auf den Sachverhalt gestoßen, daß sie als Individuen nur einen Teil des Bildes darstellen. Und daß es nicht sehr weit führt, auf eigene Verhaltensfehler mit Schuldgefühlen zu reagieren. Ganz andere Marktteilnehmer kommen da in das Blickfeld: Unternehmen, also juristische, nicht natürliche Personen. Natürliche Personen freilich doch wieder als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, als Bevollmächtigte, Manager. Und es macht Sinn, daß in jüngster Zeit Mitbestimmung und Unternehmensverfassung einerseits, die Verantwortlichkeit nicht nur gegenüber den Anteilseignern (shareholder) sondern auch gegenüber An-

spruchseignern (stakeholder) bewußt wird; also gegenüber den Kunden und Lieferanten, den mit Ressourcenabbau und mit Emissionen Belasteten, den öffentlichen Händen hier und anderswo.

(193) Setzt also die Ausrichtung der geltenden Wirtschaftsverfassung auf die Konsumentensouveränität nicht auf ein abwegiges Verhaltensmodell, das unter der Absicht, Nutzen zu stiften, unverdrossen Schaden anrichtet? Die Adresse, unter der man die Urheberschaft für diese Verkehrung suchen muß, ist aber nicht eine anonyme Übermacht. Die Adresse sind die vielen Individuen, die sich in ihrem wirtschaftlichem Verhalten auf die glänzende aber trügerische Rolle des/der souveränen Konsument/in

selber einschränken und einschränken lassen und die zugleich in den und für die organisierten Akteure auf den Märkten, den Unternehmen Verantwortung tragen. In beiden Rollen können sie in zäher Kleinarbeit lernen, sich zu prüfen, Sinn von Unsinn zu unterscheiden. (Kristian Hungar)

Literatur:

Scherhorn, Gerhard, Autonomie und Empathie – Die Bedeutung der Freiheit für das verantwortliche Handeln; in: Bernd Biever und Martin Held (Hrsg.), Das Menschenbild in der ökonomischen Theorie, Frankfurt, 1991, S. 153-172.

Ders., Art. Konsumverhalten; in: Georg Enderle u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsethik, Freiburg, 1993, S.545-551.

Ders. u.a., Kaufsucht – Bericht über eine empirische Untersuchung, Stuttgart, 7. Fassung, 1994.

Schluß: Perspektivenwechsel am gegebenen Ort

(r) Selbstbestimmtes Teilen von Arbeitszeit, Freizeit und Einkommen

(194) These: Die gegenwärtige Finanzkrise offenbart die Abhängigkeit deutscher Kirchen von wirtschaftlichen und politischen Prozessen und Entscheidungen im eigenen Lande. Wollen sie Subjekte ökonomischen Handelns bleiben und nicht zu Opfern gesellschaftlicher Entwicklungen werden, ist Besinnung auf die ökonomische und sozialpolitische Relevanz der eigenen Traditionen angesagt. Hier begegnet ihnen die Verheißung des biblischen Glaubens: Wer teilt, mehrt das Leben.

(195) Strukturelle Arbeitslosigkeit, die nicht nur Randgruppen, sondern auch (potentielle) Kirchensteuerzahler trifft, eine veränderte Steuerpolitik, die die ärmeren Bevölkerungsschichten entlasten soll, sowie zunehmende Kirchaustritte im Zuge steigender Vereinigungskosten – diese Kumulation unterschiedlicher Entwicklungen beschert gegenwärtig den beiden großen Kirchen in Deutschland eine spürbare Finanzkrise. Spätestens jetzt wird deutlich, wie abhängig die reichen Kirchen Deutschlands von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind. Die Folgen dieser Entwicklung für das „Wirtschaftsunternehmen Kirche“ sind kaum absehbar.

(196) Was 1989 in den Finanzstudien der FEST mit der Formel „reich und abhängig“ als „strukturelles Dilemma“ der Kirchen konstatiert worden war, zeigt sich gegenwärtig als elementare Herausforderung: Sind sie in der Lage, gemäß ihren Glaubens-traditionen, Subjekte ökonomischen Handelns zu sein bzw. zu werden oder folgen sie mit Strategien des Sozial- und Arbeitsplatzabbaus ohne Unterschied dem gesellschaft-

lichen Trend, nicht den Starken, sondern den Schwächeren und Schwachen die schwersten Lasten aufzubürden. Konkret heißt dies: Gelingt es in dem arbeitsintensiven Betrieb Kirche Teilungsprozesse in Gang zu bringen, oder vertiefen sie durch ihr eigenes Handeln die Kluft zwischen Reichtum und Armut im eigenen Land? Tragen sie durch eigenes Verhalten zum Abbau des Sozialstaates bei, zu dessen Weiter- und Fortentwicklung sie sich in der jüngsten Diskussionsgrundlage zur „Sozialen Lage in Deutschland“ bekannt haben?

(197) In den deutschen Kirchen beginnt eine Diskussion um die Prioritäten ihres gesellschaftsdiakonischen Handelns im eigenen Land und in der weiten Welt. Die ökumenischen Initiativen und Netze, die bisher allenfalls von den Brosamen der Institutionen gelebt haben, bringen wichtige Erfahrungen für den notwendigen Streit um eine veränderte Haushalterschaft der Kirchen mit. Ihre Arbeit wurde bisher weithin „selbstverantwortlich“ finanziert, d.h. sie beruhte zum starken Teil auf freien Beiträgen ihrer Mitglieder und der Qualität und

Überzeugungskraft ihres Engagements. Solche Strategien finanzieller Selbstverantwortung – in der Ökumene diskutiert unter der Losung „Selfreliance!“ – werden in Zukunft für die Kirchen entscheidende Bedeutung haben. Trotz problematischer Arbeitsbeziehungen (Überausbeutung!) haben sie zudem Ansätze und Modelle des Teilens entwickelt, die für die zukünftige Arbeits- und Sozialstruktur der Kirchen unverzichtbar sind.

(198) Statt einer Vielzahl von Einzelforderungen stelle ich unter der Frage „Kirche als Subjekt ökonomischen Handelns“ ein Modell zur Debatte, das nach unserer Einschätzung der Diskussion und Präzisierung bedarf. Es ist entwickelt auf dem Hintergrund biblischer Überlieferungen vom Sabbat und hat unseres Erachtens viel sozialpolitische und ökonomische Vernunft für sich. Es setzt in einem ersten Schritt an bei den beamteten MitarbeiterInnen innerhalb der Kirchen, vornehmlich PfarrerInnen. Sie gehören, erwiesenermaßen, zu den wesentlichen Kostenträgern des Systems Kirche: Idealtypisch gehe ich davon aus, daß innerhalb der Kirchen sog. „verteilungsautonome Gruppen“ von jeweils 7 (oder 14) Mitgliedern gebildet werden. Diese erhalten für ihre Arbeit das besoldungsrechtlich festgesetzte Einkommen für 6 (oder 12) MitarbeiterInnen. Sie verteilen diese „Summe“ gemäß den in diesen Gruppen vorhandenen Möglichkeiten und Spielräumen und belohnen

sich dafür mit entsprechendem Freizeitausgleich. Idealtypisch verdienen damit in Zukunft PfarrerInnen 1/7 oder 1/14 weniger, erhalten dafür aber alle 7 Jahre ein ganzes oder halbes Sabbatjahr zur Rekreation, zur Neuorientierung oder einfach als ein Mehr an freier Zeit.

(199) Ich würdige eine solche „konkrete Utopie“ nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt notwendiger Einsparungen, sondern als Einstieg in umfassende Teilungskonzepte. In solchen oder ähnlichen Modellen wird ernst genommen, daß gelingendes Leben von dem lebendigen Gleichgewicht zwischen „Arbeiten und Ruhen“ ab-

hängt. Indem Kirchen und kirchliche Gruppen deren Realisierungschancen erweisen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einem neuen Verständnis von Arbeit und helfen mit bei der Entwicklung einer Zivilisationsmodells, das menschenwürdig und nachhaltig zugleich sein kann. Dies wäre ein Beitrag zur Aufgabe, der sich die VerfasserInnen der Denkschrift zu stellen suchten: „Wie muß die Wirtschaft organisiert werden, um in der Orientierung an den Dimensionen der Existenzsicherung, der Sozialverträglichkeit und der Mitweltfreundlichkeit ein gesellschaftliches und lebenserhaltendes Optimum zu erzielen?“ (DZ 14).

(Karl-Heinz Dejung)

(s) Ökumenische Verflochtenheit des kirchlichen Wirtschaftens

(200) Ökumenische Initiativgruppen können zu einer Entdramatisierung der kirchlichen Finanzdebatte dadurch beitragen, daß sie am Beispiel von Partnerkirchen demonstrieren: Deutsche Kirchen werden in diesen Prozessen nicht zu armen, sondern allenfalls zu weniger reichen Kirchen. Sie tragen freilich auch zu ihrer Dramatisierung bei indem sie fragen: Werden die Kirchen der Versuchung widerstehen, notwendige Einsparungen an die ökumenischen PartnerInnen durchzureichen, die in den Sparbeschlüssen weitgehend ohne Stimme sind? Hier sind klare Beschlüsse gefordert, die den Verpflichtungen gegenüber ökumenischen Partnerkirchen Rechtsverbindlichkeit – in Analogie etwa zu den Ansprüchen der eigenen Beschäftigten – verschaffen. Diese kurze Problemanzeige mag an dieser Stelle genügen.

(Karl-Heinz Dejung)

(t) Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kirche und Diakonie

(201) These: Die Diskussion über kirchliches Wirtschaften wird auf das Kirchensteueraufkommen hin verengt und aus der mikroökonomischen Perspektive eines Haushaltsvorstands geführt. Diese Perspektive fügt sich in das herrschende ökonomische Denkmodell mit seiner Idee der Konsumentensouveränität, bleibt aber den makroökonomischen Blick auf Kirche und deren Werke schuldig.

Die Rede von dem ‚großen Arbeitgeber Kirche‘ ist zudem mißverständlich, da es sich bei ihm um eine Quasi-Branche handelt. Diese dürfte hinsichtlich der Zahl ihrer Beschäftigten und ihrer Bruttowertschöpfung etwa dieselbe Bedeutung haben wie zwei andere Quasi-Branchen: Kunst/Kultur und Sport. Eine makroökonomische Betrachtungsweise könnte die Diskussion um Nutzen und Nachteil der Kirchensteuer in einen informativeren Zusammenhang stellen.

(202) Die Diskussion über das Wirtschaften der Kirchen der Bundesrepublik Deutschland engt sich immer wieder ein auf eine Diskussion des Kirchensteueraufkommens und die Versuche, dessen Rechtfertigung zu erweisen mit Blick auf die diakonischen Leistungen der Kirchen. Es wird so in einer Haushaltsvorstands-Perspektive diskutiert. Er/Sie ist Haushaltsvorstand, der die Steuern zahlt oder, wie letzthin von Staats we-

gen zu einem Solidaritätszuschlag gezwungen, nicht mehr zahlt. Er/Sie ist zugleich der Haushaltsvorstand, der jetzt oder später diakonische Leistungen entgegennimmt.

(203) Mir fallen an dieser Perspektive zwei Dinge auf: Sie fügt sich erstens in das herrschende ökonomische Denkmodell, das den gesamten ökonomischen Funktionskosmos von der Konsumentensouveränität her aufbaut (vgl. – q –). Neben dieser mikroökono-

mischen Perspektive fehlt aber eine makroökonomische Perspektive, die den Blick auf den volkswirtschaftlichen Stellenwert von Kirchen und Caritas/Diakonie lenkt. Es wird ziemlich mißverständlich von dem ‚großen Arbeitgeber Kirche‘ geredet. Bei näherem Hinsehen wird sofort klar, daß es sich um eine Vielzahl unter ähnlichen rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen operierende Arbeitgeber handelt, die zusammen so etwas wie eine Branche bilden (Religionsgesellschaften) und in einer zweiten Branche (Wohlfahrtseinrichtungen) dominieren.

(204) Es fehlt eine entsprechende Untersuchung des kirchlichen und diakonischen Wirtschaftens aus dieser Perspektive. Es fehlt auch eine entsprechende jährliche Fortschreibung. Beides ist von Kirche und Diakonie in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht zu erwarten. Es muß wohl in freier Initiative in Anspruch genommen werden.

(205) Methodisch keine Unmöglichkeit. Immerhin sind in den letzten Jahren zwei Untersuchungen erarbeitet worden, die für zwei andere Quasi-Branchen deren volkswirtschaftliche Bedeutung erhoben und beschrieben haben,

- 1984 für Kunst und Kultur (M. Hummel und M. Berger, Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur, München 1988: IFO-Institut)
- 1990 für den Sport (Wolfgang Weber u.a. / Forschungsgruppe Sportökonomie der Universität Paderborn, Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports, Paderborn 1994: Typoskript, 15 S.).

Zwei Schätzungen lassen sich plausibel machen:

(206) Der Zahl der Beschäftigten nach liegen diese beiden Quasi-Branchen in der Größenordnung von +/- 700.000 Beschäftigten. Das ist auch die Größenordnung der Zahl der Beschäftigten bei den Kirchen (1985: 747.454) und bei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden (1985: 609.154). Sie alle liegen damit im Größenordnungsbereich zwischen der chemischen Industrie (1992: 585.500) und dem Straßenfahrzeugbau (1992: 878.800).

(207) Der Sport trug mit einer geschätzten Bruttowertschöpfung von 30 Mrd. DM (1990) 1,4 % zum Brutto sozialprodukt der Bundesrepublik bei, Kunst und Kultur mit einer geschätzten Bruttowertschöpfung von 40 Mrd. DM (1984) 2,3 %. In einer ähnlichen Größenordnung wird der Beitrag der Kirchen und der Wohlfahrtseinrichtungen liegen. Die Berechnungen folgen freilich der herkömmlichen äußerst problematischen BSP-Berechnung³⁷.

³⁷ Hinsichtlich einer Alternative vgl. Hans Diefenbacher und Ulrich Ratsch, Verelendung durch Naturzerstörung, Frankfurt a.M. 1992, Kap. 7: Ein anders Meßsystem – der Index für nachhaltiges Wirtschaften.

(208) Interessant sind die Schätzungen für die Finanzströme zwischen diesen Quasi-Branchen und dem Staat (Bund, Länder und Kommunen). An den Sport flossen 1990 7 Mrd. DM staatliche Mittel; vom Sport flossen 5,6 Mrd. DM an Steuern und Pflichtversicherungsbeiträgen zurück. An Kunst und Kultur flossen 1984 6 Mrd. DM; von Kunst und Kultur flossen 15,7 Mrd. DM an Steuern und Pflichtversicherungsbeiträgen zurück. An die Evangelischen Kirchen flossen 1985 vom Staat insgesamt 6,8 Mrd. DM, davon 1,6 Mrd. DM direkt, 5,2 Mrd. DM in der Form

der Kirchensteuer. An das Diakonische Werk flossen 1985 insgesamt ebenfalls 6,8 Mrd. DM, davon 5,7 Mrd. DM direkt als Sozialstaats- und Versicherungsleistungen, 0,9 Mrd. DM aus kirchlichen Eigenmitteln. Es ist nicht bekannt, weil nicht untersucht, wieviel an den Staat von Kirche und Diakonie zurückfließen.

(209) Eine solche Betrachtungsweise könnte die Diskussion um Nutzen und Nachteil der Kirchensteuer entkrampfen und auf eine neue Ebene heben.

(Kristian Hungar)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Diskussionsprozess

Dr. Thomas Kluck, Ober-Ramstadt: Promotion in Bochum über die Haltung des Protestantismus zu Fürstenenteignung und Aufwertungsgesetzgebung der zwanziger Jahre, Spezialpraktikum bei der Werkstatt Ökonomie.

Prof. Dr. Kristian Hungar, Heidelberg: Studium der Soziologie und Ökonomie, Promotion über Max Weber, Mitarbeit in der ESG und der Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche; Professor für Soziologie und Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg.

Dr. Walter Romberg, Berlin: Studium der Mathematik, Mitarbeit am SPD(SDP)-Grundsatzprogramm, Minister ohne Geschäftsbereich in der Modrow-Regierung, Finanzminister im Kabinett de Maizières, Mitglied des Europäischen Parlaments, der EKD-Synode, des Theologischen Ausschusses der EKD und der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD.

Paulander Hausmann, Wethen: Jurist mit dem Schwerpunkt Völkerrecht und Frieden; Mitglied der Ökumenischen Lebensgemeinschaft Wethen, Koordinator der Ökumenischen Initiative „Eine Welt“.

Andreas Dohrn, Heidelberg: stud. theol., Jugenddelegierter der ESG in der Synode der EKD, Mitglied des Arbeitskreises „Entwicklung braucht Entschuldung“.

Prof. Dr. Hans-Joachim Stadermann, Berlin: Studium der Volkswirtschaftslehre, Promotion, Professor für Wirtschaftspolitik mit dem Forschungsschwerpunkt: monetäre Fundierung der Theorie der Wirtschaftspolitik.

Dr. Karl-Heinz Dejung, Mainz: Studium der Theologie, Promotion über den Einfluß der Entwicklungsdebatte auf die ökumenische Bewegung, Mitglied des „Plädoyers für eine ökumenische Zukunft“, Mitglied des Leitungsgremiums der Gossner Mission in Mainz.

Dr. Wolf-Dieter Just, Mülheim: Studium der Theologie, Promotion über religiöse Sprache und Analytische Philosophie, Lehraufenthalte an der Universität von Nairobi und am Ecumenical Research Exchange (ERE) in Rotterdam, Studienleiter der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr mit den Schwerpunkten Arbeitswelt, Wirtschaft, Unternehmensethik, Migration und Asyl.

Dr. Sabine Plonz, Dortmund: Studium der Theologie, Forschungsaufenthalt in Costa Rica, Promotion über die Rezeptionsmöglichkeiten der Theologie der Befreiung im Rahmen der Theologie Karl Barths, Pastorin i.H. und Studienleiterin an der Akademie in Iserlohn.

Dr. Eberhard Löschke, Essen: Studium der Theologie und Mathematik, Promotion über die Rolle der Christen im Befreiungskampf Nicaraguas und die marxistische Religionskritik, Aufenthalt als Mitarbeiter in Volkstheologieprojekten in Nicaragua, Pastor i.H. in Essen.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Mülheim: Studium der Physik, bis 1991 Mitarbeiter des Zentralinstituts für Elektrophysik in Ostberlin, Mitbegründer der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, Studienleiter der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr.

Jörg Seifert-Granzin, Leimen: Studium der Theologie, stud. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Werkstatt Ökonomie, Heidelberg.

Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Heidelberg: Studium der Theologie, Forschungsaufenthalt in den USA, Promotion über den Hirtenbrief der US-amerikanischen Bischofskonferenz und die Rezeption der Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls, Gastvikariat in der Badischen Landeskirche, Habilitant.

An die Abonnenten des Ökumenischen Informationsdienstes

Wir bitten unsere Bezieher freundlich, den Abonnementsbetrag von 15,- DM für 1995 auf unser Konto 100826 bei der Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01) zu überweisen.

Einladung zur Fördermitgliedschaft in der Ökumenischen Gesellschaft für GFS g.e.V.

Wollen Sie sich regelmäßig über Fortschritte im konziliaren Prozeß der gegenseitigen Verpflichtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung informieren? Der *Ökumenische Informationsdienst* hat sich darauf spezialisiert. Sie können den *Ökumenischen Informationsdienst* abonnieren. Versuchen Sie es ein Jahr auf Probe; das kostet Sie lediglich 15,- DM. Wenn Sie außerdem die Materialien des Genfer JPIC-Büros haben wollen, bekommen Sie diese und den *Ökumenischen Informationsdienst* als Fördermitglied der *Ökumenischen Gesellschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*, gemeinnütziger e.V., der Herausgebervereinigung, ab einem Beitrag von 10,- DM monatlich. Sie können den anhängenden Abschnitt einsenden an die *Ökumenische Gesellschaft für GFS, Ökumenisches Büro, Mittelstr. 4, D-3549 Wethen*.

☐ Ich möchte Fördermitglied der Ökumenischen Gesellschaft für GFS werden.

☐ Ich abonniere hiermit den Ökumenischen Informationsdienst zum Preis von 15 DM pro Jahr.

☐ Ich bezahle per Dauerauftrag

☐ Ich bezahle monatlich/viertel/halbjährlich/jährlich DM

per Lastschrifteinzug von Konto Nr.

bei der Bank,

..... BLZ

Name:

Straße:

PLZ und Ort:

Unterschrift:

Datum:



Fachstelle für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit · Auguststr. 80 · 10117 Berlin

Fachstelle für
entwicklungsbezogene Bildungsarbeit
in den östlichen Gliedkirchen

Unser Zeichen:
KED

Bei Rückfragen:

Fr. Heilmann/ Fr. Kramer

Tel: (030) 28395 164/101

Fax: (030) 28395 150

Berlin, 18.8.1995

Liebe Mitarbeitende an einer „Ant - wort auf das Wirtschafts- und Sozialwort“

da Sie sich zur Sitzung am **Mittwoch, den 23.8.95 in der Auguststraße 80 von 10 bis 15 Uhr** angemeldet haben, möchte ich Ihnen zur Vorbereitung der Sitzung die eingegangenen Texte zuleiten.

Es liegen damit zu allen fünf Teilen, die wir als Gliederung bei der letzten Konsultation verabredet hatten, Entwürfe vor. Es wird aus jeder Unterarbeitsgruppe mindestens eine Vertretung teilnehmen, deshalb schlage ich Ihnen folgende Tagesordnung vor:

1. Diskussion der vorliegenden Texte
2. Klärung der redaktionellen Weiterarbeit
3. Verabredung zur Veröffentlichung

In der Hoffnung, daß Sie diese Post rechtzeitig erreicht und Sie genügend Zeit zum Studieren finden, grüße ich Sie auch im Namen von Elisabeth Adler herzlich

Cordula Heilmann

Anlage: Briefe von Christian Führer:

Gedanken zum Textentwurf ...

Stellungnahme zur Diskussionsgrundlage

Armut • Arbeitslosigkeit • Ausgrenzung

Weltsozialgipfel – und was nun?

Die „soziale Frage“ drängt als zentraler Themenkomplex auf die internationale Tagesordnung. Angesichts weltweiter **Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung** wird ihr nunmehr endlich auch von offizieller Seite der Stellenwert einer „Überlebensfrage der Menschheit“ eingeräumt. Um diese größte globale Herausforderung unserer Zeit zu behandeln, versammeln sich vom 6. bis 12. März 1995 die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in Kopenhagen zum „1. Weltgipfel für soziale Entwicklung“.

Ob die Gipfelkonferenz den Auftakt für den erforderlichen politischen Richtungswechsel im Blick auf ihre drei **Kernthemen Armut, Beschäftigung und soziale Integration** darstellt, erscheint aus zwei Gründen zweifelhaft:

Zum einen zeigen die Erfahrungen aus den vorangegangenen Jahren, daß die auf UN-Gipfeln vereinbarten Lösungsstrategien nicht die notwendige politische Umsetzung erfahren. Zum anderen läßt der bisherige **Vorbereitungsprozeß** vermuten, daß einige der wesentlichen Ursachen sozialer Probleme gar nicht erst zur Sprache gebracht werden.

Zwar herrscht im Vorfeld des Gipfels Einigkeit darüber, daß die sozialen Probleme von nationalen wie internationalen Faktoren verursacht werden. Keine Einigkeit herrscht jedoch darüber, wie das **Spannungsverhältnis zwischen lokaler und globaler Ebene aufzulösen** ist. Die Länder des Südens weisen auf die Verflechtungen von wirtschaftlichen und

sozialen Aspekten hin. Insbesondere die hohen Auslandsschulden, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und Weltbank auferlegten „Strukturanpassungsprogramme“ sowie Handelsbarrieren schränken die Möglichkeiten ihrer Länder für soziale Entwicklung ein. Sie fordern deshalb, internationale Faktoren auf die Agenda des Weltsozialgipfels zu setzen. Die meisten **Länder des Nordens** führen hingegen die sozialen Mißstände in erster Linie auf nationale Faktoren zurück und zeigen sich nicht daran interessiert, internationale Wirtschaftsprobleme zu diskutieren.

Die – als Beobachter – ebenfalls an dem Vorbereitungsprozeß beteiligten **zahlreichen Nicht-regierungsorganisationen (NRO) aus aller Welt** sprechen sich nachdrücklich dafür aus, daß der Gipfel sich als globale Veranstaltung auf langfristige internationale strukturelle Faktoren und deren Reform konzentrieren solle.



Diese Ausgabe von epd – Dritte Welt-Information geht die Fragen von Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung in der Weltgesellschaft in drei methodischen Schritten an: **Sehen – Urteilen – Handeln**. Sie will zum Verständnis der Hintergründe beitragen und Handlungsperspektiven für eine **solidarische Praxis** aufzeigen. Sie entstand in Koopera-

tion mit „**Kairos Europa**“, einem europaweiten Bündnis von Betroffenen- und Solidaritätsgruppen. Kairos Europa setzt sich für wirtschaftliche Gerechtigkeit ein, indem es lokale Alternativen wie **Kommunale Bündnisse** unterstützt und versucht, auf Institutionen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten einzuwirken.

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung SEHEN

● **Die Arbeitslosigkeit nimmt weltweit zu!** Anfang 1994 war ein Drittel aller Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne „produktive Beschäftigung“, d.h. sie waren arbeitslos oder hatten eine Arbeit, mit der sie ihren Lebensunterhalt nicht sichern konnten. Besonders in den Ländern des Südens sind viele Menschen von Unterbeschäftigung betroffen. In den ehemaligen Ostblockländern blieben im Zuge des Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus viele Arbeitnehmer/innen auf der Strecke. In den Ländern des Nordens wurden durch Rationalisierung viele Arbeitsplätze unwiederbringlich vernichtet.

● **Die Armut wächst!** Armut ist schon längst nicht mehr auf die Länder der sogenannten Dritten Welt beschränkt. Seit der „Wende“ (1989) erreichen uns immer schlimmere Zahlen aus den östlichen Ländern, auch in den Industrieländern des Nordens ist Armut kein Fremdwort mehr. Laut den Vereinten Nationen leben weltweit ca. 1,2 Milliarden Menschen in absoluter Armut. Als **absolut arm** gilt jemand, dessen Einkommen gerade noch zum physischen Überleben reicht. **Relativ arm** sind Menschen, deren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben durch Niedrigeinkommen, Krankheit oder Alter nicht gesichert ist.

● **Die soziale Ausgrenzung verschärft sich!** Immer mehr Menschen in den Ländern des Nordens werden als „Schmarotzer“ der Gesellschaft diffamiert. In den südlichen Ländern fliehen immer mehr Menschen vor den unerträglichen Lebensbedingungen und erfahren bei uns Demütigung, Verachtung und Haß. Menschen aus den östlichen Ländern müssen sich damit zurechtfinden, daß in den

neuen kapitalistischen Verhältnissen viele Formen der nachbarschaftlichen Hilfe nicht mehr zählen.

► Hinter den Worten „**Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung**“ stehen Menschen, **Schicksale**, die auf unterschiedliche Weise unter den Bedingungen, die durch den Weltmarkt geschaffen werden, leiden müssen.

Drei Erzählungen veranschaulichen solche Weltwirtschaftsstrukturen:

Im Süden:

Antonio Mareno Flores ist 11 Jahre alt. Er lebt mit seinen drei Geschwistern und seinen Eltern in einer Hütte aus Wellblech, Pappe und Holz auf einer ehemaligen Müllkippe am Rande der Stadt San Salvador (El Salvador). Morgens um sechs macht er sich auf in die Stadt, um sich an einer Kreuzung zum Autowasch anzubieten. Das ist nicht so einfach. Der Lärm der Straße, der Gestank der Autos setzen ihm zu, so daß er nach ein paar Stunden Kopfschmerzen bekommt.

Antonios Vater hatte im letzten Jahr in einer Werkstatt gearbeitet, in der kleine Kunststoffkappen hergestellt wurden. Er wußte nicht, wozu die kleinen Kappen dienten, aber man hatte ihm erzählt, daß sie in die USA transportiert und dort in eine Maschine eingebaut würden.

Wenn genug Arbeit da war, verdiente er auch genug; er war – wie alle anderen Arbeiter – nicht fest angestellt, und immer dann, wenn eine Flaute war, mußten einige gehen.

In diesem Jahr schien die Flaute länger zu dauern, denn der Vater war schon zum dritten Mal in die Werkstatt gegangen, um zu fragen, wann er wieder arbeiten könne.

Während Antonio versuchte, die Scheibe eines alten Pick-ups glänzend zu bekommen, und hinter der Scheibe das mürrische, teilnahmslose Gesicht des Pick-up-Besitzers erschien, mußte er an das müde, zerfurchte Gesicht seines Vaters heute morgen denken, wie er sich den Stuhl genommen und sich vor die Tür auf die Gasse gesetzt hatte, mit hängenden Schultern.

Vielleicht würde er ja heute so viel Geld bekommen, daß er etwas Brot mit nach Hause bringen könnte. Einmal hatte er Glück gehabt. Da hatte ihm eine weißhaarige Frau einhundert Colones gegeben. Da war er schon mittags nach Hause gegangen und nachmittags hatte er die Straßenschule von Padre Gerardo besucht, bei dem man Bilder malen und mühselig buchstabieren lernen konnte. In die „richtige“ Schule zu gehen – das war für Antonio ein unerfüllbarer Traum. Würde er sein ganzes Leben an der Kreuzung stehen müssen, um Autofenster zu waschen?

Laut Deutscher Steuergewerkschaft entgingen dem Fiskus in der BRD 1992 etwa

130 Milliarden DM Steuereinnahmen

Auf jede/n der 80,3 Mio Einwohner/innen der BRD entfielen also **1.619 DM Steuereinnahme-Verluste**.

Die Stadt Mannheim hat etwa 325.000 EinwohnerInnen. Von den o.g. Steuereinnahme-Verlusten entfallen also – rein rechnerisch auf Mannheim etwa **526 Millionen DM**.

Zum Vergleich: im Sommer 1994 sprach man in Mannheim davon, daß man noch nicht wisse, wie man das zu erwartende Haushaltsdefizit von ca. **80 Millionen DM** im nächsten Haushalt finanzieren soll.

Im Norden:

Ich bin **Petra Willmers**. Andreas und ich sind seit vierzehn Jahren verheiratet. Unsere Katja wird bald dreizehn und der Johannes ist neun.

Ja, vor zwei Jahren ging es uns noch gut! Mein Mann arbeitete als Feinblechner im Drei-Schicht-Betrieb in der Werft in Papenburg, und wir waren gerade in unser neues Häuschen gezogen. Klar, wir mußten schon ein bißchen auf's Geld achten – man bekommt ja nichts geschenkt! Die Abzahlung und die Zinsen für das Haus waren schon einiges höher als unsere Miete vorher, aber dafür war's ja auch was Eigenes!

Aber dann fing's an! Am Anfang hab' ich ja gar nichts gemerkt! Andreas ging zu seinen normalen Zeiten aus dem Haus und kam zu seinen normalen Zeiten nach Hause. Irgendwann hab' ich zufällig entdeckt, daß Andreas von unserem Sparbuch schon dreimal 500 DM abgehoben hatte. Als ich ihn zur Rede stellte, hat er erst eine Weile herumgedruckt und mir dann gestanden, daß er seit einem Vierteljahr arbeitslos war. Die hatten einen Teil der Werft stillgelegt – klar in Südkorea bauen sie die Schiffe billiger! Da können unsere Werften nicht konkurrieren!

Andreas wollte mir nichts erzählen, um mich nicht zu beunruhigen. Er dachte, daß er als Facharbeiter bald wieder eine Stelle finden würde. Tja, damit war's aber nichts! Über 50 Bewerbungen hat Andreas schon geschrieben, aber gefunden hat er bis jetzt noch nichts!

Die erste Zeit sind wir ja gerade noch so über die Runden gekommen, aber jetzt – mit der Arbeitslosenhilfe – ich weiß nicht, wie wir das schaffen sollen! Zum Glück haben wir ja für den Kredit für's Haus einen Festzins. Wenigstens da steigen die Kosten also nicht! Aber beim Einkaufen fängt's ja schon an! So richtige Sonderangebote kann ich gar nicht nutzen, weil ich dann zuviel Geld auf einmal ausgeben würde und das Arbeitsamt überweist ja alle zwei Wochen!

Als wir Katja sagen mußten, daß wir uns ihr Landschulheim im Sommer wohl kaum leisten können, gab es Krach. Katja hat Andreas angebrüllt, daß er nicht immer nur zu Hause herumhängen soll und daß der Vater von Ilse auch gesagt hätte, daß Andreas schon längst wieder eine Arbeit haben könnte, wenn er nur

wollte! Da ist Andreas natürlich auch ausgerastet! Das ist mit das Schwerste dabei: wir haben jetzt oft wegen Kleinigkeiten Streit, bei jedem Wunsch der Kinder müssen wir „Nein!“ sagen. Und jeden Monat hab' ich Angst, daß irgendeine unvorhergesehene Ausgabe unser Budget total überlastet.

Irgendwann werd' ich wohl doch zum Sozialamt gehen müssen, auch wenn's mich davor graust, jemandem Fremden unsere ganzen Sorgen offenbaren zu müssen und auf Almosen angewiesen zu sein!

Im Osten:

Es war schon dunkel, als **Milan Kassamacs** die Tür zu seinem alten Skoda aufschloß, um nach Hause zu fahren. Er hatte wieder einmal Überstunden gemacht, weil die Lieferung noch am Wochenende fertig werden sollte. Die Laster aus Deutschland standen schon auf dem Hof der Firma, um die Waschmaschinen nach Deutschland zu transportieren.

Früher hatten Milan und seine Frau Jelena in einer großen Maschinenfabrik in der Bezirkshauptstadt gearbeitet, bis die Fabrik ihre Produktion einstellen mußte, weil Rußland keine Maschinen mehr abnahm, und für den Westen waren sie angeblich nicht gut genug. So waren beide gleichzeitig arbeitslos geworden.

Und nun hatte Milan wenigstens Arbeit bei diesem Deutschen gefunden, der im vorigen Jahr die Waschmaschinenfabrik in der Freihandelszone an der Grenze aufgemacht hat-

te. Er bezahlte miserabel; Milan konnte nur dann auf den in Tschechien gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn kommen, wenn er viele Überstunden machte.

Einmal hatte er Herrn Schumann um eine Lohnerhöhung gebeten. Aber Herr Schumann hatte ihm freundlich, aber bestimmt erklärt, weshalb er nicht mehr zahlen könnte: Er sei ja zuerst nach Leipzig gegangen, um Lohnkosten zu sparen, während sein wichtigster Konkurrent gleich eine Fabrik in Tschechien aufgebaut hatte. Diesen „Vorsprung“ mußte

Eine **Freihandelszone** ist ein Gebiet, in dem durch ein gegenseitiges Abkommen zwischen zwei oder mehr Staaten der Außenhandel nicht durch Zölle oder andere Bestimmungen eingeschränkt wird und in dem gleichzeitig nationale Bestimmungen wie gesetzlicher Mindestlohn, Tarifverträge etc. außer Kraft gesetzt sind.

Herr Schumann aufholen, und das ging eben nur, wenn Herr Schumann die Vorteile der hier eingerichteten Freihandelszone ausnutzte und mit seinen Löhnen sogar noch unter den Mindestlöhnen in Tschechien blieb.

Milan setzte sich auf den Fahrersitz, schnallte sich an und ließ den Motor anspringen.

Er dachte an die älteste seiner drei Töchter, die gerade mit der Schule fertig war. Die wollte so gerne Musik studieren, aber so eine Ausbildung war unerschwinglich – und arbeitslose Musiker gab es genug!

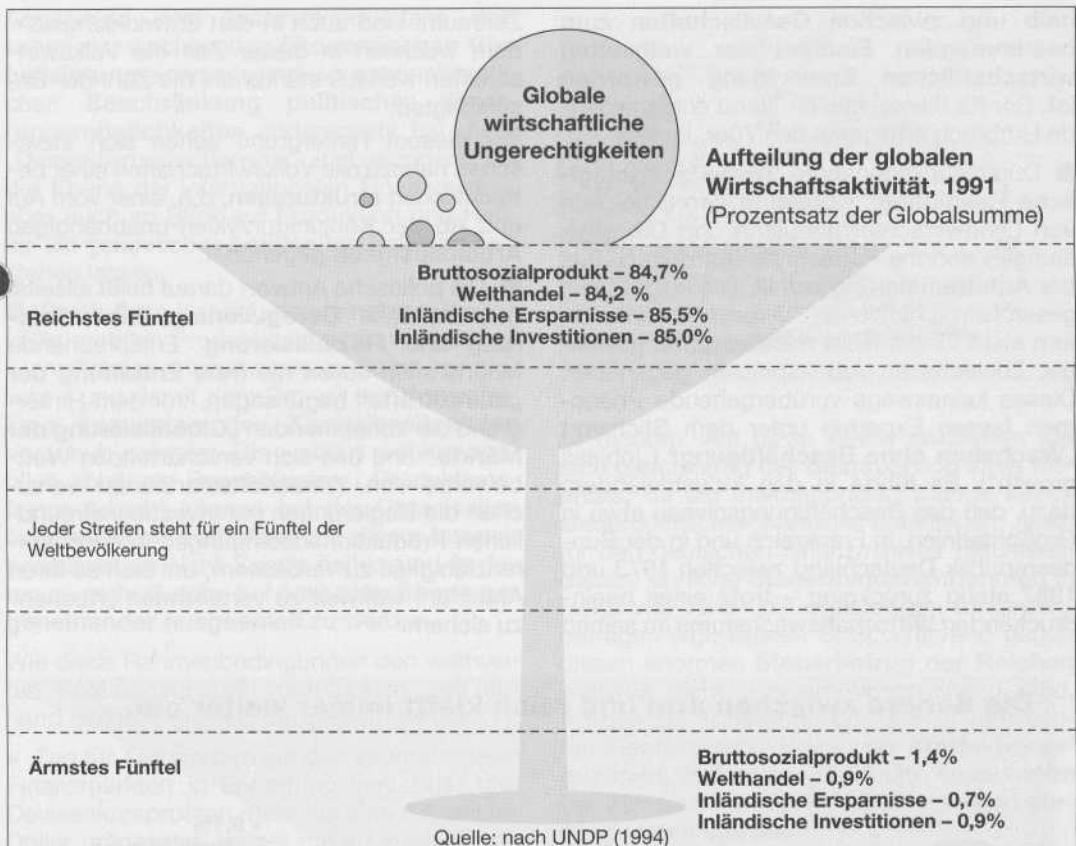
Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung beURTEILEN

Die Verarmungsprozesse entwickeln sich in Nord, Süd und Ost immer stärker parallel. Im Blick auf die Ursachen für die globale soziale Misere stellt sich zwangsläufig die Frage nach einem Bündel von Ursachen, das im Süden, Norden und Osten gleichermaßen soziale Krisen bewirkt. Es liegt nahe, Erklärungen dafür in den **weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** zu suchen. Deren Struktur ist schließlich das einzige Element, welches sämtliche Regionen unseres Globus

zu der so häufig zitierten „**Einen Welt**“ hat verschmelzen lassen.

Nichts ist – nicht zuletzt seit dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ – so **universell** wie das „**System**“ der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Schenkt man den Lehrbüchern der Wirtschaftswissenschaften Glauben, so sorgt allein die Marktwirtschaft durch die ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeiten gewisserma-



Ben „automatisch“ für **ökonomische Wachstumsraten**. Durch diese Wachstumsraten soll sich weltweit der Wohlstand stetig mehr und – bedingt durch den weltweiten Wettbewerb – soll den ärmeren Ländern der Anschluß an den Lebensstandard der reicheren Länder gelingen.

Ein Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg widerlegt diese Erwartungen der Wirtschaftsexperten als Trugschluß:

Einerseits breitet sich nach Jahrzehnten umfassender Wohlstandsmehrung im „Norden“ nun auch dort wieder die Armut aus. Andererseits ist in der überwiegenden Mehrheit der Länder des „Südens“ trotz teilweiser hoher Zuwächse des Bruttosozialproduktes keine

Abnahme, sondern eine beträchtliche Zunahme der Armut zu verzeichnen.

Diese Kluft zwischen reichen und armen Ländern hat sich nicht etwa verringert, sondern im Laufe der **letzten 30 Jahre sogar noch verdoppelt!** Zudem besagen die Prognosen für die ehemals sozialistischen Staaten, daß die als Folge von Übergangs- und Veränderungsprozessen zutage getretenen wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen von langfristiger Dauer sein werden.

► Vor dem Hintergrund dieser Bilanz drängt sich die **Schlußfolgerung auf, daß unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem in eine Phase eingetreten ist, in der – statt ökonomischer und damit einhergehender sozialer Integration – die Polarisierung inner-**

halb und zwischen Gesellschaften zum bestimmenden Element der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist. Der für diesen fatalen Trend entscheidende Umbruch erfolgte in den 70er Jahren.

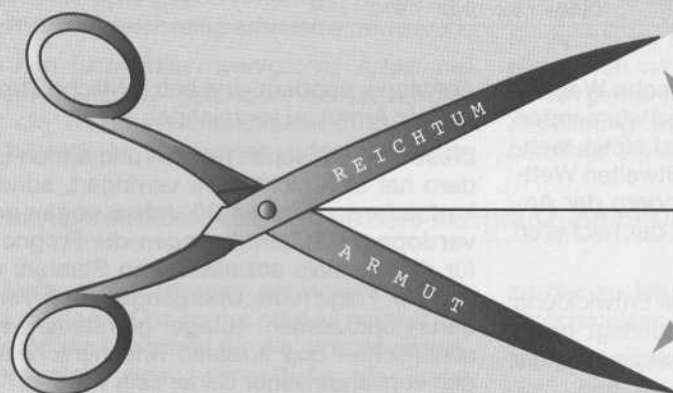
● Durch die sogenannte „**Dritte technologische Revolution**“ wurden in den Bereichen von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen enorme Fortschritte auf dem Gebiet der **Automatisierung** erzielt. Die Folge: Dem gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstum steht längst nicht mehr ein zwangsläufiger Zuwachs an Arbeitsplätzen gegenüber. Dieses keineswegs vorübergehende Phänomen fassen Experten unter dem Stichwort „**Wachstum ohne Beschäftigung**“ („jobless growth“). Es führte in den Industrieländern dazu, daß das Beschäftigungsniveau etwa in Großbritannien, in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1973 und 1987 stetig zurückging – trotz eines beeindruckenden Wirtschaftswachstums im selben

Zeitraum. Und auch in den Entwicklungsländern wuchsen in dieser Zeit die Volkswirtschaften weitaus stärker als die Zahl der Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund sehen sich inzwischen nahezu alle Volkswirtschaften einer beträchtlichen **strukturellen**, d.h. einer vom Auf und Ab der Konjunkturzyklen unabhängigen **Arbeitslosigkeit** gegenüber.

● Die politische Antwort darauf heißt allseits wirtschaftliche **Deregulierung, Liberalisierung und Flexibilisierung**. Entsprechende Maßnahmen sollen die **freie Entfaltung der „Marktkräfte“** begünstigen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden „**Globalisierung der Märkte**“ und des sich verschärfenden Wettbewerbs von Wirtschaftsstandorten versuchen die Regierungen mit investitionsfreundlichen Produktionsbedingungen ihre Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, um sich so ihren Anteil am weltweit zu verteilenden „Kuchen“ zu sichern.

Die Schere zwischen arm und reich klappt immer weiter auf.



+ 9,1%
Einkommen aus
Unternehmertätigkeit und
Vermögen

+ 2,3%
Wachstum des
Bruttoinlandsproduktes

+ 0,2%
Nettolöhne und Gehälter

- 1,2 %
Zahl an Arbeitsplätzen

- 4,4%
Kürzungen von
Arbeitslosenhilfe /-geld

Gewinner und Verlierer bei der Verteilung des realen Wirtschaftswachstums in Deutschland im Jahr 1994. Die Preissteigerungsrate (Inflation von 3 Prozent) ist in den Angaben berücksichtigt.

Zahlenangaben: Statistisches Bundesamt

Angesichts des Auseinanderklaffens zwischen der wachsenden **ökonomischen Globalisierung** einerseits und der nationalstaatlichen **Beschränkung politischer Steuermöglichkeiten** andererseits hat diese „Deregulierungsoffensive“ insbesondere auf der Ebene der internationalen Finanzmärkte, aber auch im Blick auf Produktion und Handel ein gefährliches **politisches Vakuum** entstehen lassen.

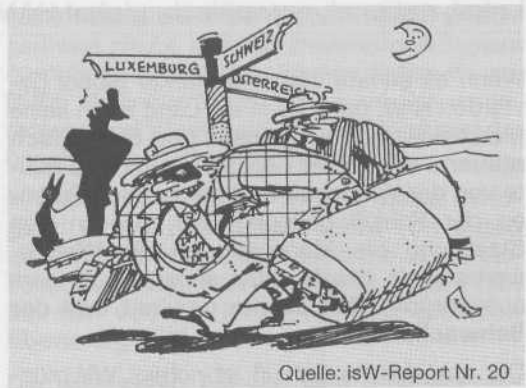
● **Fazit:** Dem Kapital, dem einzigen wirklich völlig mobilen Produktionsfaktor, werden gewinnträchtige Handlungsspielräume ermöglicht – und damit dem Prozeß der **Umverteilung zugunsten der Kapitalbesitzenden** Vorschub geleistet. Die weitaus weniger mobilen abhängig Beschäftigten („Produktionsfaktor Arbeit“) können bei der Organisation ihrer Interessenvertretung mit dieser Internationalisierung nicht Schritt halten und laufen um so mehr Gefahr, auf nationaler **Ebene gegeneinander ausgespielt** zu werden.

Wie diese Rahmenbedingungen den weltweiten Spaltungsprozeß vorantreiben, soll anhand einiger Beispiele dargestellt werden:

* Tag für Tag werden auf den internationalen Finanzmärkten in Erwartung von Zins- und Devisenkursproften mehr als eine Billion US-Dollar umgesetzt. Immer mehr Unternehmen „investieren“ ihre erwirtschafteten Mittel in diese profitablen **Spekulationsgeschäfte**, statt sie für arbeitsplatzschaffende Investitionen zu verwenden. Die Konsequenz: Der Trend zum Wachstum ohne Beschäftigung setzt sich fort. Den Unternehmern gelingt es, durch diese Investitions„alternative“ die Gewerkschaften lohn- und tarifpolitisch weltweit unter Druck zu setzen – und so auch die Rentabilität ihrer realwirtschaftlichen Investitionen zu erhöhen.

Die Folge ist eine **Schwächung der Massenkaufkraft**. Dadurch wird die wichtigste volkswirtschaftliche Nachfragekomponente geschwächt und gehen letztlich weitere beschäftigungswirksame Potentiale verloren.

* Auch kapitalkräftige Privatpersonen legen ihre verfügbaren Mittel zunehmend auf den internationalen Märkten an, um ihr Vermögen



zu mehren. Auf diese Weise **entziehen sie sich gleichzeitig der Besteuerung ihres Kapitals**, da die internationalen Märkte keiner steuerpolitischen Kontrolle unterliegen. Allein für den deutschen Finanzminister resultieren daraus jährliche **Steuermindereinnahmen** in Höhe von zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen (vgl. Kasten S. 3). Während gegen diesen enormen **Steuerbetrug der Reichen** weltweit nicht wirksam vorgegangen wird, werden zur Minderung der überall verbreiteten Staatsverschuldungen **die Armen herangezogen, indem empfindliche Einschnitte bei den sozialen Sicherheitssystemen vorgenommen werden**.

* Die Dynamik auf den internationalen Kapitalmärkten hat dazu geführt, daß die globalen finanziellen Transaktionen politisch nicht länger steuer- und regulierbar sind. Hieraus resultiert die Gefahr, daß sich etwa durch weltweite Zinserhöhungen die **Verschuldungskrise der Entwicklungsländer weiter verschärft**. Darüber hinaus scheint das gesamte System der internationalen Finanzsphäre aufgrund zahlreicher Instabilitäten und Verselbständigungstendenzen nicht mehr gegen einen folgeschweren Kollaps gefeit.

► Aus den hier nur ansatzweise skizzierten Problemfeldern geht hervor, daß die Lösung der sozialen Krise nur durch eine **grundlegende Neuorientierung unseres Wirtschaftssystems und einen handlungsfähigen politischen Ordnungsrahmen** gelingen kann.

Lokal, national, europäisch, global HANDELN

Wenn es stimmt, daß die Märkte global geworden sind, dann kann ein Land allein seine Marktwirtschaft nicht **sozial und ökologisch steuern**. Aus dieser Realität heraus wird heute von der Wirtschaft und den großen Parteien der Schluß gezogen: Wir müssen den Staat und die Menschen an die Wettbewerbsregeln des Marktes anpassen. Anders ausgedrückt: **Der Starke gewinnt und der Schwache verliert**.

Der umgekehrte Schluß ist richtig: Wir müssen das, was früher der Nationalstaat an Rahmenordnung des Marktes, an Sozial- und Beschäftigungspolitik, an **Umverteilung** durch progressive Steuerpolitik politisch durchsetzte, heute durch **globale Strukturen und Institutionen** leisten.

„Eine ‚Zivilisierung des Kapitalismus‘ ist entweder in der ganzen Welt oder gar nicht möglich.“

Elmar Altwater, Politologe

In diesem Sinne schlägt das Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) eine **Weltsozialcharta** vor, durch die „eine neue globale Zivilgesellschaft aufgebaut werden soll, die auf den Grundsätzen der Chancengleichheit, der Rechtsstaatlichkeit, globaler demokratischer Lenkung und einer neuen Partnerschaft zwischen allen Nationen und Menschen beruht“.

Alle Festlegungen in einer solchen Weltsozialcharta bleiben aber „nichts als Worte“, wenn nicht zwei Bedingungen erfüllt werden:

- **neue, demokratische Institutionen** unter Federführung einer reformierten UNO
- **neue globale Finanzquellen** für Beschäftigungs- und Sozialpolitik

Auf diese beiden Bedingungen konzentriert sich auch der UNDP-Vorschlag für die **Tagesordnung** des Weltsozialgipfels:

1. Verabschiedung einer Weltsozialcharta – einem neuen Sozialvertrag zwischen allen Staaten und allen Menschen.

2. Unterstützung eines neuen Modells für nachhaltige menschliche Entwicklung – mit einem Wirtschaftswachstum, das sich auf die Menschen konzentriert und das von einer Generation zur nächsten andauert.

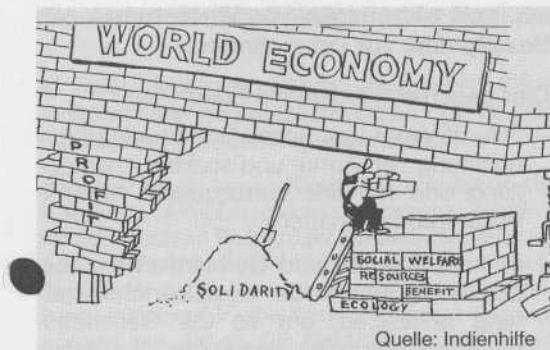
3. Beauftragung der Vereinten Nationen mit der Ausarbeitung eines umfassenden Konzepts für die Gewährleistung der menschlichen Sicherheit und für den Schutz der Menschen vor Bedrohungen ihres täglichen Lebens – durch Armut, Arbeitslosigkeit, Drogen, Terrorismus, Umweltschäden und Zerfall sozialer Strukturen.

4. Einigung auf das Ziel einer jährlichen Senkung der globalen Militärausgaben um 3 % im Zeitraum 1995 bis 2005, mit der Maßgabe, daß ein gewisser Teil der Einsparungen – zum Beispiel 20 % aus den Industrieländern und 10 % aus den Entwicklungsländern – einem Globalfonds für menschliche Sicherheit gutgeschrieben wird.

5. Annahme eines Vertrages über menschliche Entwicklung für die nächsten zehn Jahre (1995–2005), durch den alle Staaten sich verpflichten, ein Grundniveau menschlicher Entwicklung für alle ihre Bürger zu garantieren und den „20:20-Vorschlag“ zu unterstützen, wodurch Entwicklungs- und Geberländer aufgefordert sind, mindestens 20 % ihres Haushalts für prioritäre menschliche Bedürfnisse bereitzustellen.

6. Empfehlung an den „Wirtschafts- und Sozialrat“ der Vereinten Nationen (ECOSOC), die Durchführbarkeit verschiedener Formen einer Globalsteuerung zu untersuchen – vor allem Steuern auf globale Umweltverschmutzung und auf spekulative Kapitalbewegungen –, um so ausreichende Finanzmittel für die Einrichtung eines neuen Globalfonds für menschliche Sicherheit aufzubringen.

7. Appell an die internationale Gemeinschaft, die Rolle der Vereinten Nationen im sozio-ökonomischen Bereich zu stärken und sie durch die Einrichtung eines Wirtschafts-Sicherheitsrates, der die neuen Dimensionen



globaler menschlicher Sicherheit zu bewältigen hat, mit höheren Entscheidungsbefugnissen auszustatten.

Der „**Bericht zur menschlichen Entwicklung 1994**“, aus dem diese Vorschläge stammen, geht sogar noch weiter, ebenso wie eine Resolution der Europaparlamentes: Der Internationale Weltwährungsfonds muß zu einer Weltzentralbank weiterentwickelt und die Steuerparadiese der „freien Bankmärkte“ internationaler Kontrolle und Besteuerung unterworfen werden. **Wie sonst sollten die gefährlich spekulativen Geschäfte und die Steuerhinterziehung bekämpft werden können?** Diese dienen der reinen Geldvermehrung und entziehen der produktiven Wirtschaft und der Sozialpolitik die Finanzen.

Global denken, lokal handeln – dies war lange einer unserer Leitsprüche

Lokal und global denken und handeln – dies muß zukünftig unser Leitspruch sein!

Weltweite Mobilisierung ...

Politisch sind diese Ziele und Instrumente zur Zeit nicht durchsetzbar. Die Kapitalbesitzenden entziehen sich durch Globalisierung allen nationalen Regelungen. Und die Regierungen der reichen Industrieländer – allen voran die USA, Japan und Deutschland im Rahmen der EU – ergreifen im Blick auf ihre Wiederwahl dagegen

keine Maßnahmen. Da die Mehrheit ihrer BürgerInnen glaubt, aus dem bestehenden System noch Gewinne ziehen zu können, halten die politisch Verantwortlichen weiter an den ungerechten und lebensgefährlichen Strukturen der gegenwärtigen Weltwirtschaft fest.

► Dies wird sich erst ändern, wenn genügend Druck und Gegenmacht von unten entsteht. Wie aber läßt sich die zivile Gesellschaft mobilisieren? Wie vor allem läßt sie sich von der lokalen bis zur globalen Ebene organisieren?

Die wichtigsten Akteure sind Gewerkschaften, Selbstorganisationen der Betroffenen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Netze von solidarischen Gruppen und Bewegungen, Kirchen.

● Die **Gewerkschaften** kommen aus einer internationalen Arbeiterbewegung. Sie beginnen, sich europäisch und global als Gegengewicht zu den Transnationalen Konzernen zu organisieren – aber sehr langsam und geschwächt durch die arbeitsplatzvernichtenden neuen Technologien sowie die Konkurrenz der Arbeitenden in reichen und armen Ländern. Darum brauchen sie heute die Bundesgenossenschaft der anderen.

● Die **Selbstorganisationen der Betroffenen** (Initiativen der Arbeitslosen, der Kleinbauern, der Wanderarbeiter usw.) sind noch schwächer. Sie sind aber der schlafende Riese, denn ihre Zahl wächst täglich durch die Deregulierung der Märkte und die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik.

● Die **Nichtregierungsorganisationen und Solidaritätsnetze** sind zumeist auf einzelne Schwerpunkte (Flüchtlinge, einzelne Länder/Regionen der „Dritten Welt“, Schuldenproblematik, Obdachlose, Bauern, VerbraucherInnenorganisationen etc.) ausgerichtet. Nur wenige versuchen – wie beispielsweise „**Kairos Europa, unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit**“ oder wie in Japan „Pacific Asia Ressource Center“ oder in den USA „Development-Gap“ und „Kairos USA“ – die verschiedenen **Probleme und Akteure miteinander zu verbinden** und auf grundlegende Strukturänderungen hinzuarbeiten.

● Die **Kirchen** hätten für die anstehenden Aufgaben die besten Voraussetzungen von allen: Sie haben örtliche, bezirkliche, nationale, regionale und internationale Infrastrukturen und Organisationsformen. Sie sind vielfach ein **gelähmter Riese** – gelähmt von dem Interesse an institutioneller Selbsterhaltung und deshalb nicht zu harten Konflikten mit den Mächten der Wirtschaft und der Politik bereit. Wo sie um der Gerechtigkeit willen bündnis-, kampf- und leidensbereit werden, setzen sie unerschöpfliche Quellen frei.

... und vor Ort fängt es an

Fortschreitender Sozialabbau, die wachsende Umverteilung von unten nach oben, steigende Zahlen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen sind also vor allem Auswirkungen globaler (wirtschaftlicher) Deregulierung. Sie fordern in immer stärkerem Maße **solidarisches Handeln, Einmischen und Lobbyarbeit auf allen Politikebenen**, insbesondere aber auf kommunaler Ebene ein.

Die potentiellen Bündnispartner der armen Bevölkerung, also die oben genannten Akteure, dürfen den Prozeß der Armutsbekämpfung nicht nur aktiv durch Sozialarbeit, Soziale Dienste usw. unterstützen. Vielmehr müssen sie öffentlich Position beziehen. Dadurch leisten sie einen Beitrag, Politik oder politische Meinungsbildung zu ändern.

In **kommunalen Bündnissen gegen den Sozialabbau weltweit** haben sich in vielen Städten Deutschlands, aber auch in anderen europäischen Ländern, von Armut Betroffene und ihre Organisationen, Selbsthilfegruppen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammengetan. Sie wollen gemeinsam die Lebensbedingungen der an den Rand gedrängten Menschen in ihren Städten und Gemeinden verbessern und eine Lobby für sie sein.

Vorrangiges Ziel dieser kommunalen Bündnisse ist es, an dem Ort, wo der Handlungsdruck zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung am größten

ist, dazu beizutragen, die **Wirtschafts- und Sozialpolitik vor Ort zu ändern**.

Dies geschieht, indem die Bündnisse

- Öffentlichkeit und Sensibilität für die Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung und für eine konsequente Armutsbekämpfung schaffen,
- in ihren Städten und Gemeinden ein verbessertes System der Sozialberichterstattung anstreben, um so die Geschäftsgrundlage für eine wirksame Armutsbekämpfung vor Ort zu haben,
- konkrete Handlungsvorschläge für die Sozialpolitik vor Ort entwickeln,
- versuchen, Einfluß auf die Prioritätensetzung in der kommunalen Politik zu nehmen.

Die Zerstörung der ökonomischen und sozialen Basis und die zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und öffentliche und private Verschuldung müssen auf verschiedenen Ebenen integrativ als Resultat globaler Verarmungs- und Bereicherungsmechanismen erkannt und bekämpft werden.

Darüber hinaus will eine **Vernetzung** von kommunalen Bündnissen in Deutschland, in Europa und weltweit zur Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialpolitik beitragen. Angestrebt wird ein Bündel von Maßnahmen – wie die Durchführung gemeinsamer Aktionen, die Entwicklung gemeinsamer Strategien und das Aufzeigen von Handlungsperspektiven. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft, voneinander zu lernen, z.B. bei der Entwicklung neuer Konzepte in der Sozialarbeit, bei der Finanzierung sozialer Leistungen etc.

► Letztlich geht es durch die Vernetzung der lokalen Bündnisse darum, **gemeinsam darauf hinzuarbeiten, daß die globalen Mechanismen, die die Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene erschweren, behindern oder unmöglich machen, aufgebrochen werden**.

Kommunale Bündnisse gegen Sozialabbau in Deutschland

In vielen deutschen Städten haben sich lokale Bündnisse gegen Sozialabbau und soziale Ausgrenzung zusammengefunden:

Aktionskomitee Armes **Hamburg**, Armutsbündnis **Konstanz**, Armutskonferenz **Augsburg**, Bündnis für Solidarität im Solidarpakt **Gießen**, Bürgerbündnis **Frankfurt/O.**, Forum für kommunale Sozialpolitik **Essen**, Forum kommunale Außenpolitik **Freiburg**, Initiative für eine Armutskonferenz **Leipzig**, Konzierte Aktion zur Bekämpfung der Armut **München**, Kreis-Armutskonferenz **Tübingen**, Ökumenische Wohnungshilfe **Darmstadt**, Projektgrup-

pe „Armes **Aachen**“ beim Forum der Arbeit, Runder Tisch „Armes **Göttingen**“, **Saarländische** Armutskonferenz, Aktionszentrum **Osnabrück**, Soziales Bündnis **Bielefeld**, Sozialforum **Hannover**, Sozialforum **Heidelberg**, Sozialpolitische Offensive **Frankfurt/M.**, Sozialpolitische Offensive **Mannheim**, Sozialpolitische Offensive **Ulm** und Sozialpolitischer Ratschlag **Braunschweig**.

Die Karte mit Kommunalen Bündnissen weist noch viele weiße Flecken auf. Vielleicht können Sie mit dazu beitragen, daß die Karte bald nicht mehr weiß ist!



Hinweise:

Literatur:

- 1) Ferdi Achter: **Sackgasse Neoliberalismus – vier Millionen Arbeitslose – sieben Millionen Arme – zwei Billionen Staatsschulden – und kein Ende**, isw-report Nr. 20, 1994.
- 2) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – UNDP: **Bericht über die menschliche Entwicklung**, UNO-Verlag, Bonn, 1994.
- 3) eXplizit (Nr. 48): **Global unsozial**. Bezug: Horlemann Verlag, Postfach 13 07, 53583 Bad Honnef.
- 4) Ulrich Duchrow: **Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft** – Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohlichen Ökonomie, Mathias Grünewald Verlag, Gütersloh 1994.
- 5) Ulrich Duchrow u. Martin Gück: **Wirtschaften für das Leben**, Junge Kirche, Beilage zu Heft 3. Bezug: Verlag Junge Kirche, Postfach 10 07 07, 28007 Bremen.
- 6) epd-Entwicklungspolitik, Ausgabe 1/95, Themenheft: **Weltsozialgipfel 1995**. Bezug: epd-Vertrieb, Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt. In epd-Entwicklungspolitik wurde und wird über den Vorbereitungsprozeß zum Weltsozialgipfel laufend berichtet.
- 7) Folgende Ausgabe von **epd-Dritte Welt-Information** ergänzt den Schwerpunkt: **15/94 Wachstum ohne Beschäftigung**. Wer stoppt den Trend?
- 8) Richard Hauser und Werner Hübinger: **Arme unter uns**, Freiburg 1993. Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung, Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden.
- 9) Jutta Heckmann und Renate Höbhel: **Armut in einem reichen Land** – Arbeitsmaterial für die Erwachsenenbildung. – Kassel, 1990. Bezug: Arbeitsstelle für EB Kurhessen-Waldeck, Wilhelmshöher Allee 330, 34117 Kassel.
- 10) Ernst-Ulrich Huster, **Reichtum in Deutschland – Der diskrete Charme der sozialen Distanz**, Frankfurt/Main 1993.
- 11) Initiative Kirche von unten (Hrsg.): **Götze Geld und die neue Armut – Wege zum Umdenken**, Texte von unten, Band 3, Ilsede 1994
- 12) Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen (1966), in: Menschenrechte und Vereinte Nationen, hrsg. von der Deut-

schen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

- 13) Kairos Europa, (Hrsg.): **Die politische Verantwortung der Europäischen Union für die internationale Finanzordnung im Blick auf nachhaltige Entwicklung, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit**, Dokumentation eines Hearings im Europa-Parlament, Brüssel, 1994.
- 14) Wolfgang Kessler: **Aufbruch zu neuen Ufern – Ein Manifest für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie** Publik Forum Dokumentation, Oberursel 1990.
- 15) Nationale Armutskonferenz (Hrsg.): **Die Bekämpfung von Armut und Unterversorgung in Deutschland** Oberhausen 1993.
- 16) Verein für Sozialplanung (Hrsg.): **Standards der Armutsberichterstattung – Fachpolitische Stellungnahme**, Speyer 1994. Bezug: Geschäftsstelle Speyer, Löwen-gasse 34, 67346 Speyer.

Adressen:

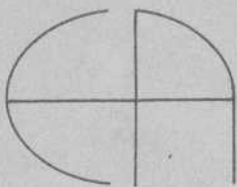
- 1) **Kairos Europa, Verarmungs- und Bereicherungsmechanismen in Süd/Ost/West – Alternativen**, Ulrich Duchrow und Martin Gück, Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Tel.: 0 62 21/7 26 10.
- 2) **WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.**, Herausgabe des Informationsbriefes Wirtschaft und Entwicklung, Sonderdienste zum Weltsozialgipfel, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel.: 02 28/69 64 79.
- 3) **Kontaktstelle für Kommunale Bündnisse**, Jutta Wenz, Ökumenischer Trägerkreis „Armut/Reichtum – Gerechtigkeit“, c/o Industriepfarramt, Nietzschestraße 8, 68165 Mannheim, Tel.: 06 21/41 50 09.
- 4) **Kontaktstelle „Wirtschaft buchstabieren lernen“**, Hartmut Futterlieb, Zur Linde 9, 36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21/7 49 05.
- 5) **Koordinierungsbüro der Nichtregierungsorganisationen zum Weltsozialgipfel**, c/o Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53115 Bonn.
- 6) **Nationale Armutskonferenz in der BRD**, Rolf Lodde, Deutscher Caritasverband e.V., SKM-Zentrale, Ulmenstr. 67, 40476 Düsseldorf.

Redaktionelle Bearbeitung dieser Ausgabe:
Ulrich Duchrow, Hartmut Futterlieb, Martin Gück,
Jutta Wenz und Cornelia Wilß-Hasenkamp.

epd-Dritte Welt-Information, Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes (epd). Herausgegeben vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP).

Redaktion: Peter Bosse-Brekenfeld, Konrad Melchers, K. Friedrich Schade (verantwortlich). Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Hans Hafenbrack.
Adresse: Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt/Main, Telefon 0 69/5 80 98-0, Telefax 0 69/58 09 81 22. Jahresabonnement DM 38,50,- für etwa 20 Nummern (Versandkostenanteil 16,50 DM). Mehrfachabonnenten erhalten von aktualisierten früheren Ausgaben ein Ansichtsexemplar. Im Ausland DM 20,- excl. MwSt., zuzüglich Versandkosten. Preis dieses Heftes: DM 2,50

Einzel-/Doppelausgabe/Dreifachausgabe DM 1,50/2,50/2,90; Günstige Preisstaffelung (z. B. 0,90/1,30/1,80 DM ab 10 Ex., 0,70/1,00/1,50 DM ab 100 Ex. usw.) Stand 1993. Das Angebot von epd-Dritte Welt-Information umfaßt über 80 Ausgaben zu den wichtigsten entwicklungspolitischen Stichworten. Sie sind auch außerhalb des Abonnements einzeln erhältlich. Register aller Ausgaben kostenlos! **Nachdruck nur mit Genehmigung der Fachredaktion!** epd-Dritte Welt-Information wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



Evangelische Akademie Berlin - Brandenburg

Haus der Kirche · Goethestraße 26 - 30 · 10625 Berlin · Telefon : 030 / 31 91 -

· Telefax : 030 / 31 91 200

Berlin, den 3. Juli 1995

An alle
Mitglieder der Konsultation über ein "Ostvotum" zum Wirtschafts- und Sozialwort

Liebe Freunde und Kollegen!

Hiermit möchte ich Sie sehr herzlich zur Weiterarbeit an unserem geplanten Votum zum Wirtschafts- und Sozialwort einladen. Wir wollen uns, wie es im Programm der letzten Zusammenkunft bereits mitgeteilt war, am

23. August 1995

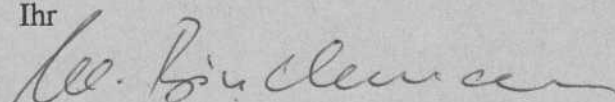
treffen, diesmal in der Außenstelle der EKD in Berlin-Mitte, Auguststr. 80.

Diese zweite Konsultation soll um 10.00 Uhr beginnen und wird vermutlich gegen 15.00 Uhr enden. Für einen Imbiß müssen Sie bitte ca. 5,00 - 7,00 DM einplanen. Ich selbst kann an ihr nicht mehr teilnehmen, da ich ab 15. August 1995 eine Tätigkeit in einer Auslandsgemeinde in Großbritannien aufnehmen werde. Ich möchte mich also auf diesem Wege von Ihnen verabschieden und Ihnen für die weitere Arbeit am Votum und auch sonst alles Gute wünschen. Selbstverständlich bin ich bereit, das Votum mitzuunterzeichnen. Da auch mein Kollege Michael Hartmann zu diesem Zeitpunkt nicht in Berlin ist, habe ich Elisabeth Adler gebeten, die Sitzung am 24. 8. zu leiten; Cordula Heilmann wird sich um den organisatorischen Rahmen kümmern. Zu diesem Zweck bitte ich Sie um schriftliche Anmeldung mit dem beigefügten Formular oder telefonische Information direkt an Cordula Heilmann (030-2886-164).

Für die weitere Arbeit darf ich daran erinnern, daß einzelne von Ihnen bzw. kleinere Arbeitsgruppen mit der Erarbeitung von Entwürfen für einzelne Textteile beauftragt worden waren. Mir ist bisher ein Entwurf von Henning Schierholz für den Teil 4 zugegangen. Ich selbst habe einen Entwurf für Teil 2 sowie für eine evtl. Einleitung vorbereitet. Diese Texte gehen Ihnen anliegend zu. Weitere Entwürfe will ich gerne noch an Sie weiterleiten, sofern sie uns bis Ende Juli erreichen.

Mit vielen Grüßen und guten Wünschen, auch von Michael Hartmann,

Ihr


Walther Bindemann

Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin

Telefon
030/6317809
Telefax
030/6361198

An
Töns Föste
Evang. Akademie
Karl-Marx-Str. 15

17489 Greifswald

Berlin, den 28.8.1995

Für den Teil V des "Ant-wort-papiers" zum Wirtschafts- und
Sozialwort der Kirchen

Kirche als Besitzerin von Land und Immobilien

Ein Beispiel aus der Evangelischen Kirchengemeinde Babelsberg.

Es geht um die "Vermarktung" von 2 Häusern der Kirchengemeinde (ehemaliges Pfarrhaus und im anderen hat eine Mitarbeiterin gewohnt - beides sind kleine, denkmalgeschützte "Weberhäuser" der alten böhmischen Ansiedlung NOWAWES - heute Babelsberg).

Die Kirchengemeinde ist Eigentümerin.

Der Evangelisch Kirchliche Hilfsverein ist Nutzer des Hauses. Er stellt Eigenmittel für den Sanierungsbau zur Verfügung. Dafür gilt ein mietfreier Nutzungsvertrag für 25 Jahre. Die Eigentümerin hat mit der Stadt (Sanierungsträger) einen Vertrag zur öffentlichen Nutzung des Hauses für 25 Jahre gemacht (Seniorentagesstätte für den Stadtteil - Träger ist der Evangelisch Kirchliche Hilfsverein).

In dieser Dreierkonstellation konnte es erreicht werden, ein verfallendes Haus zu sanieren und sozial für den Stadtteil zu nutzen. Dafür gab es von Seiten der Stadt einen hohen Anteil von Fördermitteln für den Hausausbau.

Im Dachbereich wurde noch zusätzlich eine Sozialwohnung geschaffen.

Beim 2. Haus ist es ähnlich:

Die Kirchengemeinde als Eigentümerin stellt 3 sozialen Initiativen das Haus zur Nutzung für 25 Jahre zur Verfügung. (Solidario-Projekt und Arbeitsloseninitiative "Weberinnen" - hier werden Eigenleistungen eingebracht - und eine Jugendberatungsstelle - sie erhält Fördermittel)

Die Gesamtfinanzierung setzt sich wie folgt zusammen:

- Fördermittel durch Stadt und Bund
- Eigenmittel der Evang. Kirchengemeinde
- Eigenleistung eines ABM-Projektes, bei dem 18 Frauen und 3 Männer noch Qualifizierungen in speziellen Bautechniken durch diesen Hausbau erhalten.

Auch hier stellt die Besitzerin eine Immobilie zur längerfristigen sozialen Nutzung so zur Verfügung, daß öffentliche Fördermöglichkeiten greifen und die Eigenbelastung für die Kirchengemeinde gering ist.

A. Eske Flade

Postgiro Berlin West BLZ 10010010 Konto 52050-100 EDG Kiel (Filiale Berlin) BLZ 10060237 Konto 139300



Fachstelle für
entwicklungsbezogene Bildungsarbeit
in den östlichen Gliedkirchen

Unser Zeichen:
KED

Bei Rückfragen:

Fr. Heilmann/ Fr. Kramer

Tel: (030) 28395 164/101

Fax: (030) 28395 150

23.8.95

Lieber Walther Bindemann,
liebe Mitarbeitende an einer „Ant - wort auf das Wirtschafts- und Sozialwort“.

ewas unkonventionell schreibe ich jetzt nach der Konsultation von heute gleich das Protokoll in
Briefform an Dich, welches gleichzeitig an alle Teilnehmenden der Sitzung versandt wird. So erspare
ich mir einen zweiten Brief als Anschreiben.

Dir als ehemals Einladenden und Initiator unserer „Ant - wort auf das Wirtschafts- und Sozialwort“
herzliche Grüße nach New Castle und gute Wünsche für Deinen Neubeginn.

Dein Brief tat uns gut, als wir die Entwürfe vor uns liegen hatten. Dein Angebot der redaktionellen
Bearbeitung nehmen wir dankbar an. Dein Sprachstil und die klaren Aussagen von Teil 0 und Teil 2
waren so überzeugend, daß wir um Deine Weiterarbeit bitten. Wir haben uns aber auch um
Aufgabenteilung bemüht und deshalb folgt in Anstrichen die Aufgabenverteilung und Terminsetzung für
die einzelnen Teilabschnitte.

Überall, wo im folgenden konkrete Vorschläge von mir angemerkt werden, bitte ich Dich um
Bearbeitung, aber letzten Endes auch mit der Freiheit, Dich im Gesamtduktus anders zu entscheiden,
wenn Du es für richtig erachtest.

Dem Vorschlag von Sabine Nagel, das „Ant-wort Papier“ unter eine neue Gliederung zu setzen, sind
wir nicht gefolgt. Wir wollen keine Gesamtkritik der Diskussionsvorlage machen, sondern aus der
Perspektive der östlichen Bundesländer einige Punkte benennen. Deshalb soll auch im Teil 0- Einleitung,
dieses als erstes klar benannt sein:

Teil 0

Im Anschluß an Zeile 11 einschieben von Zeile 26: „ Die perspektivische Engführung zeigt sich unter
anderem an einer „Westlastigkeit“ der Diskussionsgrundlage, denn die Probleme der Menschen in den
neuen Bundesländern werden unzureichend wahr genommen.“ Weglassung von Zeile 30 - 37.

Dann weiter mit Zeile 13 - 14.

Den Satz „Wir haben den Verdacht ...“ ersatzlos streichen, denn Verdächtigungen am Anfang sind nicht
gut.

Zeile 73 „klein“ streichen.

Insgesamt wirst Du sehen, ob mit den folgenden Änderungsvorschlägen - besonders Teil IV und Teil V - noch weitere Korrekturen erfolgen müssen, damit es stimmig ist.

Teil I Weglassung und Ausgrenzung

Elisabeth Adler will diesen Punkt überarbeiten, kann dieses aber erst zum 15. September Dir zuschicken, da sie auf Reisen ist. Die Stichpunkte dazu heißen: Beginnen mit der fehlenden „vorrangigen Option für die Armen“. Sonst gibt es auch keine Option für soziale Gerechtigkeit und keinen Frieden. (Eventuell mit Absatz 3 des Entwurfes beginnen.)

Teil II

Bitte alle angefügten Ergänzungsvorschläge einarbeiten. Deine eigenen und auch die von Dietmar Wittich. Die Diskette von ihm liegt bei.

Eine Anfrage an Dich: Ist es Dir möglich, die Ursachen für Armut dem Text voranzustellen? D.h. gedanklich und argumentativ mit Zeile 170 ff zu beginnen? Dann folgen wir nicht dem üblichen Schema: Es gibt Armut und dann fällt unsere Blick auch noch auf den Reichtum.

Zeile 126:

2.1. „ Armut wird als ... beschrieben. Armut ist eben kein Schicksal, sondern wird durch gesellschaftliche Vorgänge ... “

Teil III

Es liegen Dir zwei Entwürfe vor. Wir haben uns entschieden den Entwurf von Annette Flade als Grundstruktur zu übernehmen. Brigitte Schemeja wird diesen Teil mit den Ausführungen von Horst Goldstein biblisch-theologisch konkretisieren und lesefreundlicher machen. Dabei wird der Anfang mit Absatz 2 beginnen: „Ein originäres Wort der Kirchen ... “
Der Exkurs auf Seite 2 Absatz 1 am Ende wird ersatzlos gestrichen. Brigitte Schemeja schickt Dir dieses direkt bis zum 1. September zu.

Am Ende von Teil III soll ein alttestamentliches und neutestamentliches Beispiel als alternative Modelle stehen. Wir schlagen Sabbatruhe oder Erlaßjahr und HaushalterInnenschaft vor und bitten Dich, dieses zu ergänzen.

Teil IV und Teil V

Teil IV von Henning Schierholz soll ohne seine vorgeschlagene Ergänzung übernommen werden.

Gleichzeitig bitten wir Dich, die grundsätzlichen Aussagen von Töns Föste in den Teil IV einzuarbeiten, bei der klaren Gliederung von Kirche als Arbeitgeberin, Kirche als Besitzerin von Land und Immobilien sowie Vermögensverwalterin.

Diese Grund-Gliederung soll im Teil V wieder aufgenommen werden und erst dort die schon gelebten und erdachten Modelle konkret benannt werden. Dieses geschieht im Teil V unter der Überschrift, daß Kirche ihre haushaltsrechtliche Gesetzgebung unter ethische Kriterien stellen muß, um glaubwürdig zu handeln und zu wirtschaften. D.h.zum Beispiel konkret bei Vermögensverwaltung, daß die Grundsätze einer Handlungsanweisung, daß Geld nur gewinnbringend und mündelsicher angelegt werden kann, zu hinterfragen sind. Diesen Teil schickt Dir Töns Föste bis zum 10. September zu.

Vorher haben Zuarbeit geleistet an Töns Föste bis zum 1. September mit konkreten Beispielen:

6	Föste, Töns	Städin- hilf	49	Ev. Akademie K.-haus-Platz 15 17489 Greifswald
---	-------------	-----------------	----	--

Brigitte Schemeja - Kirche als Arbeitgeberin, Magdeburger Modell
Annette Flade - Kirche als Besitzerin von Land und Immobilien, Babelsberger Modell
Cordula Heilmann Kirche als Vermögensverwalterin, EDCS - Förderkreis im östlichen Deutschland

Du hättest dann die Endredaktion zu diesem Teil.

Wenn dieser Zeitplan klappt, kannst Du mir Deine redaktionelle Überarbeitung zusenden. Ich kann dieses an alle aktiven Mitschreiberinnen und DenkerInnen versenden, die eine Einspruchsfrist von einer Woche bekommen.

Wenn dann nur kleine Änderungen gewünscht werden und nicht noch einmal eine Redaktionsgruppe zusammenkommen muß (prinzipiell haben sich sonst dafür Adler, Döring und Goldstein bereit erklärt) könnte ich auch noch diese Einarbeitung erledigen und die Versendung des endgültigen Antwort-Papier übernehmen an die oben Genannten, die auch die UnterzeichnerInnen sind. Gleichzeitig damit könnte ich auch die „Anschreibarbeit“ für die Veröffentlichungen erledigen und an die Kontaktadresse für den Konsultationsprozeß. Das muß dann aber alles bis zum 27. September geschehen können bzw. vorbereitbar sein. Meine Stelle läuft am 30. September aus.

Ich habe bei zu engem Zeitplan eine Übergabe an Annette Flade vereinbart und wir beide bleiben ja in Verbindung.

Als Kontaktadresse für die Veröffentlichungen haben wir an Brigitte Schemeja, Annette Flade und Töns Föste gedacht.

Mit Frau Hoffmann und Herrn Hartmann von der Akademie werde ich persönlich Rücksprache nehmen und sie informieren.

Da auch mir die Zeit schneller als mir lieb voranschreitet, bitte ich alle Tipfehler zu entschuldigen und hoffe nun, daß meine schnelle Zuarbeit verständlich ist.

Mit freundlichen Grüßen



Cordula Heilmann

Kirche als Besitzerin von Land und Immobilien

Ein Beispiel aus der Evangelischen Kirchengemeinde Babelsberg
Es geht um die "Vermarktung" von 2 Häusern der
Kirchengemeinde (ehemaliges Pfarrhaus und in der Nähe
eine Mikalbeisen gewohnt - beides sind einstöckige kleine
deutmalgeschützte "Weber Häuser" der alten böhmischen
Siedlung NOWANES - heute Babelsberg)

Die Kirchengemeinde ist Eigentümerin.

Der Evangelische Kirchliche Hilfsverein ist Nutzerin des Hauses.
Er ~~stellt~~ ^{stellt} Eigenmittel für den Sanierungsplan zur Verfügung.
Dafür gibt es einen mietfreien Nutzungsvertrag für 25 Jahre.

Die Eigentümerin hat mit der Stadt (Sanierungssträßen)
einen Vertrag zur öffentlichen Nutzung ^{des Hauses} für 25 Jahre
gemacht (Seniorenbegegnungsstätte für den Stadtteil), dafür
gab es von Seiten der Stadt einen hohen Anteil
von Fördermitteln für den Hausausbau.

Im Dachbereich werde noch zusätzlich eine Sozial-
wohnung geschaffen.

* - Träger ist der Ev. Kirch. Hilfsverein)

In dieser Dreier Konstellation könnte es erreicht
werden, ein verfallendes Haus zu sanieren und
sozial für den Stadtteil zu nutzen.

Bei 2. Haus ist es ähnlich:

Die Kirchengemeinde als Eigentümerin stellt für 25 Jahre
3 sozialen Initiativen das Haus ~~zur~~ ^{zur} Nutzung ~~zur~~ ^{zur}
Verfügung (Solidario-Projekt und Arbeitslosen-
initiative "Weberhäuser" - hier werden Eigenan-
stalten eingebracht - und eine Jugendbegegnungsstelle
- sie erhält Fördermittel)

0. Einleitung

(Entwurf W. Bindemann)

5 Auf Einladung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg hat eine Gruppe hauptamtlicher kirchlicher Mitarbeiter und engagierter Laien aus mehreren ostdeutschen Bundesländern das folgende Votum zum Wirtschafts- und Sozialwort von EKD und Katholischer Bischofskonferenz erarbeitet. Es versteht sich als Ant-Wort auf eine Diskussionsgrundlage, die von uns als Anregung zum Gespräch begrüßt, 10 als Vorlage für ein Wort der Kirchen aber als unzureichend empfunden wird.

15 Unsere Kritik an der "Diskussionsgrundlage" beginnt mit der Feststellung, daß in ihr wichtige Themen und Probleme nicht vorkommen. Wir haben den Verdacht, daß solche Verengung der Perspektive intendiert ist. Ausgrenzung von Themen und Problemen aus der Darstellung geht immer auch mit der Ausgrenzung von 20 Personengruppen einher. Wir möchten Versäumtes einklagen. Von einem zukünftigen Wort der Kirchen erwarten wir, daß es gerade die Nöte und Bedürfnisse von Benachteiligten und Schwachen in wünschenswerter Deutlichkeit zur Sprache bringt. Dabei könnte an den konziliaren Prozeß angeknüpft werden, der gerade in der ehemaligen DDR eine wichtige Funktion für die Bewußtseins- und Willensbildung in Kirchen und Gemeinden verschiedener Konfessionen hatte.

25 Die perspektivische Engführung zeigt sich unter anderem an einer "Westlastigkeit" der "Diskussionsgrundlage": Ihre Argumentation zielt vor allem auf die westdeutsche Öffentlichkeit; die Probleme der Menschen in den neuen Bundesländern werden unzureichend wahrgenommen. Wir halten dies nicht nur für bewußt einseitig, sondern auch 30 für kurzsichtig. Denn viele wirtschaftliche und soziale Probleme der neuen Bundesländer werden nicht auf den Osten beschränkt bleiben; vielmehr deuten sich hier Entwicklungen an - freilich in dramatischer Form -, die zunehmend auch das wirtschaftliche und soziale Klima im 35 Westen beeinflussen dürften. Wir möchten daher, bei aller Betonung unserer ostdeutschen Wahrnehmung, auf Schnittstellen zwischen Entwicklungen in alten und neuen Bundesländern hinweisen.

40 Ein weiterer Kritikpunkt an der "Diskussionsgrundlage" ist ein geradezu ignorant wirkender Mangel an Analyse. Material und Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Untersuchungen wurden praktisch nicht rezipiert. Das rächt sich in unscharfen Beschreibungen von Problem- und Handlungsfeldern. Wir möchten an den Problemfeldern Arbeit/ Arbeitslosigkeit und Armut/Reichtum exemplarisch zeigen, wie

45 analytische Erkenntnisse aus der Situation der neuen Bundesländer
gewonnen, interpretiert und verarbeitet werden können.

Auffällig ist an der "Diskussionsgrundlage" neben der fehlenden
 Analyse eine fehlende Vision. Selbstverständlich lassen Visionen sich
 50 nicht aus der Retorte zaubern. Zumal in einer Situation, die durch
 krampfhaftes Besitzstandswahrung gekennzeichnet ist, dominieren
 Pragmatismus und Reformismus. Wir bringen das Fehlen einer Vision
 vor allem mit dem völligen Verzicht auf biblisch-theologische
Grundlegungen in Zusammenhang. Dieser Verzicht ist wahrscheinlich
 55 von dem Wunsch diktiert, mit säkularen Partnern ins Gespräch zu
kommen. Jedoch haben gerade sie ein Recht darauf, daß die Kirchen
Rechenschaft geben über ihre Hoffnung. Das gilt nicht nur für die "letz-
 ten Dinge", sondern auch für die mittelfristige Zukunft. Für die Kirchen
 selbst kann das Gespräch mit den Ur-Kunden ihres Glaubens gerade an-
 60 gesichts krisenhafter Erfahrungen nur hilfreich sein. Wir brauchen
 sowohl die Herausforderung als auch die Vergewisserung, die dadurch
 ausgelöst wird. Wer sich auf den Anspruch der biblischen Botschaft
 einläßt und ihn damit konfrontiert, was Menschen heute glauben und
 hoffen, wird einen schärferen Blick für die falschen Götter und goldenen
 65 Kälber bekommen, denen heute unsere Absage gelten muß.

Kritisch ist zur "Diskussionsgrundlage" ferner zu bemerken, daß sie
 zwar Forderungen an Politik und Wirtschaft artikuliert, jedoch die
 Kirchen als wirtschaftliche Akteure nicht im Blick hat. Wir weisen daher
 70 auf Konsequenzen für kirchliches Handeln hin und konzentrieren uns
dabei wiederum exemplarisch auf die Kirchen als Arbeitgeber und
Besitzer bzw. Verwalter von Vermögen. Wir schlagen vor, daß sie in
 diesen Eigenschaften durch eigene kleine Schritte zeichenhaft handeln
 sollten, um öffentliches Bewußtsein zu mobilisieren und zu
 75 sensibilisieren.

Abschließende Hinweise auf alternative Modelle sollen deutlich machen,
 daß Alternativen zur Transformation unseres Wirtschafts- und
 Sozialsystems nicht außerhalb dieses Systems gesucht, sondern aus ihm
 heraus entwickelt werden müssen. Gerade das aber erfordert entschlos-
 senen Abschied von einem Reformismus, der schließlich der
Konservierung bestehender Privilegien dient, und Bereitschaft zum
Beschreiten neuer, ungewohnter und unpopulärer Wege.

Teil 1: Weglassungen und Ausgrenzungen

(Entwurf Elisabeth Adler, Wolf-Dieter Graewe, Cordula Heilmann)

Das größte Problem in der Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß sind die Weglassungen. Dabei ist am schwerwiegendsten, daß dies bei einer Diskussionsgrundlage für einen Konsultationsprozeß geschehen ist. Unseres Erachtens ist dieses umso gravierender zu sehen, da ein weltweiter ökumenischer Konsensprozeß nicht nur sprachlich nicht aufgenommen wurde, sondern auch inhaltlich die entscheidende Weichenstellung damit unterlassen wurde. Es erhebt sich die Frage, warum bei der Nennung der drei Optionen, nicht als erste Option die "vorrangige Option für die Armen" genannt wird, sondern weggelassen wurde. Statt dessen steht als erste Option: "Option für die Schwachen".

Die Ökumenische Versammlung in Dresden (1989), die Ökumenische Weltversammlung in Seoul (1990) und auch die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Canberra (1991) hatten die vorrangige Option für die Armen benannt. Wenn es um ein Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage geht, müssen globale Prozesse von Anfang an mit im Blickfeld sein. D.h., der Ort und die Perspektive aus der die weiteren Schritte folgen, muß klar benannt sein. Wenn als erste Option die "Option für die Schwachen" benannt wird, so ist dieses nicht nur eine andere Formulierung, sondern es ist in der Diskussionsgrundlage eine folgenschwere Entscheidung für den Gesamtzusammenhang gegeben. Alle Reaktionen, die nun noch Ergänzungen und Nachbesserung anmahnen, sind in diesem Sachzusammenhang zu sehen. Aber es verhält sich ähnlich wie beim Zuknöpfen einer Jacke. Einmal falsch begonnen kann man noch so intelligent weiter knöpfen, die Schiefelage bleibt. Da hilft nur das Ganze sich noch einmal vom Beginn an anzusehen.

Deshalb bitten wir darum, die "vorangige Option für die Armen" auch den Überlegungen voranzustellen, dann werden Analyse, Visionen und Handlungsvorschläge stringend. Denn die "vorrangige Option für die Armen" heißt, die Frage nach der Gerechtigkeit unter Vorrangstellung der Lebensbedürfnisse der Armen zu stellen. Die wirtschaftliche und soziale Lage wird dadurch differenzierter beschrieben. Die strukturellen Gerechtigkeitsprobleme können klar benannt und der befreiungstheologische Aspekt sichtbar werden. Dies alles ist nicht bei der "Option für die Schwachen" intendiert, sondern bei der "Option für die Schwachen" steht der sozial-diakonische Ansatz im Vordergrund.

Viele Personengruppen werden ihre Lebenswirklichkeit wieder finden, wenn der oben genannte Ansatz verwirklicht wird, denn im Moment erheben zu Recht Frauen, MigrantInnen, Alleinerziehende, Solidaritäts-, Umwelt- und Friedensgruppen, Ostdeutsche ... ihre Stimme, um als Marginalisierte mitbedacht zu sein.

Auf der oben benannten Grundlage sollen deshalb nur beispielhaft und wahlweise zwei Punkte besonders hervorgehoben werden:

- Es fehlt dem Text an Kohärenz; sowohl die dargestellten drei Optionen (1.2) als auch die ausgewiesene, regionalen Kontexte (2.) gehen zu wenig in den nachfolgenden Kapiteln auf, werden allenfalls selektiv aufgenommen.

Insbesondere trifft dies auf die angesprochene Verantwortung für die eine Welt zu; diese bleibt deklaratorisch, d.h. die Problematik wird bei den Auswirkungen der vorgeschlagenen Lösungen weitgehend vernachlässigt. Mit Entwicklungshilfe und Abbau von Protektionismus lassen sich die bestehenden Probleme nicht lösen.

- Es fehlen Hinweise zu oder auch Fragen nach neuen Instrumenten des marktwirtschaftlichen Systems, die eine zukunfts- und entwicklungsfähige Gesellschaft ermöglichen.

Die in der Studie ausgewiesenen und beschriebenen Defizite und Mängel sind ja eine Folge oder ein Erscheinungsbild marktwirtschaftlicher Ordnung. Die Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden fraglos übernommen; daraus ergibt sich doch die Frage, ob man mit den bisherigen Instrumenten der Politik jene Probleme ausräumen kann, die eben durch diese Politik geschaffen wurden!

Wenn dem so ist, daß die Stärke des marktwirtschaftlichen Systems vor allem in der Fähigkeit liegt, sich neuen Bedingungen anzupassen, dann ist zu fragen, warum nicht Aussagen und Fragen zu neuen Bedingungen gestellt werden. Z.B. nach einer ökologischen Umsteuerung, einer weltweiten Besteuerung von Kapitalbewegungen, nach Neubewertung von Arbeit, nach der Herausbildung neuer Steuerungsmechanismen oder gesellschaftlichen Organisationsformen, um u.a. der Fragmentierung der Weltgemeinschaft oder der Dramatik globaler Märkte entgegenzuwirken.

Teil 2: Probleme der neuen Bundesländer als gesamtdeutsche Herausforderungen

(Entwurf: W. Bindemann)

- 5 Eine Schwäche der "Diskussionsgrundlage" besteht in einem Mangel an Analyse. Dadurch werden vitale Fragen mit denen zahlreiche Menschen persönlich und die Gesellschaft als ganze konfrontiert sind, zu unscharf beschrieben. Wir möchten das exemplarisch an den zwei Problemfeldern Arbeit/Arbeitslosigkeit und Armut/Reichtum aufzeigen. Dabei gehen
- 10 wir davon aus, daß sich in den neuen Bundesländern Tendenzen, die Deutschland insgesamt betreffen, deutlicher ausprägen als in den alten Ländern. Daher ist die wirtschaftliche und soziale Lage im Osten nicht nur dramatischer als im Westen; sie läßt zugleich auch Probleme
- 15 schärfer erkennen, die zunehmend Deutschland insgesamt betreffen. Die folgenden Problemskizzen sollten daher nicht als "Unkenrufe" aus dem Osten betrachtet werden, sondern als Hinweise auf Aufgaben, welche nicht nur regionale, sondern gesamtdeutsche Lösungen erfordern.

1. Das Problemfeld Arbeit/Arbeitslosigkeit

20

Daß in der "Diskussionsgrundlage" ein Recht auf Arbeit als ethisch begründetes Menschenrecht angemahnt wird, ist zu begrüßen. Andererseits erscheint das Projekt "Arbeit für alle" in den neuen Bundesländern gegenwärtig als chancenlos.

25

- Seit den 1980er Jahren führt in den alten Bundesländern ein längerfristiger Strukturwandel zu einer stetigen Abnahme industrieller Arbeit. In den neuen Bundesländern hat diese Entwicklung nach Währungsunion und staatlicher Einheit abrupt eingesetzt. Das
- 30 Erwerbspersonenpotential von 8,5 Millionen Menschen spaltet sich hier zur Zeit in ca. 6 Millionen in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst Beschäftigte und ca. 2,5 Unterbeschäftigte und Arbeitslose. Prozentual besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit gegenwärtig in den strukturschwachen Gebieten, insbesondere auf dem Land. Dort beträgt
- 35 die Zahl der Erwerbslosen und aus öffentlichen Mitteln Alimentierten mitunter bis zu 50% aller Personen im erwerbsfähigen Alter.

Prognostisch sind im Osten nicht mehr als 6 Millionen Arbeitsplätze zu erwarten. Der prozentuale Anteil Langzeitarbeitsloser ist in den letzten Jahren ständig gestiegen; 1992 betrug er 24,4%, im Jahr 1993 waren es 30,7%, und 1994 sogar 34,7%. Die Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern unterscheidet sich von der in Westdeutschland charakteristisch. Dort ist der typische Langzeitarbeitslose der ältere Mann, häufig mit gesundheitlichen Einschränkungen. Die Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen im Osten bilden - im allgemeinen gut qualifizierte, gesunde und vielfach jüngere - Frauen (1994: 77% der Langzeitarbeitslosen in den neuen Ländern). Aufgrund der insgesamt niedrigeren Einkommen steigert das die soziale Unsicherheit zahlreicher Familien und beschädigt die Selbstwertgefühle von Frauen, die in der DDR-Ära genötigt waren, ihre Rolle in Familie und Gesellschaft entscheidend über die Erwerbsarbeit zu definieren. Die krisenhaften Konsequenzen für zahlreiche Ehen und Familien sind schwer abzuschätzen; jedoch bilden auch sie einen Aspekt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, dem insbesondere von den Kirchen Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

Für die Arbeitsmarktpolitik ergeben sich aus den geschilderten Fakten und Faktoren zwei Konsequenzen:

- Zum Einen ist nach den Rahmenbedingungen zu fragen, unter denen Erwerbsarbeit erfolgt.
- Zum anderen stellt sich die dringende Frage, wie die von Arbeitslosigkeit Betroffenen in die Lage versetzt werden können, mit den gegebenen Bedingungen produktiv umzugehen. Erwerbsarbeit muß in Zukunft neu definiert werden, z. B. durch Sicherung von Grundeinkommen für alle.

Wir stimmen der in der "Diskussionsgrundlage" geäußerten Auffassung zu, daß "die bloße Sicherung von Menschen, die keine Arbeit haben, ... für den Notfall gerechtfertigt" ist, "als Massenschicksal jedoch ist das Fehlen einer Beschäftigung für diese Menschen unverträglich und nicht verantwortbar" (53).

sie sich hier im Zuge der sozialen Polarisierung schnell und voraussichtlich massiver als im Westen ausbilden. So droht in den neuen Bundesländern aufgrund der niedrigen Einkünfte in der DDR und der daraus resultierenden niedrigen Renten vielen älteren Menschen Altersarmut.

Aufgrund fehlender Analyse bleibt die "Diskussionsgrundlage" bei der Behandlung des Themas Armut viel zu allgemein und hinter längst gesicherten Erkenntnissen zurück. Im ökumenischen Gespräch über die Verantwortung der Kirchen angesichts der Weltarmut sind wir oft darauf hingewiesen worden, daß Armut kein Zufall oder blindes Schicksal ist, sondern Produkt ungerechter Verhältnisse. Dies bewahrheitet sich auch bei der Analyse von Erscheinungsformen und Ursachen der Armut in Deutschland.

2. 1. Armut als "komplexes Verliererschicksal" nur unscharf, unzureichend und verhamlosend beschrieben; sie wird durch gesellschaftliche Vorgänge produziert und ist daher Teil und Problem dieser Gesellschaft als ganzer.

Im Osten Deutschlands zeichneten sich schon kurz nach Einführung von D-Mark und Marktwirtschaft Tendenzen zur Polarisierung in Besser- und Schlechterverdienende mit allen sozialen Folgen ab. Vielfach ist die Entstehung neuer Armut mit dem hohen Maß an Arbeitslosigkeit und der unsicheren Arbeitsmarktsituation verbunden. So mußten in den neuen Bundesländern bisher ca. 50% der Erwerbstätigen Beruf und Arbeitsplatz wechseln. Viele Einzelpersonen und Familien sind bereits jetzt durch die Wohnkosten überdurchschnittlich belastet; steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut lassen befürchten, daß es für eine zunehmende Zahl von Haushalten zu einer Überbelastung durch Wohnkosten kommt und preiswerter Wohnraum für sie nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung steht, obwohl es im Osten keinen Wohnungsmangel gibt.

Diese Tendenzen werden von den betroffenen Menschen als Ungerechtigkeits- und Ohnmachtserfahrungen wahrgenommen. Schon jetzt empfinden viele von ihnen sich als ignoriert und überflüssig. Wenn

*Die Armut
wird durch
produziert*

Das derzeitige sozialstaatliche Sicherungssystem der Bundesrepublik
 75 Deutschland wird über das Erwerbsarbeitszeitmodell reguliert. Daher
 sind die in der "Diskussionsgrundlage vorgeschlagenen neoliberalen
Lösungsansätze für unzureichend. Um mit dem knapper werdenden Gut
 der Erwerbsarbeit sozial ausgewogener umzugehen und jedem die
 Chance zu geben, am Arbeitsleben teilzunehmen, schlagen wir folgende
 80 Schritte vor:

1. Entschiedene Formen der Verteilung vorhandener Arbeit, vor allem
 85 drastische Verkürzungen der Arbeitsstunden, verbunden mit einer an
den Bedürfnissen der Menschen orientierten Arbeitszeitgestaltung.
2. Bedarfsorientierte Grundsicherung, die allen ein Leben in Würde
 ermöglicht.
3. Abkehr von der Finanzierung sozialstaatlicher Sicherungen über die
 90 an der Lohnarbeit orientierten Abgaben und Hinwendung zu einer
Orientierung an der tatsächlichen Wertschöpfung.

Neben den Fragen an Politik und Gesellschaft ergeben sich aus der
 Beschäftigungssituation auch Fragen an die Kirchen: Wie verhalten sie
 95 sich Kirche als Arbeitgeber? (Einzelheiten dazu im Teil 4 dieses Votums)
Welche Rolle spielen Arbeitslose in der Wahrnehmung und im Leben
der Kirchen? Arbeitslose beklagen häufig, daß sie im kirchlichen Leben
 wie in der Gesellschaft marginalisiert sind. Seelsorge und Diakonie
 müssen noch stärker als bisher der Sorge für den ganzen Menschen in
 100 allen seinen Lebensbezügen dienen.

2. Das Problemfeld Armut/Reichtum

In Deutschland geht das Gespenst einer neuen Armut um. Sie ist nicht
 105 Schicksal oder Zufall, sondern Ergebnis einer Wirtschafts- und
 Sozialpolitik, die die Schwachen nicht genügend schützt und
 unzureichende Instrumente für Teilen und Teil-Habe entwickelt hat.

Noch sind in den alten Bundesländern und dem Westteil Berlins die
 110 Armutsmilieus stärker ausgeprägt als in der früheren DDR. Doch werden

185 Das soziale Auseinanderfallen unserer Gesellschaft kann nur durch einen dezidierten Willen zur Solidarität verhindert werden, der sich auch materiell äußern muß.

190 Der wachsenden Zahl armer und armutsgefährdeter Menschen steht auch in Deutschland eine Schicht von Reichen gegenüber. 5% der Gesamtbevölkerung besitzen 50% der Vermögen; die 50% der Bevölkerung, welche die untere Hälfte der Gesellschaft bilden, verfügen jedoch nur über 10% aller Vermögen.

195 Das künftige Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage sollte daher auf die Notwendigkeit eines Lastenausgleichs hinweisen.

200 Denn die Finanzierungslücken der öffentlichen Haushalte lassen sich mit konventionellen Mitteln nicht mehr schließen; die Belastung der Arbeitseinkommen durch Steuern und Abgaben ist jedoch an die Grenze des Erträglichen geraten. Daher müssen auch die nicht-sozialversicherungspflichtigen Bürgerinnen und Bürger und die in den vergangenen Jahrzehnten gebildeten Vermögen in die soziale Mitverantwortung einbezogen werden. Instrumente wie Vermögens- und Erbschaftssteuer könnten für die notwendige Umverteilung eingesetzt werden. Erwogen werden sollte auch eine Vermögensabgabe, die an den Lastenausgleich von 1951 anknüpft.

210 Mit den dadurch frei werdenden Mitteln wäre eine Arbeitsförderungs- politik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine Wohnungspolitik möglich, die allen Bedürftigen den notwendigen Wohnraum garantiert.

215 Viele, die Vermögen besitzen, werden derartige Umverteilungsmaßnahmen zunächst ablehnen. Jedoch würden sie längerfristig auch ihnen nützen, da sie zur Stärkung des sozialen Friedens in unserem Land beitragen.

150 die derzeitige Entwicklung sich linear fortsetzt, werden die Ost-West-Unterschiede in Deutschland sich vertiefen; die soziale Spaltung wird zementiert.

155 2. 2. Armut wird nicht nur einzelne Personen oder Familien betreffen, sondern auch Kommunen und ganze Regionen. Insbesondere den ländlichen Gebieten droht die dreifache Gefahr von Verarmung, Vergreisung und Verödung. Viele junge Menschen auf dem Lande sehen für sich in ihrer Region zur Zeit keine Zukunft. So wandern arbeitsfähige jüngere Personen aus in die urbanen Zentren oder - nach Möglichkeit - gleich in die alten Bundesländer. Armut im Osten ist daher auch ein gesamtdeutsches Strukturproblem.

160 2. 3. Wir stimmen der "Diskussionsgrundlage" darin zu, daß Armut die Gesellschaft insgesamt in Mitverantwortung stellt. Die Kirchen müssen aber konkreter und deutlicher sagen, was das heißt. Gegenüber dem im Sommer 1994 veröffentlichten Entwurf wurde in der offiziellen Fassung die Überschrift des einschlägigen Abschnitts geändert: "Bekämpfung der Armut", hieß es im Entwurf, die jetzige Überschrift lautet nur noch: "Der Armut entgegenwirken". Fürchten die Kirchen, deutliche und klare Aussagen könnte das angestrebte Gespräch blockieren?

165 *Bekämpfung der Armut*

170 Erfolgreiche Bekämpfung - um nichts anderes kann es gehen - der Armut erfordert radikalere Umverteilung der in unserer Gesellschaft angehäuften und von ihr produzierten Reichtümer. Armut resultiert nicht aus "Gerechtigkeitslücken", sondern aus der Grundstruktur der marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. In ihr gibt es erhebliche

175 Gewinne der reicheren auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsschichten. Diese Zusammenhänge müssen stärker ins öffentliche Bewußtsein gehoben werden. Im Zusammenhang damit muß auch die Frage gestellt werden, wie mit solchen "Armutsgegewinnen" umgegangen werden soll.

180 Ein erster Schritt wären regelmäßige, die Armutsberichte ergänzende, Reichtumsberichte zur Offenlegung der Vermögenssituation in Deutschland.

Gossner Mission Fennstraße 31 D-1190 Berlin

Telefon
003 72 / 635 11 98
Telefax
003 72 / 635 11 98

Herrn
Horst Goldstein
Franziskanerorden
Bildungsreferent
Wollankstr. 19

13187 Berlin

Berlin, den 13.7.1995

Lieber Herr Goldstein,

hier mein Entwurf für unsere Arbeitsgruppe. Beim Schreiben gab es Unsicherheiten und Klarheiten, daß ich es nur so zu Papier bringen kann. Sicher ist Einiges zu kurz. Vielleicht ist es auch insgesamt zu viel und noch zu allgemein.

Ihre Vorlagen waren Anregungen, aber ich mußte es dann doch selbständig schreiben. Es kann aber noch alles "zerrissen" werden. Ich hoffe, unser Zusammensein kommt zustande und wir schaffen es, ein gemeinsames Papier zu erstellen. Bitte kritisch und verbessernd bis dahin lesen!

Ich telefonierte mit Herrn Hartmann von der Evang. Akademie, der nächste Termin ist der 23.8.! Was das nun für unsere Arbeitsgruppe heißt, wenn Sie und ich nicht können, müssen wir sehen!

Ihnen gute Sommer- und Erholungswochen. Bis zum Wiedersehen
herzliche Grüße

Postgiro Berlin West
BLZ 100 100 10
Konto 520 50-100

EDG Kiel (Fil. Berlin)
BLZ 100 602 37
Konto 139 300

Gossner Mission Fennstraße 31 D-1190 Berlin

Telefon
003 72 / 635 11 98
Telefax
003 72 / 635 11 98

Herrn
Uli Bandt
Pfarrhaus

18551 Bobbin

Berlin, den 13.7.1995

Lieber Uli Bandt!

Hier mein Entwurf für unser gemeinsames Treffen (am 10.8. oder 9.8. in Berlin in der Fennstr. 31 bei der Gossner Mission - H. Goldstein wollte es per Telefon verabreden und festmachen mit Dir).

H. Goldstein und ich haben schon einmal zusammengesessen und die Grundlinie überlegt. Das jetzt Vorliegende kann "zerrissen" bzw. verändert werden. Wenn möglich, Vorschläge zum Augusttermin mitbringen.

Am, 23.8. soll dann das Gesamttreffen sein. Sicher hast Du da auch eine Einladung bekommen. Ein Problem ist, daß ursprünglich der 24.8. vorgesehen war. H. Goldstein und ich können am 23.8. nicht! Ich habe schon mit M. Hartmann telefoniert.

So hoffe ich, daß unser Treffen Anfang August klappt. Da bereden wir alles Weitere.

Bis dahin gute Urlaubstage und herzliche Grüße

Postgiro Berlin West
BLZ 100 100 10
Konto 520 50-100

EDG Kiel (Fil. Berlin)
BLZ 100 602 37
Konto 139 300

Entwurf aus der "theologischen Arbeitsgruppe" zum "Ost-Votum" zum Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen

Das Papier "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" ist eine **schlechte Diskussionsgrundlage** für ein gemeinsames Wort der Kirchen, weil es sich in seinen inhaltlichen Aussagen und seinem formalen Aufbau nicht speisen läßt von biblisch-theologischen Aussagen über Gottes Gerechtigkeit und deren Lebensgestaltung unter den Menschen.

Wir behaupten, eine genauere Darstellung dessen, was in der hebräischen und griechischen Bibel zu ökonomischen Themen gesagt ist, hätte grundlegend und durchgängig Notwendiges vom **"Widerstand gegen den Reichtum"** zur Sprache gebracht und d.h. dann auch, **eindeutiger und konkreter ein marktwirtschaftliches System anzufragen**, das derzeit in dieser Welt Menschen und Natur zerstört.

Ein originäres Wort der Kirchen soll klarere Bezüge zur jüdisch-christlichen Tradition haben. Dann bestände die Gefahr nicht, einzustimmen in die Anerkennung (und damit auch in die Vergötzung) der Marktwirtschaft als angeblich einzig realistische Möglichkeit des Wirtschaftens.

Es scheint uns gottlos und damit kraftlos, wenn Kirchen heute, angesichts der Lebenszerstörung durch Armut, Krieg und Umweltausbeutung - verursacht von diesem Wirtschaftssystem - nicht **prophetischer** (klagend und hoffend), **befreiender** (widerständig und auf(er)stehend) und **alternativer** (teilend und solidarisch) **reden und handeln**.

Einige Anregungen für den Diskussionsprozeß:

Als Christen wollen wir gerade im Gespräch über die wirtschaftliche Praxis und über die sozialen Situationen unseren **"Hunger und Durst nach Gerechtigkeit"** nicht klein machen (oder machen lassen).

Von dem Gott Israels, der auch der Gott der ersten christlichen Gemeinden und vieler Gemeinschaften im Laufe der Kirchengeschichte war und ist, wird gesagt, daß er immer dort ist, wo Reichtum und damit auch Armut begrenzt wird (biblische Belege gäbe es in reicher Anzahl).

Wenn wir als Kirchen **dieser Tradition folgen**, dann müssen wir **gegen die Marktwirtschaft** mit ihrem Schema von Wirtschaftswachstum, transnationalen Konzernen und Geldvermehrung durch Spekulationen (Investitionsverweigerung) **Stellung beziehen**.

Der immer effizientere Einsatz von Kapital und die immer radikalere Konzentration von Geldverwertung bedeutet: immer weniger Menschen haben Anteil am Reichtum und immer mehr Menschen werden als Arme, als "Überflüssige Masse" ausgegrenzt.

Dieses sogenannte wirtschaftliche System kostet unzählige Opfer, auch Menschenopfer! Ganze Kontinente werden "abgeschrieben" und auch in Deutschland selbst braucht man für diese Wirtschaft Tausende von Menschen nicht mehr.

Sowohl im Judentum als auch in der christlichen Tradition ist diese **Opferung von Menschen Gotteslästerung**. Solches Gebahren widerspricht z.B. völlig der Lebenspraxis der Gruppen, die Jahwe, den Gott der Hebräer, anrufen und mit ihm gelebt haben. In den ersten Büchern der Bibel wird von ihren Glaubens- und Wirtschaftspraktiken erzählt.

Es gibt keine Über- oder Unterordnung und kein individuelles Produktiveigentum, keine Anhäufung von privaten Gewinnen. Da es im Genesisbuch keinen Begriff für "arm" gibt, liegt es nahe, daß es diese Unterscheidung in reich und arm nicht gab.

Im Deuteronomium steht die **Erinnerung: "Arme soll es bei Dir keine geben"** (Deut. 15,4).

Diese Erinnerung täte uns derzeit (auch für unsere Kirchen und für unsere Stellungnahmen zu Wirtschaftsfragen) sehr gut.

Die **"Vergötzung des Marktes"** scheint aber seit längerem widerstandslos um sich zu greifen. Dieser Ausdruck stammt von Karol Wojtyła, Papst Johannes Paul II. Aber auch W. Benjamin hat sich deutlich zum "Kapitalismus als Religion" geäußert.

Uns scheint, da es angeblich keine Alternative zur Marktwirtschaft gibt, ~~setzt~~ ^{hier} eine Sakralisierung ein, die einer **Vergöttlichung** gleichkommt. Auch die Verfasser des Diskussionspapiers sind davon angesteckt. Wäre es aber nicht notwendig, den Tanz ums "Goldene Kalb" unsererseits zu beenden?

Die Ökonomisierung des Lebens sollte hinterfragt werden.

Wie soll der Armut entgegengewirkt (S.34), die Schöpfung bewahrt (S.37), die Sozialstruktur und -kultur verbessert werden (S. 38), wenn dieses Marktsystem nicht Sättigung sondern Steigerung der Bedürfnisse verlangt?

Und das auf ständige Kosten von 2/3 der Menschheit und unserer Mutter Erde?

Das Wecken von Begierden und die Sucht nach "mehr", das ist das eigentliche Anliegen dieser Wirtschaft. Mammon als Glücksbringer - eine schon lange währende Illusion, denn **eine Mammon-Wirtschaft bringt Elend und Armut hervor.**

Wir als Christen hätten aus unserer Tradition Menschlicheres in die gesellschaftliche Diskussion um Wirtschaftsentscheidungen einzubringen. Mit unseren Stellungnahmen sollten wir zur Gestaltung einer **demokratischen Gesellschaftsform** herausfordern, die **diesen Maßstab für alle Bereiche verbindlich macht** (politisch, ökonomisch, sozial). Die erbärmliche Reduzierung auf den "Lebens"-Wunsch, alles "mehr, besser, schneller..... zu haben, kann durchbrochen werden. Eine **gerechtere Teilung und Verteilung** von dem, was da ist (z.B. natürliche Ressourcen, Geld) bedeutet **ein MEHR an Leben für alle**. Wir finden dafür konkrete Anregungen in der Exodus- in der Sabbat- in der prophetischen Tradition. Auch Jesus hat gerechter teilend mitten in der pax romana (einer Unrechtsgesellschaft mit wenigen Reichen und vielen Armen) gelebt. Die alte Kirche hat sich mit ihrem trinitarischen Bekenntnis auch eindeutiger daran gehalten, gemeinschaftliches Teilen zur not-wendenden Lebensgrundlage zu machen. (Exkurs: Was mit der 3-heit und Zusammengehörigkeit von Vater, Sohn und Heiligem Geist bezeugt wird, soll auch für Kirche und Gesellschaft gelten. Spezifische Identität und Gleichheit, Eigenes und Gemeinschaftliches sind keine Widersprüche sondern ermöglichen sinnvolles Leben, auch für das soziale Gefüge einer Gesellschaft).

Eine Gegenseitigkeit, ein Ausgleich, ein Aufeinanderbezogensein trotz der Unterschiede - das wären andere, d.h. wirklich soziale Weichenstellungen für eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsform.

Solange aber noch ungerechte, d.h. die ökonomischen und sozialen Unterschiede stabilisierende Marktwirtschaftsformen vorherrschen, müssen wir als Kirchen unmißverständlich in unserer theologischen Rede sein und uns dort mit einfinden, wo auch Gott ist - auf der Seite der Armgemachten (egal ob in Brasilien, Rußland oder Deutschland).

Solange wir unterwegs sind, um Alternativen zum bestehenden System zu suchen, werden wir **auch Wüsten zu durchwandern** haben. Das sollten wir als Kirchen nicht verschweigen. Nicht immer wird klar sein, wo und wie der Weg verläuft. Aber mit einer Vision vom verheißenden Land (wo der Reichtum begrenzt und die Armut gegenstandslos wird) werden wir auch derzeit nicht aufhören dürfen, **dem "Wohlstandsgötzen Mammon" Widerstand zu leisten.**

Eine letzte Anregung:

In unseren kirchlichen Stellungnahmen sollten wir vom biblisch-theologischen Angebot der **Umkehr** sprechen und es mit eigenen praktischen Beispielen belegen.

Die Analyse der sich verschärfenden Probleme der Marktwirtschaft reicht nicht aus. Wir als Kirchen könnten das Umdenken, Umentscheiden und Umkehren doch angstfreier als alle anderen in anstehende Entscheidungsprozesse mit einbringen.

Statt Geldvermehrungswirtschaft (die durch Gewinnsteigerung in den Spekulationskassen multinationaler Konzerne so vernichtend in dieser Welt herrscht) sollte **eine Hauhalterwirtschaft** (die eine ausgleichende Kosten- und Nutzenrechnung macht) aufgebaut werden.

Die **Umkehr vom Überfluß zur Fülle des Lebens** (Joh.10,10), vom westlichen Wohlstand zum weltweiten Wohlsein für Menschen und Natur, steht an.

Oder anders gesagt, die Umkehr von der chrematistike zur oikonomia.

Davon zu reden ist eine **gute, weil theologische Diskussionsgrundlage**, wenn es um christliche Meinungsäußerungen "zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" geht.

Entwurf aus der "theologischen Arbeitsgruppe" zum "Ost-Votum" zum Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen

Das Papier "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" ist eine **schlechte Diskussionsgrundlage** für ein gemeinsames Wort der Kirchen, weil es sich in seinen inhaltlichen Aussagen und seinem formalen Aufbau nicht speisen läßt von biblisch-theologischen Aussagen über Gottes Gerechtigkeit und deren Lebensgestaltung unter den Menschen.

Wir behaupten, eine genauere Darstellung dessen, was in der hebräischen und griechischen Bibel zu ökonomischen Themen gesagt ist, hätte grundlegend und durchgängig Notwendiges vom **"Widerstand gegen den Reichtum"** zur Sprache gebracht und d.h. dann auch, **eindeutiger und konkreter ein marktwirtschaftliches System anzufragen**, das derzeit in dieser Welt Menschen und Natur zerstört.

Ein originäres Wort der Kirchen soll klarere Bezüge zur jüdisch-christlichen Tradition haben. Dann bestände die Gefahr nicht, einzustimmen in die Anerkennung (und damit auch in die Vergötzung) der Marktwirtschaft als angeblich einzig realistische Möglichkeit des Wirtschaftens.

Es scheint uns gottlos und damit kraftlos, wenn Kirchen heute, angesichts der Lebenszerstörung durch Armut, Krieg und Umweltausbeutung - verursacht von diesem Wirtschaftssystem - nicht **prophetischer** (klagend und hoffend), **befreiender** (widerständig und auf(er)stehend) und **alternativer** (teilend und solidarisch) **reden und handeln**.

Einige Anregungen für den Diskussionsprozeß:

Als Christen wollen wir gerade im Gespräch über die wirtschaftliche Praxis und über die sozialen Situationen unseren **"Hunger und Durst nach Gerechtigkeit"** nicht klein machen (oder machen lassen).

Von dem Gott Israels, der auch der Gott der ersten christlichen Gemeinden und vieler Gemeinschaften im Laufe der Kirchengeschichte war und ist, wird gesagt, daß er immer dort ist, wo Reichtum und damit auch Armut begrenzt wird (biblische Belege gäbe es in reicher Anzahl).

Wenn wir als Kirchen **dieser Tradition folgen**, dann müssen wir **gegen die Marktwirtschaft** mit ihrem Schema von Wirtschaftswachstum, transnationalen Konzernen und Geldvermehrung durch Spekulationen (Investitionsverweigerung) **Stellung beziehen**.

Der immer effizientere Einsatz von Kapital und die immer radikalere Konzentration von Geldverwertung bedeutet: immer weniger Menschen haben Anteil am Reichtum und immer mehr Menschen werden als Arme, als "Überflüssige Masse" ausgegrenzt.

Dieses sogenannte wirtschaftliche System kostet unzählige Opfer, auch Menschenopfer! Ganze Kontinente werden "abgeschrieben" und auch in Deutschland selbst braucht man für diese Wirtschaft Tausende von Menschen nicht mehr.

Sowohl im Judentum als auch in der christlichen Tradition ist diese **Opferung von Menschen Gotteslästerung**. Solches Gebahren widerspricht z.B. völlig der Lebenspraxis der Gruppen, die Jahwe, den Gott der Hebräer, anrufen und mit ihm gelebt haben. In den ersten Büchern der Bibel wird von ihren Glaubens- und Wirtschaftspraktiken erzählt.

Es gibt keine Über- oder Unterordnung und kein individuelles Produktiveigentum, keine Anhäufung von privaten Gewinnen. Da es im Genesisbuch keinen Begriff für "arm" gibt, liegt es nahe, daß es diese Unterscheidung in reich und arm nicht gab.

Im Deuteronomium steht die **Erinnerung: "Arme soll es bei Dir keine geben" (Deut. 15,4)**.

Diese Erinnerung täte uns derzeit (auch für unsere Kirchen und für unsere Stellungen zu Wirtschaftsfragen) sehr gut.

Die **"Vergötzung des Marktes"** scheint aber seit längerem widerstandslos um sich zu greifen. Dieser Ausdruck stammt von Karol Wojtyla, Papst Johannes Paul II. Aber auch W. Benjamin hat sich deutlich zum "Kapitalismus als Religion" geäußert.

Uns scheint, da es angeblich keine Alternative zur Marktwirtschaft gibt, setzt hier eine Sakralisierung ein, die einer **Vergöttlichung** gleichkommt. Auch die Verfasser des Diskussionspapiers sind davon angesteckt. Wäre es aber nicht notwendig, den Tanz ums "Goldene Kalb" unsererseits zu beenden?

Die Ökonomisierung des Lebens sollte hinterfragt werden.

Wie soll der Armut entgegengewirkt (S.34), die Schöpfung bewahrt (S.37), die Sozialstruktur und -kultur verbessert werden (S. 38), wenn dieses Marktsystem nicht Sättigung sondern Steigerung der Bedürfnisse verlangt?

Und das auf ständige Kosten von 2/3 der Menschheit und unserer Mutter Erde?

Das Wecken von Begierden und die Sucht nach "mehr", das ist das eigentliche Anliegen dieser Wirtschaft. Mammon als Glücksbringer - eine schon lange währende Illusion, denn **eine Mammon-Wirtschaft bringt Elend und Armut hervor.**

Wir als Christen hätten aus unserer Tradition Menschlicheres in die gesellschaftliche Diskussion um Wirtschaftsentscheidungen einzubringen. Mit unseren Stellungnahmen sollten wir zur Gestaltung einer **demokratischen Gesellschaftsform** herausfordern, die **diesen Maßstab für alle Bereiche verbindlich macht** (politisch, ökonomisch, sozial). Die erbärmliche Reduzierung auf den "Lebens"-Wunsch, alles "mehr, besser, schneller..... zu haben, kann durchbrochen werden. Eine **gerechtere Teilung und Verteilung** von dem, was da ist (z.B. natürliche Ressourcen, Geld) bedeutet **ein MEHR an Leben für alle**. Wir finden dafür konkrete Anregungen in der Exodus- in der Sabbat- in der prophetischen Tradition. Auch Jesus hat gerechter teilend mitten in der pax romana (einer Unrechtsgesellschaft mit wenigen Reichen und vielen Armen) gelebt. Die alte Kirche hat sich mit ihrem trinitarischen Bekenntnis auch eindeutiger daran gehalten, gemeinschaftliches Teilen zur not-wendenden Lebensgrundlage zu machen. (Exkurs: Was mit der 3-heit und Zusammengehörigkeit von Vater, Sohn und Heiligem Geist bezeugt wird, soll auch für Kirche und Gesellschaft gelten. Spezifische Identität und Gleichheit, Eigenes und Gemeinschaftliches sind keine Widersprüche sondern ermöglichen sinnvolles Leben, auch für das soziale Gefüge einer Gesellschaft).

Eine Gegenseitigkeit, ein Ausgleich, ein Aufeinanderbezogensein trotz der Unterschiede - das wären andere, d.h. wirklich soziale Weichenstellungen für eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsform.

Solange aber noch ungerechte, d.h. die ökonomischen und sozialen Unterschiede stabilisierende Marktwirtschaftsformen vorherrschen, müssen wir als Kirchen unmißverständlich in unserer theologischen Rede sein und uns dort mit einfinden, wo auch Gott ist - auf der Seite der Armgemachten (egal ob in Brasilien, Rußland oder Deutschland).

Solange wir unterwegs sind, um Alternativen zum bestehenden System zu suchen, werden wir **auch Wüsten zu durchwandern** haben. Das sollten wir als Kirchen nicht verschweigen. Nicht immer wird klar sein, wo und wie der Weg verläuft. Aber mit einer Vision vom verheißenden Land (wo der Reichtum begrenzt und die Armut gegenstandslos wird) werden wir auch derzeit nicht aufhören dürfen, **dem "Wohlstandsgötzen Mammon" Widerstand zu leisten.**

Eine letzte Anregung:

In unseren kirchlichen Stellungnahmen sollten wir vom biblisch-theologischen Angebot der **Umkehr** sprechen und es mit eigenen praktischen Beispielen belegen.

Die Analyse der sich verschärfenden Probleme der Marktwirtschaft reicht nicht aus. Wir als Kirchen könnten das Umdenken, Umentscheiden und Umkehren doch angstfreier als alle anderen in anstehende Entscheidungsprozesse mit einbringen.

Statt Geldvermehrungswirtschaft (die durch Gewinnsteigerung in den Spekulationskassen multinationaler Konzerne so vernichtend in dieser Welt herrscht) sollte **eine Haushalterwirtschaft** (die eine ausgleichende Kosten- und Nutzenrechnung macht) aufgebaut werden.

Die **Umkehr vom Überfluß zur Fülle des Lebens** (Joh.10,10), vom westlichen Wohlstand zum weltweiten Wohlfühlen für Menschen und Natur, steht an.

Oder anders gesagt, die Umkehr von der chrematistike zur oikonomia.

Davon zu reden ist eine **gute, weil theologische Diskussionsgrundlage**, wenn es um christliche Meinungsäußerungen "zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" geht.

Entwurf aus der theologischen Arbeitsgruppe

zum >Ost-Votum<

zum Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen

I. Einschätzung der vorliegenden Version

Das Papier >Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland< versteht sich als ein Text der christlichen Kirchen. Als solcher ist es in seinen inhaltlichen Aussagen wie seinem formalen Aufbau den biblisch theologischen Vorgaben über Gottes Gerechtigkeit und deren Umsetzung durch die Menschen in ihrem privaten wie sozialen Leben verpflichtet. Immer müssen die Kirchen die jüdisch-christliche Tradition der Hebräischen und der Griechischen Bibel zur Geltung bringen. Natürlich muß sich ein politisches Papier, und nur als solches hat die >Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen< Sinn, vor jeder binnenkirchlichen und biblizistischen Sprache hüten. Gleichwohl entspricht es seiner Zielstellung als >Wort der Kirchen< nur, wenn es sich speist aus den prophetischen und utopischen, aus den befreienden und Alternativen eröffnenden Dimensionen der Bibel. Konkret heißt das: Gerade in der gegenwärtigen Situation von Verarmung, Krieg und Umweltausbeutung über weite Teile des Erdballs hin, hinter der als eine der Ursachen maßgeblich das derzeit geltende und weltweit operierende System der Marktwirtschaft steht, muß eine Stellungnahme der Kirchen soziale Mißstände anklagen, Hoffnungen auf neue, egalitäre Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens bestärken, Kräfte des Aufstehens und Widerstehens wecken und zu teilendem und solidarischem Handeln ermutigen. Dieser von den Gründungsurkunden des Christentums her unaufgebbaren Zielsetzung wird die >Diskussionsgrundlage< in der vorliegenden Form allerdings höchstens annäherungsweise gerecht. Es könnte der Verdacht aufkommen, die Autoren gingen von einer vorgegebenen, gottgewollten Verbindlichkeit der - wie immer zu verstehenden - >sozialen Marktwirtschaft< aus. Dann aber setzten sie diese an die Stelle des Evangeliums. Sie nähmen der biblischen Überlieferung ihr kritisches und konstruktives Potential. Ein >Wort der Kirchen< auf dieser Grundlage erwiese sich als schlecht, weil es ebenso kraft- wie gottlos wäre.

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

II. Entwurf für eine Alternative

a. Eine Wirtschaft des Teilens zugunsten der Ärmsten

1. Den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, der ja auch der Gott Jesu und mithin unser Gott ist, nennt die Hebräische Bibel, während Israel in Ägypten Sklavendienst zu tun hat, mehrere Male >Gott der Hebräer< (Ex 3,18; 5,3; 9.1.13; 10,3). Allem Anschein nach haben die >Hebräer< mit den >Habiru< Vorderasiens zu tun. Diese sind entwurzelte, nomadisierende Gruppen, die sich wohl weniger als Volk denn als horizontale Verwandtschaftsverbände verstehen. Sie organisieren sich um einen Führer herum zu Räuberbanden, die ums nackte Überleben kämpfen, bieten sich den verschiedenen Stadtführern als Söldner an und verdingen sich als Sklaven. Teile der >Habiru< tauchen nachweislich auch in Ägypten auf und werden dort zu Hörigen. Die Vermutung ist, daß die fremdländische Gruppe von Fronarbeitern um Mose eine Parzelle dieser >Habiru< ist. Die Mosegruppe wird um das elfte Jahrhundert v. Chr. aus der ägyptischen Sklaverei befreit. Auf ihren Wanderungen begegnet sie in den Bergwüsten des südlichen Palästinas Stämmen, die ihre Existenz auf einen Gott namens >Jahwe< zurückführen. Sie übernimmt die Jahwereligion. Die Widerfahrnisse des Jahwegottes macht die >Habiru< um Mose zu einem Volk. In den Bergen Kanaans stößt die Mosegruppe auf dörfliche Siedlungen von anderen >Habiru<-Hebräern, die sich womöglich auch aus dem Frondienst der Städte in der kanaanäischen Ebene befreien konnten. Die Ankömmlinge liieren sich mit den Angetroffenen, die ihrerseits die von den Einwanderern mitgebrachte Jahwereligion übernehmen. Daß die Verbände und Sippen jetzt gemeinsam "Jahwe, den Gott der Hebräer" anrufen, macht sie zum Volk Israel. Der Gott Israels ist mithin der Gott der Kleinen und Deklassierten, der sozial Zukurzgekommenen und politisch An-den-Rand-Gedrängten. Die Armen sind Gottes Lieblingskinder, sagen heutige Befreiungschristen und -christinnen in Lateinamerika. Deshalb treffen die Kirchen ihre >vorzugsweise Option für die Armen<.

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

2. Die wirtschaftliche Grundlage der nunmehr geeinten Hebräer sind inzwischen Kleinviehzucht und Ackerbau. Israel hält sich an ein kollektives Nutzungsrecht. Individuelles Produktiveigentum ist ihm unbekannt. Die Familien produzieren für ihren eigenen Unterhalt. Als egalitäre Kleinbauern haben sie ein System der selbstversorgenden Subsistenzwirtschaft. Die Versammlung der Ältesten ("Richter") ist das Entscheidungsgremium. Da sich im Genesisbuch kein Begriff für >arm< findet<, liegt die Vermutung nahe, daß es bei aller Kargheit des Lebens keine Unterschiede zwischen arm und reich gibt. In Erinnerung an diese Tatsache und als Mahnung, sie auch im damaligen Heute noch ernstzunehmen, heißt es dann später im Deuteronomium: "Arme soll es bei dir keine geben" (15,4). Auch im gegenwärtigen Heute hat die Regel des sogenannten Alten Testaments ihre Gültigkeit nicht verloren: **Menschen in entwürdigender Armut widersprechen unserem Glauben an den Gott, dessen Vorliebe gerade den Kleinen und Schwachen gilt.**

3. Zweihundert Jahre bleibt sich Israel als Republik gleicher Bauern treu. Die relativ stabilen wirtschaftlichen Verhältnisse führen zu einem merklichen Bevölkerungswachstum. Die israelitischen Stämme expandieren vom Bergland aus in die ebenen Gebiete. Auch die Produktion steigt und wird vielfältiger (Oliven, Wein, Getreide, Viehzucht). Aus der bewährten Subsistenzwirtschaft wird ein ökonomisches System sogar mit überregionalen Märkten. Die Macht in Wirtschaft und Politik ballt sich zusammen. Die Söhne Samuels, des letzten Richters, "gingen nicht die Wege des Vaters, sondern waren auf ihren Vorteil aus, ließen sich bestechen und beugten das Recht" (1 Sam 8,3). Gegen den Willen Gottes (8,7) führen sie die Monarchie ein, die unter König David ihren Triumph feiert. Eigene Residenzstadt in Jerusalem, Militärdienst, Tributpflicht und Expansionskriege manifestieren die Veränderungen, zu denen es mittlerweile gekommen ist. Davids Sohn Salomo entfaltet dann seine Macht zum sakralen Königtum nach altorientalischem Vorbild: modernes Heer, Staatstempel, Großgrundbesitz, Außenhandel, exportorientierte Wirtschaft.

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

4. Dies ist die Geburtsstunde der Propheten und Prophetinnen. Vor allem Amos (nach 760 im Nordreich) läßt keinen Zweifel daran, daß Unterdrückung der Armen und Beugung des Rechtes jede Form von Gottesdienst zunichte machen. Befolgung des Rechtes und Engagement für Gerechtigkeit, das ist wahrer Gottesdienst. In die Form eines Mottos gekleidet, findet sich dieser Zusammenhang bei Micha (vor 722 im Südreich): "Nichts anderes als dies: Recht tun, Güte und Treue lieben, in Ehrfurcht den Weg gehen mit deinem Gott" (Mich 6,8).

5. Jesus steht in der Tradition der Propheten der Hebräischen Bibel. Sein Gott ist kein anderer als "Jahwe, der Gott der Hebräer". Bezeichnend für sein Selbstverständnis wie für das Verhalten, das er von seinen Anhängern und Anhängerinnen fordert, dürfte Mk 10,42-45 sein: "Ihr wißt, daß die, die als Herrscher gelten, ihre Völker unterdrücken und die Mächtigen ihre Macht über die Menschen mißbrauchen. Bei euch aber soll es nicht so sein, sondern wer bei euch der Erste sein will, soll Sklave aller sein. Denn auch der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen und sein Leben hinzugeben als Lösegeld für viele" (vgl. Phil 2,6-8). In seiner Umgebung treffen sich auffällig viele Deklassierte und Marginalisierte: Kranke und Arme, Frauen und Kinder, Prostituierte und als korrupt geltende Zöllner, Aussätzige und kleine Leute insgesamt. Gegenüber Reichtum legt Jesus eine ausgesprochene Skepsis an den Tag (vgl. Lk 18,25). Er mahnt zur Bescheidenheit (vgl. Lk 14,7-11). Als er von einem der führenden Männer seines Umfeldes gefragt wird, was er tun müsse, um das ewige Leben zu erreichen, antwortet er ihm: "Verkauf alles, was du hast, verteil das Geld an die Armen, und du wirst einen bleibenden Schatz im Himmel haben" (Lk 18,22; vgl. Apg 2,44-47; 4,32-35). Wenn in der Griechischen Bibel ein Modell für das ökonomische Zusammenleben der Menschen untereinander zu erkennen ist, dann ist das einer Ökonomie des Teilens.

6. Der Anbruch des Reiches Gottes, d.h. das neue Befreiungshandeln Gottes in Jesus beginnt bei den Verarmten und

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

Ausgeschlossenen, bei den Geächteten und Unterdrückten, in der Überschaubarkeit des Nahbereiches wie in den strukturellen Zusammenhängen des Globus. Aufs ganze gesehen, manifestiert das Evangelium der Hebräischen wie der Griechischen Bibel ein Schwergewicht nach unten und nach draußen, eine Tendenz in Richtung Armut und Rand, Grenze und Fremde, ein Augenmerk für Kleines und Minderwertiges, eine Sympathie für Verachtete und Verfolgte. Eine Wirtschaftsform, die sich in den Gründungsurkunden der jüdisch-christlichen Überlieferung inspiriert, mißt Richtung und Rhythmus an den Bedürfnissen der Schwächsten. Ihnen das Mindestmaß an gleichen Lebenschancen zu eröffnen ist oberste Maxime beim Aufbau der definiten Kontrastgesellschaft. Zu ihren Gunsten werden die Möglichkeiten des Gemeinwesens solidarisch geteilt.

7. Die Erzählungen und Ausführungen zumal der Griechischen Bibel handeln in der Regel im und vom kleinen häuslichen und agrarischen Raum Palästinas. Übergreifende Hinweise sind selten. Aus den spärlichen Anklängen umfassender Strukturen darf nicht geschlossen werden, diese seien für christliche Lebensgestaltung irrelevant. Daß auch gesellschaftlich-globale Strukturen im Geist des Vorrangs der Armen und des Teilens zu ihren Gunsten gestaltet werden müssen, erhellt aus der Überzeugung von Judentum und Christentum, daß der >Gott der Hebräer< der Schöpfer und Vollender des Alls ist. Die Logik der Bibel führt zwingend zu einer kollektiven Ethik.

b. Bewahrung von Gottes guter Schöpfung

Gott hat die Welt - wie es in antik-mythologischer Sprache heißt - mitsamt Himmel und Erde, Land und Wasser, Licht und Dunkelheit, Pflanzen und Tieren, Mann und Frau gut geschaffen. Ja, sehr gut war sein Werk (Gen 1, 31). Die Erde mit allem, was auf ihr existiert, sich zu unterwerfen (1,28) lautet der Kulturauftrag, den Gott unter den Bedingungen einer bedrohlich anmutenden Natur dem Menschen gibt. So ist der Mensch als Mann und Frau Mitschöpfer an Gottes Werk. Doch nicht der Mensch, wie

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

es traditionellerweise lautet, ist die Krone der Schöpfung, als stünde er ihr gegenüber oder gar über ihr. Krone der Schöpfung ist der siebte Tag, der Ruhetag, der Sabbat. Nicht Schaffen und Gestalten, Leistung und Wirksamkeit, Kultur in Überwindung von Natur ist Sinn der Erschaffung der Welt. Sinn der Schöpfung ist: **unter den wohlwollenden Augen Gottes sich des Daseins freuende Existenz, in Einklang mit der "natürlichen Mitwelt"** (88). So wird unter den dergestalt veränderten kulturellen Bedingungen, daß nicht mehr die Natur dem Menschen bedrohlich vorkommt, sondern daß dieser jene bedroht, der biblische Kulturauftrag zum Gebot, der Schöpfung schonend zu begegnen, sie nachhaltig zu bewahren und sie liebevoll zu pflegen. Denn die Schöpfung, in der gegenwärtig der Wurm von Vergänglichkeit und Verlorenheit steckt, ist auf hoffnungsvolle Zukunft und freie Entfaltung hin dimensioniert (Röm 8,19-22). Wie die jüdisch-christliche Überlieferung unter sozialem Gesichtspunkt nicht ohne eine kollektive Ethik auskommt, so erheischt sie unter ökologischer Perspektive eine globale Ethik. *in*

c. Marktwirtschaft: "Vergötzung des Marktes"

Das augenblickliche Vorherrschen der Marktwirtschaft mit ihren Triebfedern Freiheit und Kreativität, Leistungsbewußtsein und Gewinnstreben des Individuums erklärt sich in der gegenwärtigen Welt durch den Erfolg, den sie einem Teil der Menschen bringt. Doch die Marktwirtschaft beruht nicht nur auf der Schöpfungskraft, sondern gerade auch auf der Ichbezogenheit der einzelnen wie der verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft. Persönlicher Vorteil ist die Philosophie, Stärke die unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg. Konkurrenz ist der Motor des Ganzen, stetiges Wachstum unverzichtbare Bedingung für das Gelingen des Systems. Überzeugend ist, was sich rechnet. **Expansion, Akkumulation und Bereicherung gehen nicht selten zu Lasten anderer.** Daß die Marktwirtschaft hierzulande in die Bahnen eines sozialen Regulativ gegeben wird - der Begriff lautet bekanntlich >soziale Marktwirtschaft< - , tun wir gut daran, von den Opfern von Rationalisierung und Privatisierung,

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

von Deregulierung und Flexibilisierung überprüfen zu lassen. Eingeladen dazu sind die Zukurzgekommenen auf der schiefen Ebene von West nach Ost innerhalb unseres Landes ebenso wie die Opfer im Gefälle von Nord nach Süd im Weltprospekt (vgl. Sir 34,25-26). Das Soziale an der Marktwirtschaft, sofern der Markt die ethische Kategorie des >Sozialen< überhaupt zulässt, wird de facto zunehmend neutralisiert durch die "Vermachtung der Märkte" (110).

Doch es geht nicht nur um ökonomische Macht. Denn offensichtlich ist gegenwärtig ein Prozeß der ">Vergötzung< des Marktes" in Gang (Johannes Paul II., Enzyklika >Centesimus annus<, [1991] Nr. 49). Man denke nur daran, daß mit dem Argument der Marktfähigkeit mittlerweile auch im produzierenden Bereich zunehmend Sonntagsarbeit angestrebt und behörlich genehmigt wird; dagegen bewertet die jüdisch-christliche Tradition ja gerade die Sabbatruhe, wie wir soeben sahen, als den Ziel- und Höhepunkt des göttlichen Schöpfungswerkes. Der weltanschauliche Hintergrund für den >Götzen Markt< ist folgender: Während in der christenheitlichen Vergangenheit unseres Raumes die Religion der alles integrierende Faktor war, sind unter den Bedingungen von Aufklärung und Säkularisierung die Wirtschaft und näherhin der Markt das Element, das das letzte, nichthinterfragbare Argument liefert. Ja, der Markt wird sakralisiert und vergöttlicht. An die Stelle der traditionell-christlichen, biblisch-kirchlichen Religion tritt die ökonomisch-bankwirtschaftliche Religion. Viele Parallelen lassen sich aufweisen: Während früher die Dogmatik besagte, Gott sei allmächtig, heißt es jetzt, mit Geld sei alles möglich. Bestimmte weltweit verbreitete Produkte, an denen der Symbolhauch von Moderne und Freiheit, Fortschritt und Lebensfreude haftet, haben die Funktion von Sakramenten. Die Werbung übernimmt die Evangelisierung, und katechisiert wird aus allen Medien der Öffentlichkeit. Das alte liturgische Jahr hängt jetzt an Urlaub und Weihnachtsgeschäft. Was früher Dome und Kirchen waren, sind heute Bank- und Versicherungspaläste. Die klassischen Wallfahrten streben heute Messegeländen Einkaufslandschaften zu, die gerade in den neuen Bundesländern

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

überproportionale Ausmaße erreichen. Der Abtötung der traditionellen Askese entspricht mittlerweile die Konsequenz des >Workoholismus<. Ja, selbst einer der zentralsten Begriffe der christlichen Religion, der des Opfers, findet sich in der ökonomischen Religion wieder. Da Millionen von Menschen in der Zwei-Drittel-Welt, aber auch hierzulande am Rande des Systems über keine Kaufkraft verfügen, sind sie "überflüssige Masse", wie Befreiungsschriften in Lateinamerika sagen. Sie sind die Ausgeschlossenen. Als die neuen Barbaren bedrohen sie die Stabilität und die Entwicklung des Systems. Sie zu fördern wäre nicht nur sinnlos, sondern nachgerade schädlich. Sie zu opfern ist nicht nur unerlässlich, sondern ein Akt der Humanität, damit die, die am Markt beteiligt sind, auf eine qualitativ neuen Stufe ihres Menschseins gelangen können.

In weiten Kreisen dieses Landes ebenso wie auf Weltebene gilt das Marktsystem inzwischen mit seiner - wie es heißt - alles regierenden, integrierenden, weisen und heilenden unsichtbaren Hand als unantastbare, letztgültige Heilslehre. (Pseudoreligiöser Fundamentalismus in einer säkularisierten Gesellschaft; ökonomische Macht untermauert durch die Anmaßung sakraler Macht. Vor allem in Ostdeutschland, in dem über vierzig Jahre hin das vermeintliche sozialistische Gesellschaftssystem auch mit religiös anmutenden Parolen begründet wurde, könnte die "Vergötzung des Marktes" besonders gefährlich werden. Aber selbst wo sich diese Auffassung nicht in unverhüllter Deutlichkeit, sondern als andeutende Tendenz zeigt, bedarf es des Protestes. Als Menschen, die ihre Existenz an den >Gott der Hebräer< und dessen Propheten aus dem unscheinbaren Nazaret gebunden wissen, können wir nicht anders, als für den >Urheber des Lebens< (Apg 3,15; Ps 36,10) zu werben und an dem festzuhalten, der allen das Leben in Fülle ermöglichen will (Joh 10,10).

d. Weder Armut noch Reichtum, sondern Gerechtigkeit

Wenn der Gott der Bibel eine Vorliebe für Verachtete und

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

Verarmte hat, heißt das freilich nicht, Armut wäre das Ideal des Christentums; und wenn die Heilige Schrift andererseits immer wieder den Reichtum Gottes an Herrlichkeit und Güte, an Gnade und Geduld preist, heißt das genau so wenig, materieller Reichtum wäre die gesellschaftliche Zielvorstellung für Christinnen und Christen. Das Ziel christlichen Lebens ist Gerechtigkeit. Die Bibel redet überschwänglich von der Gerechtigkeit Gottes (vgl. Röm 1,17; 3,5.21.22; 10,3), nennt Jesus als den Propheten des >Gottes der Hebräer< den "Gerechten" (Apg 3,14; 7,52; 22,14), läßt den Mann aus Nazaret zu seinem "gerechten Vater" beten (Joh 17,25) und verdeutlicht das Reich Gottes als "Reich der Gerechtigkeit und des Friedens" (Röm 14,17; vgl. Mt 6,33).

Es war gesagt worden, die Marktwirtschaft gehe nicht selten, in den Proportionen unseres Landes ebenso wie auf interkontinentaler Ebene, auf Kosten anderer. Schon 1979 hatten die lateinamerikanischen katholischen Bischöfe auf ihrer Konferenz in Medellín formuliert: Armut sei das Produkt von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen, innerhalb ihrer Länder wie in weltweitem Maßstab. Es seien hier nämlich Mechanismen am Werk, die "auf internationale Ebene die Reichen immer reicher werden lassen, auf Kosten der Armen, die immer weiter verarmen". Es geht also nicht bloß punktuell um Reichtum und Armut, sondern prozeßhaft um Bereicherung, die Verarmung produziert.

So erhellt: Christen und Christinnen haben sich in ihrem Engagement ohne Zweifel mit der wachsenden Armut zu befassen. Die Logik des ursächlichen Zusammenhangs erfordert jedoch eine präzisere Blendeneinstellung. Der Kampf gläubender Menschen hat nicht primär der Armut zu gelten, sondern einem gesellschaftlichen System, das mit seinen ökonomischen und weltanschaulichen Mechanismen die Bereicherung propagiert - und die Verarmung von Millionen von Menschen als Mittel dazu in Kauf nimmt und gegebenenfalls verursacht. Doch christliches Ideal ist weder

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

Reichtum noch Amut, sondern Gerechtigkeit. Wer Gerechtigkeit praktiziert, heißt es in der Griechischen Bibel, ist gerecht, wie Gott gerecht ist (1 Joh 3,7).

So ergibt sich die Goldene Regel: Gegen die liberale Programmatik von unbegrenztem Wachstum und individueller Bereicherung setzen Christinnen und Christen die **Weisheit der Bevorzugung der Arm-Gemachten und des solidarischen Teilens** sowie des nachhaltigen Pflegens und Bewahrens der Schöpfung.

Horst Goldstein
Franziskanisches Bildungswerk/
Missionszentrale der Franziskaner
Berlin

FRANZISKANISCHES BILDUNGSWERK E. V. GROSSKROTZENBURG

Missionszentrale der Franziskaner · Wollankstr. 18 · O-1100 Berlin-Pankow

**Forschungsprojekt "Grundlagen, Anregung
und Förderung Entwicklungspolitischer
Bildung in den neuen Bundesländern"**

in der

MISSIONSZENTRALE DER FRANZISKANER
Regionalstelle Berlin
Wollankstraße 18
O-1100 Berlin

Telefon: (00372) 48 38 1 48 - Telefax: 48 25 1 57

Ergänzung² zum vorliegenden Entwurf vom 3. Juli
zu Teil 2 Einfügen : 144

W. Bindemann — Ich habe mit meinem Kollegen Michael Hartmann über meine Entwürfe für Vorwort und Teil 2 gesprochen. Als Ergebnis möchten wir beide noch eine kleine Erweiterung zu Teil 2 vorschlagen, die dort hinter Zeile 144 eingefügt werden könnte:

"Die Polarisierung betrifft auch den Mittelstand. Charakteristisch für seine Situation in den neuen Bundesländern ist eine unzureichende Vermögensbildung mittelständischer Unternehmen. Aufgrund ihrer schwierigen Ausgangsbedingungen ist die Startgerechtigkeit - eine wichtige Komponente der Sozialen Marktwirtschaft - in vielen Fällen nicht gewährleistet. So benachteiligt die Unternehmensbesteuerung Unternehmen im Osten Deutschlands im Verhältnis zu westdeutschen

Das geringe Eigenkapital kleiner Unternehmen erhöht deren Abstiegsrisiken, so daß in den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit eine dramatische Konkurswelle zu befürchten ist."

Vorschläge für Ergänzungen zu Teil 2

Nach Zeile 37

Es kann in einem Kirchenwort nicht ungesagt bleiben, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Personen und Unternehmen vor allem aus dem Westen von den Privatisierungen im Osten nicht nur beträchtlich profitiert haben (an Vermögenswerten und Subventionen), sondern zumindestens teilweise ihre Positionen auch benutzt haben, "unliebsame" Konkurrenz aus dem Osten zu liquidieren, was dort zur Zuspitzung der Erwerbssituation nicht unerheblich beigetragen hat.

Unerträglich ist, wenn aus kurzfristigen politischen Interessen (mit Blick auf die Wählerschaft im Westen) Instrumente der Strukturpolitik genutzt werden, um ganze Industrien im Osten (Thüringer Kaliförderung, Brandenburgische Stahlindustrie, Oberlausitzer Textilindustrie ...) zu schließen, damit die Erhaltung entsprechender Standorte im Westen versprochen werden kann.

Nach Zeile 183

Gerade aus der moralischen Verantwortung des Christentums kann nicht ungesagt bleiben: Kapitaltransfer und Steuerflucht, Börsenspekulationen statt Investitionen sind keine Kavaliersdelikte. Derartiger asozialer Umgang mit Teilen des gesellschaftlichen Reichtums gehört nicht nur unter moralisches Verdikt, gefordert sind rechtliche Instrumente, um entsprechende Vermögensteile einzuziehen und sie gemeinnütziger Verwendung zuzuführen.

In Zeile 200 einfügen

Das sollte vor allem auch für "Vereinigungsgewinne" gelten. Insgesamt kann es nicht dabei bleiben, daß die notwendigen Einsparungen im sozialen Bereich vor allem auf Kosten der ohnehin Ärmeren gehen, es kann auch nicht dabei bleiben, daß die Bezieher höherer und höchster Einkommen auch noch von den sozialen Sicherungssystemen am meisten profitieren. Erforderlich ist, daß die Bezieher höher und höchster Einkommen auch höhere Beiträge zur Finanzierung des Sozialsystems leisten. Darüber hinaus

Ergänzung² zum Verschieden Entwurf vom 3. Juli

Zu Teil 4 - Schloß

Ich habe meinen Text ganz bewußt etwas konventioneller gehalten, um bei der nächsten Zusammenkunft mündlich auf zwei Vorschläge einzugehen, die das Ganze natürlich enorm "würzen" würden. Obwohl ich nun selbst nicht dabei sein werde, möchte ich diese beiden Vorschläge stichwortartig hier nennen, weil sie sicherlich in der kirchlichen (gerade erst beginnenden) Finanzdebatte über die Jahre hinweg noch häufiger vorkommen und sicher ernsthafter diskutiert werden.

- 1) Die Entkoppelung der kirchlichen Gehälter vom BAT und der Beamtenbesoldung ab einer bestimmten jährlichen Zuwachsrate. Dies würde konkret beinhalten, die jährlichen Gehalts-Zuwächse nach oben zu deckeln, also bei bestimmten Grundgehältern (sagen wir oberhalb von DM 3000,- brutto) nicht mehr prozentuale Steigerungen zu bezahlen, sondern eben Höchst-Festbeträge (sagen wir DM 100,-/Monat).
- 2) Die Einführung von Dreiviertel-Stellen für alle Berufsanfänger/innen in den ersten fünf Dienstjahren. Dies würde bedeuten, daß eine Quasi-Verpflichtung zur Stellenteilung und damit Teilzeitarbeit in möglichst allen kirchlichen Tätigkeitsbereichen erfolgt; zugleich könnten 10 bis 20 Prozent Mehrbeschäftigte auf Dauer damit eingestellt werden.

So sehr wir auf der einen Seite konkrete Vorschläge zum Bestandteil der Ant-Wort machen sollten, so bin ich mir auf der anderen Seite darüber im klaren, daß solche konkreten Vorschläge die Breite und Tiefe der Kritik am Entwurf des gemeinsamen Wortes vielleicht eher verwischen würden - ich bin also selbst bezüglich solcher Anregungen zwiegespalten.

Teil 5:

Ansätze zu Formen alternativen Wirtschaftens

(Entwurf: Töns Föste)

- 5 Der Markt folgt keiner Ethik - diese Einsicht ist nicht neu, sie muß nichtsdestotrotz immer wieder hervorgehoben werden. Unternehmen produzieren, was verkauft werden kann und Gewinne bringt. Die Folge solch reiner Marktwirtschaft ist ökologische und soziale Blindheit. So wird schließlich eine staatliche Reparaturpolitik notwendig. Diese benötigt aber wiederum einen erfolgreichen wirtschaftlichen Prozeß. So ergibt sich das Dilemma, daß dabei nun genau die die Probleme produziert werden, die im nächsten Durchgang repariert werden müssen. In unserer Welt dreht sich diese Spirale immer schneller und es scheint daraus kein Entkommen möglich zu sein.

- 15 Besonders kraß zeigt sich dieses skizzierte Szenario in den sogenannten "ärmeren Ländern". Infolge der von den Kreditgebern geforderten wirtschaftlichen Umstrukturierungen (weg von einer Subsistenzwirtschaft - hin zu sogenannter Marktfähigkeit) wurde hier ein Prozeß in Gang gesetzt, der zu größerer Verarmung, zu verschärfter Abhängigkeit führt.

- 25 Die Einsicht in diese Zusammenhänge setzt sich langsam durch, doch der politische Wille zu einer entsprechenden Praxis ist noch immer schwach entwickelt. Seit der Veröffentlichung des Brundtland-Berichtes wird zur Kennzeichnung eines anderen Wirtschaftens der Begriff "nachhaltige Entwicklung" verwandt. Verschiedene Ansätze zu einer anderen Sicht sind in der Diskussion, bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch oft, daß sie im Kern auf die "alten" Mittel (Wachstum) setzen und damit die Produktivitätsspirale letzten Endes wieder schneller vorantreiben.

- 35 Diese Erkenntnis hat bei einigen Gruppen Ernüchterung ausgelöst. Im wirtschaftlichen Bereich wirkte sich diese Ernüchterung so aus, daß Initiativen und Einzelpersonen versuchten, ihre Vorstellungen von einer "nachhaltigeren" Wirtschaftsweise zu verwirklichen:

- Humanere Arbeitsbedingungen
- Mehr soziale Gerechtigkeit
- Ethisch verantwortbares Wirtschaften
- Gleichberechtigung
- 40 - Verantwortung für die eine Welt.

Einige solcher Initiativen seien hier beispielhaft und stellvertretend für viele genannt:

- 45 1. Die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft (EDCS) ist eine solche Art des Versuchs eines alternativen Wirtschaftens. "Wenn du jemandem ein Almosen gibst, demütigst du ihn. Mit einem Darlehen

stärkst du ihn aber." Dieses jüdische Sprichwort mag als Leitmotiv gelten. Ein Ausgangspunkt war hier die Frage, wie Geld sozial sinnvoll
 50 angelegt werden kann, um so zu helfen Ausbeutung zu vermeiden. In reichen Ländern werden so Sparguthaben und Rücklagen gesammelt, um damit sozial nützliche Projekte in armen Ländern zu unterstützen. Die eingereichten Projekte müssen drei wichtigen Kriterien genügen: 1. Die Projekte sollen wirkliche Entwicklungsprojekte sein, die zudem
 55 Modellcharakter haben sollen. 2. Es müssen damit längerfristig tragende Perspektiven eröffnet werden. 3. Die unterstützen Strukturen müssen eine Genossenschaftsstruktur haben. Das Anlagekapital stammt aus Anteilsscheinen von je 500 holländischen Gulden. Über die zu fördernden Projekte wird - nach gründlicher betriebswirtschaftlicher
 60 Prüfung - durch den Vorstand entschieden. Damit wird auch die Spannung deutlich, in der EDCS arbeitet: einerseits ist auf harte wirtschaftliche Fakten zu achten und andererseits wird auch Solidarität in Notfällen geübt.

65 2. "Ohne eine ökologische Ausrichtung der vielen einzelnen Betriebe kann es keine umweltorientierte Wirtschaft geben .." - so der Unternehmer Dr.Georg Winter. Seit vielen Jahren gehört das Unternehmen zu den führenden Herstellern von Diamantsägeblättern und achtet darauf, daß beim Einkauf und bei der Herstellung ökologische
 70 Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Die Folge war die Gründung des "Bundesdeutschen Arbeitskreises für umweltschonende Materialwirtschaft" (BAUM). Die Mitglieder verpflichten sich, ökologische Kriterien bei der Materialbeschaffung zu beachten.

75 3. Die Wirtschaft ist in der Lage, immer mehr Produkte mit immer weniger Beschäftigten herzustellen. Dieser Tendenz wollen einige Modelle von Arbeitszeitverkürzungen entgegenwirken. Ihr Grundprinzip besteht darin daß - bei gleichbleibender Arbeitsstundenzahl - die vorhandene Arbeit auf mehrere Mitarbeiter
 80 verteilt wird. Bei der Hewlett-Packard GmbH gilt zum Beispiel nach wie vor eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. Jedoch werden wirklich nur 37 Stunden gearbeitet. Zur Abgeltung der "Überstunden" gibt es mehrere Möglichkeiten:

- Auflaufenlassen der freien Tage für einen längeren Urlaub,
- 85 - Nutzung bei genügend vielen Tagen für ein "Sabbatjahr",
- bei besonders langer Dauer ist auch Vorruhestand möglich.

Zunächst erscheint dieses Modell für den Arbeitsplatzeffekt gering zu sein, aber bei entsprechend langer Einlaufzeit - etwa wenn Mitarbeiter ein Sabbatjahr einlegen, Jahresurlaub verlängern oder vorzeitig in den
 90 Ruhestand gehen - werden so Arbeitsplätze frei.

In einem anderen Fall (Volksbank Cannstatt) wurde durch die Verlagerung von Verantwortung in kleinere Gruppen bei gleichzeitiger

95 Entkoppelung von Betriebszeit und persönlicher Arbeitszeit eine längere
Öffnungszeiten und eine größere Souveränität der Mitarbeiter erreicht.

4. Erwähnt werden soll hier noch die Möglichkeit des management
buy out, wobei Unternehmen von Mitarbeitern - mitunter der
vollständigen Belegschaft - übernommen werden. Sicher ist dieses
100 Modell nicht überall anwendbar, in gewissen Bereichen sollte es
diskutiert werden, ist es doch eine Möglichkeit zu größerer
Demokratisierung.

105 Die angeführten Beispiele zeigen, daß es bis heute eigentlich keine
hinreichend gute Antwort auf das Problem der Globalisierung der
Märkte gibt. Nachhaltiges Wirtschaften scheint am ehesten
funktionsfähig in kleineren, für die Einzelnen überschaubaren Einheiten.
Darin liegt aber auch ihre Bedeutung. Zudem scheinen sie einen Weg zu
weisen, über den weiter nachgedacht werden muß.

110 In den neuen Bundesländern haben wir die Wirksamkeit
marktwirtschaftlicher Mechanismen in den zurückliegenden Jahren
besonders kraß erfahren. Wir haben gelernt, daß Wirtschaftsfragen das
Leben der Menschen oft einschneidend bestimmen. Wir sind daher von
115 der Dringlichkeit der Suche nach Modellen alternativen Wirtschaftens
überzeugt und fordern die Kirchen auf, sich daran zu beteiligen.

Anlage

CHRISTIAN FÜHRER

Pfarrer an St. Nikolai Leipzig

04109 LEIPZIG
Nikolaikirchhof 3
Telefon 0341-9605270

am 12. 8. 95

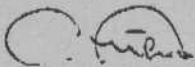
Konsultation "Ostvotum"

Liebe Frau Heilmann,

obwohl ich mich für den 23. August angemeldet habe, muß ich meine Zusage wegen der Vielzahl der Aufgaben in der Gemeinde (ich bin vorerst allein für einige Zeit) zurückziehen.

Zur Anregung schicke ich noch einmal zwei Diskussionsbeiträge zum Thema mit.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Führer

Gedanken zum Textentwurf der Kirchen "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland"

erarbeitet von der
Arbeitsgruppe für den konziliaren Prozeß
der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Thomas-Matthäi in Leipzig

Wir begrüßen es, daß die Kirchen sich in einem gemeinsamen Papier zu diesem Thema äußern wollen, und daß der Verlaubarbeit ein Aufruf zur Diskussion und zur Mitgestaltung vorausgeht.

Wir erwarten, daß in solch einem Text

- die Kirchen die Wahrheit sagen,
 - die Kirchen aus ihrem Glauben heraus Maßstäbe für unser Handeln benennen,
 - die Kirchen dort zur Umkehr aufrufen, wo der eingeschlagene Weg diesen Maßstäben nicht standhält,
 - die Kirchen selbstkritisch ihr eigenes Handeln auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet offenlegen,
 - die Kirchen Beispiele benennen, wo sie in ihrem eigenen Entscheidungsbereich Lösungen praktizieren, die sich am christlichen Glauben orientieren,
 - die Kirchen sowohl das Handeln des Einzelnen und das von Gruppen ansprechen, als auch die Strukturen des Systems, in das wir eingebunden sind.
- Wir erwarten von solch einem Text keine Antwort auf all die vielen schwierigen Einzelfragen der Wirtschafts- und Sozialordnung.

Der vorliegende Textentwurf entspricht noch nicht unseren Vorstellungen. Das Notwendige muß kürzer und klarer gesagt werden, d.h. so deutlich, daß wir in Zukunft an dem Text nicht vorbei kommen. Mit unseren Gedanken zu Teilen des Entwurfs möchten wir zu einem solchen Text beitragen.

Wir sind interessiert zu erfahren, ob andere Gruppen oder Einzelpersonen ähnliche Änderungsvorschläge wie wir eingebracht haben. Wir bitten Sie, uns mitzuteilen, wie bzw. wo wir uns über den Verlauf der Diskussion zu dem Textentwurf informieren können.

Zu einzelnen Gesichtspunkten des Textes:
(die Zahlen ¹⁻¹¹ bezeichnen entsprechende Abschnitte des Textentwurfs)

1. Maßstäbe

Welche Maßstäbe vom christlichen Glauben her anzulegen sind, wird nicht unumstritten sein. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, daß die Kirchen ihre Äußerung unter die drei Optionen (für die Schwachen, für eine soziale Friedensordnung und für eine soziale Gestaltung der einen Welt, 87 - 116) stellen. Ganz besonders dabei für uns die Feststellung, daß Armut ein "strukturelles

Problem" /85/ ist. Wir vermissen aber, daß diese Optionen dann auch als Maßstab an die abgehandelten Themen angelegt werden.

Im Hinblick auf die drei Optionen (oder auf eine Aussage wie Mt 25, 34 ff) muß deutlich ausgesprochen werden: Die soziale und wirtschaftliche Situation in unserem Land und in der Welt zeigen, daß unser Handeln christlichem Auftrag nicht gerecht wird. Dies liegt nicht nur an der Fehlerhaftigkeit der einzelnen Menschen, sondern ist auch Folge unserer Marktwirtschaft (/116/ - /119/).

2. Wohlstandsmodell und Wirtschaftswachstum

In einem Wort der Kirchen reicht es nicht aus, "kritische Anfragen an unser eigenes Wohlstandsmodell" /29/ zu stellen. Ebenso kann es nicht unser Ziel sein, den "Wohlstand zu mehren" /109/. Jeder kann sehen, daß dieses Modell und dieses Ziel in die Irre führen:

- Wir verbrauchen die Reserven dieser Erde und produzieren Müllberge, statt eine nachhaltige (enkelfreundliche) Entwicklung anzustreben.
- Der Abstand arm - reich nimmt zu (im Land wie auch weltweit), statt daß wir Schritte zur Gerechtigkeit gehen.
- In der einen, endlichen Welt bedeutet Zunahme des Wohlstands auf der einen Seite in der Regel Verlust oder Armut für andere Menschen. Daß die Gewinner die Verlierer nicht immer sehen können, weil die Verflechtungen so vielschichtig sind, erschwert zwar das Bewußtwerden der Folgen eigenen Wohlstandsdenkens, ändert aber nichts an der tatsächlichen Wirkung. Gewinne aus Geld- oder Bodenspekulationen, Gewinne aus Vermögensanlagen, Unterschiede in der Vergütung von Leistung, die nicht im entferntesten der unterschiedlich erbrachten Leistung äquivalent sind - alles dies führt zu einer Umverteilung von den Ärmern hin zu den Besitzenden und vergrößert die Ungerechtigkeit.
- Jeder kennt Beispiele dafür, daß jenseits der Befriedigung der Grundbedürfnisse wachsender (materieller) Wohlstand nicht unbedingt eine Zunahme der Zufriedenheit der Menschen mit sich bringt.
- In einer endlichen Welt ist angesichts weltweiter Ungerechtigkeit in den reichen Nationen des Nordens, zu denen wir gehören, eine Abkehr nötig von einer Wirtschaftsordnung, in der "Wirtschaftswachstum ... ein institutionalisiertes Ziel" /42/ ist, wie schwer uns diese Einsicht auch fallen mag. "Es gibt nur ein gemeinsames Überleben der Menschheit." /102/

3. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Bereich der Kirchen

Das eigene Verhalten der Kirchen, z.B. in folgenden Punkten:

- Umgang mit kircheneigenem Grund und Boden, mit kircheneigenen Gebäuden;
- Geldanlagen der Kirchen;
- Gehaltsstrukturen in den Kirchen;
- Verhalten der Christen in der Gesellschaft;
- Verhalten der Kirchen, der Christen in der Welt, ihr Verhältnis zu anderen Religionen;

muß mit dem Maßstab der drei Optionen gemessen werden. Es muß benannt werden, wo unser Handeln diesen Optionen entgegentläuft (z.B. gewinnbringende

Vermögensanlagen), verbunden mit der Selbstverpflichtung, dies ändern zu wollen (z.B. kircheneigenen Grund und Boden für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen). Es müssen Beispiele genannt werden für Handeln der Kirchen zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, für die Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit weltweit (als 'Inseln', die wachsen müssen).

4. Kirche und Gesellschaftssystem

- Ziel der Kirchen muß in jedem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sein, diese im Sinne Jesu zu verändern, wenn nötig auch grundsätzlich. Der Textentwurf vermeidet dagegen grundsätzliche Kritik am westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, obwohl die immer größer werdende Zahl von Arbeitslosen, von Obdachlosen und Armen in unserem andererseits so reichen Land ein Beleg für grundlegende Defizite unseres Wirtschaftssystems ist.
- Eine Schrift der Kirchen zur sozialen Lage in Deutschland mehr als fünf Jahre nach der Vereinigung muß auf die gerade in der Antwort auf die soziale Frage so unterschiedlichen Systeme, die ein Teil der Deutschen innerhalb kurzer Zeit erlebt hat, eingehen. In der DDR gab es keine ausreichend breite Diskussion über unser Wollen und unsere Möglichkeiten auf sozialem Gebiet. Dies muß nachgeholt werden in Auseinandersetzung mit den westlichen Erfahrungen. Denn wenn wir die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte unserer jeweiligen Vergangenheit nicht befragen, sondern sie mehr oder weniger pauschal entweder als gescheitert oder als einzig realistische Möglichkeit einstufen, blockieren wir uns bei der Suche nach Antworten auf unsere gegenwärtigen Probleme durch falsche Vorstellungen über die Vergangenheit. Das Scheitern des im Osten eingeschlagenen Weges hat vielfältige Ursachen. Dieses Scheitern ist daher kein ausreichender Beleg dafür, daß eine Gesellschaft mit geringeren Unterschieden zwischen arm und reich oder eine Gesellschaft ohne eine größere Zahl von Arbeits- und Obdachlosen nicht bestehen kann. Die Erfahrungen in der DDR in diesem Bereich, das Scheitern eingeschlossen, müssen aufgenommen werden als Anstoß für die Suche nach gerechteren, lebensfähigen Strukturen. Ebenso wenig beweist der Zusammenbruch des Ostens, daß die wirtschaftlichen Strukturen unseres jetzigen Systems gemessen an den drei Optionen eine akzeptable Lösung sind. Das zeigen die ungerechten Zustände auch in großen Teilen der Welt, die nicht zum Ostblock gehörten oder von dessen Wirtschaftssystem beeinflusst waren. Und das zeigt ein Blick auf die "Grenzen des Wachstums", die uns in einer endlichen Welt gesetzt sind.

- Es geht nicht darum, ob es zum Verlauf der deutschen Vereinigung "letztlich keine realistische Alternative gab" /21/. Zu sagen ist, was mit Blick auf die drei Optionen nach dem Zusammenbruch des östlichen Systems nötig war und nötig ist. Der Wechsel der DDR-Bevölkerung von der Seite der weniger Reichen auf die Seite der (weltweit gesehen) Reichen muß gemessen werden an seiner (Vorbild-?) Wirkung für die in der Welt anstehenden Veränderungen. In der Beschreibung /18/ - /23/ fehlt dies.
- Triebkraft der Vereinigung und der Politik in den Jahren nach 1990 war der Wunsch der Mehrheit der Ostdeutschen nach Angleichung ihrer Lebensverhältnisse an den Wohlstand des Westens. Die Option für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der

Leipzig, den 20.03.1995

Gesprächskreis "Gemeindetreff"
St. Nikolai-St. Johannis
Nikolaikirchhof 3
04109 Leipzig

An das
Sozialwissenschaftliche Institut der
Evangelischen Kirche in Deutschland
Prof. Dr. Günter Brakelmann
Querenburger Höhe 294
44801 Bochum

An das
Katholisch-soziales Institut der Erzdiözese
Köln (KSI)
Direktor Joachim Sikora
Selhofer Str. 11
53584 Bad Honnef

Betr.: Stellungnahme zur Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder,

wir möchten uns als ökumenischer Gesprächskreis an der Gemeinde St. Nikolai ~~und~~ St. Johannis in Leipzig am Konsultationsprozeß mit folgender Stellungnahme beteiligen.

Der Text "zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" und die damit beabsichtigte Diskussion über grundlegende Fragen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems kommt zur rechten Zeit. Unsere Gesellschaft befindet sich in der Tat in einer tiefgreifenden Umstrukturierungsphase, in der unter dem Diktat des weltweiten Wettbewerbs viele Anzeichen auf eine Aufkündigung des sozialen Grundkonsenses hindeuten. Wir begrüßen daher den Versuch der Kirchen, sich den dadurch aufgeworfenen Fragen zu stellen.

1. Uns fehlt jedoch an der Diskussionsgrundlage "zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland", daß das bestehende Wirtschaftssystem hinterfragt wird. Aus christlicher Sicht ist kein System heilig! Dies gilt auch für die Marktwirtschaft. Angesichts der Unterschiede von Arm und Reich in der Welt, der ungleichen Verteilung von Gütern und Lebenschancen (Gewinn des einen, ist Verlust des anderen) kann nicht das Ziel sein, Wohlstand zu mehren (109) und am wirtschaftlichen Wachstum (107) um jeden Preis festzuhalten. Es gibt nur ein gemeinsames Überleben der Menschheit. In einer endlichen Welt ist eine Wirtschaftsordnung, die "Wirtschaftswachstum zu einem institutionalisierten Ziel" (Fetisch!) macht (42), nicht mehr zu rechtfertigen. Die Betonung von Produktivität und Wohlstandsmehrung steht im krassen Widerspruch zu christlichen Grundwerten, wie sie in den drei Optionen (8) zum Ausdruck kommen.

2. Kirche ist ein Stück Reich Gottes in jeder Gesellschaft. Sie hat die wirtschaftliche und soziale Entwicklung kritisch und konstruktiv zu begleiten (kooperativer Protest). Dort, wo

gesellschaftliche Strukturen einseitig und menschenfeindlich sind, muß die Kirche in einer klaren Sprache darauf aufmerksam machen. Kirche muß die Wahrheit sagen und ungerechte Strukturen und Verhältnisse als nicht im Einklang mit der christlichen Botschaft erklären.

Gleichzeitig sollte die Kirche praktische und theoretische Gegenstrukturen entwickeln und diese leben. Dies heißt zum Beispiel einen einfacheren Lebensstil wagen, über die Kirchensteuer hinaus abgeben an Menschen, die Hilfe brauchen oder Geld geben, um sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Es könnten auch Menschen auf einen Teil (20 % oder 30 %) ihres Arbeitsplatzes zugunsten der Schaffung neuer Stellen verzichten, wo dies möglich und sinnvoll ist.

3. Gleichzeitig ist Kirche Teil der Gesellschaft und nimmt am wirtschaftlichen und sozialen Leben in Deutschland teil. In der Diskussionsgrundlage klammert sich die Kirche jedoch selbst aus. Es fehlt eine selbstkritische Befragung der Rolle der Kirchen und Christen in der Gesellschaft. Wie geht die Kirche mit ihren Mitarbeitern, mit ihrem Eigentum und Vermögen um?

Gerade in Anbetracht der sich verschärfenden Wohnungsnot und zunehmender Obdachlosigkeit sollte die Kirche beispielsweise ihr nicht genutztes Eigentum an Grund und Boden im Wege der Erbpacht für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Planung und Bau dürfen sich nicht am Gewinn, sondern an der Schaffung von Arbeitsplätzen orientieren. Es muß eine effektive Nutzungskontrolle im Sinne der sozialen Zielstellung erfolgen.

Wo und wie legen die Kirchen ihr Geld an? Unterscheiden sich die kirchlichen Gehaltsstrukturen von den weltlichen?

4. Im Papier wird wenig auf der Grundlage der Bibel argumentiert. Wo sind die biblischen und geistlichen Visionen für eine Veränderung der Gesellschaft im Sinne Jesu? (Mt. 25, 31-46)

"Was ihr einem dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan". Jesus identifiziert sich mit den Schwachen, den Ausgestoßenen, den Getretenen. Sein Reich untergräbt alle Wirtschaftssysteme, die die Reichen belohnen und die Armen bestrafen. Welche Vorstellung haben wir vom Reich Gottes?

Mit freundlichen Grüßen

Achilles Fabe
Golfy Rehn
Ulrich Fannelli
H. Karach
Monika Finkov
Helen Moser
O. Schuster
C. Finkov
G. Frey - V.
Koschins Gelfy
Barbel Schwede
Erika Fannelli
Aminu An

Teil 4:

Konsequenzen für kirchliches Handeln

(Entwurf: Dr. Henning Schierholz)

5

Die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus zwingt auch Kirche zu neuen vermögens- und beschäftigungspolitischen Initiativen. Den besorgniserregenden globalen Tendenzen - wie etwa die sich weiter

10

öffnende Armut-Reichtum-Schere oder ein zunehmend unkontrollierbarer werdender internationaler Kapitalmarkt - kann nur begrenzt etwas entgegengesetzt werden. Die Kirchen können aber öffentliches Bewußtsein mobilisieren und nicht nur kirchliches Publikum sensibilisieren; durch eigene kleine Schritte - wie im Folgenden aufgezeigt - können sie auch

15

über den engeren kirchlichen Kreis hinaus Beispiele setzen, um Christen und Nichtchristen auf beschäftigungs- und verteilungspolitische Alternativen aufmerksam zu machen.

20

Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland zählen nicht nur zu den größten Arbeitsplatzanbietern, sondern haben auch Verfügungsrechte über ein nennenswertes Maß an Grund, Boden und Immobilien. Im kirchlichen Dienst einschließlich Diakonie und Caritas sind mehr als 600.000 Voll- oder mindestens Halbtagsbeschäftigte tätig.

25

Zu Umfang und Wert des kirchlichen Grundbesitzes einschließlich der Immobilien sind bundesweit verlässliche Angaben kaum möglich ; als Wirtschaftsfaktor sind diese Flächen und Gebäude bundesweit noch nie systematisch untersucht worden. Unter verteilungs- und beschäftigungspolitischen Aspekten müssen sowohl kirchliche

30

Arbeitsplätze als auch Immobilien und Flächen künftig neu diskutiert werden.

Dabei sind (zum Teil schon jetzt) folgende Grundsätze gültig und zu beachten:

35

a) Der Gebrauch von Eigentum soll - nach Grundgesetz - nicht nur dem Gemeinwohl dienen, sondern dieses hat für Kirche nachdrücklichen Vorrang vor Eigennutz und Gewinnmaximierung.

40 b) Wir Deutschen leben in der einen Welt und sind verpflichtet, den bei uns erarbeiteten und erzeugten Reichtum mit Christen und Völkern in anderen Regionen der Erde zu teilen.

45 c) Auch bei der Verteilung von Erwerbsarbeit und Erwerbsarbeitszeit gibt es in den reichen Ländern des Westens eine zunehmende Schere zwischen immer weniger werdenden Besitzenden und den von regulär bezahlter Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen. Dies verpflichtet zu neuen Modellen der Teilung von Erwerbsarbeit und Erwerbsarbeitszeit.

50 d) Kirche und ihre Gliederungen (von Gemeinden über kirchliche Werke und Dienste bis hin zu Einrichtungen der Diakonie) sollten eine Vorreiter-Rolle als Beschäftigungsgeber und -träger spielen.

55 Wir plädieren dafür, diese Grundsätze im kirchlichen Handeln ernster zu nehmen und wie folgt umzusetzen:

1. Kirchen sind Vermögensinhaber von Landwirtschafts- und Gewerbeflächen, von Geldinstituten und Versicherungen, von Kunst- und Kulturgütern. Es wäre vermessen, diese alle ausschließlich unter
60 monetärem Blickwinkel, also unter dem Gesichtspunkt ihres wirtschaftlichen Nutzens zu betrachten. Als Träger diakonischer Einrichtungen oder als Wohnungsgeber sorgen die Kirchen für Zehntausende von Bedürftigen, aber auch für Mitarbeiter/innen und Mitglieder. Nur auf örtlicher und regionaler Ebene besteht die Möglichkeit
65 eines präzisen Überblicks, besteht auch die Möglichkeit, gegebenenfalls neu darüber zu entscheiden, inwieweit der Grundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums bei kirchlichen Liegenschaften oder Immobilien diskutiert oder interpretiert werden muß.

70 Überall steht Kirche vor einer Konzentration ihrer Anstrengungen und Kräfte. In diesem Prozeß wird die Sozialpflichtigkeit ihres Eigentums, ihrer

Gebäude und Liegenschaften in besonderem Maße zu reflektieren sein. Aus vermögenspolitischer Sicht wird zu diskutieren sein, inwieweit kirchlicher Grundbesitz veräußert oder in Erbpacht vergeben werden kann.

- 75 Mancherorts müssen Fragen nach der Mehrfach-Nutzung von Kirchenräumen, nach zu groß bemessenen kirchlichen Dienstwohnungen oder auch nach Vermietung oder Verpachtung von Gebäuden gestellt werden.

- 80 2. Kirche hat stärker darauf hinzuwirken, daß das Prinzip der Anhäufung von Geld- und Sachvermögen ohne Zweckbindung gesellschaftlich und politisch stärker hinterfragt wird. Der Weg in eine Spekulations- und Absahner-Gesellschaft kann sowohl durch geeignete kirchliche Alternativ-Modelle als auch durch andere Rahmenbedingungen (etwa im Erbschafts- oder Geldtransfergeschäft) verhindert werden.

- 85 Daß die Schere zwischen privatem Vermögen auf der einen und öffentlicher Verschuldung auf der anderen Seite weiter wächst, ist nicht primär kirchlichem Handeln anzulasten. Im ökumenischen Kontext müssen Kirchen, ihre Gremien und ihre Gruppen in verstärktem Maße daraufhin
90 wirken, daß ein neuer Lastenausgleich auf internationaler Ebene erweiterte Handlungsspielräume für die politische und wirtschaftliche Zukunft der einen Welt eröffnet. Erreichbar ist dies etwa durch die Diskussion zweckgebundener Sondervermögen, aber auch durch
95 günstiger Kredite an Gruppen von Menschen in armen Gebieten der Welt deren Bemühungen um größere Eigenständigkeit unterstützen (z. B. EDCS).

- 3) Dem Teilen von Arbeit ist Vorrang vor Stellenabbau und Entlassungen zu geben; die unteren Gehalts- und Einkommensgruppen sind bei
100 Teilzeitarbeitsverhältnissen mit einem Ausgleich zu bedenken. "Der Abschied vom Normalarbeitsverhältnis" wird auf mittlere Sicht nicht zu vermeiden sein. Die Kirchen sollten bemüht sein, ihn sozial verträglich zu gestalten und zu den von den Sozialparteien gestalteten Tarifbedingungen vorzunehmen. Dabei bedarf es der Ausschöpfung der Arbeitszeitpotentiale,
105 etwa durch Einrichtung von Jahresarbeitszeitkonten und Modelle einer intelligenten, aber tarifgerechten Arbeitszeitflexibilisierung (z. B. Dreiviertel-Stellen (nicht nur) für Pfarrer/Innen, Sabbatjahre, erleichterte

110 Altersruheregelungen in Kombination mit Teilzeit usw.). Der größte Teil kirchlicher Beschäftigungsverhältnisse ist nicht an eine 40-Stunden-Woche gebunden. Auch leitende kirchliche Mitarbeiter/Innen (insbesondere Männer) müssen lernen, ihren Arbeitsplatz mit anderen Kolleginnen und Kollegen zu teilen.

115 4) Gemeinden, Kirchenkreise, kirchliche Werke und soziale Einrichtungen sollten ihre Funktion als Beschäftigungsgeber und -träger noch aktiver nutzen. Voraussetzung dafür ist die Umgestaltung des Arbeitsförderungsrechtes zu einem Instrument der Arbeits- und Strukturförderung. Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einarbeitungszuschüsse für benachteiligte Personengruppen, öffentlich

120 geförderte Arbeitsverhältnisse und Möglichkeiten zur Qualifizierungsförderung sind für Projekte im Kultur-, Sozial- und Baubereich ebenso einzubeziehen wie Möglichkeiten der Kommunikation speziell im ländlichen Raum. Soziale Betriebe, Jugendwerkstätten, Baugruppen für die Renovierung von Sozialwohnungen

125 und Jugendheime, Projekte "Neue Arbeit", Treffpunkte für die ältere und jüngere Generation sind Beispiele für kirchliches Engagement, die der Nachahmung bedürfen.

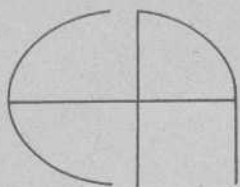
Angemessene öffentliche Förderung ist dafür auf der einen Seite

130 Voraussetzung; die Einrichtung von kirchlichen Beschäftigungsfonds, die aus freiwilligen Spenden und Kollekten gespeist werden können, ein anderes notwendiges Strukturelement. Gegebenenfalls sollten die Spendenmittel durch Zuschüsse aus kirchlichen Haushalten angehoben und für die Finanzierung von Stellen in der Arbeitsförderung in kirchlicher

135 Trägerschaft eingesetzt werden.

Kell. festge. beschiedene alternatives Handeln
2. Bsp. Hausaltprüfung hat gerechtfertigt werden können 3. Welt Koeffizient
Kred als Berater, Vermögensverwalter, Arbeitslosen
Verwandte zu Tabe + Welt
Besitz - Bsp. Bsp. Hausnutzung + Welt
billigere (oder Steuer-)
alternat.
bedmögliche bzw. finanzstarke Vorteile zu nehmen

Informa
Handbuch
Nr 410 Juni 95



Evangelische Akademie Berlin - Brandenburg

Haus der Kirche · Goethestraße 26 - 30 · 10625 Berlin · Telefon : 030 / 31 91 - 232 · Telefax : 030 / 31 91 200

Gossener-Mission

Herrn Pfarrer
Bernd Krause
Fennstraße 31

12487 Berlin

Berlin, den 28. April 1995

Eingegangen

- 8. Mai 1995

Erledigt:

Sehr geehrte r Herr Krause,

für Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Konsultation über das Wirtschafts- und Sozialwort, die wir am 19. Mai 1995 durchführen wollen, danke ich Ihnen sehr herzlich. Inzwischen hat ein, wie ich denke, sehr interessanter Kreis von Gesprächsteilnehmerinnen und Teilnehmern Interesse signalisiert, und wir haben unsererseits einen geeigneten Ort für die Zusammenkunft gefunden.

Wir können uns am **19. Mai 1995 um 10.00 Uhr im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, in Berlin-Mitte**, treffen. Es befindet sich in unmittelbarer Nähe des S-Bahnhofs Friedrichstraße und ist daher auch für alle diejenigen, die nicht in Berlin wohnen, gut zu erreichen.

Hier noch einmal das vorgesehen Programm:

10.00 Uhr	Brainstorming: Welches sind unsere Themen; welche Fragen ergeben sich aus dem Kontext in den neuen Bundesländern an das Sozialwort?
12.30 Uhr	Mittagspause
13.30 Uhr	Expertenvoten zu einzelnen Problembereichen
15.30 Uhr	Kaffeepause
16.00 Uhr	Welches sind die Schlüsselthemen, an denen wir weiterarbeiten müssen?
17.00 Uhr	Verabredungen für die weitere Arbeit (z.B. Bildung von Arbeitsgruppen, weitere Konsultation, Einbeziehung weiterer Experten).
18.00 Uhr	Abendessen

W. Biedermann, M. Herbermann, W. D. Gräbe, H. Goll (Kath. Fachhochschule), F. Schiemann (SÖSTR),
Willig (Soziologie DDR), H. Goldstein (Franz. Bildgewer), H. J. Jähig, T. Fölsch (Grüppwald Stradi),
U. Brühl (Pfarrer of Rije), D. Sind, S. Nagel (Thüringer Akademie), L. Heilmann, S. Diebold (Kath. Sebnitz),
E. Adelt, Krause (Buddh. Synode)

"Land" = Ostdeutschland^a

D. Wiltich -

Wahlkarte - Grenzgebiete = zu unterscheiden

3- Papier 2 Thema Land = Grenzgebiete + freie Wahlkarte

5 These

1. ^{3- Papier} Die Realität der Land wird angegeben

Am. ist Bestandteil des Systems selbst

3- Papier größte Widersprüchlichkeit 2 Thema Land

Unter Fiktivität Einbezug 2 Thema Land^a

absolute Land

relative " (= Umverteilung) (1)

Östern = Ost = Werte
2000 2700

Pro Herdaus Netto Östern (2)

Land = Ostdd = unter 692^{DM} pro Kopf Herdaus netto Östern
" " West unter 912 DM " "

8% am

13% Umverteilung

1/3 untere Östern

2. Ld. = Ostdd

12% obere Östern

Land = Ostdd doppelt so hoch als = WD

Wahlhab Gruppe = WD relativ sehr hoch

→ = WD = Reiche reicher
+ Arme ärmer

2. Land = Ostdd = als Umverteilung wahrgenommen
vgl. (3)

Wenn wir von Ihnen nun keine weitere Nachricht erhalten, rechnen wir fest mit Ihrer Teilnahme und freuen uns auf die Begegnung am 19. Mai 1995.

Mit freundlichen Grüßen

U. Hartmann

Michael Hartmann

W. Bindemann

Walther Bindemann

Vorlesung

gut zuße, daß Diskussionsprozeß los
Mängel - Problematik \leftrightarrow Optionen

fr. Defizite Finanzwirtschaft d. V. selbst

Migrationspol.

Multicultural problems

Frageproblematik / Welt definiert wer sich Arme, Schwache

Es fallen neue Möglichkeiten

Polarisierung von Markt + Staat;

Papier bleibt Problem + will

Darstellung d. Theorien

mit gleichen instrumentellen Problem
"lösen"

Globalisierung d. Märkte

- für Sozial. Marktwirtschaft, wie Ewigkeit geleistet
d.h. anderer theol. Ansatz nötig

- ökon. Zusammenhänge \rightarrow Perspektive 1. Welt

- Demokratisierung d. Finanzwesen

- ökol. Marktwirtschaft } full
spekulative Kapital

- wo auf alte Werte gesetzt, Wirtschaftswachstum

- Papier sollte propä. sein

- Neue Bewertung von Arbeit

- Werte \rightarrow ihrer Vorbildfunktion

- Neubewertung von Arbeit

- Thema "Frage + Antwort" sehr unzulänglich

- 2. der Korruption deutlich, Weglassen "positiv" - aber vieles ist angeklagt

- Kap. Erneuerung der Sozial. Marktwirtschaft = sehr wichtig + sehr stark angefragt

- Bewertung
d. Rechts

- Perspekt.
von oben
nach unten

- theol.
Ansatz

- Finanzthema

- Ethik

+ die Wirtschaft
beurteilt
die Welt

3. Land = OD als Ungefährigkeit wahrgenommen
vgl. (5)

gesell. Problem, das auf Frau abgelegt wird
~~alle stehende de Frau~~
alle stehende Arbeitslose

4. Wenn alles so weiter läuft, wird in d. nächsten Jahren
Land + OD zunehmen + Ost-West-Gefälle noch
vgl. (6)

Land wird sich verdoppeln in OD
Sozialhilfe befristet Land!
Lapra Arbeitslose
Altersarmut
Allein lebende ältere Frauen in Land } mit zu

5. Erfolgreiche Berührung von Land bedarf radikaler
gesell. Veränderungen (ökonom. Struktur)

Papier behandelt Thema ^{Probleme} Struktur (d.h. fortgesetzt)
" moralische Appelle aber keine strukturelle Veränderung
angestrebt

Verordnung = Verfestigung von Land

Sozialbewusstseins = nötig

Definition = Machtposition

z.B. Einkommen + Miethöhe in Verhältnis gesetzt
so dass, was zu Schluss übrig bleibt.

Papier appellativ - aber keine struktureller Probleme darstellend
Warum?

Mengenverhältnisse bei Armen - fiele sich nicht wieder
bei Wohlhabenden - wohlwollend zu sein

Keiner hat Interesse Untersuchungsergebnisse wirklich
zu kennen zu hören, in dessen Schluss f. Verhältnisse zu ändern

Gossner
508800 Familie von Beobachtung (mindestens 30 Jahre) beobachtet

Sub-word / An-frage | VI

- Papier spielt a. f. eine Perspektive

1. - falscher Ansatz - Weglassung / Ausgrenzung
- Papier spielt a. f. eine Perspektive
wo bliebe die Verteilung

2. - Fehlende Analyse - Tragfähigkeit der Marktwirtschaft

- Grund-Reichen

Arbeit - Arbeitslosigkeit

~ was an Ostperspektive
gesagt wird geht ganz D. a

3. - Fehlende Visionen d. 9. Theologie (Angelegenheit mit Bibel)
Theol. Aussagen

(- Systemfrage (Anfrage wie Marktwirtschaft f. Zukunft)
Grundlegendes Wohlsein aussprechen
f. Verteidigung des Systems

4. - Konsequenzen f. Koll. Handel (Eigen K. als Lebensform
alternative Modelle)
Anfrage!

2. P. M. 3

u. Badl =

H. Goldstein

A. Flade

038 302/53118

Annette Flade

2. Papier =

Gossner Mission Fennstraße 31 D-1190 Berlin

Telefon
003 72 / 635 11 98
Telefax
003 72 / 635 11 98

Weglassung \rightarrow Ausgrenzung ^{nd des ist Methode} C. Heilmann

Kei ökon. Papier, wa nur die 2 Großreiche betitelt were

Betroffene selbst ^{= Ausgrenzte} keine Wirt. Wort

Sie habe die Interesse a Status quo

Zielfolge = interkulturelle Leserschaft

Keine Mode - Analyse nd der ferle ad Visionen

Es gibt nur 1 Dämon a - soziale Marktwirtschaft
d. h.

- Sexistische Arbeitsaufteilung
(Erwerbsanteil der Männer)
- Rohstoffverbrauch
(Kei Prinzip d. Nachhaltigkeit)
- Interesse der 3. Welt Länd
wird ständig verletzt

(Rohstoffpreise, Verschwendung
- Kapitaltransfer 1 DM
nach Süde - 7 DM - Zunde
Zinspolitik - nur 5% ist aus
noch Wirt. Handel + 95% in Trans-
national Kapitalmarkt)

2. Papier =

~~Sozial~~ Optio f' die Schwache, d. h. Abwehr

~ Konzial Prozeß = Optio f' die Arme

Arbeitsfeld

Schere auseinandergehende zw. ^{arm} reich

Kurve des Vermögens

Köde als Anteilgeber spielt die Rolle

Haushaltsverfall -

Bei ^{der} ~~Armen~~ nicht Rede vo Reicht, Vermögensbildung, Transnatio. Kapital

Postgiro Berlin West
BLZ 100 100 10
Konto 520 50-100

EDG Kiel (Fil. Berlin)
BLZ 100 602 37
Konto 139 300

Annette Flade
Frauengruppe
Potsdam-Babelsberg
Schulstraße 8c
14182 Potsdam

Kriegsflüchtlinge in Kroatien brauchen unsere Solidarität - JETZT -

Immer mehr Frauen stricken Hausschuhe und Socken in den Flüchtlingslagern, in denen wir Frauen von Potsdam aus nun das 5. Mal waren. Sie stricken und flechten Körbe, um eine sinnvolle Beschäftigung zu haben. Und diese Frauen hoffen, daß sie ihre Produkte auch verkaufen können. Eine für sie und ihre Familienangehörigen - besonders zur Unterstützung aller, die direkt im Kriegsgebiet sind - lebensnotwendige Möglichkeit. Alte Frauen erzählten uns, wie sie viele Hilfsgüter, die sie bekommen, zusammenpacken, um sie mit Kurierdiensten an Verwandte zu schicken, die in noch viel schlimmeren Situationen leben müssen.

Wir stellten auf unserer letzten Fahrt Anfang Juli fest, daß viele Kriegsverletzte in den Lagern sind, daß viele Frauen kraft- und hoffnungslos dasitzen, und daß die Versorgungslage in den Lagern schlechter geworden ist als sie es bei unserem Besuch 3 Monate zuvor war.

Und gerade darum: Diese Menschen brauchen unsere Solidarität - j e t z t -. Und gerade darum dieser Aufruf:

Kaufen Sie diese gestrickten Schuhe j e t z t - auch wenn die hochsommerlichen Temperaturen keine kalten Füße bewirken!

Unser Einkauf gibt diesen Frauen und vielen Familienangehörigen die Chance, die nächsten Kriegswochen besser zu überleben.

Wir haben bei unserer 5. Fahrt nach Varazdin vom Erlös des Schuhverkaufs und von den Spendengeldern für 4.200,- DM Hygiene-Artikel und für 4.000,- DM Unterwäsche gekauft und mit 1.500,- DM den Aufbau von Werkstätten unterstützen können.

Ende September fahren wir wieder nach Kroatien; d.h., bis dahin haben die Frauen viel gestrickt und warten darauf, daß wir aus Potsdam ihnen ihre schönen Schuhe und Socken abkaufen. Wir sammeln weiterhin:

Wolle, Stoffe, Nähutensilien, Handwerkszeug, besonders Elektromaterial und alles für den Sanitärbereich zur Verbesserung der dortigen Einrichtungen.

Spendenkonto: Annette und Stephan Flade, Potsdam

Konto-Nr. : 510 772 02

BLZ : 100 900 00 Berliner Volksbank

Stichwort : "Bosnienhilfe"

Spendenbescheinigungen werden von der Kirchengemeinde Babelsberg ausgestellt.

Wir suchen Gruppen, Institutionen und auch Privatpersonen, die diese Strickschuhe als Kommissionsware übernehmen und verkaufen.

Hinweise, Anfragen oder Informationen:

Mittwoch und Donnerstag 9-15 Uhr

Frau Engelhard, Tel. 0331/77059

Babelsberg, Juli 1994

Wahppol. + - Ketschall

Hest Wollbeu

11.700 Person \approx Bridges
10.000 = Ostfriesland

10. ... = Osobali

[illegible]

Tafel der Stoffe = strengste Kore Bezeichnung

Ausfrage so allgemein, das es unendlich wird

1. Es gilt $w_{\text{edu}} = w_D$ nach OD durch die ^{ein allgemeine} Wohnstadt
noch eine akute Wohnplatz

Es gibt für bestimmte Gruppen andere Probleme

2. B. Fraen ~ Mol; Abd. d. lose

2. Miere belaste, überlaste Nidrig + mittlere E' Temp
1993 Warmmiere - 100% - 200% - 300%

1993 Warmmiete \approx WD \approx 25% des E' \rightarrow (an Bericht des
 be. Wohlfeld u. n. n. 30% Bundesreg)

ke. Wohlgeld u. u. u. 30%

$$n_{\text{ZOD}} = 18,6\%$$
$$n \quad n \quad n \quad n = 19,9\% \quad n \quad n$$

Epoxyharzanteil = 21, % des Gieß

Adenblase, = 23,4 % ~ ~

Debt = 21.9 % ~ "

pol. Handlungsbedarf - Erhalt + Erweiterung von Sozialwerken

2 Wichtige Punkte zu Welposition

Probl

Bei dieser Citronenschale + im Laufe der Zeit es
f. diese Mode + ihre Probleme Headp. bedarf.

Alt. Schulden = polit. Entscheidung, die nicht nötig ist

Chloride fließt von Kasse nicht über den

**"Brauchen wir eine neue Beschäftigungspolitik?
Anforderungen an ein AFG 2000 aus ost-und westdeutscher Sicht"**

vom 26. bis 28. April 1993 in der Evangelische Akademie Loccum

Im Zuge der Zehnten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, die nunmehr seit dem 1. Januar 1993 in Kraft ist, wurde immer häufiger das Argument vorgebracht, daß das 1969 verabschiedete Arbeitsförderungsgesetz in seiner Struktur den beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten nach der deutschen Vereinigung nicht mehr entspreche. Der Vorrang für eine aktive Arbeitsmarktpolitik ("Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit" gerade nach der 10. Novelle), eine stärkere Berücksichtigung frauenpolitischer Belange, eine Neuordnung des Finanzierungssystems der Arbeitsmarktpolitik statt ständiger Verschiebepbahnhöfe", eine Regionalisierung und Dezentralisierung der Bundesanstalt für Arbeit, die bessere Verzahnung von Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik sind einige der Gesichtspunkte und Themen, die in diesem Zusammenhang genannt werden. Sie spitzen sich in der Frage zu: Bedarf es, auch auf dem Hintergrund einer sich verschärfenden West-Ost-Konkurrenz um verbleibende und neu zu schaffende Arbeitsplätze einer grundlegenden Reform des Instrumentariums der Arbeits- und Beschäftigungsförderung?

Angesichts des Tatbestandes, daß die Mehrheit des Bundesrates für das Jahr 1993 einen entsprechenden Gesetzgebungsvorstoß angekündigt hat, sollen Notwendigkeit und Ausmaß, Hintergründe und Details einer solchen "11. AFG-Novellierung", aber auch mögliche und notwendige Veränderungen im politischen Umfeld (Wirtschaftsförderung, Arbeitszeitveränderung) im Mittelpunkt der geplanten Fachtagung stehen. Ziel der Tagung ist es, einen öffentlichen Impuls für die Weiterführung und Intensivierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu geben, deren Notwendigkeit - gerade im Jahr 1993 - unter den ExpertenInnen unumstritten zu sein scheint.

Eingeladen zu der Fachtagung sind VertreterInnen aus Wirtschaft und Gewerkschaften, Verbänden und politischen Parteien / Fraktionen, der Landes- und Bundesadministration, aus der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforschung, aus Beschäftigungsinitiativen und Arbeitslosenzentren, schließlich der Medien in Ost- und Westdeutschland.

Am ersten Tagungstag (Montag, 26.4.) werden Überblicks- und Bilanzierungsreferate zur konzeptionellen Situation der Beschäftigungspolitik in Ost- und Westdeutschland gehalten; am zweiten Tag Modelle innovativer Arbeitsmarktpolitik vor- und zur Diskussion gestellt; anschließend folgen Foren "Eckpunkte für eine AFG-Reform". Am Mittwoch, 28.4., endet die Tagung mit einer politischen Anschlußdiskussion: "Auf dem Wege für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz?"

Beginn der Tagung: Montag, 26.04., 15.00 Uhr ; Ende: Mittwoch, 28.04., 13.00 Uhr.

Verantwortliche Tagungsleitung: Dr. Henning Schierholz / Andrea Weinert
Tel. in Loccum: 05766/81-112; Tel./Fax: 0511/9734374

III

Betroffene fuppe wäde und Interesse verhebet
soden Hoffp verhebet

Spezifika zu Arbeitsproblematik ~ OD

Was ändert sich a Kultur + Lebenspräge der Arbeit

Wem wird Analyse material wld aufgegeben?

Strategie Analyse wld aufbauen, wld Hedhp-
druck zu haben!

Arbeit in der heutigen Form und in der Zukunft Hest Schreiner
Bedürfnisse wld es Arbeit für alle wld
mehr geben

Arb. marktpol. + Wirtsch. pol. für nächste Jahre
wld ohne öffentl. geförderter Arb. markt wld geben

Frage wer wld das legitimiert?

Wie Ren gesell. Bewusstse gebildet werde

Welche Parte bedürfnisse werde für Wirtschaftler gestet?

wo Erwerbsarbeit in weniger wld

(z.B. Versicherung ist möglich - d.h. Pflegeversicherung viele Arb. pl. gefodert)

Finanzierungsförderung auf Klein + größerer Ebene schaffen

Regierungen spielen große Rolle

Arbeit billiger machen (z.B. durch ÖKostens für Betriebe)
in den Betrieben mehr Mögl. mit gegeben wld mussd. Arb. Kraft
einsetzen

Produktive Erwerbsarbeit wld die Computerzeit weniger, aber
es werde "Werte" geschaffen, welche Rückgang haben in
der gesell.?

Arbeit, die zu ^{sozialer} Erwerbsarbeit wld

Konsultation zum Wirtschafts- und Sozialwort am 19. 5. 1995

10.00 Uhr Begrüßung und Vorstellung

Brainstorming:

Welches sind unsere Themen im Diskussionsprozeß?

Welche Schwerpunkte ergeben sich aus dem Kontext in den neuen Bundesländern?

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Expertenvoten zu folgenden Problembereichen:

- Abstiegsrisiken in den neuen Ländern
Dr. Dietmar Wittich, Institut für Sozialdatenanalyse isda
- Wohnungsproblematik und Wohnungspolitik
Dr. Wolfgang Bohleber, Verband
Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen
- Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik
Dr. Frank Schiemann, Sozialökonomische
Strukturanalysen (SÖSTRA)
- Jugend in den neuen Ländern
Rudi Pahnke, Evangelische Akademie
Berlin-Brandenburg
- Nord-Süd-Solidarität
Cordula Heilmann, Außenstelle der EKD, Berlin

15.30 Uhr Kaffeepause

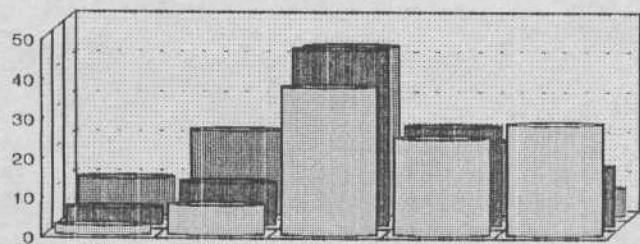
16.00 Uhr Welches sind die Themen, an denen wir weiterarbeiten wollen?
(Gesprächsgruppen)

17.00 Uhr Verabredungen für die weitere Arbeit
(Arbeitsgruppen? Weitere Konsultation? Einbeziehung von Experten?)

18.00 Uhr Abendessen

Pro-Kopf-Haushaltneutoeinkommen - Aufsteiger - Absteiger

Prozent



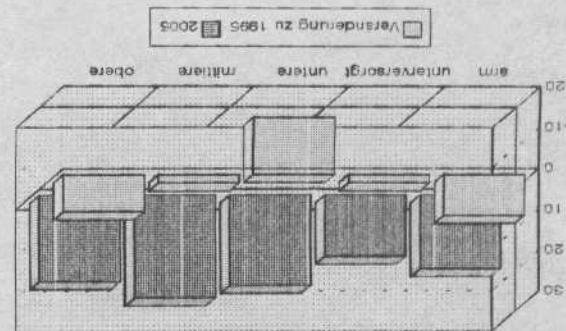
Abstieg	9,6	21,6	42,8	18,9	7
gleich	4,5	11	44,5	25	15
Aufstieg	2,4	7,8	37,5	24,6	28,1

Aufstieg
 gleich
 Abstieg

④

50% der Erwerbslosen
 ~ OD ~ lebt 4 Jahre Arbeitsplatz
 Wechsel müssen (18% freiwillig)

Wenn es gelingt beruf. Qualifikation
 zu setzen, da geht es gut

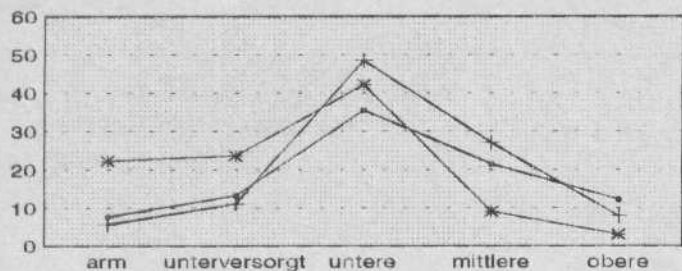


②

Pro-Kopf-Haushaltneutoeinkommen in Ostdeutschland

Pro-Kopf-Haushaltneetoeinkommen - ausgewähl Gruppen

3

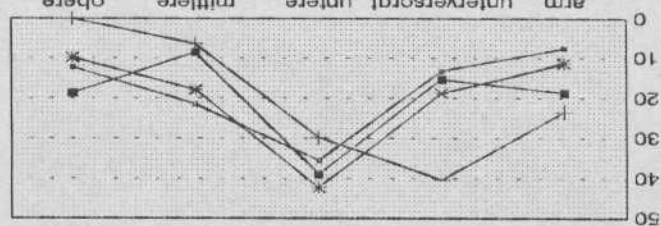


Gesamt	7,6	13,2	35,5	21,5	12,2
Vorruhe	5,6	11	48,5	27	7,9
Arbeitslose	22,2	23,6	42,2	9	3

◆ Gesamt + Vorruhe * Arbeitslose

Pro-Kopf-Haushaltneetoeinkommen - Alleinstehende

5

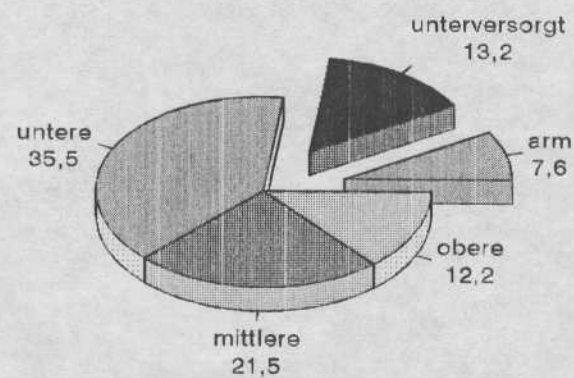


Gesamt	7,6	13,2	35,5	21,5	12,2
Arbeitslose	23,4	40,4	29,8	6,4	0
mit Kindern	11,9	18,8	42,3	17,9	9,8
50 - 60 Jahre	18,7	15,3	39	8,5	18,7

◆ Gesamt + Arbeitslose * mit Kindern ▲ 50 - 60 Jahre

Pro-Kopf-Haushaltneutoeinkommen in Ostdeutschland

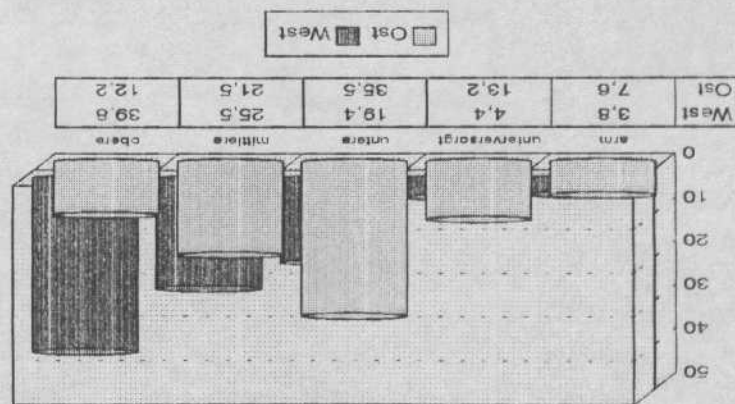
Prozent



9

Pro-Kopf-Haushaltneutoeinkommen - Ost-West-Vergleich

Prozent



6

Pro-Kopf-Haushalt Nettoeinkommen in Ostdeutschland

Zuordnung

arm	unter 692 DM
unterversorgt	692 - 914 DM
untere	915 - 1385 DM
mittlere	1386 - 1842 DM
obere	über 1842 DM

Wichtungsfaktoren: Personen/Haushalt: 2,6; Einkommen/Haushalt: 1,8
Durchschnittseinkommen: ca. 1500 DM
Berufstätige: ca. 2000 DM

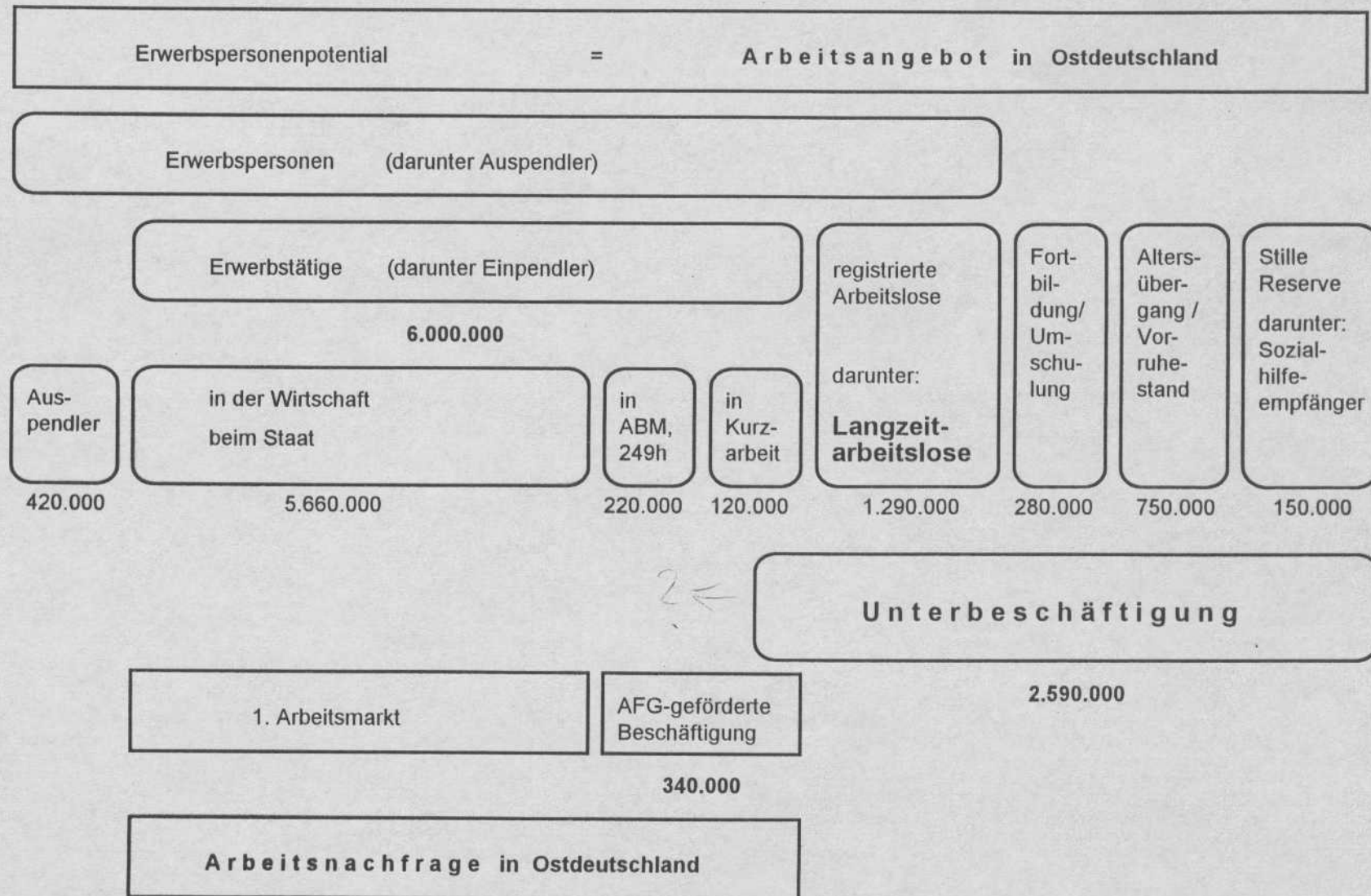
Pro-Kopf-Haushalt Nettoeinkommen in Westdeutschland

Zuordnung

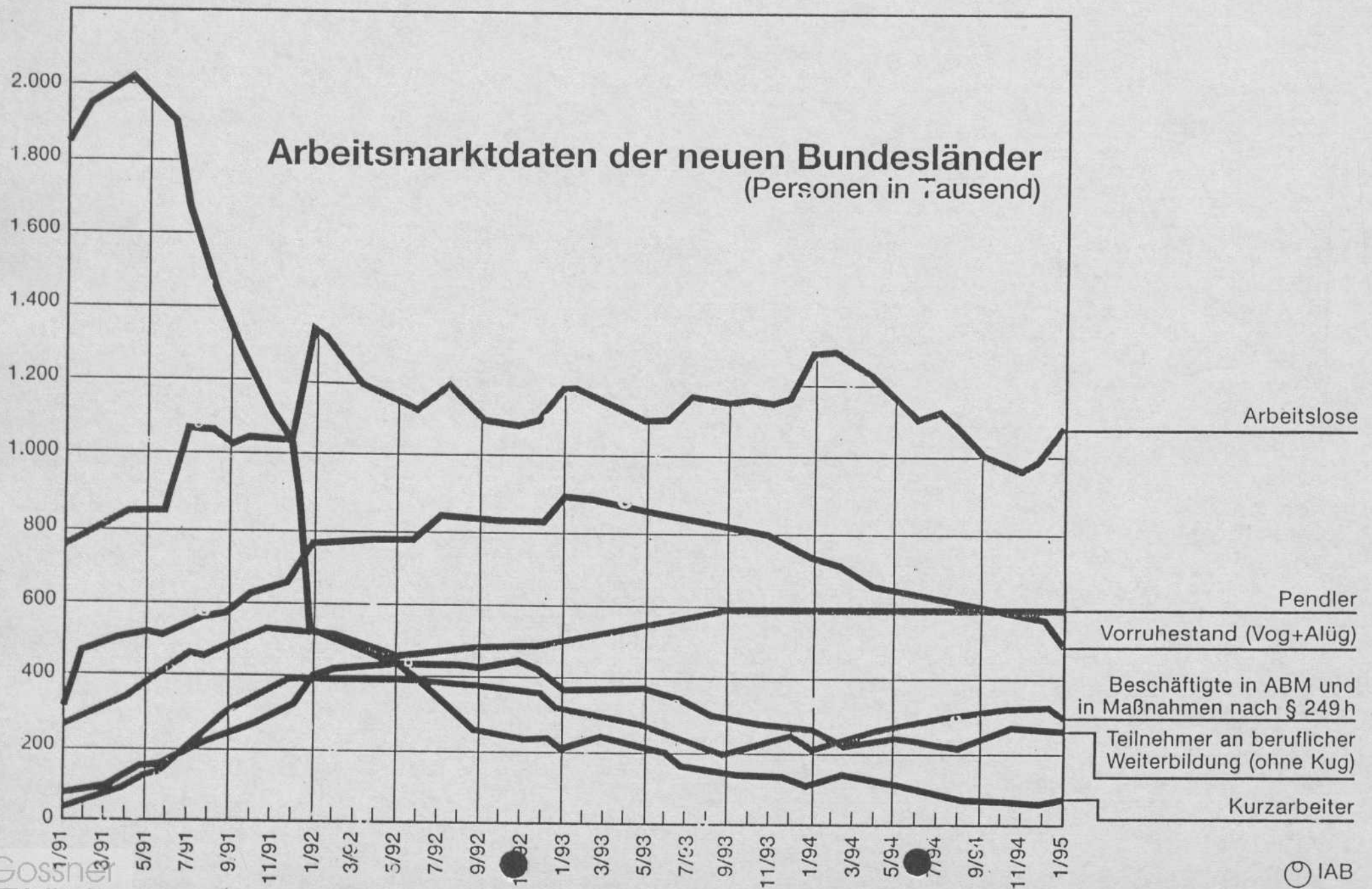
arm	unter 912 DM
unterversorgt	912 - 1204 DM
untere	1205 - 1823 DM
mittlere	1823 - 2426 DM
obere	über 2426 DM

Wichtungsfaktoren: Personen/Haushalt: 2,4; Einkommen/Haushalt: 1,6
Durchschnittseinkommen: ca. 2200 DM
Berufstätige: ca. 2700 DM

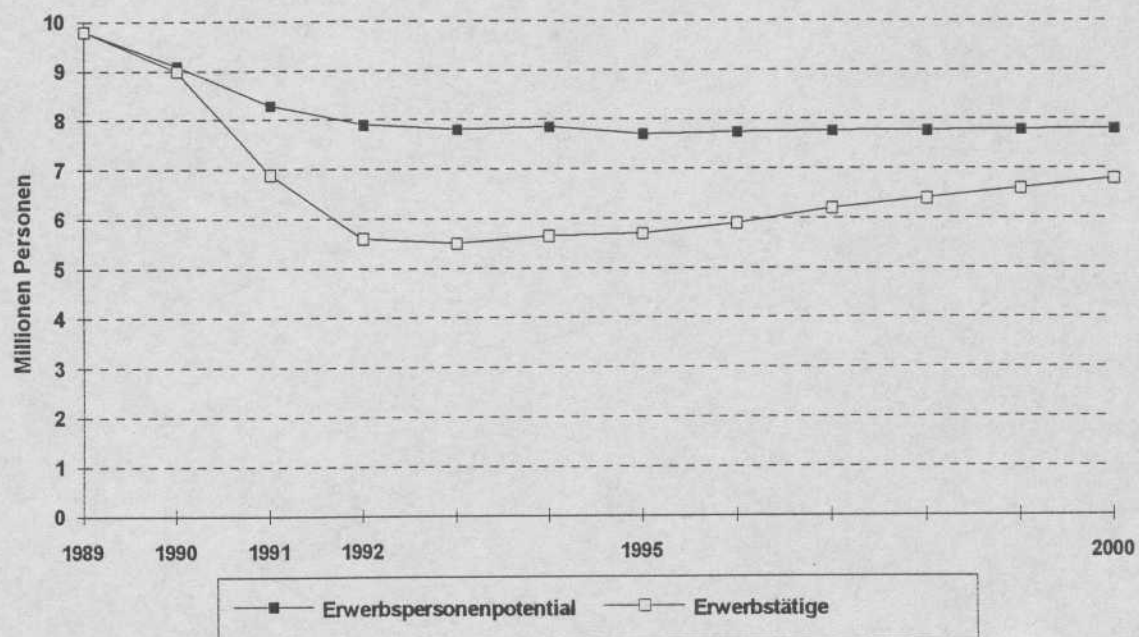
Folie 4: Strukturen der Unterbeschäftigung



Quelle: SÖSTRA-Grafik

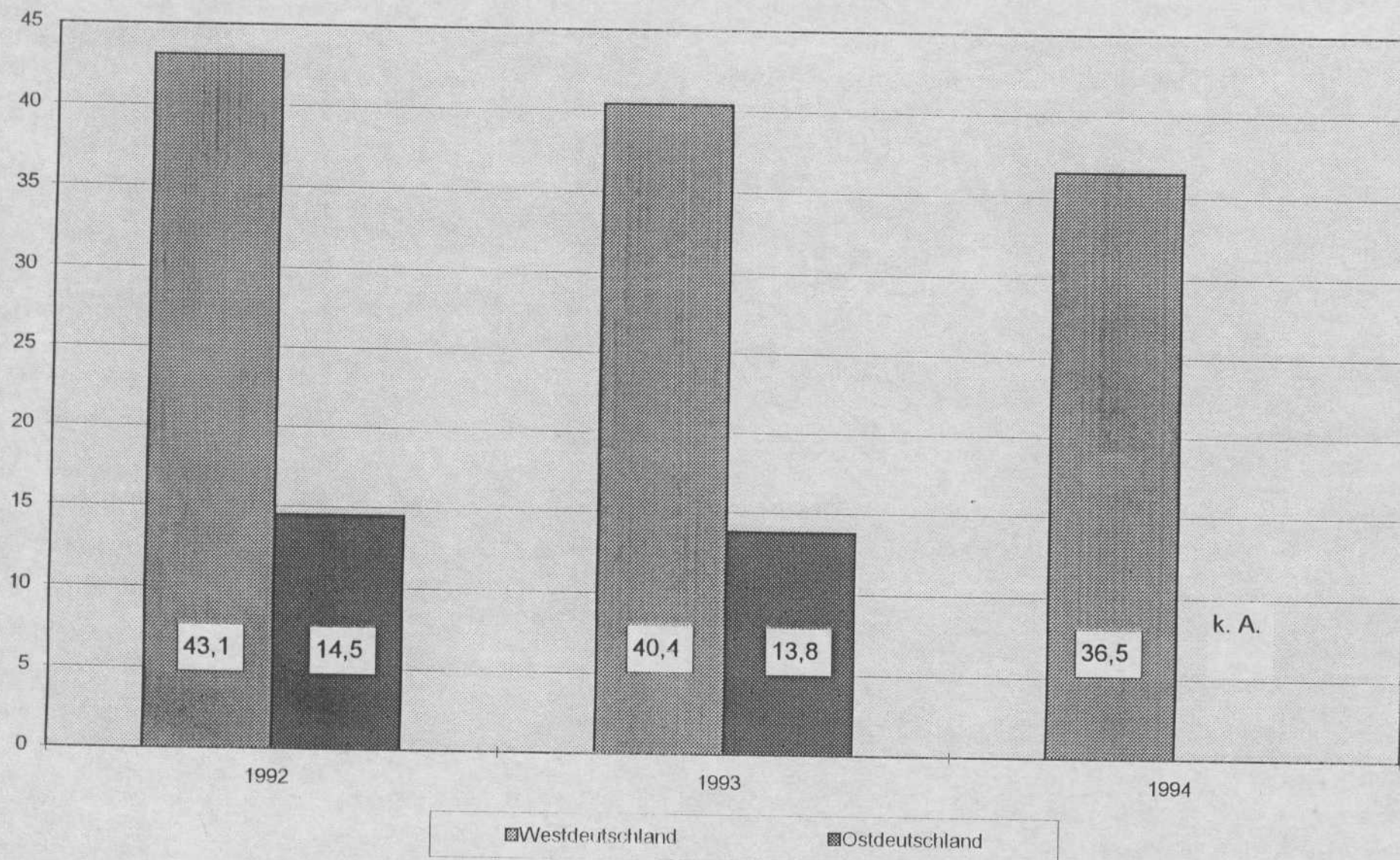


Folie 5: Arbeitsmarkt-Bilanz 2000 für Ostdeutschland

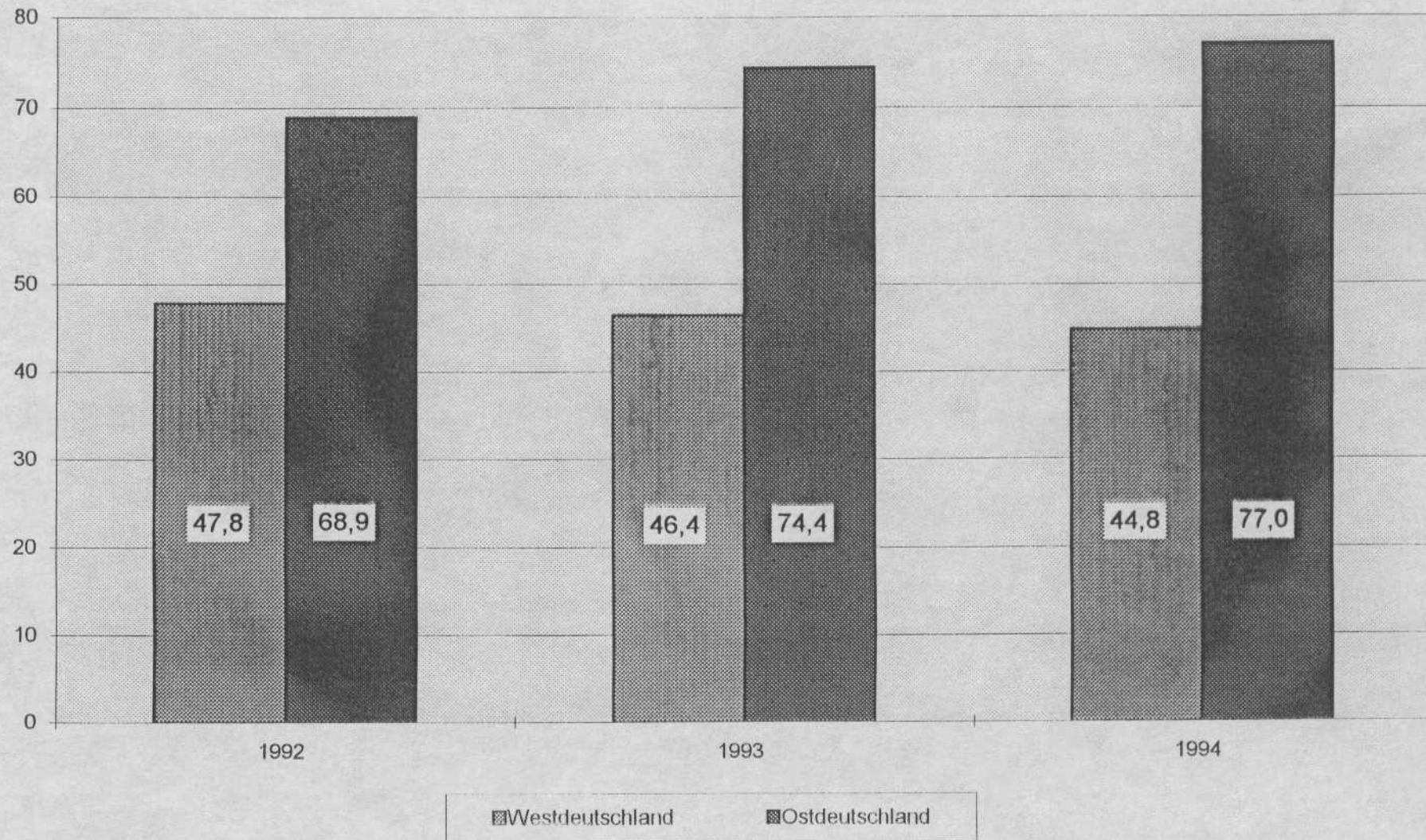


SÖSTRA-Grafik nach MatAB 1/1993, S. 5 und 8

Anteil Langzeitarbeitsloser mit gesundheitlichen Einschränkungen an den Langzeitarbeitslosen insgesamt



Anteil der Frauen an den Langzeitarbeitslosen



Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt

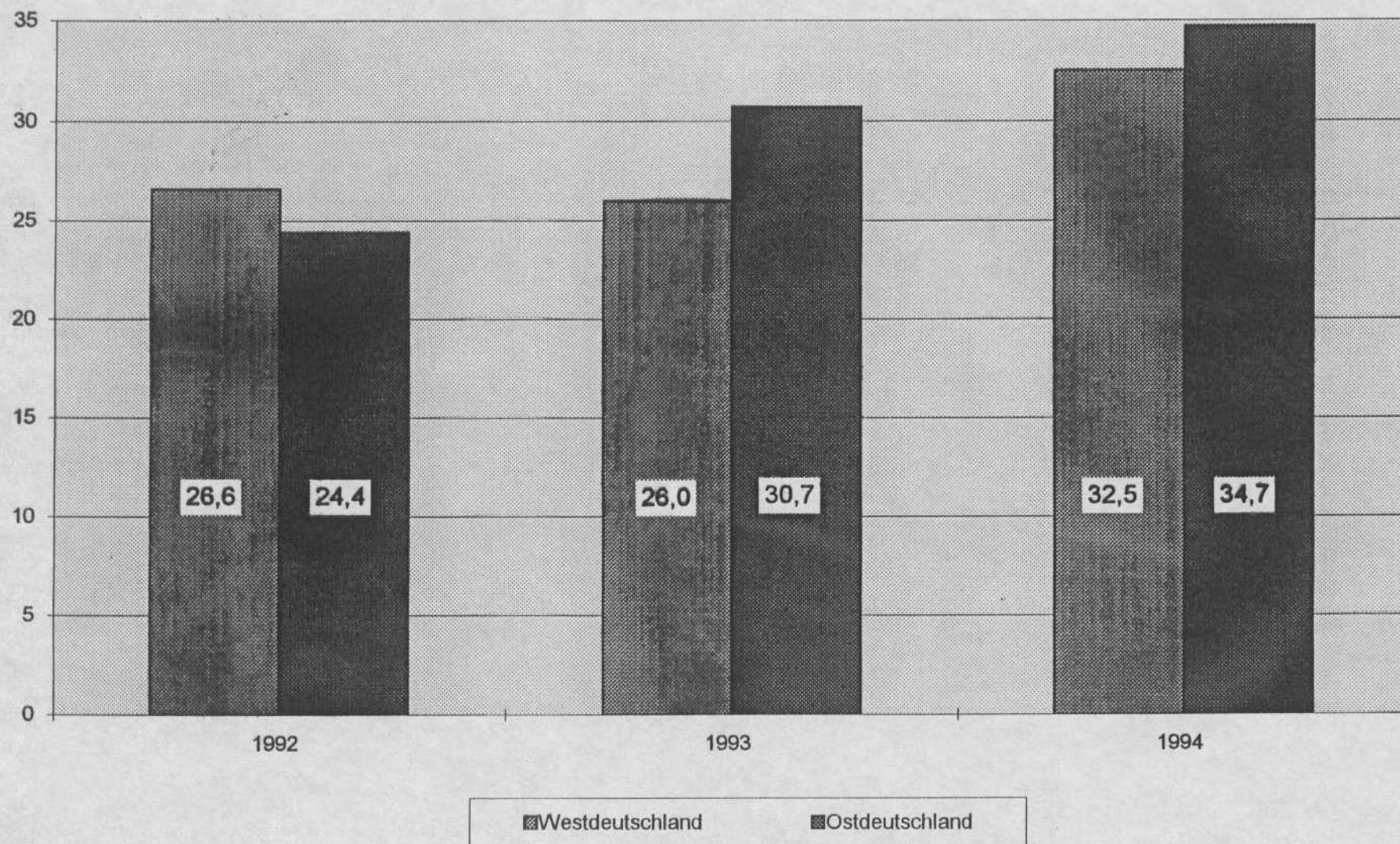


Tabelle: Anzahl der Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen in West- und Ostdeutschland

Jahr	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Arbeitslose insgesamt Personen	Langzeit- arbeitslose Personen	Anteil vH	Arbeitslose insgesamt Personen	Langzeit- arbeitslose Personen	Anteil vH
1989	1.880.644	591.306	31,4	-	-	-
1990	1.727.742	513.405	29,7	240.611	-	-
1991	1.609.500	454.894	28,3	912.838	-	-
1992	1.783.608	474.315	26,6	1.110.570	271.129	24,4
1993	2.287.972	593.945	26,0	1.159.098	356.363	30,7
1994	2.452.466	797.564	32,5	1.040.853	360.794	34,7

Quelle: Angaben der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

**DIE ÖKUMENISCHE DISKUSSIONSGRUNDLAGE
ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN LAGE IN DEUTSCHLAND
- ANREGUNGEN ZUR WEITERARBEIT IN EINEM KONSULTATIONSPROZESS -**

1. Vorbemerkungen

Die nach dem Bundestagswahlkampf veröffentlichte Diskussionsgrundlage der beiden großen Kirchen hat ein unerwartet großes und positives Echo provoziert. Das liegt bestimmt daran, daß hier die Evangelische und die Römisch-Katholische Kirche zu den Fragen sprechen, die die Menschen unseres Landes gegenwärtig bewegen.

Man kann - mit guten Gründen - vermuten, wäre diese Stellungnahme zu Arbeit und Arbeitslosigkeit, zur wachsenden Armut in Deutschland, zur Fortentwicklung des Sozialstaates und zur ökologischen Erneuerung der Marktwirtschaft vor dem Wahlkampf erschienen, dieser hätte eine andere Qualität bekommen. Aber dazu fehlte unseren Kirchen - sie zählen immerhin noch gut 70% der Bevölkerung zu ihrer Mitgliedschaft - der Mut, bzw. sie scheuten die Konflikte mit den Parteien.

Einen zweiten Grund für das breite Echo sehe ich darin, daß dieses Dokument in einer neuen Weise spricht. Hier wird nicht den Gläubigen dekretiert, was sie zu denken haben wie in einer päpstlichen Enzyklika. Hier wird auch nicht zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit gesprochen wie in einer evangelischen Denkschrift. Das Reizvolle und Ermutigende an diesem "Impulspapier" liegt darin, daß hier die Gläubigen, die Gruppen und Verbände und die Gemeinden aufgefordert werden, in einen Diskussions- und Konsultationsprozess einzutreten. Hier werden Fragen gestellt, Entwicklungen analysiert, Erwartungen und Interessen formuliert und das "Gottesvolk" ist aufgefordert, mit den eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen das Ergebnis - ein im Herbst 1995 zu erwartendes Hirtenwort - mitzugestalten.

Mit diesem Ansatz ist das Dokument demokratisch und ökumenisch zugleich. Einmal werden in einem solchen Prozeß die Menschen ernst genommen, zum andern bekennt man sich damit zum Konziliar-Prinzip einer Streitkultur und nimmt Anregungen zu dieser Methode - sie ist wahrlich mehr als eine Methode - aus der Ökumene auf. In den USA, in Österreich und in den Niederlanden wurden in den zurückliegenden Jahren vergleichbare Prozesse angezettelt und mit großem Gewinn an Engagement, Einsicht und Betroffenheit weiterentwickelt.

Einen weiteren Grund möchte ich nennen, der diesem Dokument erhebliches Gewicht gibt. Hier sprechen die beiden großen Kirchen seit längerem endlich wieder einmal gemeinsam zu zentralen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Sie nehmen damit Abschied von der Selbstgefälligkeit, alles für sich selbst und allein tun zu müssen.

Vielleicht ist dies ja der verborgene Segen der in den Kirchen ausgebrochenen Finanzkrise: Sie entdecken, daß sie aufeinander angewiesen sind bei der Auseinandersetzung mit jenen Fragen, die sie durch ihre Diakonie, ihre Caritas und ihre Öffentlichkeitsarbeit seit dem II. Weltkrieg zu einem wesentlichen Teil ihrer Identität gemacht haben.

Wird in diesem Dokument ein ökumenischer Aufbruch signalisiert? Als jemand, dem in seinem bisherigen Leben viele ökumenische Hoffnungen als Illusionen zerplatzt sind, wage ich diese Frage kaum zu beantworten. Aber es gilt zumindest: Hier ist uns eine Chance zu ökumenischer Gemeinsamkeit und Erneuerung angeboten, und wir als Kirchenvolk sollten sie uns auch nehmen.

2. Arbeit und Arbeitslosigkeit

Das Dokument, das in seiner vorliegenden Fassung von einer Expertengruppe aus den beiden großen Kirchen formuliert wurde, spricht in erstaunlicher und wünschenswerter Klarheit von einem Recht auf Arbeit. In der zentralen Passage heißt es:

"Wenngleich es kein vollzugsreifes und inidividuell einklagbares Recht auf Arbeit gibt, so gibt es doch ein ethisch begründetes und verpflichtendes Menschenrecht auf Arbeit" (§ 53).

Damit es nicht nur bei Wünschen bleibt, wird klar gefordert, daß eine Gesellschaft dazu auch den notwendigen Preis zahlt:

"Es müssen effizientere Mittel gefunden werden, die die besonders Bedürftigen und Notleidenden, die Leistungsschwächeren erreichen und die Verpflichtung des Gemeinwesens zu einer Einlösung des Menschenrechts auf Arbeit in die Tat umsetzen" (ebd.).

Angesichts einer Massenarbeitslosigkeit von offiziell 3,6 Millionen, inoffiziell 6 Millionen Menschen, angesichts des ständig wachsendenden Sockels an Arbeitslosen seit Mitte der siebziger Jahre, trotz immer wieder sich belebender Konjunkturen, ist es zu begrüßen, daß ein kirchliches Dokument diesen gesellschaftlichen Skandal ins Zentrum der Überlegungen stellt. Dieser Tatbestand wird in seiner Tragweite nicht nur analytisch begründet im Blick auf unsere Arbeitsgesellschaft, in der alle Elemente eines menschenwürdigen Lebens an Erwerbsarbeit hängen. Die Diskussionsgrundlage beleuchtet diese Situation auch noch einmal mit biblisch-theologischen Argumenten.

Mit einer für protestantische Kirchen erstaunlichen Selbstverständlichkeit macht es sich die ökumenische Einsicht von "Gottes Option für die Armen und Schwachen" zu eigen und stellt fest, daß diese in einer auf Erwerbsarbeit beruhenden Industriegesell-

schaft zuallererst bei denen zu finden sind, die aus dem Prozeß der Arbeit herausgeschleudert worden sind bzw. niemals in ihm einen Platz gefunden haben.

Ich wünsche mir, daß in der Diskussion dieses Dokumentes die Erfahrungen und Einsichten des Gottesvolkes im ersten und zweiten Testament noch stärker aufgenommen werden und für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen fruchtbar gemacht werden. Ich denke hier vor allem an die Traditionen des Sabbat, die durchgehend mit den biblischen Interessen für gerechtere Arbeitsbeziehungen zusammengebracht werden.

Wir entdecken ja heute - durch sozialgeschichtliche Forschung! - wie die biblischen Sabbattraditionen uns dazu verhelfen können, Schritte zu gerechteren Arbeitsbeziehungen und gelingendem Leben zu tun. In ihnen haben sich ja die Erfahrungen des Gottesvolkes im Umgang mit Konflikten in Arbeit und Gesellschaft angesammelt. Hier wird weitergesagt, welche Katastrophen eine Gesellschaft produzieren wird, in der Macht unbegrenzt angehäuft und nicht regelmäßig umverteilt wird. Daraus sind die Verheißungen vom Sabbatjahr und vom Jubeljahr erwachsen, wonach regelmäßig das durch Verschuldung verlorene Land zurückgegeben wird, Sklavinnen und Sklaven befreit werden und das Ackerland eine Ruhepause erhält.

Ich vermisse dieses breite biblische "Plädoyer fürs Teilen" deshalb so schmerzlich, weil es in der ökumenischen Diskussion - etwa in dem 1992 vom ÖRK vorgelegten Wort zu den weltweiten Wirtschaftsentwicklungen - so zentral ist. Für den notwendigen Streit um die Zukunft von Arbeit in der Industriegesellschaft ist es zudem von großer Bedeutung. Hier gibt es ein Potential, das uns beim notwendigen Teilen von Arbeit, Macht und Geld von lähmenden Verlustängsten befreien kann.

In der Bibel wird uns ja versichert und verheißen, daß diejenigen, die teilen, das Leben mehren. Solchen Glauben und solches Vertrauen brauchen wir als Motivation und Perspektive gegenüber jenen gesellschaftlichen Kräften, die allein aufs Sparen setzen und dann in erster Linie das Kürzen bei den Schwächeren und Leistungärmeren meinen.

Mit diesen Überlegungen habe ich mich einer weiteren theologischen Grundlage angenähert, die in diesem Dokument in erfreulicher Klarheit aufgenommen ist: Das biblische Verständnis von Gerechtigkeit. Nicht das, was ein Mensch leistet und was er verdient ist demnach gerecht, sondern das, was Menschen - Männer und Frauen - zu ihrem alltäglichen Leben brauchen. Explizit heißt es in der Erklärung: "Gerechtigkeit fordert, daß jedem sein Recht zuteil wird" (§ 120).

Hier ist aufgenommen, was uns in Verkündigung und Wirken Jesu - ich denke hier z.B. an die Gleichnisse - immer wieder begegnet. So setzt er sich etwa in der bekannten Perikope von den "Arbeitern im Weinberg" (Mt. 20,1-15) mit jenen auseinander, die des-

halb meinen mehr bekommen zu müssen, weil sie mehr gearbeitet haben. Diese fordern - in der Sprache unserer Tage - einen sog. "Lohnabstand" zwischen solchen, die voll arbeiten und denjenigen, die nur für wenige Stunden beschäftigt sind. Jesus beharrt aber darauf, daß Gerechtigkeit im Lande dann gegeben ist, wenn alle jenen "Lohn" bekommen, der zum alltäglichen Überleben - als Grundlage zu einem menschenwürdigen Leben - nötig ist.

Das Dokument setzt sich mit seinem Gerechtigkeitsverständnis entschieden und klar von Losungen ab, mit denen das Leistungsprinzip zu einer Theorie der Besserverdienenden umphilosophiert wird. Ich meine damit jene politischen Akteure in unserem Land, die behaupten, daß eine Gesellschaft nur dann überlebensfähig ist und gerecht wird, wenn es eine deutliche Disparität im Lohngefälle gibt.

Ich schließe meine Überlegungen zu "Arbeit und Arbeitslosigkeit" mit einer Würdigung der hohen Sensibilität, mit der die AutorInnen dieser Erklärung die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf den Menschen beschreiben. Dazu heißt es (§ 38):

"Die hohe Arbeitslosigkeit markiert einen tiefen Riß in unserer Gesellschaft, der trotz unseres noch so großen Wohlstandes die gesellschaftlichen Beziehungen belastet. In besonderer Weise gilt dies für die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit mit einer Arbeitslosendauer von einem und mehr Jahren, die einen immer höheren Anteil an der Gesamtarbeitslosenzahl ausmacht. Hunderttausende fühlen sich nicht mehr gefragt, vereinsamen, bekommen Selbstwertprobleme, erfahren gesellschaftliche Diskriminierungen, ziehen sich aus Scham zurück, empfinden Zorn und Wut, fragen nach Schuldigen. Arbeitslose, die über längere Zeit keine Arbeit finden, werden schließlich unfähig, Arbeit zu suchen und werden zu Menschen ohne Hoffnungen und Erwartungen. Viele werden für Feindbild- und Sündenbockparolen empfänglich. Arbeitslose werden allmählich zu Erwartungslosen. Die besondere Form ihrer Belastung wird von denen, die sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsmarktchancen haben, oft nicht verstanden".

Der von Arbeitslosigkeit ausgehende "Fluch" wird an anderer Stelle dramatisch zugespitzt:

"Arbeitslosigkeit der Eltern, soziale Isolation, Langzeiterkrankung (auch Suchtkrankheiten) belasten die Lebensmöglichkeiten ihrer Kinder in hohem Maße. Arbeitslosigkeit erweist sich so häufig geradezu als 'erblich' (§ 59).

Daß Arbeitslosigkeit nicht nur ein Einkommensproblem ist, sondern in der Arbeitsgesellschaft oft zu psychosozialer Verelendung, ja zum Verlust von menschlicher Identität führt, das ist eine Erfahrung, die alle jene machen können, die - aus welchen

Motiven auch immer - ein Stück weit das Leben solcher Menschen begleiten und teilen. Das Dokument nimmt solche Erfahrungen aus seelsorgerlicher und diakonischer Arbeit von Gemeinden und kirchlichen Initiativen und Verbänden in erfreulicher Weise auf und gibt damit einen realistischen Blick auf die erschütternden Folgen von Arbeitslosigkeit.

3. Armut in einem reichen Land

Das Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland zeichnet sich durch seinen klaren und scharfen Blick auf die zunehmende Armut bei uns aus. Gegenüber jenen, die im jüngsten Wahlkampf vorgaben, daß es in Deutschland - aufgrund eines vorbildlichen Sozialsystems - keine Armen mehr gibt, wird ein sehr reflektiertes und differenziertes Armutsverständnis vorgetragen. Ich zitiere in diesem Zusammenhang eine zentrale Passage des Textes (§§ 80f.):

"Armut ist mehr als nur Einkommensarmut. Wo die Lebensverhältnisse geordnet, gute Wohnmöglichkeiten gegeben, Arbeit und Einkommen gewährleistet ist, dort sind Menschen meist auch in der Lage, mit Belastungen zurecht zu kommen, wie etwa mit der Last eines geringen Einkommens. Armut im strengen Sinn hingegen ist ein komplexes 'Verliererschicksal', bei dem mehrere Belastungen kumulieren, wie etwa geringes Einkommen, ungesicherte und zudem schlechte Wohnverhältnisse, hohe Verschuldung, chronische Erkrankung, psychische Probleme, langdauernde Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, aufzehrende Versorgungsverpflichtungen, Perspektivlosigkeit. Diese Armutssituationen treffen besonders Familien und Einzelpersonen, die mehrere Jahre auf Sozialhilfe angewiesen sind".

"Elementare Merkmale eines humanen Lebens (wie z.B. Spielräume haben, Chancen haben, etwas geben oder helfen können) entfallen. Es ist die Lebensqualität, die hier nachhaltig und tiefgreifend beeinträchtigt ist. Armut ist das Verwiesensein auf die Befriedigung sogenannter 'primärer Bedürfnisse' (Ernährung, Kleidung, Wohnung usw.) und das Nicht-befriedigen-Können der 'höheren Bedürfnisse' (Selbstentfaltung in der Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung, Unterhaltung, Geschenke machen u.ä.). In der Psyche der Menschen trägt solche Armut die Kennzeichen einer Lebenskatastrophe. Viele unter uns leben in diesem Sinne in Armut. Es sind 'Mühselige und Beladene', die besonders uns Christen am Herzen liegen müssen".

Mit diesem lebenslagenorientierten Ansatz von Armut kommt ein Verständnis in den Blick, das den bekannten Parolen von der selbstverschuldeten Armut radikal widerspricht. Für die Weiter-

arbeit an diesem Dokument wünsche ich mir, daß der breite Strom der prophetischen Überlieferungen aufgenommen wird, der deutlich macht, wie schon in biblischen Zeiten Arme in erster Linie die Opfer von unbegrenztem Reichtum sind. Ja, die Propheten gehen sogar so weit, daß sie den Untergang des Staates Israel und die Verschleppung des Volkes ins Exil mit dem Versagen der Reichen gegenüber den Armen zusammenbringen.

Umgekehrt muß darauf hingewiesen werden, daß die berüchtigten Stammtischparolen von der Faulheit und dem Schmarotzertum der Armen in der Bibel nur an den Höfen - in den Sprüchen der höfischen Weisheit - kolportiert werden und Gehör finden. Nur dort, wo Reichtum und Macht in der Regel sich breit machen, gewinnen solche Phantasien an Gestalt und Gewalt. Diese Parolen sagen deshalb mehr über die Verlustängste der Habenden als über die Schuld der Habenichtse.

Ich weise auf diesen Zusammenhang nicht ohne Grund hin. Das kirchliche Dokument zeigt nämlich an dieser Stelle ein bedauerliches und vielsagendes Defizit. So wichtig die klare Analyse der zunehmenden Armut in unserem Land ist, so wenig wird über den gleichzeitig zunehmenden Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Genau das wäre aber im Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung angemessen und notwendig gewesen. Unsere gegenwärtige gesellschaftliche Lage ist ja gerade durch diese doppelte Dynamik gekennzeichnet: Zunehmende Armut bei gleichzeitig zunehmendem Reichtum. Gerade darin wurzelt das Zerbrechen des "sozialen Friedens".

Seit gut 15 Jahren hat sich in Deutschland eine beachtliche Armutsforschung entwickelt. Nicht nur bundesweit, sondern auch auch zu einzelnen Städten liegen mittlerweile Armutsberichte vor. Aber es fehlt in unserem Land eine qualifizierte Reichtumsforschung, in der sichtbar wird, wie Reichtum entsteht, wie er verteilt ist und wie er - horribile dictu - um des sozialen Friedens willen begrenzt werden kann. Der Sozialwissenschaftler Ernst-Ulrich Huster hat in einer lesenswerten Publikation deutlich gemacht, daß der unbestreitbare Reichtum unseres Landes ständig zunimmt und sich mit "diskretem Charme verbirgt".

Die kirchliche Diskussionsgrundlage gibt einzelne Hinweise auf diese Entwicklung. Etwa, wenn von der Zunahme der Einkommensdisparitäten gesprochen wird (§ 110). Oder dort, wo auf Praktiken der Steuerhinterziehung und der mißbräuchlichen Steuerumgehung hingewiesen wird (§ 65). Immerhin geht es dabei - nach seriösen Schätzungen - um mindestens 130 Milliarden an Einnahmeverlusten pro Jahr für Staat und Gesellschaft. Aber ich vermissem z.B. Hinweise auf die ungerechte Besteuerung derjenigen, die - etwa in unseren Ballungsgebieten - Grund und Boden besitzen, dessen Realwert ständig steigt, deren Besteuerung jedoch weiterhin nach Einheitswerten aus den 20er Jahren berechnet werden.

Deshalb sollte in der abschließenden Stellungnahme der Kirchen nicht nur über zunehmende Armut gesprochen werden, sondern diese Thematik muß erweitert werden auf offenen und verborgenen Reichtum hin. Hier muß sich die kirchliche Diskussion bei uns öffnen für ökumenische Erfahrungen, die deutlich gemacht haben, daß "Armutsbekämpfung" nicht ohne Reichtumsbegrenzung möglich ist. Die Notwendigkeit des "Genug" gilt nicht nur gegenüber menschenunwürdiger Armut. Hier ist das Dokument eindeutig. "Genug" im Sinne einer aufgeklärten "Selbstbegrenzung" (§ 89) gilt auch gegenüber menschenverachtendem Reichtum.

In einem abschließenden Dokument müßte z.B. die Forderung erhoben werden, daß wir neben einer regelmäßigen Armutsberichterstattung auch eine regelmäßige Reichtumsberichterstattung brauchen. Und die Kirchen sollten sich ihrerseits verpflichten, an einer solchen kontinuierlichen Dokumentation mitzuarbeiten. Damit soll nicht der "Sozialneid" geschürt, wohl aber der "soziale Frieden" gefördert werden.

Übrigens: Ein Engagement der Kirchen in dieser Sache wäre auch im wohlerwogenen Eigeninteresse. Denn mit einem weiteren Auseinanderdriften von Armut und Reichtum in unserem Land zerbrechen auch ihre wichtigen Beiträge in Caritas und Diakonie.

4. Der Sozialstaat und seine Fortentwicklung

Im Zentrum der ökumenischen Diskussionsgrundlage steht die lapidare Feststellung und Forderung (§ 68):

"Angesichts der deutlich gemachten Probleme bedarf es dringend einer verantwortlichen Fortentwicklung des Sozialstaates. Fortentwicklung des Sozialstaates heißt nicht Abbau des Sozialstaates, im Gegenteil, wir brauchen angesichts der beträchtlichen sozialen Probleme jetzt mehr Solidarität und nicht weniger".

Damit wird eine Aufgabe angesprochen, die weit über aktuelle Probleme hinausgeht.

Es ist erfreulich, daß die kirchliche Erklärung all jenen widerspricht, die dem Abbau des Sozialstaates das Wort reden und sich davon eine Lösung der sozialen Aufgaben erträumen. Es wird auch deutlich gemacht, daß es objektive Gründe gibt, die uns in absehbarer Zeit zu einer solchen Fortentwicklung zwingen und nicht nur dessen sog. Mißbrauch. Wenn die Arbeitslosigkeit ständig steigt, kann ein Sozialsystem nicht mehr ausreichen, dessen Finanzierung an Erwerbsarbeit gebunden ist. Außerdem zwingt die demographische Entwicklung zu Veränderungen, soll der Sozialstaat - wie gewünscht - erhalten werden. Zynisch gesprochen: Es wird nicht länger funktionieren, daß immer weniger "Jüngere" immer mehr "Ältere" finanzieren können.

Dennoch halte ich das Wort der Kirchen an dieser Stelle für relativ perspektivlos und phantasiearm. Ich vermissen an dieser Stelle eine Auseinandersetzung mit der Diskussion um die Weiterentwicklung unseres Sozialsystems, wie sie gegenwärtig in der Öffentlichkeit geführt wird. Ich möchte dazu einige beispielhafte Überlegungen vortragen.

In diesem Zusammenhang eines notwendigen Umbaus des bundesrepublikanischen Sozialsystems verstehe ich die Diskussionen um ein BürgerInnengehalt, einen Soziallohn oder auch eine Mindestsicherung als Grundrecht und Grundanspruch für alle Menschen, die sich bei uns dauerhaft oder für länger aufhalten. Was die Finanzierung eines solchen BürgerInnengehaltes betrifft, hat der Umweltforscher Ernst-Ulrich von Weizsäcker einen Vorschlag gemacht, der nach meiner Einschätzung die soziale Dramatik mit ökologischer Vernunft verbindet. Er versucht in einer "konkreten Utopie" den Umbau des Sozialsystems mit Perspektiven von "nachhaltiger Entwicklung" zu verbinden. Ich sehe in seinem Beitrag ein Beispiel für den notwendigen öffentlichen Diskurs zu einem sozial-ökologischen Bündnis.

Von Weizsäcker fordert eine schrittweise Verteuerung der Energie- und Rohstoffkosten, um sowohl Betriebe als auch Verbraucher zu höherer Energieproduktivität zu animieren. Letztlich geht es darum, in Gestalt von Steuern an der Forschungs-, Produktions- und Entwicklungsseite Druck zu schaffen im Blick auf einen anderen Rationalisierungstyp. Er bringt dies auf die griffige Formel: "Statt Menschen arbeitslos machen, Kilowattstunden arbeitslos machen!".

Er meint damit: Über 150 Jahre haben wir Arbeit immer effektiver ausgebeutet und immer rationeller gemacht. Wir haben dazu an der Arbeit alles aufgehängt, was wir uns an materiellem Wohlstand leisten und was an Lebensrisiken existiert. Diesen Trend gilt es zu stoppen und umzukehren. Nicht die Arbeit ist zu rationalisieren, sondern Energie- und Ressourcenverbrauch.

Im Gefälle einer solchen ökologisch orientierten Steuerreform müßte der Staat steigende Einnahmen aus der Energie- und Ressourcenbesteuerung gezielt dazu verwenden, einen Teil der Lohnnebenkosten, die Abgaben der Unternehmen und der Beschäftigten für Arbeits-, Kranken- und Rentenversicherung schrittweise zu senken. Damit sollte unser soziales Sicherungssystem schrittweise und zum Teil weg von der Erwerbsarbeit an Steuern gebunden werden. Ich betone bei dieser groben Skizze einer Alternative zu unserem gegenwärtigen Sozialsystem, daß es bei dessen Umbau um eine Erneuerung geht. Wer in diese Richtung denkt und zu gestalten versucht, kann sich schwerlich an Schnitten zu dessen Abbau beteiligen.

5. Zum Schluß!

Sie haben gewiß bemerkt, daß ich an drei zentralen Herausforderungen unserer augenblicklichen wirtschaftlichen und sozialen Lage die Stärken der vorliegenden Diskussionsgrundlage aufzunehmen suchte und Anregungen gegeben habe zu deren Fortschreibung. Dieses Vorgehen erscheint mir angemessen einem Dokument gegenüber, das auf Weiterarbeit angelegt ist. Ich habe zudem vornehmlich theologische Überlegungen zur Qualifizierung dieses Prozesses zu entwickeln versucht.

Dennoch möchte ich zum Schluß noch einige grundsätzlichere Anfragen stellen:

(1) Ich frage mich, ob die Frauen in unseren Kirchen zufrieden sein werden mit einem Dokument, in dem sie vornehmlich als Problem- und Randgruppe thematisiert werden. Die Bedeutung, die Frauen haben für die Wirtschafts- und Sozialentwicklung unserer Republik, wird m.E. völlig unzureichend dargestellt. Dazu kommt, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, wie sie grundlegend ist für die Effizienz auch unserer Industriegesellschaft, an keiner Stelle problematisiert wird. Hier müßten sich Frauen und Männer (!) kräftig zu Wort melden, um dieses gravierende Defizit zu beheben.

(2) Das Dokument ist an einer Stelle für mich - und ich bitte um Nachsicht für diese harte Formulierung - erschreckend katholisch. Ich meine damit die durchgehende Identifizierung und Parallelisierung von Ehe und Familie. Zunächst erscheint mir die vorliegende Hochstilisierung der Familie zur "Werteschmiede" der Gesellschaft höchst problematisch. So etwa, wenn von ihr als dem Hort der Humanität und der Zukunft bzw. der ethischen und kulturellen Qualität der Gemeinschaft geschwärmt wird (z.B. §§ 56f.). Was noch schlimmer ist: Alle Alleinerziehenden bzw. diejenigen Menschen, die nicht in einer Ehe leben, sind von dieser Qualifizierung ausgeschlossen. Hier liegt Wunschdenken vor, wird maßlos übertrieben bzw. offensichtlich diskriminiert. Hier ist protestantischer und hoffentlich auch katholischer Protest angesagt.

(3) Ich halte es für spärlich und schwach, was in einem (!) Paragraphen zu den Problemen der sog. Entwicklungsländer gesagt wird (§ 125). Wer ist nicht für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung!? Daß alle bisherigen Versuche von den Ländern des Nordens unter Ausnutzung der Schwächen des Südens in den zurückliegenden 30 Jahren - 1964 war die erste UNCTAD-Konferenz mit den provozierenden Thesen von Raul Prebisch zu den 'Terms of Trade' - verhindert wurden, wird an keiner Stelle erwähnt. Daß unser Reichtum die Armen erdrückt - über unsere Exporte exportieren wir auch Arbeitslosigkeit in die 'Dritte Welt' - wird tunlichst verschwiegen, geschweige denn, daß nach Zusammenhängen zwischen eigenem Reichtum und der Armut dort auch nur gefragt wird.

(4) Schließlich noch ein Wort zur Rüstungsproduktion und den Rüstungsexporten, die in diesem Dokument nur in Parenthese erwähnt werden (§ 126). Hier ist Kritik angebracht, nachdem die Bundesrepublik mittlerweile - gemäß den jüngsten Berechnungen von SIPRI - auf Platz 3 der Rüstungsexporteure gelandet ist. Hier wären zumindest Warnungen gegenüber Versuchen zu formulieren, um mit beschäftigungspolitischen Argumenten die relativ restriktive Gesetzgebung Deutschlands aufzuweichen.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, was in unserem Land ansteht, um das sozial und ökologisch Verträgliche der Marktwirtschaft abzurufen. Die Kirchen haben mit ihrer Diskussionsgrundlage einen Schritt in die richtige Richtung getan. Von daher ist diese Vorlage zukunftsgemäß. Es ist dies gegenüber jenen Gruppen in Kirche und Gesellschaft durchzuhalten, die nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus die Marktwirtschaft als Siegerin feiern, ohne deren Bedarf an sozialer und ökologischer Erneuerung zu sehen.

Es ist deshalb gut, wenn das angestrebte Kirchenwort in seiner abschließenden Fassung eine klare Richtungsanzeige gibt. Es geht nicht allein um die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland. Es muß vor allem um eine ökologische Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft gehen. So hieß die Diskussionsgrundlage ursprünglich in einem ersten Entwurf. Zu dieser klaren Perspektive sollten die Kirchen in ihrem "abschließenden" Wort wieder zurückfinden.

Karl-Heinz Dejung
6. Februar 1995

Literaturhinweise

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN LAGE IN DEUTSCHLAND - Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen, Hg. vom Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53133 Bonn.

Crüsemann, Frank: Arbeit ist Menschenrecht, Evangelische Kommentare 2/95, S. 85-88.

Ebach, Jürgen: Arbeit und Ruhe im Alten Testament - eine utopische Erinnerung, in ZEE 1981, S. 7-21.

Goudzwaard, Bob und de Lange, Harry: Weder Armut noch Reichtum. Plädoyer für eine neue Ökonomie, München 1990.

Hanesch, Walter u.a.: Armut in Deutschland, Reinbek/Hamburg 1994.

Huster, Ernst-Ulrich: Neuer Reichtum und alte Armut, Düsseldorf 1993

Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt/New York 1993.

Von Weizsäcker, Ernst-Ulrich: Arbeit und Umwelt. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, in: Hilmar Hofmann/Dieter Kramer (Hrsg.), Arbeit ohne Sinn? Sinn ohne Arbeit?, Frankfurt/M. 1993

auch Fleisch von nicht geschächeteten Tieren zu essen. Die Mitglieder der Hamburger Zentralmoschee lehnen nach Angaben ihres Sprechers Erhard Grimm allerdings jegliche "Neuerung" in ihrer Lehre ab. Tierschützer hatten zu Beginn der Verhandlung mit Plakaten wie "Tiere fühlen Schmerz und Todesangst wie Menschen", "Schächten ist bestialisch und grausam", "Tierleid ist auch Menschenleid" gegen das rituelle Schlachten protestiert. Daraufhin wurden sie vom Vorsitzenden Richter des 3. Senats, Alfred Dickersbach, des Saales verwiesen.

"Lernbereich LER

muß neu konzipiert werden"

Kirche übergab im Bildungsministerium den Abschlußbericht zum Modellversuch

Potsdam (epd). Im Streit um die Zukunft des Modellversuchs "Lebensgestaltung-Ethik-Religion" (LER) im Land Brandenburg hat sich die Evangelische Kirche für die Bildung einer entsprechenden Fächergruppe ausgesprochen. Der erprobte Lernbereich LER müsse dazu neu konzipiert werden. Erst dann sehe sich die evangelische Kirche in der Lage, wieder an dem Fach mitzuwirken, betont der kirchliche Abschlußbericht zum Modellversuch, den der Berliner Oberkonsistorialrat Gerhard Zeitz am 15. Juni im Potsdamer Bildungsministerium übergeben hat. Das kirchliche Papier soll in einen Abschlußbericht einfließen, den das Ministerium noch im Juli dem Kabinett vorlegen will.

Der 19seitige Kirchenbericht verweist erneut auf die wiederholt geäußerten strukturellen Probleme des Modellfachs und beklagt, daß diese im weiteren Verlauf des Modellversuchs nicht geklärt worden seien. Insbesondere werden die Ungleichbehandlung der kirchlichen Lehrkräfte und das Fehlen einer Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzeption kritisiert. Auch sei es weithin nicht gelungen, Evangelischen Religionsunterricht und Lebensgestaltung/Ethik als gleichrangige ordentliche Lehrfächer zu etablieren.

Vermißt wird in dem Bericht außerdem, daß kein pädagogisches Konzept zur Thematisierung religiöser Fragestellungen entwickelt wurde. Zudem seien klärende Aussagen zur Zuständigkeit des Bildungsministeriums oder der Projektgruppe in der Differenzierungsphase unterblieben.

Damit sehe es die evangelische Kirche als unverantwortlich an, ohne grundlegende Veränderungen nach Abschluß des Modellversuchs im Rahmen eines Schulversuchs mitzuwirken. Ohne Revision und klare Rahmenbedingungen für die Durchführung erscheine eine Ausweitung des Modellversuchs als äußerst problematisch. Das Bildungsministerium habe außerdem mit seinen Aussagen zu LER in den Leitlinien und dem Referentenentwurf zum Schulgesetz die mit der Kirche vereinbarte gemeinsame Auswertung nicht eingehalten, stellt der Abschlußbericht fest. Dadurch sei der Eindruck entstanden, daß im Mitwirken der evangelischen Kirche nur ein "zusätzlicher Legitimationsfaktor zur Etablierung" gesehen worden sei.

Trotz der genannten Probleme sei es während des Modellversuchs an vielen Schulen zwischen den staatlichen und kirchlichen Lehrkräften gelungen, miteinander wertorientierte Erziehung und Bildung zu gestalten. Das bestätigen auch die Befragungen beteiligter Religionslehrerinnen und -lehrer, die einen umfangreichen Raum in dem kirchlichen Abschlußbericht einnehmen.

Insgesamt seien 37 Religionslehrkräfte im Modellversuch tätig gewesen, zur Zeit arbeiteten noch 23 mit, heißt es in dem Bericht. Allerdings seien aufgrund der unbefriedigend geklärten Rechtsstellung der kirchlich beauftragten Lehrkräfte im letzten Jahr kaum noch Mitarbeiter für den Modellversuch zu motivieren gewesen. Nur in Einzelfällen hätten neue Lehrkräfte gewonnen werden können.

Nach wie vor blieben verfassungsrechtliche Grundlagen strittig und ungeklärt, stellt das Papier fest. Leider sei die Diskussion über wertorientierte Erziehung und Bildung in der Schule von einer das Verhältnis Staat-Kirche betreffenden Auseinandersetzung überlagert und die sachlichen, fachlichen und pädagogischen Gesichtspunkte weithin außer acht gelassen worden, bedauern die Autoren des Abschlußberichtes.

In Neubrandenburg haben bislang

600 Frauen und Kinder Schutz gesucht

Ostdeutschlands ältestes

Frauenhaus beging sein fünfjähriges Bestehen

Neubrandenburg/Schwerin (epd). Das erste Frauenhaus, das nach der Wende in Ostdeutschland eröffnet worden ist, hat am 15. Juni im ostmecklenburgischen Neubrandenburg sein fünfjähriges Bestehen gefeiert. Dabei betonte die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Schweriner Landesregierung, Karla Staszak (SPD), daß in dem Neubrandenburger Frauen- und Kinderschutzhaus bislang etwa 600 Frauen und Kinder Schutz und Hilfe erhalten haben. In den fünf neuen Bundesländern gebe es mittlerweile über 100 Frauenhäuser, in die jährlich etwa 40.000 Frauen mit ihren Kindern flüchten.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern verfüge heute über ein flächendeckendes Netz von mittlerweile 19 Frauenhäusern mit knapp 500 Plätzen für Hilfesuchende. Das Land unterstütze deren Arbeit in diesem Jahr mit rund 1,8 Millionen Mark. Als einzige Einrichtung dieser Art im Land biete das Neubrandenburger Frauenhaus auch gewalttätigen Männern Hilfe an, sagte Frau Staszak. In diesem Bereich sei noch eine Ausweitung der Arbeit erforderlich, um dazu anzuleiten, daß Konflikte ohne Gewalt gelöst werden.

Als Ursachen der Gewaltanwendung gegen Frauen und Kinder nannte die Beauftragte u.a. struktureller Streß, Frustration und Ärger, Isolation beispielsweise durch Arbeitslosigkeit, Zweifel am Selbstwert und die traditionelle geschlechtsspezifische Rollenaufteilung. 1994 seien in Mecklenburg-Vorpommern 165 Verfahren wegen Vergewaltigung und 147 wegen sexueller Nötigung eingeleitet worden. Die Dunkelziffer sei jedoch wesentlich höher.

*Diskussion 2. Papst
zu "Soziale Lage" b.w.*

Generaldebatte über soziale und wirtschaftliche Lage gefordert

Huber: Ostdeutsche erfahren

Marktwirtschaft als "Machtwirtschaft"

Hamburg (epd). Der Berliner evangelische Bischof Wolfgang Huber hat beklagt, daß die Marktwirtschaft in Ostdeutschland vorwiegend als "Machtwirtschaft" erfahren werde. Ihre Einführung nach der Wende habe für viele Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Entwertung ihrer beruflichen Qualifikationen bedeutet, betonte er am 17. Juni auf dem Hamburger Kirchentag. Damit hätten sich die sozialen Unterschiede im Land verschärft. Auch habe die "Rede vom Sieg der Marktwirtschaft über die Kommandowirtschaft" die Aufgabe verdrängt, nach der Reformbedürftigkeit des Wirtschaftssystems zu fragen.

Der wirtschaftliche Umbau werde in der Ex-DDR zwar als ein Zugewinn an Wohlstand, zugleich aber auch als ein Verlust an sozialer Gerechtigkeit empfunden. Bei der Einführung der Marktwirtschaft hätten viele Westdeutsche aus der "Unübersichtlichkeit des Augenblickes" heraus versucht, in Ostdeutschland Kapital zu schlagen. Dadurch sei die Bereitschaft vieler Ostdeutscher, sich auf Neues einzulassen, "hemmungslos mißbraucht" worden, unterstrich der Bischof in einer Diskussion über das im November veröffentlichte Kirchenwort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.

Huber begrüßte die Initiative zu einem Sozialwort, das - anders als bisherige Denkschriften der evangelischen Kirche - Ergebnis eines breit angelegten Meinungsbildungsprozesses sein soll. Themen wie die wirtschaftliche Lage der Frauen müßten verstärkt berücksichtigt werden. Neben einem schärferen theologischen Profil sollten auch neue Modelle zum Teilen von Arbeit entwickelt werden.

"Finger auf Wunden der Gesellschaft legen"

Nach Ansicht des katholischen Bischofs Josef Homeyer aus Hildesheim müßten sich die Kirchen stärker in die Sozial- und Wirtschaftspolitik einmischen. Dies sei keine Anmaßung, sondern notwendig, um "mehr an menschenwürdiger Existenz" zu verwirklichen. Um eines glaubwürdigen Dienstes an den Menschen willen, müßten die Kirchen den "Finger auf die Wunden der Gesellschaft legen", was auch unbequem und gefährlich werden könne.

Nachdrücklich rief der Bischof dazu auf, eine Generaldebatte über die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland zu beginnen. Erforderlich sei zudem, die Arbeitslosigkeit von 3,5 Millionen Menschen ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. "Wir müssen wahrnehmen, was es bedeutet, wenn sich viele immer mehr zurückziehen, Scham und Wut empfinden, schließlich nicht mehr arbeiten können und zu Menschen ohne Hoffnung werden", sagte der Bischof.

Praktische Lösungsvorschläge vermißt

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Fritz-Heinz Himmelsreich, vermißt im Entwurf des Sozialworts praktische

Lösungsvorschläge. Es sei "verständlich und richtig", wenn die Kirchen sich für die sozial Schwachen einsetzten. Doch dürfe es nicht bei einem "Wunschkatalog der Sozial- und Solidaritätskultur" bleiben. Die "ökonomischen Voraussetzungen" müßten geklärt werden.

Auf einen "rasanten wirtschaftlichen Veränderungsprozeß", dem die Kirchen in ihrem Papier nicht gerecht würden, verwies der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Dieter Schulte. Die Zunahme der Vermögenskonzentration erfordere neue politische Vorgaben zur Umverteilung. Hier wünsche er sich deutlichere Aussagen der Kirchen, so der DGB-Vorsitzende.

Nach Ansicht der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) ist im Sozialwort die Bedeutung der Ökologie als Kernpunkt der sozialen Fragen der Zukunft nicht ausreichend erkannt. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung und zur sozialen Sicherheit sei nicht möglich, betonte sie. Daher müsse es um eine "soziale Grundsicherung" des einzelnen und der Völker gehen. Kritik übte auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Norbert Lammer (CDU). Sensibilität und Betroffenheit reichten nicht aus, sagte er.

Die ehemalige brandenburgische Bildungsministerin Marianne Birthler (Bündnis 90/Die Grünen) verwies in einer Bibelarbeit darauf, daß die Menschen in Ostdeutschland den Gegensatz zwischen Armut und Reichtum anders als die Westdeutschen erlebten. "Früher ist die Ebbe im Portemonnaie zwar lästig gewesen, aber sie hat nicht die Angst um die eigene Existenz geweckt, die jetzt viele Menschen in den neuen Bundesländern plagt."

Menschen, die unter der Armuts Grenze lebten und Sozialleistungen beanspruchten, müßten sich entwürdigenden Prozeduren unterziehen, die niemals ein Hausbesitzer, der ein Vielfaches habe, mitmachen würde, kritisierte Frau Birthler weiter. Das Grundgesetz schütze das Eigentum mehr als das Existenzminimum der Ärmsten der Gesellschaft.

Benachteiligung von Frauen in Arbeitswelt

Nachdrücklich kritisierte Berlins Arbeitssenatorin Christine Bergmann (SPD) die für Frauen "belastenden" Strukturen der Arbeitswelt. Nach wie vor bekämen Männer mehr Anerkennung und würden besser dafür bezahlt, daß sie "weniger arbeiten", sagte sie auf dem Kirchentag. Frauen leisteten noch immer fast ausschließlich die unbezahlte Haushalts- und Erziehungsarbeit. Dies führe dazu, das ihr Einkommen im Durchschnitt um ein Drittel niedriger sei als das der Männer. Auch die Renten seien mit durchschnittlich 760 Mark in Westdeutschland und 980 Mark in den neuen Ländern entsprechend gering.

Trotz hoher Qualifizierung seien Frauen selten in betrieblichen Spitzenpositionen zu finden, sagte die für Arbeit und Frauen zuständige Senatorin weiter. Im mittleren Management der Wirtschaft liege der Anteil von Frauen bei höchstens zehn Prozent, in den Aufsichtsräten seien 0,6 Prozent vertreten.

Zum Einsatz für Gemeinwesen aufgerufen

Zu einem stärkeren Einsatz für das Gemeinwesen rief beim Kirchentag Altbundespräsident Richard von Weizsäcker auf. Der Staat sei keine "Servicezentrale" für Management und Verteilung, die allein durch Steuern bezahlt werden könne, sagte Weizsäcker. Die Bürger müßten wie in den Nachkriegsjahren bereit sein, sich im persönlichen Bereich mit den Schwachen der Gesellschaft zu solidarisieren. Es sei eine große Gefahr für die demokratische Ordnung, daß der Staat von vielen nur noch als "Kampfplatz" angesehen werde, auf dem es um materielle Vorteile gehe. Das Funktionieren des Sozialstaates werde kaum noch als persönliche Aufgabe begriffen.

Auch die politischen Konzepte würden inzwischen vom "Vorrang des privaten Wohlstands" geprägt, so Weizsäcker. Daher habe es nach der Wiedervereinigung Deutschlands keinen Lastenausgleich für die Menschen aus der ehemaligen DDR gegeben. Dieser sei für die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg noch politisch durchsetzbar gewesen, obwohl die privaten Vermögen damals "weit kleiner" gewesen seien.

Weizsäcker appellierte an die Bürger, stärker darüber nachzudenken, welche Folgen Entscheidungen im Alltag haben könnten. So interessiere sich kaum jemand für die sozialen Auswirkungen der geringen Preise für Nahrungsmittel aus den Entwicklungsländern. Auch die meisten Karibik-Reisenden fragten nicht nach den langfristigen ökologischen Kosten ihres Urlaubs. "Die Preise sagen im allgemeinen weder die ökologische noch die soziale Wahrheit", sagte der frühere Bundespräsident.

Mitschuldig an unzureichenden Informationen über wichtige Entwicklungen etwa in der Gentechnik oder Telekommunikation sind nach Auffassung Weizäckers die kommerziellen Fernsehsender. Es sei "bedrohlich", daß das Unterhaltungsangebot immer mehr erweitert werde. Auch Politik werde "in Unterhaltung verwandelt". An die Stelle von unbequemen Informationen über die Ursachen von Armut, Flüchtlingsnot und Umweltverschmutzung trete "der kurzweilige politische Quizsport", so der frühere Kirchentagspräsident.

Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus

Eine Auseinandersetzung auch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit mahnte der ehemalige ostdeutsche Bürgerrechtler und Europaabgeordnete Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Die Grünen) an. Die Deutschen müßten die Verantwortung für "begangene Untaten" übernehmen und sich darum bemühen, eine Wiederholung zu verhindern, sagte er in einer Bibelarbeit. Die zehn Gebote als "Worte der Menschlichkeit Gottes" seien ein "herausfordernder Auftrag", der "Übermacht der Unmenschlichkeit" zu begegnen, betonte der Theologe. In einer Zeit der fortgesetzten Kriege und Völkermorde sowie wachsender Umweltzerstörung gebe es allen Anlaß, sich ihnen erneut zuzuwenden.

Kritik an den Bonner Plänen, die Flüsse in der Ex-DDR nach westlichem Vorbild auszubauen, äußerte

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD). Der Zustand der Flüsse in Westdeutschland liefere angesichts der Hochwasserkatastrophen im vergangenen Frühjahr ein "schlechtes Beispiel", sagte er am 17. Juni beim Hamburger Kirchentag. Die Elbe müsse darum als freifließender Fluß mit natürlichen Überflutungsräumen erhalten bleiben.

Erneut lehnte Höppner auch den Bau einer Staustufe an der Saale bei Klein Rosenburg ab. Das Projekt wird im Bundesverkehrswegeplan als "vordringlich" eingestuft. Das 220 Millionen Mark teure Vorhaben sei weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll, erklärte er. Der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer rief zu "Ehrfurcht" vor dem Wasser als "Quell des Lebens" auf. Die Natur müsse als Geschöpf Gottes wahrgenommen werden. In einer "Auto-Anbetungskultur" sei es jedoch unmöglich, eine umweltverträgliche Wirtschaft zu realisieren.

"Ohne Bergpredigt kann ich nicht regieren"

Als "Unsinn" bezeichnete Höppner die Ansicht, das Evangelium diene dem persönlichen Gebrauch und gehöre nicht zu den Spielregeln der Politik. "Ich weiß gar nicht, wie ich ohne Bergpredigt regieren sollte", sagte der SPD-Politiker. Die politische Klasse müsse die Folgen ihrer Entscheidungen für die Armen und Schwachen bedenken. Wer das nicht tue, sollte auch nicht das Etikett christlich benutzen. Als "gelernter DDR-Bürger" ärgere er sich darüber, daß statt des Evangeliums die "allein seligmachende" Marktwirtschaft gepredigt werde, sagte der frühere Synodalpräsident.

Die Gnadenlosigkeit der Politik führe zu einer Auslese unter den Politikern, die keine Fehler einräumen dürften, sagte Höppner. Er halte es in der Politik nur aus, weil er an "den fehlerfreundlichen, den gnädigen Gott glaube". Die Botschaft von der Auferstehung nannte der Ministerpräsident "politisch hoch brisant". Die Suche nach einem gerechteren Zusammenleben der Menschen sei mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa "noch lange nicht erledigt".

"Behäbigkeitskultur" überwinden

Nach Ansicht Schorlemmers muß die Bundesrepublik ihre derzeitige "Behäbigkeitskultur" überwinden, um Demokratie und Freiheit zu bewahren. Die Besitzstandswahrung sei inzwischen zum "höchsten Prinzip" der Deutschen geworden, für die Freiheit und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen wolle sich kaum noch jemand einsetzen, sagte Schorlemmer am 15. Juni auf dem Kirchentag.

Der frühere ostdeutsche Bürgerrechtler deutete es als "Alarmzeichen für die Demokratie", daß Bürgerrechts-Initiativen wenig Zulauf hätten. "Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist heute nicht durch Terroristen bedroht, sondern durch die Weigerung der Bürger, sie im persönlichen Bereich auszufüllen", so der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels.

Die deutsche Demokratie müsse aus ihrer "Selbstlähmungsphase" herauskommen, forderte Schorlemmer.

Die Menschen spürten, daß die alte Ordnung durch Massenarbeitslosigkeit, Verkehrszunahme und immer mehr ökologische Katastrophen zu Ende gehe. Nötig sei "eine neue Art des Produzierens", doch kaum jemand wolle noch über "Zukunftsmodelle für Deutschland" streiten. Selbst zur Wahl gingen immer weniger Menschen. Nach Ansicht des evangelischen Theologen ist es inzwischen zur "Mode" geworden, ätzende Kritik an Politikern zu üben, ohne sich je mit alternativen Modellen zur herkömmlichen Politik befaßt zu haben.

"Die Demokratie muß ausgefüllt werden, um die Freiheit zu bewahren", so Schorlemmer. Die großen Institutionen der Gesellschaft wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen dürften nicht vorschnell zu "Auslaufmodellen" erklärt werden. Sie hätten ihren Platz in der Demokratie, müßten aber von den Menschen wieder mit Leben erfüllt werden.

Für neue Streitkultur zwischen Ost und West

Die Entwicklung einer neuen Streitkultur zwischen Ost- und Westdeutschen forderte vor Kirchentagsteilnehmern der frühere Erfurter Propst Heino Falcke. Bestehende Unterschiede müßten ernstgenommen und dürften im Einigungsprozeß nicht durch eine "schnelle Konsens-Sehnsucht" verwischt werden. Gefragt sei eine "streitbare und pluralistische Einheit". Die Ostdeutschen müßten nach einer "Phase der Verunsicherung" zu ihrer eigenen Meinung finden.

Zu offenen Vermögensfragen sagte der frühere Präsident des Deutschen Mieterbundes, Gerhard Jahn, die Regelung "Rückgabe vor Entschädigung" sei ein "grundlegender Fehler" im Einigungsvertrag. Sie sei aus der "unverhältnismäßig hohen" Wertschätzung des Eigentums in Westdeutschland entstanden und habe das Zusammenwachsen erschwert.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) erklärte, auch durch staatliche Entschädigungszahlungen an Alteigentümer hätten sich Ungerechtigkeiten nicht vermeiden lassen. Durch die derzeitigen Gesetze werde ein sozialverträglicher Ausgleich zwischen Mietern und Eigentümern angestrebt. Die Regelung offener Vermögensfragen bleibe dennoch eines der "schwierigsten Probleme" seit der deutschen Wiedervereinigung.

Huber beklagt "Ethik der Interessen"

Nach Ansicht von Bischof Huber bahnt sich in der Bundesrepublik ein prinzipieller Streit zwischen einer "Ethik der Würde" und einer "Ethik der Interessen" an. Als Beispiel nannte er den wachsenden Druck auf schwangere Frauen, behinderte Kinder abzutreiben. Auch die heftig diskutierte Bioethik-Konvention des Europarates und öffentliche Überlegungen zu einem Verfügungsrecht über Organe seien Anzeichen für diesen Streit zwischen zwei Weltanschauungen.

Für die Vertreter einer "Ethik der Interessen" gebe es ein abgestuftes Lebensrecht, so Huber. Sie setzten den Menschen mit seinen verstandesmäßigen Fähigkeiten gleich und räumten Personen mit "bedeutenderen" Leben-

sinteressen auch ein vorrangiges Lebensrecht ein, etwa jüngeren Menschen gegenüber älteren oder nicht-behinderten gegenüber behinderten. "Wer so argumentiert, unterwirft den Menschen der Verfügung durch andere Menschen", so der Berliner Bischof. Eine solche Betrachtungsweise mißachte die grundgesetzlich garantierte Würde des Menschen.

Eine "Ethik der Würde" dagegen sehe den Menschen nicht durch menschliche Leistung konstituiert, sondern durch göttliche Gnade und daher der Verfügung durch andere Menschen entzogen. "Die Würde des Menschen ist von seinem Nutzen für andere ebenso unabhängig wie von seinem eigenen Interesse", sagte Huber. Durch die Entwicklung von Medizintechnologie und Bioethik erlebe der Begriff der Menschenwürde gegenwärtig eine Bewährungsprobe.

Huber appellierte an die Weltreligionen, sich gemeinsam auf Prinzipien für das Zusammenleben zu verständigen. Die Weltkonferenz der Religionen in Chicago habe vor zwei Jahren bereits Schritte zur Ausarbeitung eines "planetarischen Ethos" gemacht, sagte er. Weitere Schritte müßten jetzt folgen.

Huber legte zehn Vorschläge für die Aufnahme von ethischen Forderungen für dieses gemeinsame "planetarische Ethos" vor. Dazu gehören u.a. die Achtung vor der Würde aller Menschen und der Natur sowie die Toleranz gegenüber den Überzeugungen und Lebensformen anderer. Auch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der verantwortliche Gebrauch der Freiheit werden genannt.

Destabilisierung Rußlands durch NATO

Die geplante Osterweiterung der NATO wird nach Auffassung des früheren sowjetischen Botschafters in Bonn, Valentin Falin, zur weiteren Destabilisierung Rußlands führen. Nationalistische Militärs und Politiker in seinem Land seien überzeugt davon, daß eine Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Westens mit weiterer Aufrüstung beantwortet werden müsse, sagte Falin in Hamburg. "Die wollen der NATO um jeden Preis etwas Gleichwertiges entgegenstellen", so der Diplomat. Die westlichen Länder hätten bisher die Chance verpaßt, durch die Aufnahme Rußlands in den Nordatlantikpakt ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem aufzubauen.

Falin warnte vor den politischen Folgen des wirtschaftlichen Verfalls in Rußland. Mehr als die Hälfte der Russen lebe derzeit am Rand des Existenzminimums. Ihre Lebenserwartung sei durch schlechte medizinische Versorgung und mangelhafte Nahrung in den vergangenen 20 Jahren drastisch zurückgegangen. Ihre Lebensbedingungen und der Zerfall der Ordnung seien auch für die Sicherheit der übrigen Länder Europas von Bedeutung, erklärte der frühere Botschafter. Es gebe noch "Berge von Waffen" auf dem Kontinent, die auch eingesetzt werden könnten. Nötig seien konsequente Schritte zur Abrüstung. Das Motto der Friedensbewegung "Schwerter zu Pflugscharen" sei weder veraltet noch illusionär, betonte Falin.

Anknüpfungspunkte für die Diskussion über die Denkschrift "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland"

Die Autoren der Denkschrift vermitteln überzeugend eine ernsthafte Besorgnis angesichts von wirtschaftlicher Krise und sozialen Verwerfungen. Deshalb ihr starkes Votum für den Erhalt, den Umbau und die Erneuerung des Sozialstaates. Durch die Veröffentlichung der Denkschrift vor den Bundestagswahlen war sie in sich selbst bereits ein Politikum.

Die Autoren knüpfen an den Konsens des konziliaren Prozesses an und setzen entsprechende Schwerpunkte, wie

- Gerechtigkeit - im Sinne gerechterer Verteilung und des Festhaltens an sozialer Fürsorge (vorrangig intern im eigenen Land und abgestuft global).
- Frieden - als Suche nach Strategien, eine weitere Differenzierung des Wohlstands- und Armutsgefälles und der damit verbundenen Eskalationen von Verteilungskämpfen zu verhindern.
- Bewahrung der Schöpfung - als radikaler Appell für ökologische Verantwortung (intern und global) und hier besonders mit dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in der einen Welt.

Diesen Schwerpunktsetzungen korrespondieren 3 Optionen:
Für die Schwachen - für eine soziale Friedensordnung - für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt.

Der Text enthält eine Vielzahl herausfordernder Wertungen und Optionen:

- Es gilt in der Gegenwart das zu tun, was bei weitreichenden Wirkungen vor der Zukunft bestehen kann (Seite 13).
- Mit neuem Denken und Handeln ein neues Europa schaffen (Seite 17).
- Krisen und Kriege haben Ursachen in ungerechten ökonomischen und politischen Verhältnissennur dann wird es Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit geben wenn Hunger und Not in aller Welt gebannt sind (Seite 18).
- Entwicklungsländer brauchen eine konsequente Strategie zur Armutsbekämpfung durch die Mobilisierung der eigenen produktiven Möglichkeiten und echter Partizipation an Entwicklung (Seite 19).
- Arbeitslosigkeit ist das für hochentwickelte Gesellschaften gravierendste Problem ... Arbeit gehört mit zu den unverzichtbaren Selbstverständlichkeiten des Lebens (Seite 8).- Arbeitslose werden zu Erwartungslosen (Seite 22).
- Es gilt Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren deshalb müssen gemeinwirtschaftliche Arbeiten gefördert werden, die eher zu den Aufgaben der öffentlichen Hand gehören (Seite 24 - Verbindung zur Lokalen Ökonomie)
- Armut als komplexes Verliererschicksal ... Lebenskatastrophe, (Seite 35) Mitverantwortung der Gemeinschaft für die Lebenssituation der Benachteiligten (Seite 36) Armut als strukturelles Problem (Seite 36), deshalb: zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung befähigen (Seite 36).

- Ohne Veränderung und politisches Vorgehen wird wirtschaftliches Handeln auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen gehen (Seite 37).
- Krieg oder wirtschaftliche Not als Fluchtursachen (Seite 42).
- Die soziale Marktwirtschaft steht vielmehr im Dienst der Versorgung der ganzen Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und Diensten (Seite 45 parallel zur biblischen Sicht). Die Wirtschaft ist für den Menschen da (Seite 50).
- Die soziale Anlage schließt eine individualistische Sicht des Menschen und der Gesellschaft aus (Seite 48-Homo politicus = politisches Handeln).

Diese kritischen Anfragen an unsere derzeitige politische und gesellschaftliche Praxis bieten Anknüpfungspunkte für die Diskussion und für gemeinsames erneuerndes Handeln. Daneben gibt es starke Tendenzen zur Erklärung und damit auch zur Rechtfertigung des bestehenden Status quo, wobei sich die Autoren hierbei an die Denkschrift "Gemeinwohl und Eigennutz" gebunden wissen (Die Bezugnahme auf die Studie Seite 46). Solche Abschnitte werden meist von Verben bestimmt wie: Zu erklären, zu erhalten, zu entwickeln, festhalten an Bewährtem. Kritisch anzufragen wären deshalb Aussagen wie:

- Wirtschaftliche Freiheit meint Wettbewerb-dezentralisiert und verteilt Macht (Seite 47).
- Soziale Marktwirtschaft ist der Ordnungsentwurf des Friedens und des Ausgleichs. Sie verbindet die Idee einer auf wirtschaftlicher Freiheit und Wettbewerb ruhenden und hochleistungsfähigen Wirtschaft mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit (Seite 43 - als ob es dabei keine Probleme gäbe).
- Nicht abstrakt den Vorrang von Gemeinwohl oder Einzelwohl vorzugeben, sondern Verständigung über einen Verhaltenskodex suchen (Seite 11 - warum nicht konkreter, politischer biblischer?)

Insgesamt werden fast immer neue Abschnitte mit erklärenden, aner kennenden oder konstatierenden Formeln eingeleitet. Oft hat man das Empfinden, gleich widersprechen zu müssen. Genau an solchen Stellen kommt dann, angehängt, ein Satz der Parteinahme, wobei die Parteinahme entgegen der ökumenischen Diskussion nicht mehr Parteinahme für die Armen postuliert, sondern lediglich auf die Schwachen abhebt. So bleibt vieles disparat, stehen Aussagen in Spannung zueinander:

- Es vermag heilend zu wirken, (wenn als soziale Friedensstiftung) nach Wegen des Ausgleichs gesucht wird (Seite 13).
- Geteilte Arbeit bedeutet geteilten Lohn. Dagegen: Nicht jeder kann sein unter Umständen schon geringes Einkommen teilen (Seite 25).

- Der eigene Beitrag derer, die von der Gemeinschaft unterstützte Hilfen erhalten, muß gestärkt und nicht durch die Hilfe überflüssig gemacht werden (Seite 31).
Parallel: Beibehalten des Systems der Sozialhilfe (Seite 35).
Parallel: soziale Gerechtigkeit, sozialer Friede und soziale Sicherheit in einem ein menschenwürdiges Leben ermöglichenden Mindestumfang für alle (Seite 33 Tendenz zum sozialen Grundeinkommen).
- Soziale Leistung sichern, ohne sie weiter auszudehnen
.... dagegen: Es kann zu einem Anstieg der Sozialabgabenquote kommen (Ost/Arbeitslosigkeit) (Seite 32) dagegen: Die Höhe der Lohnnebenkosten beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (Seite 24).

An vielen Stellen möchte man fragen, wie denn nun? Was heißt denn das konkret? Wie wird es zu politischem Handeln? An solchen Stellen gibt die Studie meist nur moralische Appelle oder fordert zeichenhaftes Handeln:

- Die Kirchen machen Mut (Seite 10)
- Hilfe der Gläubigen für die Schwachen (Seite 11)
- Maßstäbe der Mitmenschlichkeit in die säkulare Alltagswelt tragen (Seite 12).
Geistige und geistliche Hilfen und Wertorientierungen bieten (Seite 16).
- All dies stellt eine große Herausforderung dar auch an unsere Wirtschaft Gesellschafts- und Rechtsordnung. Das mag manchen mit Sorge erfüllen, andere mit Ungeduld, andere mit Kleinmut (Seite 52). Wir Christen dürfen aber mit Zuversicht leben.

Besonders schwach fallen die Partien, die sich mit der Entwicklung im Osten beschäftigen, aus:

- Durch einige Gauner könnte ihnen (im Osten) das Bekenntnis zur Marktwirtschaft schwerfallen (Seite 46).
- Innere Einheit kann nur gelingen, wenn über einen längeren Zeitraum Abstriche akzeptiert werden (Seite 15 aber es bleibt offen, ob die alte Logik fortgeschrieben werden muß und ob es nicht Zeit ist für Veränderungen)
- 40 Jahre unterschiedliche Entwicklung kann man nicht überspielen und deshalb muß es ein ehrliches Bemühen um die notwendigen Schlußfolgerungen zur Überwindung der Unterschiede geben (Seite 16/17 aber wo bleibt der gemeinsame Lernprozess, wenn für die eine Seite alles nichts mehr wert zu sein scheint? Seite 16).

Beschämend ist die Unterbewertung der Probleme der Frauen und auch der dem korrespondierende Anteil an Beachtung in der Studie. Frauen werden mit ihren Problemen reduziert auf:

- Eingeschränkte Erwerbsbeteiligung durch Kinder (Seite 27).
- Deshalb müssen sie bei den Renten aufgebessert werden (Seite 29).

- Eventuell ist ihnen zuzugestehen die Forderung nach neuen Kindergärten, Tagesmüttern u.s.w. (Seite 30). Ihnen wird ehrenamtliche Tätigkeit zugestanden (Seite 33). Es wird für die Frauen festgestellt, sie haben es beruflich schwerer, die, die ihren Arbeitsplatz auf Dauer verloren haben (Seite 16) und daß Frauen offenbar besonders hart betroffen sind (Seite 21). Das Anliegen der Gleichstellung, wird lediglich als Anliegen vermerkt (Seite 21).

Problembereiche, die in der Studie völlig zu kurz kommen, bzw. wo keine Handlungsorientierungen erkennbar sind, sind u.a. der Problemkontext "3. Welt", der auf Seite 18 nur beschrieben wird, und wo als Freud'sche Fehlleistung auf Seite 35 angemerkt wird, von "3. Welt" nicht zu reden. Offensichtlich ist die Dimension der globalen Verantwortung schwer greifbar. Offen bleibt, wie eine Allianz der Solidarität vorstellbar ist (Seite 20), wenn sie nicht von einer kritischen Anfrage an unser Wohlstandsmodell ausgeht (Seite 19). Eben so offen bleibt das Verhältnis von weiterzuführender Sozialhilfe zum System einer würdeerhaltenden Grundsicherung (Seite 33). Offen bleibt ebenfalls, wie Schritte auf dem Wege zu einer Lokalen Ökonomie aussehen könnten (Seite 24).

Die in die Studie aufgenommenen biblischen Bezüge enthalten radikale Handlungsorientierungen. Sie bieten eine Chance für die weiterführende Diskussion, die sich an biblischen Aussagen anlehnen kann. Die biblischen Belegstellen gehen eindeutig über den jetzigen Status quo hinaus und sind Weisung: Höret nicht nur, sondern handelt! (Seite 12)

Zusammenfassend ist zu unterstreichen:

Die Studie proklamiert die notwendige Erneuerung der Marktwirtschaft (Seite 43 ff). Sie fordert von der Wirtschaft, ihrer Grundfunktion zu entsprechen, nämlich der Versorgung der ganzen Bevölkerung mit notwendigen Gütern und Diensten (Seite 45). Das bedeutet, unter sich wandelnden Bedingungen die Wirtschaft den Menschen dienstbar zu machen (Seite 46). Dazu müssen die Lebensumstände so verändert werden, daß sie der Würde des Menschen besser entsprechen (Seite 52). Ob diese Ziele allerdings mit einer Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft erreicht werden können, stellt die Studie selbst in Frage, wenn sie auf Seite 19 formuliert, daß "unser eigenes Wohlstandsmodell in hohem Maße auf ein die natürlichen Ressourcen belastendes und ausbeutendes nicht nachhaltig tragfähiges Wachstum angewiesen ist". Wenn das so ist, wie kann es dann für alle Menschen ermöglicht werden, welche Zukunft kann es haben und wie gewinnt es Sustainability?

Bernd Kresse, Berlin Juni 1995

Die Erde werden mit (10) Hilfe der Götter für die Schmecke (14)
Mephisto des Litzenschieds in die soziale Welt (12)
geistige und geist. Hilfe - Westorien-tierung (16)
All dies stellt eine große Herausforderung dar, auch an unsere Wirtschaft, Gesellschaft und
Rechtsordnung. Das mag manche mit 'Sorge' erfüllen, andere mit Ungeduld,
andere mit Kleinmut (52) (wäre es nicht mit Zurecht leben)

Besonders schmerzhaft fällt das Opfer aus: Durch einige Götter könnte die
das BK zur Markt-Wirtschaft einwirken (46)

- Innerer Gerechtigkeit kann es gelingen, wenn über längere Zeit eine Einschränkung (15)
Coblen muss die Folge fortgeschritten werden - ist es nicht Zeit für Veränderung ???
- 40 Jahre unterschiedl. Entwicklung und kommt zu erheblichen Schwierigkeiten (die)
unabhängige Führungsfähigkeit zur Überwindung der Unterschiede (16/17) (was bleibt
des Prozentsatz?)
(1) Reform ist nicht mehr westlich (16)
- noch mehr die Front:
eingeschränkte Erneuerungsleistungen durch Länder (27) Deshalb bei Punkt aufpassen (29)
und noch über Forderung nach mehr Gütern, Tugenden etc (30) froh
// 33 eher ant. Tugendhaft
Konflikt S. 16: Frauen leben es besser, sehen die ihre Pfl. auf dem weiten Feld
22 Fronte aufpassen bei der Behörde in der Entwicklung der Frauen bemerkenswerte 22

Völlig offen: 3 Welt S. 181 in Beschränkung (S. 35 von 3 Welt nicht zu viel)
wäre Planung der Schöpfungstätigkeit (S. 20) ≠ krit. Anfrage an das Schöpfung-
modell (S. 15)
wird erhaltende Grundstruktur (S. 33)
lokale Ökonomie (S. 24)

Fülle bibl. Zeugnisse - die sind die stärkste Konzeptionsorientierung. Alles aus
Handl. an Zülfpe (geht über Materias quod linearis) S. 12 Kötter und unvollständigt

2:01 = Konkurrenz der soz. Marktwirtschaft: (S. 43/11)
Voraussetzung der soz. mit notwendige Gütern - (Dienste (15)
mit unvollständiger soz. Wirtschaft der Menschen überleben werden (46)
Lebensumstände zu verändern, dass sie der Würde des Menschen besser entsprechen (52)

Band Kiese für Deutungsprozess bei der GM Juni 1995

- 0 Zentrale (BMW) ☐
- 33/78 Buchhaltung ☐
- 34 Gemeindeförderung ☐
- 35 Öffentlichkeitsarbeit ☐
- 32 Zambia ☐
- 35 Nepal ☐
- 30 Indien ☐
- Telefon: (030) 85 00 04-31

Gossner Mission - Handlerystraße 19-20 - 1000 Berlin 41 (Friedenau)

Telefon: 186 655 blmnd
1000 Berlin 41 (Friedenau)
Handlerystraße 19-20



Gossner Mission